

SAND im Getriebe

der Macht

Beiträge gegen Knast
gegen soziale Kontrolle

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|--|--------------|
| I. Einleitung | 1 |
| II. der moderne Knast | |
| Hochsicherheitstrakt Moabit | 2 |
| Hochsicherheitstrakt Hamburg-Fuhlsbüttel | 5 |
| "Justizvollzugsanstalt" Bielefeld-Ummeln | |
| Die Fabrikation des Wahnsinns | 9 |
| Hungerstreik im Drogenknast Berlin | 11 |
| III. Auswahl und Kontrolle ohne Ende | |
| Zur Rolle der Sozialarbeiter | 20 |
| Einweisungskommission | 22 |
| Führungsaufsicht | 24 |
| Isolationsforschung | 26 |
| Willkommen im großen Knast | 28 |
| Mordene Zeiten | 31 |
| IV. Was tun? | |
| Knastgruppen ade | 42 |
| Widerstand | 49 |
| V. Hungerstreik der Guerilla- Gefangenen | |
| Ansätze zur gemeinsamen Bestimmung einer neuen Etappe | 53 |
| Diskussionsbeitrag aus dem Knast Tegel | 58 |
| VI. Ausland | |
| Spanien | 61 |
| Frankreich | 64 |
| Italien | 67 |
| VII. Ausblick | |
| Dokumentation des Schlußwortes von Klaus Viehmann | 72 |
| Literaturliste | 84 |

Herausgeber:

Autonome Knast- und Widerstandsgruppen aus verschiedenen Städten

Auflage unbegrenzt
weitergeben...nachdrucken

Preis DM 5.-

Über uns



Wir sind Leute aus verschiedenen Gruppen, die in verschiedenen Städten versuchen, dem Knast und unserer eigenen zunehmenden Verknastung etwas entgegenzusetzen. Seit über einem Jahr treffen wir uns in unregelmäßigen Abständen (seid unberechenbar, d.comp.), um unsere Erfahrungen und Einschätzungen auszutauschen, und auf dieser Grundlage gemeinsame Aktionen bzw. Kampagnen zu entwickeln.

Ein zentraler Punkt dieser Treffen war die Auseinandersetzung mit dem Hungerstreik von Februar bis April 81, insbesondere mit der Forderung der RAF-Gefangenen nach Zusammenlegung.

Die verschiedenen an der Herstellung dieser Broschüre beteiligten Gruppen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Kritik oder Verständnis für diese Forderung. Dennoch wird die gemeinsame Diskussion dadurch möglich, daß wir es bei aller Kritik wichtig fanden/finden, die Gefangenen in ihrem Kampf gegen die staatliche Vernichtungsstrategie zu unterstützen.

Unsere Bauchschmerzen, die wir — mehr oder weniger — während dieser praktischen Unterstützung hatten, versuchen wir hier durch eine gemeinsam formulierte Diskussionsaufforderung in Richtung RAF anzugehen. In unverbesserlichem Optimismus erhoffen wir uns, darüber eine Diskussion über die Schubladenfronten hinweg in Gang zu setzen, die es möglich macht, mit neuem Elan und neuen Kräften gegen die zunehmende Verknastung und gezielte psychologische Bearbeitung von einzelnen Gefangenen/gruppen anzukämpfen.

Schließlich trifft das hier angewandte Mittel — psychologisch erforschte Isolation; totale Kontrollierung kleiner überschaubarer Gruppen — keineswegs nur die Gefangenen aus der Guerilla sondern alle Gefangenen, die nicht im Sinne der reformerischen Anpassungsprogramme funktionieren.

Die Entwicklung des allgemeinen Strafvollzugs in diese Richtung herauszuarbeiten, soll ein zentraler Punkt dieser Broschüre sein.

Wir verstehen unsere Beiträge auf dieser Ebene als Informationsmaterial für andere Gruppen, die an diesem Problem arbeiten/kämpfen, um einen einigermaßen einheitlichen Informationsstand herzustellen oder/und zu Kontroversen und neuen Fragestellungen anzuregen.

Darauf aufbauend soll dann die Möglichkeit/Notwendigkeit von Widerstand diskutiert werden.

Es wird gefragt, welche Funktion die verschiedenen Berufsgruppen bei der Umsetzung dieser Knastreform haben, die innerhalb oder zusammen mit der Justiz arbeiten. Gibt es eine fortschrittliche Berufsperspektive innerhalb des

Es wird Zeit,
daß wir leben

Es wird Zeit,
daß wir leben



Am Beispiel des Hungerstreiks im Berliner Drogenknast Schönstedtstraße wird darüberhinaus die Rolle untersucht, die von außen kommende Sozialarbeiter (in diesem Fall Drogenberater) haben können/müssen, wenn sie den selbstorganisierten Kampf von Gefangenen unterstützen wollen.

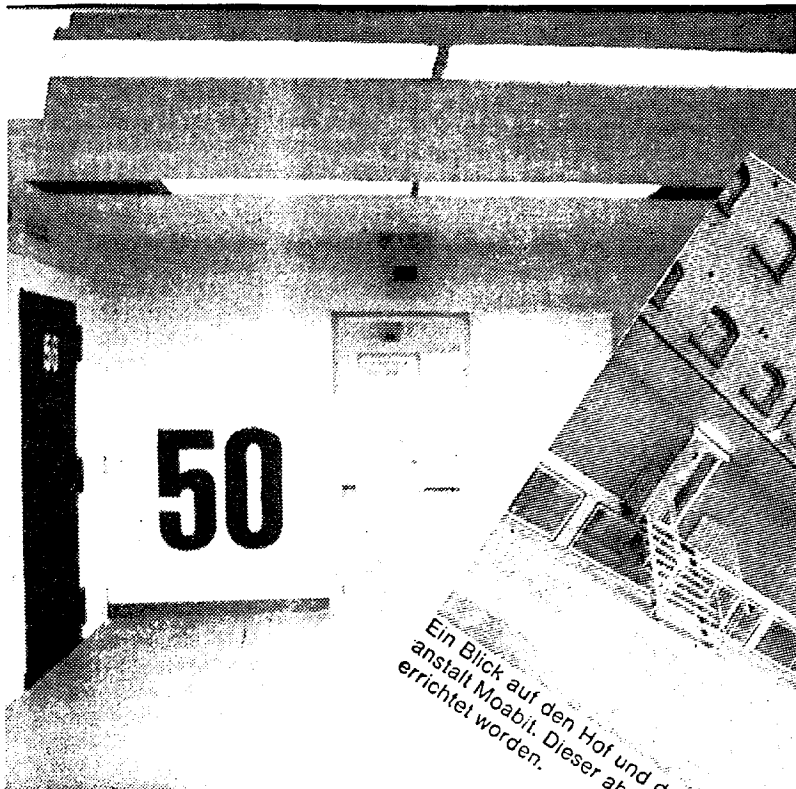
Ebenfalls am Beispiel Hungerstreik der Berliner Drogengefangenen läßt sich feststellen, daß die Knastgruppen — einstmals die einzigen, die sich als spezielle Gruppen um die Gefangenen 'gekümmert' haben — im Anhäufen von Spezialwissen verfangen und oftmals von den Basisbewegungen ein ganzes Stück getrennt, in eine Sackgasse geraten sind, während die neuen Bewegungen ihrerseits Knast und Gefangene in ihrer Bedeutung für den eigenen Kampf noch kaum begriffen haben

Für solche traditionellen Knastgruppen wird die provokante These aufgestellt, sich in ihrer bisherigen Form aufzulösen, und neue Inhalte und Fragestellungen aufzunehmen. Auf diese Weise scheint es möglich, die Isolation zu überwinden und Knast in den örtlichen Bewegungen neu und breiter zu thematisieren.

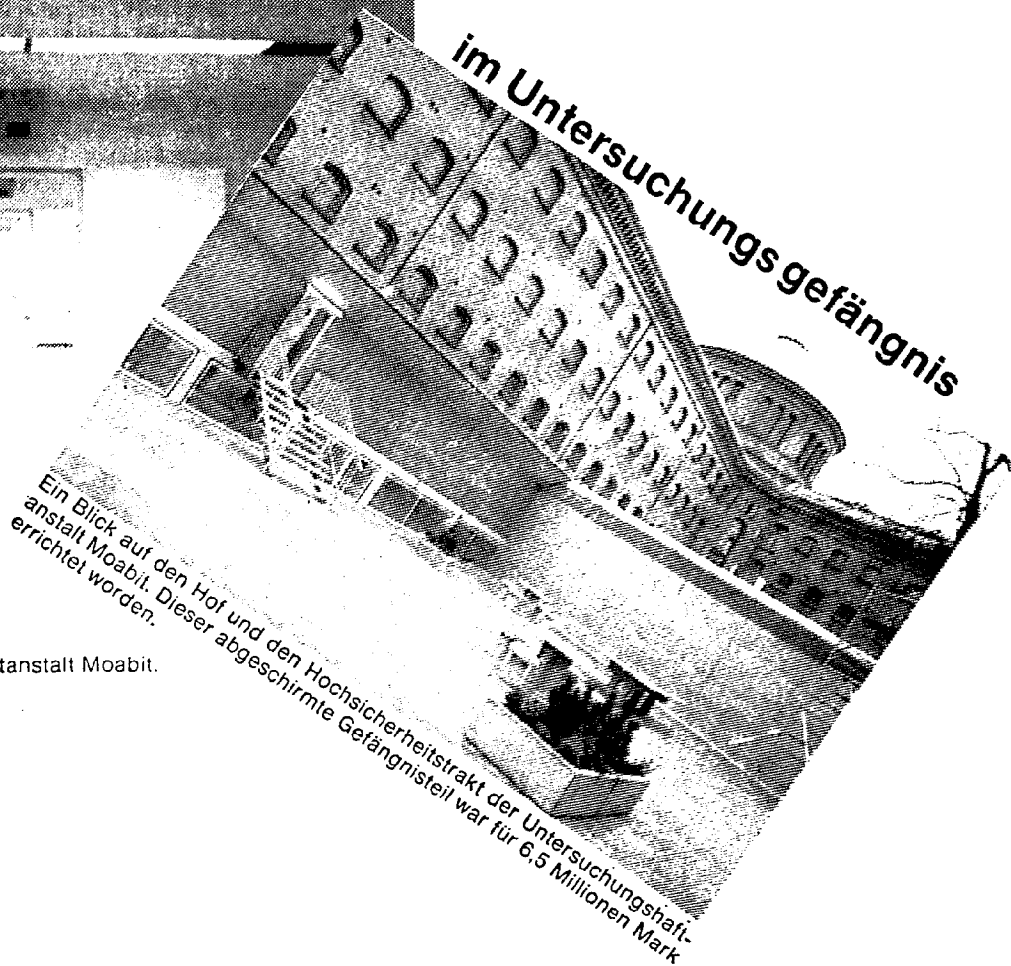
Die lückenlose Kontrolle der Individuen ist aber nicht nur ein Phänomen, das als Herrschaftsinstrument gegen nichtangepaßte Gefangene angewandt wird. Die durch die Computerisierung (endlich wird ick ooch mal erwähnt, d.comp.) und zeitgemäße Stadtplanung ermöglichte soziale Kontrolle trifft und verfolgt im Prinzip jeden in diesem Staat, um im Falle einer Abweichung vom gesellschaftlich definierten Vollzugsziel rechtzeitig und gezielt Umerziehungs- und Bestrafungsprogramme anwenden zu können.

EINE SICH ALS REVOLUTIONÄR VERSTEHENDE BEWEGUNG HAT DIE CHANCE ZUM MASSENHAFTEN AUFSTAND VERSPIELT, WENN SIE DIE VERBINDUNGSLINIEN ZWISCHEN UNTERDRÜCKUNG IM KNAST UND SOZIALER KONTROLLE DRAUSSEN NICHT RECHTZEITIG SICHT-

Hochsicherheitstrakt



Zellengang in der Untersuchungshaftanstalt Moabit.



Berlin-Moabit

Am 19. Januar 1980 wurde der Moabiter Trakt belegt — mit Gefangenen aus der Stadtguerilla. Diesen Bau hat sich der Justizsenator circa sieben Millionen Mark Steuergelder kosten lassen. Die Gefangenen hatten sich in ihren Zellen verbarrikadiert und so rückten die Rollkommandos gleich mit Sturzhelm und Werkzeug zum Aufbrechen der Türen an. Die Gefangenen wurden unter Drohungen und mit Gewalt in den Trakt verschleppt.

Der Trakt liegt im A-Flügel des Knastes und ist vom übrigen Knast vollkommen abgeschottet — ein Knast im Knast. Es gibt insgesamt 27 Zellen, die wieder in sieben Teilbereiche unterteilt sind, so daß mehrere Gruppen zwischen zwei und sieben Gefangenen gebildet werden können. Zur Zeit (November 81) gibt es zwei Gruppen, eine von fünf Frauen und eine von fünf Männern. Bis auf eine Frau sind alle Untersuchungsgefangene. Die Gruppen sind voneinander getrennt, sie können sich weder hören noch sehen. Irgendwelche Kontakte zu anderen Gefangenen sind nicht möglich. Jede Gruppe hat einen eigenen Kommunikationsraum mit Tischtennis-Platte und Fernseher, in den sie sich acht Stunden am Tag aufhalten können. Dieser Raum ist so eine Art Korridor auf den die Zellen münden. Fenster gibt es nicht, der Raum wird durch grelles Neonlicht beleuchtet. Jeder Schritt, jede Bewegung wird durch Videokameras und Mikrofone überwacht, aufgezeichnet und ausgewertet. Auch die Zellen sind mit Gegensprechanlagen ausgestattet, wodurch ein Abhören technisch durchaus möglich ist. Nicht umsonst war wohl bei den bisherigen Traktbesichti-

gungen für Presse und Abgeordnete ein Besuch des zentralen Überwachungsraumes mit seinen Dutzenden von Fernsehmonitoren nicht zugelassen worden. Für den Hofgang gibt es einen extra Hof, der mit einer fünf Meter hohen Mauer vom Restknast abgeschirmt ist. Seit neuestem soll durch eine kleine Rasenfläche von der übrigen Betonwüste etwas abgelenkt werden. Was derartige Kontroll- und Überwachungsmethoden bewirken sollen, geht aus einem 1979 von Justizsenator Meyer in München gehaltenen Referat hervor: "Man muß auf jede Reaktion achten, mit einer Trennung einzelner Gruppen oder auch von einzelnen Gefangenen kann man jederzeit Spannungen innerhalb der Gruppe fördern oder abbauen." In einer Erklärung von mehreren Gefangenen kurz vor der Belegung heißt es: "Nach diesem System nehmen uns die Bullen die Sachen weg und wir können dann die Sprechanlage drücken und praktisch betteln, um Dieses oder Jenes zu bekommen. Darüberhinaus zwingen sie uns mit ihnen in die Kommunikation zu treten, die wir sonst ablehnen. Wir werden bei jeder Kleinigkeit gezwungen, zu betteln, uns ihnen gegenüber zu erniedrigen, um dann alles mit "Großmut" oder garnicht zu kriegen. Das ist die Dressur, die hier abläuft. Wie bei Affen im Versuchslabor, die immer dann eine Belohnung bekommen, wenn sie die richtige Taste drücken." Seit 1979 ist in Berlin-Plötzensee eine neue Frauenhaftanstalt im Bau, die ebenfalls nach Traktstandard errichtet wird (siehe Artikel aus Tagesspiegel 23.3.1980).

Ein Hauch von Orwells ‚1984‘ im Moabiter Hochsicherheitstrakt

27 Plätze im besonders abgeschirmten Gefängnisteil / Kamera-Überwachung

Berlin-Moabit, ein Wochentag, 12.30 Uhr: Ein Mann sitzt vor 40 Bildschirmen, umgeben von roten Lämpchen, Tasten und Telefonapparaten. Die meisten Kontrollbilder zeigen katakombenhafte Gänge mit zahlreichen Türen, andere einen Raum mit Tischtennis-Platte und „Hometrainer“. Eine der zahlreichen Kameras hat vier Männer auf einem Hof im Visier, zwei gehen langsam im Kreis spazieren, die zwei anderen „joggen“, überholen die Spaziergänger ständig im Trab. Im Hintergrund ein Wachturm.

Alltag im Hochsicherheitsbereich der Untersuchungshaftanstalt Moabit. Sechs der zwölf dort untergebrachten Häftlinge waren noch bis vergangene Woche im Hungerstreik, im zähen Ringen mit der Justizverwaltung um Haftverbesserungen. 27 Plätze sind insgesamt in dem besonders abgeschirmten Gefängnistrakt vorhanden, der im Januar 1980 für über 6,5 Millionen Mark fertiggestellt wurde. Er entstand am Rande des inzwischen hundert Jahre alten Gefängnis- und Kriminalgerichtskomplexes Moabit, nachdem es in Berlin zu spektakulären Ausbrüchen von terroristisch verdächtigten Häftlingen gekommen war.

Wenn auch der Vergleich von der Anstaltsleitung und dem Berliner Justizsenator nicht gern gehört wird, der erste spontane Eindruck des Besuchers in diesem Hochsicherheitsbereich ist doch die Erinnerung an George Orwells düsterer Zukunftsvision „1984“ („Der große Bruder sieht Dich an“). Optische und akustische Überwachungsanlagen in den Gängen und in den Gemeinschaftsräumen sind der Preis dafür, daß die Häftlinge

zum Teil größere Bewegungsmöglichkeiten innerhalb ihrer geschlossenen Welt haben als die übrigen Gefangenen in Moabit.

Der Hochsicherheitstrakt ist in sieben Abteilungen untergliedert, die größte mit sieben Zellen, die kleinste mit zwei Plätzen. Jede dieser Abteilungen besteht aus einem größeren Gemeinschaftsraum im Mittelpunkt, dem die Einzelzellen angegliedert sind. Zur Zeit gibt es eine Männergruppe mit fünf Häftlingen und je eine Frauengruppe mit vier beziehungsweise drei Gefangenen. In der Männergruppe hat Andreas Vogel, der während seines Hungerstreiks in Lebensgefahr schwebte, seine Verlegung nach Celle beantragt. Dem Vernehmen nach hat er „Krach“ mit seiner Gruppe bekommen, darunter Till Meyer, Ralf Reinders und Ronald Fritsch, die alle wegen Beteiligung an der Lorenz-Entführung in erster Instanz verurteilt wurden. Gerald Klöpfer war schon früher „ausgezogen“ und kandidiert nun aus der Haft heraus für die Alternative Liste in Berlin.

Nach dem Frühstück geht es auf den Hof

Wie sieht der Alltag im Hochsicherheitstrakt aus? Um 6 Uhr ist die morgendliche „Sicherheitskontrolle“, die routinemäßige Überprüfung nach der Nacht, ob noch alles in Ordnung ist. Zwischen 7 und 7.30 Uhr wird das Frühstück verteilt. Dann gibt es eine Stunde Hofgang für jeweils eine der Gruppen. Auch der Hof macht nicht gerade einen angenehmen Eindruck, aber in welcher Haftanstalt ist das der Fall? Ein Boden aus Betonsteinen und eine fünf Meter hohe Betonmauer auf relativ beengtem Raum mit „Aussicht“ auf triste Zellenfenster-Fassaden sind schon arg deprimierend. Da helfen auch die beiden Blumenkübel nicht viel. Nun soll aber, einer Forderung der Hungerstreikenden gemäß, Rasen angelegt werden, der früher

aus Sicherheitsgründen abgelehnt worden war.

Nach diesem ersten Hofgang gibt es für die Untersuchungsgefangenen entweder Prozeßtermine sowie Anwalts- oder Privatbesuche. Die nicht überwachten Anwaltsbesuche finden nur per Trennscheibe statt. Bei den anderen Besuchen dürfen nicht nur Hände geschüttelt, da darf auch mal ein Kuß ausgetauscht werden. Dann allerdings unter Beobachtung von zwei Beamten des polizeilichen Staatsschutzes und eines Beamten der Haftanstalt.



Um 12 Uhr gibt es in Moabit Mittagessen, „normale Kost“, wie es heißt. Dann kommt der sogenannte Aufschluß, das heißt, alle Zellentüren der jeweiligen Abteilung werden zum Gemeinschaftsraum geöffnet. Bis 22 Uhr können die Häftlinge zusammenbleiben. Sie können diskutieren, was nicht mehr von jedem unbedingt gesucht wird, da es zu Spannungen gekommen ist.

Häufig gemeinsamer Abendbrottisch

Die Gefangenen können sich „trimmen“, was übrigens von den Männern stark genutzt wird, von den Frauen, die auch die aggressiveren seien, heißt es, dagegen kaum. Sie können fernsehen, drei West- und zwei DDR-Programme. Manchmal wird die große Tennisplatte als gemeinsamer Abendbrottisch be-

nutzt. Das „kalte Abendbrot“ wird schon um 15 Uhr ausgegeben, die Küche macht dann Feierabend. Aber gegessen wird oft in debattierender Runde später, meist nach dem zweiten Hofgang.

Und abends? Wenn ein interessanter Fernsehfilm etwas länger dauert, drücken die Beamten schon mal ein Auge zu. Oder die Häftlinge hören in ihren Zellen Radio. Sie lesen aber auch viel, mehr als andere Gefangene. Bis zu 20 Bücher können sie gleichzeitig in der Zelle haben, außerdem auch Zeitungen bestellen. „Natürlich nur, was in Berlin erhältlich ist“, meint der Sicherheitsbeauftragte. „Wenn irgendein Züricher Untergrundblatt gewünscht wird, müssen wir eben passen.“

Alle 14 Tage finden intensive Zellenkontrollen statt, alle zwei Monate muß der Häftling mit nahezu der gesamten beweglichen Zelleneinrichtung in einen

besonderen Kontrollraum, wo er sich ausziehen muß und wo alle Gegenstände durchleuchtet werden.

„Knast ist immer ein Eingriff, der zu körperlichen und seelischen Folgen führen kann“, betont der Sicherheitsbeauftragte. „Vernichtet“ werde niemand bei den Moabiter Haftbedingungen. Es gebe Häftlinge, die sich nach seinen Worten mit Händen und Füßen gegen eine Verlegung in westdeutsche Haftanstalten wehren würden. Aber ein „Paradies“ sei Moabit schließlich auch nicht, das gelte auch für die Beamten, die besonderen nervlichen Anspannungen im Hochsicherheitsbereich unterliegen. Seiner Meinung nach sollte in dieser abgeschotteten Welt niemand lange Jahre in Haft bleiben. „Daß es hier eine Obergrenze geben muß, ist klar.“

WILFRIED MOMMERT

Hochsicherheitstrakt Modell für die anderen Häuser

Knapp 300 000 Mark Kosten pro Platz in der neuen Frauenhaftanstalt Plötzensee veranschlagt ^{75P} 23.380

Im Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses wird morgen die Erhöhung der Baukosten für die neue Frauenhaftanstalt in Plötzensee um 35 Millionen Mark beraten. Wie berichtet, betragen die Gesamtkosten nach dem jetzigen Bauplanungsunterlagen 95 Millionen Mark. Im Durchschnitt wird jeder der 320 vorgesehenen Haftplätze damit 296 871 Mark kosten.

Nach Angaben aus der Bauverwaltung haben wirtschaftliche Gesichtspunkte bei der Planung der neuen Haftanstalt keine besondere Rolle gespielt. Der zuständige Unterabteilungsleiter in der Senatsbauverwaltung, Arndt, meinte in diesem Zusammenhang, Ziel der Planung sei es, „eine wirklich sichere Haftanstalt zu bauen, bei der der Justizsenator ruhig schlafen“ könne.

Pfeile ohne Fugen

Entscheidend für die Höhe der Gesamtkosten dürfte nach Darstellung von Experten der Bauverwaltung sein, daß der in Plötzensee entstehende Hochsicherheitstrakt das Modell für die übrigen fünf Vollzugsgebäude darstellt. Diese sogenannten Wohneinheiten sollen sich nur in Nuancen vom Hochsicherheitstrakt unterscheiden. Der Hochbau-Leiter beim Bausenator, Darge, teilte mit, der Hochsicherheitstrakt sei unabhängig entwickelt worden, man habe dieses Bausystem dann für alle Häuser gewählt. Die von seiten der Justiz hinsichtlich des Hochsicherheitstraktes verlangte Bauausführung habe zum Beispiel bei den fugenlosen Bauteilen kostenmäßig durchgeschlagen.

Sägezahn-Fassade gegen Kontakte

Es sei eine Musterzelle entwickelt worden, mit einer Sicherheits-Toilette, die nun überall eingebaut werde. Ferner ist die sogenannte Sägezahn-Fassade des Hochsicherheitstraktes, durch die Pendel-, Sicht- und Rufkontakte ausgeschlossen werden, auch für die Vollzugsgebäude geplant, die für normalen Erwachsenen-Vollzug, Jugend-Vollzug, Jugendstation, für Behandlungsgruppen, für den Bereich Mutter und Kind und sogar für den offenen Vollzug bestimmt sind.

Darge begründete dies mit dem Hinweis, daß die Planung der Haftanstalt eine geschlossene architektonische Aufgabe gewesen sei. Die Sägezahn-Fassaden seien im Laufe der Planung „mal raus, dann wieder reingekommen“. Unterabteilungsleiter Arndt meinte es habe ein städtebaulich akzeptabler Entwurf realisiert werden müssen.

Europäische Gefängnisse studiert

Der Hochbau-Leiter Darge machte insbesondere darauf aufmerksam, daß der Justizsenator

mit der Haftanstalt in Plötzensee absolutes Neuland für den deutschen Gefängnisbau beschreite. Der Sicherheitsexperte des Senats habe zuvor fast alle europäischen Gefängnisse studiert. Unter Justizsenator Meyer sei Berlin auf diesem Gebiet Vorreiter. Das Berliner Gefängnis-Modell sei der Beginn einer Serie ähnlicher Haftanstaltsbauten im Bundesgebiet. Wie Darge betonte, gebe es daher auch finanziell keine Vergleichswerte. Wert legte er auf die Feststellung, daß die Bauverwaltung nur ausführe, was die Justizverwaltung verlangt habe. Die Verantwortungsbereiche sollten klar getrennt gesehen werden.

Die Justizpressestelle hat es abgelehnt. Fragen in Zusammenhang mit der Baukostenerhöhung um 35 Millionen DM zu beantworten. Zur Begründung hieß es, ihr Schweigen sei normal, da die Abgeordneten noch nicht unterrichtet seien.

Gründe der Verteuerung

Bausenator Ristock wird im Hauptausschuß die Mehrkosten unter anderem mit der von der Justiz geforderten Programmweiterung

für den Hochsicherheitstrakt in der Frauenhaftanstalt begründen, der nun auch 45 Zellen für männliche Häftlinge erhalten soll. Der durch die gesamte Programmänderung zusätzlich umbaute Raum beträgt 12 230 Kubikmeter. Die versteckten Toiletten und insbesondere die Fernsehüberwachungsanlagen sowie der Bau von vier weiteren Beobachtungstürmen bringt zusätzliche Kosten von über 15 Millionen Mark.

Über 6,6 Millionen Mark müssen aufgewendet werden, um die Zellen so anzulegen, daß die Spezialtoiletten eingebaut werden können. Für zusätzliche Baustellen-Sicherung muß Ristock drei Millionen Mark beantragen. Und schließlich müssen über 1,7 Millionen Mark zusätzlich aufgewendet werden, um den Grundwasserspiegel an der Baustelle abzusenken. Durch den letzten feuchten Sommer und die Beendigung des U-Bahn-Baus in Charlottenburg hat sich der Grundwasserspiegel in Plötzensee absenkend um 1,5 Meter gehoben. Nach einem Bodengutachten der DeGeBo war das nicht zu erwarten. **Los**

Kosten von 94 Millionen DM für neue Frauenhaftanstalt gebilligt

Hauptausschuß erreichte nur Einsparung von rund 875 000 Mark ¹³⁰

Der Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses hat gestern mehrheitlich die Kosten für den Bau der neuen Frauenhaftanstalt in Plötzensee in Höhe von 93,96 Millionen DM gebilligt.

Als die Baukosten von ursprünglich 60 Millionen DM auf 95 Millionen DM angewachsen waren, hatte sich in Parlament und Justizverwaltung eine heftige Kontroverse über die Gründe der Verteuerung entwickelt. Justizsenator Meyer erklärte sich im Verlauf der Auseinandersetzung bereit, auf 30 der geplanten 60 Haftplätze im Hochsicherheitstrakt zu verzichten. Gestern stellte sich im Hauptausschuß jedoch heraus, daß die 30 Haftplätze doch gebaut werden. Lediglich auf ihre Ausstattung mit Hochsicherheitsanlagen wie Fernsehüberwachung, elektrischer Türanzeige oder Edelstahltoilette wird derzeit verzichtet. Die dafür notwendigen Mittel in Höhe von 625 000 DM wurden nicht gestrichen, sondern nur gesperrt. Die Justizverwaltung erreichte auf diese Weise, daß die umstrittenen 30 Sicherheitshaftplätze im Hinblick auf eine mögliche politische Entscheidung jederzeit aktiviert werden können.

Tatsächlich gelang es den Abgeordneten nur, die Justizverwaltung zur Einsparung von 875 000 DM bei dem Gesamtprojekt zu bewegen. Darüber hinausgehende Streichungen wurden vom Justizsenator mit dem Hinweis abgeblockt, eine vereinfachte Bauweise beispielsweise beim Haus mit offenem Vollzug würde angesichts der bereits abgeschlossenen Planung und der unterschriftsreifen Auftragsvergabe letztlich keine Einsparung bringen.

Trotz konkreter Befragung im Hauptausschuß blieb gestern unklar, ob die sägezahn-

artige Fassade der Haftanstalt ein Sicherheitsfaktor ist oder ob die dadurch entstehenden Mehrkosten 2,1 Millionen DM nur ausreichen werden, um dem Gefängnis eine architektonisch nicht erneut den Verdacht auszusetzen, der Faktor Sicherheit spiele für die Justizverwaltung die alles entscheidende Rolle. Betonte Senatsdirektor von Stahl gestern den architektonischen Aspekt der Fassade. Zur eigenen Überraschung sah er sich danach jedoch dem CDU-Vorwurf ausgesetzt, die Justizverwaltung habe teure architektonische Spielchen mit Sicherheitsnotwendigkeiten begutunden wollen.

Der FDP-Abgeordnete Hucklenbroich verteidigte den Sicherheitsbau schließlich mit dem Hinweis, das Parlament müsse auch finanzielle Konsequenzen aus der Vergangenheit ziehen. „Soll der nächste Justizsenator zurücktreten“, fragte er in Anspielung auf den Rücktritt von Justizsenator Oxfort als Folge eines Ausbruchs.



**Eine ehrenwerte Gesellschaft
Mafia der Superlative
praktiziert das perfekte Verbrechen
hat es legalisiert**

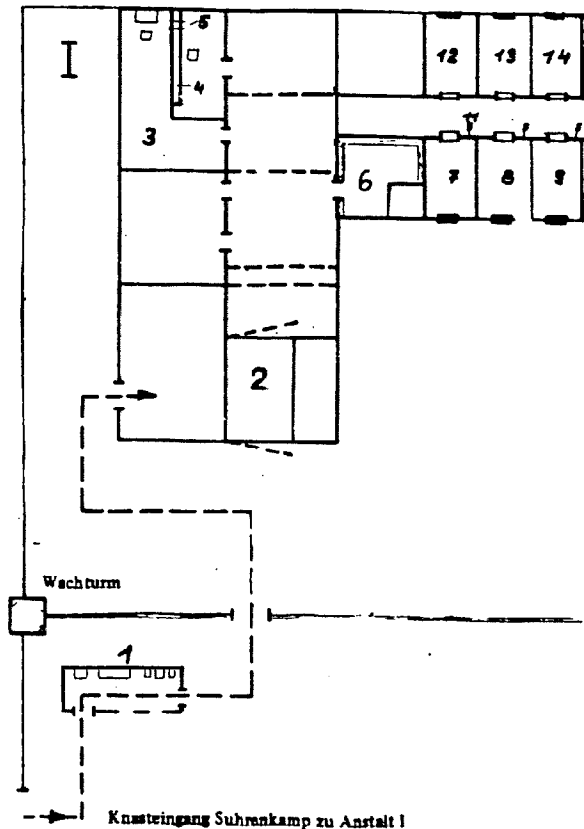
1. Zu Besuch im Trakt in Hamburg-Fuhlsbüttel

Der Besucher wird zunächst durch einen "Container" (1) geschleust. Dieser Container steht auf einem festgemauerten Fundament. Er ist offensichtlich von einer Fabrik eingerichtet worden und transportabel. Er hat zwei Türen und Fenster. In ihm ist eine Durchleuchtungsanlage montiert, mit deren Hilfe der Besucher geröntgt wird. Weitere Untersuchungsmaßnahmen lassen sich durchführen mit dort angebrachten Geräten.

Dann geht der gefilzte Besucher durch eine Mauer zu dem eigentlichen Gebäude der Anstalt I. Durch eine Schleuse (2) - das ist ein Gang mit zwei Türen, von denen sich jeweils nur eine elektrisch öffnen läßt - kommt er in einen weiteren Gang mit mehreren Gittertüren. Nachdem der Besucher diese hinter sich gebracht hat, wird er am Ende des Ganges durch die vorletzte Tür in den Besucherraum geführt (3). Der Besucherraum enthält einen Tisch und einen Stuhl. Der Besucher kann sich vor die Trennscheibe hinsetzen (4), um den Gefangenen zu sehen. Will er mit dem Gefangenen sprechen, so muß er sich an die Wand - nach links - begeben, wo sich ein Spalt (5) befindet, durch dessen Gitter das Sprechen möglich ist. DIE TRENNSCHEIBE IST NICHT VERSENKBAR.

Die rechte und obere Hälfte der Zeichnung enthält den eigentlichen Trakt. Zuerst kommt die eigentliche Zentrale (6). Sie muß ständig mit drei Mann besetzt sein und enthält die gesamte Elektronik, wie Alarmanlagen, Monitore, Lautsprecher-Gegensprechanlagen usw. Ihr schließen sich die Zellen an (7,8,9,...). Es sind Zellen normaler Hamburger Größe. Die Tür hat ein Sichtfenster aus Panzerglas. Darunter befindet sich eine aufschließbare Klappe, durch welche das Essen gereicht werden kann. Das Fenster hat ein Gitter aus unzersägbarem Stahl. Es ist mit einer zusätzlichen Plasticscheibe versehen; nur durch einen Schlitz kommt frische Luft in die Zelle.

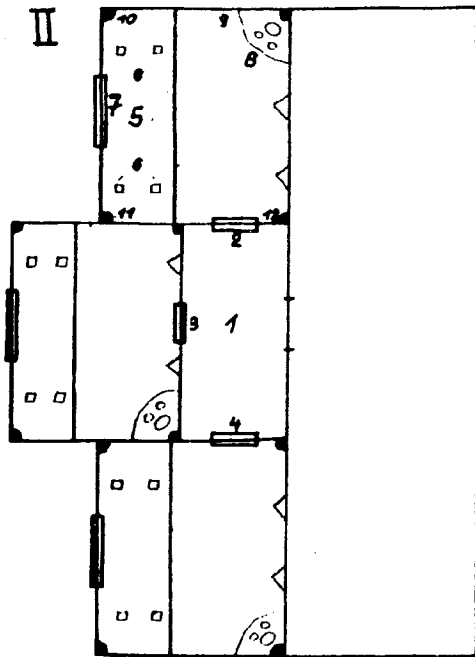
Die Einrichtung der Zelle besteht aus einem Stuhl, einem Tisch, einem Schrank, Spiegel, Toilette und einem Waschbecken mit Wasserhahn sowie dem Bett. Wie die Heizung angeordnet ist, war noch nicht zu erfahren.



Aber die Zelle hat eine Lautsprecher-Gegensprechanlage, welche das geringste Geräusch aufnimmt. Das Licht läßt sich nur von außen ein und ausschalten. Der Schalter ist regelbar. Auch eine Steckdose ist vorhanden. Selbige ist so gering abgesichert, daß man z.B. keinen Tauchsieder betreiben kann. Eine Alarmglocke gibt es nicht in der Zelle. Man muß eine Fahne werfen (11). Das ist ein dünnes Metallrohr, an welchem eine Fahne befestigt ist. Beides muß man nach außen stoßen - die Bewachung von der Zentrale kann das dann sehen. Es macht keinen Krach und man kann dann nicht beweisen, daß die Bewacher es übersehen haben.

Auf der gegenüberliegenden Seite sind 4 Zelle, (12, 13, 14,...), die keine Einrichtung enthalten - auch ohne Wasserhahn und Toilette sind.

Unter dem Trakt befinden sich zwei schwere und eine leichte Beruhigungszelle. Zuerst geht es in einen Vorraum (1). Von diesem aus gehen die drei Türen (2, 3, 4,) ab. Jede Tür ist ca. 30 cm stark und schalldicht gepolstert. Darauf folgt eine Stahlgittertür und darauf eine Tür aus Panzerglas. Der Raum enthält nur ein "Bett" (5). Dieses ist gemauert und hat eine Auflage von ca. 10 cm verleimten Holz. In diese Holzschicht sind 4 Metallbolzen (6) angebracht. Sie dienen dazu, den Gefangenen zu fesseln. Sie sind elektronisch aus- und einfahrbar.



Das Fenster (7) besteht innen aus Panzerglas. Darauf folgt nach außen eine Jalousie, die ebenfalls elektronisch verstellbar ist. Außen ist eine Scheibe aus Milchglas. Die Toilette befindet sich in der Ecke (8). Sie besteht aus einem Loch und zwei Malen, in welche man die Beine stellen kann.

Alle 4 Ecken der Zelle (9,10,11,12,) sind mit Video-Kameras bestückt - so daß eine ständige Beobachtung möglich ist. Zusätzlich sind noch zwei Weitwinkel-Spione (13,14) angebracht, um optisch,d.h natürlich das dorthin verbrachte Stück Mensch beobachten zu können.

Die gesamte Zelle ist mit einer Stahlwand ausgekleidet. Daruf wurde ein Kunststoff befestigt. Die Heizung ist eine Flächenheizung und mit der Wand bündig. Über eine Lüftung liegen noch keine Angaben vor.

Zu Zeichnung I wäre noch zu erwähnen, daß dieser Trakt einigermaßen identisch ist mit dem noch nicht so modernen Trakt Dora I in Anstalt II.

2. ein Trakt für wen?

Auf die Frage wer in den Trakt gelegt wird; antwortete ein Anstaltswärter (vor der Belegung): " Na, wo wir keine politischen haben, kommen halt die rein, die motzen."

So kam es dann auch; bis auf einen Gefangenen, einen Faschisten, der vorher in Celle im Trakt gesessen hat und Mitglied in der ANS ist.

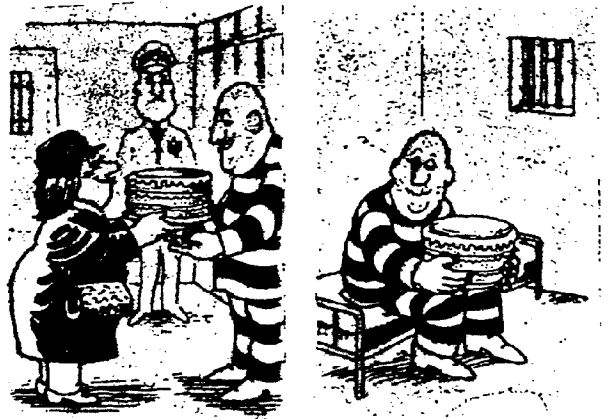
Die anderen sind die, für die der Trakt gebaut wurde: diejenigen, die sich gegen die Haftbedingungen wehren und die nicht innerhalb des Behandlungsvollzuges

zu integrieren sind. Als Begründung werden dann oft Vorwürfe konstruiert, wie z.B. bei B., der angeblich einen Mitgefangenen erschlagen hatte. Das Verfahren wurde eingestellt, der Vorwurf war nicht zu beweisen. B. wurde inzwischen nach einem Hungerstreik nach Bremen verlegt. (Über den HS weiter unten)

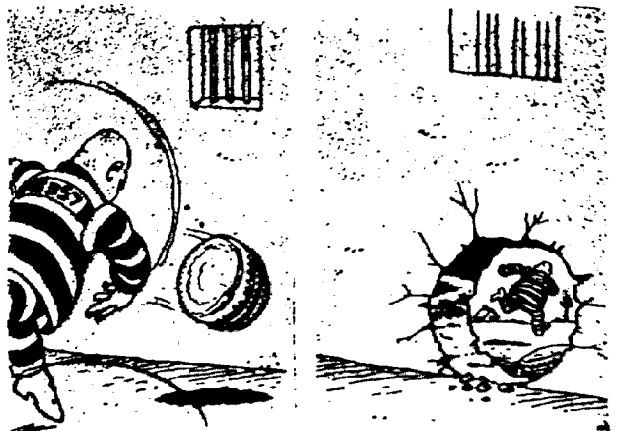
Der nächste Gefangene sitzt noch in Untersuchungshaft. Er wurde angeblich wegen hoher Straferwartung und eines laufenden Auslieferungsverfahrens (?) in den Trakt gelegt. Weder der Name noch die genaueren Hintergründe sind bekannt. Auch seit wann er im Trakt sitzt, ist nicht bekannt.

K. sitzt schon seit Sommer 1980 im Trakt, vorher war er in der Anstalt II. Er soll innerhalb der Haftanstalt mit Drogen gehandelt haben. Gegen ihn läuft noch ein Revisionsverfahren.

F. und W. sitzen seit über einem Jahr im Trakt. Beide haben Sicherheitsverwahrung und saßen vorher in Anstalt VIII. Begründung (wobei nicht klar ist, was für wen gilt): einer soll einen Justizbeamten als Geisel genommen haben, um aus dem Knast rauszukommen, der andere hat Streit mit anderen Gefangenen gehabt.



Im Justizjargon ist der Trakt für Gefangene gebaut, die "Freiheiten des normalen Vollzuges mißbrauchen", man wolle "Verbindungen, die zum Verdunkeln oder Zustecken irgendwelcher Dinge dienen, unterbinden", der "Gefahr einer Infektion (!) vorbeugen". "Störungen", "Aufhetzen anderer Gefangener" und "Vorbereitung eines Aufruhrs" sollen so verhindert werden.



Die Gefangenen arbeiten dort in Arbeitszellen. Im allgemeinen sind sie während der stumpfsinnigen Arbeit (Kugelschreiber zusammendrehen) allein. Nach der Arbeit haben sie zweieinhalb Stunden Umschluß.

Der Abteilungsleiter und Sicherheits-Sander ist offenbar Sozialdemokrat. Er konnte immer wieder die Gefangenen trösten und ruhig halten, wenn sie bessere Haftbedingungen forderten. Der Gefangene

K. trat am 13.9.1981 in den HS, um seine lange zugesagte Verlegung zu erreichen. Da Sander nicht anwesend war, übernahm der Leiter der Anstalt I, Ludwig, dessen Funktion. Ludwig ließ als Reaktion sofort alle Gefangenen in ihre Zellen einschliessen. Daraufhin traten noch drei weitere Gefangene in den HS. Ihre Forderungen waren:

1. Abänderung der Fenster, um eine Frischluftzufuhr zu gewährleisten.
2. Freistunde aller Gefangenen zur gleichen Zeit zweimal am Tag.
3. Sportgeräte und Sportkleidung "um Agressionen abzubauen zu können."
4. eine verbesserte Besuchsregelung, wobei der Gefangene neben dem Besuch sitzen darf.
5. Bastelerlaubnis für Kupferarbeiten sowie auch andere Bastelarbeiten.
6. Wahl einer Interessensvertretung
7. Kühlschrank
8. Zulassung von Plattenspielern mit Boxen
9. Tragen von Privatkleidung

Nachdem zehn Tage später die Türen wieder geöffnet und eine Verhandlung zugesagt wurde, brachen die Gefangenen den Hungerstreik ab. Ein Teil der Forderungen wurde erfüllt:

2. ein zweiter Hofgang, jedoch nur zu zweit.
 3. Sportgeräte
 5. Bastelarbeiten wurden erlaubt, jedoch die Herstellung von Kupferbildern nicht
 6. Ein Insassenvertreter wurde gewählt
 7. Ein Kühlschrank wurde aufgestellt
 9. Die Gefangenen dürfen keine Privatkleidung tragen, die Anstalt stellt T-Shirts, Jeans und Trainingsanzüge.
- K. wurde nach Bremen verlegt.



3. Trakt und D1

In der Anstalt II in Fuhlsbüttel gibt es ebenfalls eine Form von Trakt, die Isolierstation D1. Während den Gefangenen im Hochsicherheitstrakt noch Kommunikation in Grenzen (Umschluß, Hofgang) möglich ist, herrscht in D1 Einzelisolation. Während die Gefangenen im Hochsicherheitstrakt für längere Zeit dort bleiben, ist der grössere Teil (8 Ausnahmen) in D1 nur kurzfristig, wegen Hausstrafen dort. Die folgenden zwei Vorfälle aus dem August 1981 sollen die Situation in D1 aufzeigen:

Zur Situation auf der Isolierstation D 1 in der Justizvollzugsanstalt Hamburg-Fuhlsbüttel

Am 2.8. 81 erhängte sich der Strafgefangene Peter Stephan in "seiner" Zelle auf der Isolierstation D1. Er war Beamten aufgefallen, sie vermuteten, daß er Tabletten genommen habe. Ein Mitgefangener bat, ihn nicht auf die Isolierstation zu bringen, da Peter Stephan selbstmordgefährdet sei, sondern ihn bei ihm mit auf die Zelle zu schließen, damit er auf ihn aufpassen könne. Die Beamten kümmerten sich nicht darum und brachten Peter Stephan trotzdem auf die Isolierstation.

Es war nicht das erste Mal. Vor ungefähr einem Jahr war dasselbe schon einmal geschehen. Damals nutzte der Sicherheitsinspektor Rettinger die Situation, um mit Peter Steffan über dessen Zukunft zu sprechen. Dazu sagte Peter Steffan am 28.1.81 anlässlich einer Gerichtsverhandlung gegen einen Mitgefangenen vor dem Hamburger Landgericht aus, daß er damals auf die Isolierstation verlegt worden sei, obwohl bei ihm keine Drogen gefunden worden waren. Rettinger versprach ihm damals, daß er ihn aus der Isolation herauslassen würde, wenn er aussagen würde, daß er von einem bestimmten anderen Gefangenen Drogen erhalten hätte. Peter Steffan ging auf diese Erpressungsversuche nicht ein. Im August 81 stand die Entscheidung an, ob er nach jahrelanger Haft Hafturlaub bekäme. Gerade für einen zu lebenslanger Haft verurteilten ist Urlaub ungeheuer wichtig

Voraussetzung für eine Urlaubsgenehmigung ist aber die Zustimmung eben jenes Sicherheitsinspektors Rettinger. Peter Steffans ebenfalls zu lebenslanger Haft verurteilter Tatgenosse durfte bereits auf Urlaub gehen, Peter Steffan erhoffte das gleiche für sich. In dieser Situation bedeutete die Verlegung auf die Isolierstation das Ende aller Hoffnungen. Die Verlegung auf die Isolierstation ist eine Hausinterne Bestrafung. Wie wenig sie geeignet ist, den Gefangenen "vor sich selbst zu schützen" - womit die Verlegung von Selbstmordgefährdeten und Drogenbenutzern zynisch begründet wird - zeigt einmal mehr der Selbstmord von Peter Steffan.

Am 13.8.81 machten 6 Gefangene auf der Isolierstation D 1 einen Demonstrativen Selbstmordversuch. Ein Gefangener war so schwer verletzt, daß er in ein Krankenhaus verlegt werden mußte. Mit dieser spektakulären Aktion wollten die Gefangenen auf ihre Situation aufmerksam machen:

die langdauernde Einzelisolation. Sie gehören zu einer Gruppe von derzeit 8 Gefangenen, die nicht aufgrund einer Hausstrafe für maximal 4 Wochen nach D 1 verlegt worden waren, sondern dort auf unbestimmte Zeit bleiben müssen (laut § 17 - fortdauernde Isolation aus Gründen, die in der Person des Gefangenen liegen...) Die Gefangenen forderten mit ihrer Aktion die Rückverlegung in den Normalvollzug; und, falls das nicht gewährt würde, mindestens verbesserte Haftbedingungen auf ihrer Station:

- 2 Freistunden täglich, zusammen - nicht einzeln; gemeinsames Fernsehen; Umschlußmöglichkeiten (mehrere Gefangene können sich zusammen auf der Zelle einschliessen lassen); bessere ärztliche Versorgung; Besuchsmöglichkeit wie im Normalvollzug (nicht direkt überwacht, wöchentlich eine Stunde bzw. zwei Stunden für Gefangene mit lebenslanger Strafe). Erfüllt wurden bisher die Forderung nach gemeinsamem Fernsehen (jeden Abend), nach Umschluß (in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag) und zwei Freistunden täglich für alle, die dort Dauerisolation haben. Die anderen Forderungen wurden nicht erfüllt.

4. Welche Schlüsse ziehen wir daraus?

Die Belegungspraxis in Hamburg zeigt, was unter "Behandlungsvollzug" zu verstehen ist:

einerseits die Station D 1, wo Gefangene, die im Normalvollzug aus der Reihe tanzen, kurzfristig einsitzen, damit ihnen jeder gedanke an Widerstand gleich wieder vergeht;

andererseits der Trakt zur dauerhaften Abtrennung der Gefangenen, die von Drohungen wie D 1 nicht so weit beeindruckt werden, daß ihr Widerstandsgeist erlischt. Für die Gefangenen, bei denen die Chance der Rück- bzw. Eingliederung in den kapitalistischen Verwertungsprozeß (als Vollzugsziel) nicht sehr groß ist, diese Gefangenen werden als Unbelehrbare gebrochen.

Der Trakt in Hamburg hat allerdings eine Besonderheit: er wird nicht als Trakt genutzt.

Das bedeutet, die baulichen und technischen Möglichkeiten werden nicht voll durchgezogen, die Trennscheibe z.B. wird bei den meisten Besuchen nicht benutzt, die vollständige Abtrennung voneinander wird nicht durchgeführt usw.

Daraus auf eine "liberale Linie" zu schließen ginge allerdings fehl. Es fehlen der Hamburger Justiz in der Tat die politischen Gefangenen, die sie spektakulär dort hineinpflanzen könnte, um den Trakt als das hinstellen zu können, als was er der Öffentlichkeit immer noch verkauft wird, eine Sondermaßnahme für die gefährlichen politischen...

Ein Hochsicherheitstrakt für alle Gefangenen wäre zwar politisch durchsetzbar, würde aber unnötigen Staub aufwirbeln, deshalb also dieser Trakt in Wartstellung er wartet auf uns!



Anm. HOCHSICHERHEITSTRAKT in HH—Fuhlsbüttel

Inzwischen ist in Hamburg—Fuhlsbüttel ein neuer Mann Sicherheitsinspektor geworden. Sein Name ist Penning. Das oben angegebene Mitglied der ANS ist Christian Worch. Er galt als ideologischer Kopf der Gruppierung und soll das Einleitungsreferat bei der Gründung gehalten haben. Insgesamt sind im Augenblick sechs Gefangene auf der Station.



„Justizvollzugsanstalt“

Bielefeld - Ummeln

die Fabrikation des Wahnsinns

1976 wurde 7 km von Bielefeld entfernt in Ummeln ein neuer Knast eingeweiht, der als Zentral- und Sammelstation für U-Gefangene und Kurzzeitstraffer aus dem gesamten Ost-Westfalen-Gebiet dient.

Nach neuesten Erkenntnissen konzipiert, ist er einer der sichersten Knäste im Bundesgebiet. Von der offiziellen Presse als der „Resozialisierungsknast“ gefeiert, von Anstaltsleiter Wegener in Richtung Freizeit- und Kommunikationszentrum verniedlicht, steht die JVA Bielefeld-Ummeln auf einer Linie mit den anderen modernen Vernichtungsknästen Preungesheim, Köln-Ossendorf, Stuttgart-Stammheim.

Diese modernen Knastbauten stehen für Folter durch Isolation, durch reizarme Betonumwelt, für Überwachung und Kontrolle der Gefangenen mit allen erdenklichen technischen Hilfsmitteln. Diese Foltermaßnahmen sind hier alle schon durch die baulichen Voraussetzungen vorprogrammiert.

Das neue Betonschließfach in Ummeln gilt als ausbruchssicher, es ist mit modernsten Alarm- und Wachkontrollanlagen ausgestattet (von daher lassen sich auch die enorm hohen Baukosten erklären, die, umgerechnet, für jeden Gefangenen 100.000 DM betragen).

Die das Knastgelände umgebende Betonmauer ist von außen 6m hoch. Seit kurzem ist durch die Errichtung von 4 Schießkanzeln in der Mauer in die Anstalt zusätzlich ein Schießgürtel entstanden.

Die 536 Gefangenen, davon 71 Frauen, sind fast alle in Einzelzellen untergebracht, es gibt insgesamt nur 3 Gemeinschaftszellen. Besondere Mühe hat man sich mit der Ausstattung der Beruhigungszellen gemacht: die Wände sind mit PVC ausgekleidet, statt Klo befindet sich ein Loch oder „Trichter“ im Boden. Die Decke besteht aus Glas, von der Zelle aus gesehen ist es durchsichtig, vom darüberliegenden Raum aus können die Bullen jeden Winkel der Zelle überblicken. Die Beruhigungszellen liegen gemäß uralter Tradition im Keller, damit andere Gefangene nicht hören können, was dort vor sich geht. Den Grundriß des Knastes kann man grob vereinfacht als kammförmig mit Zinken — also Trakten — nach beiden Seiten beschreiben. Die einzelnen Trakte sind soweit voneinander entfernt, daß Ruf- oder Sichtkontakte zwischen den Gefangenen unmöglich sind.

Die Isolation des Knastes von der Außenwelt kann man als fast perfekt bezeichnen. Der Knast ist drei bis vier km von jeder geschlossenen Ortschaft entfernt. Eine Buslinie gibt es nicht.

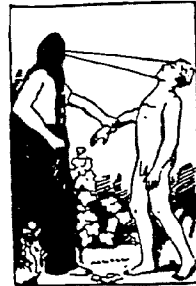
Wie der „Normalvollzug“ in Ummeln abläuft hat der Gefangene Enno Schwall folgendermaßen auf den Begriff gebracht:

„Die Erfahrungen mit dem Ummelner Normalvollzug sind nicht auf einen Nenner zu bringen, eine Vielzahl von Einzelepisoden ist durchaus unterschiedlich zu interpretieren — als Irrationalitäten und Gemeinheiten, die nun mal jedes bürokratische Ungeheuer ungewollt mitproduziert; gleichzeitig läßt sich aber nicht wegdeuten: unterstellt man ein zugrundeliegendes Konzept, dann fügen sich die zunächst verwirrenden Einzelerfahrungen zu einem Mosaik zusammen, dessen Verwandtschaft zu amerikanischen Programmen der Verhaltensänderung geradezu verblüffend ist.

Auch wenn ich die Frage Strategie ja oder nein nicht beantworten kann, der Effekt ist derselbe — nämlich Angriff auf die Identität durch Verunsichern, Infragestellen des eigenen Selbstverständnisses. Erzeugen von Streß und psychischer Dauerbelastung.



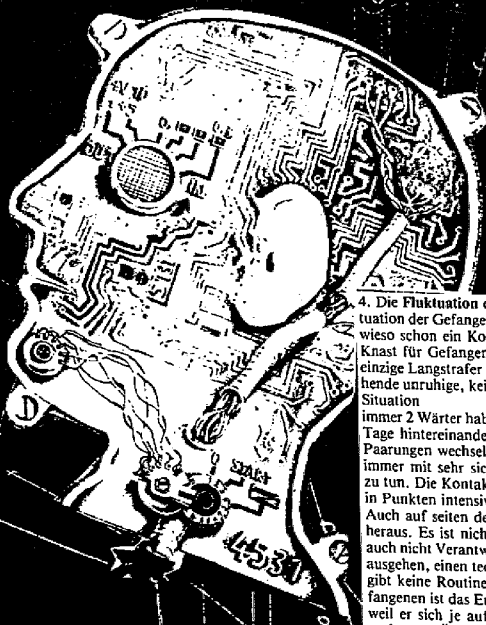
1. Typisch ist, daß immer wieder Praktiken der Verunsicherung auftauchen. Es werden Situationen von den Funktionsträgern in sich widersprechender Weise interpretiert. Das verhindert, daß der Betroffene sich zu orientieren vermag. Es entstehen daraus ständige Querelen, potentiellen Auseinandersetzungen, unklare Situationen. Auf der subjektiven Seite: Das eigene Verhalten unterliegt einer nie endenden Kritik. Man wird — es sei, man verweigert sich völlig — in eine Position gezwungen, in der man sich zu rechtfertigen hat; man hat zu erläutern, zu erklären. Eine Erosion des Selbst.



Jeder unterwirft sich ihrem Willen

2. Das Reglement ist unglaublich vielfältig. Es bedarf einer ungewöhnlich langen Zeit, bis man alle Vorschriften und ungeschriebenen Anordnungen kennt. Man kann trotzdem nicht sicher sein. Die Orientierung wird weiter dadurch erschwert, daß nicht alle Aufseher auf der Einhaltung aller Regeln beharren — er kann darauf verzichten, der Gefangene kann sich aber nicht darauf verlassen: der Wärter von der nächsten Schicht kann bereits wieder auf Anordnungen bestehen, die vorher zeitweise außer Kraft gesetzt schienen.

3. Der **Anpassungszwang**, der daraus entspringt, ist ganz gewaltig. Niemand vermag derart unklare Situationen auf Dauer im Alltagswiderstand auszuhalten, der psychische Aufwand für die einzelne Auseinandersetzung steigert sich zunehmend. Zum einen: je öfter solche Alltagsquerelen zu absolvieren sind, um so unverhältnismäßiger erscheint der Aufwand. Und außerdem gleicht die andauernd geforderte Auseinandersetzung Szenen des absurden Theaters. Die Schnauze zu halten, erscheint da als das vernünftiger Verhalten. Aber es kommt auf dasselbe hinaus. Anpassung oder gar Resignation schafft mindestens genauso großen Streß wie ein Widerstandsmarathon.



4. Die Fluktuation der Wärter wirkt sich auf die soziale Situation der Gefangenen katastrophal aus. Da in Ummeln sowieso schon ein Kommen und Gehen herrscht — es ist ein Knast für Gefangene bis maximal 18 Monaten; ich bin der einzige Langstraffer im Bau — potenziert die dadurch entstehende unruhige, keine festen sozialen Strukturen zulassende Situation zur Bahnhofsatmosphäre.

immer 2 Wärter haben zusammen Dienst. Aber höchstens 14 Tage hintereinander auf derselben Station. Und selbst die Paarungen wechseln. Das bedeutet zum einen, man hat es immer mit sehr sich unterschiedlich verhaltenden Wärtern zu tun. Die Kontakte sind überaus flüchtig und werden nur in Punkten intensiver, wo es Reibereien gibt.

Auch auf seiten der Aufseher bildet sich ein Mechanismus heraus. Es ist nicht "ihr" Station, sie können und wollen auch nicht Verantwortlichkeiten entwickeln, die darüberhinausgehen, einen technischen Tagesablauf durchzuführen. Es gibt keine Routine. Jeder verhält sich anders. Für den Gefangenen ist das Ergebnis: zunehmender psychischer Druck, weil er sich je auf verschiedene Verhalten einstellen muß und er vor Überraschungen nie sicher sein kann. Wie ich erfuhr, wird die Fluktuation und das unruhige soziale Umfeld bewußt gefördert. Die offizielle Begründung — es sollen "Abhängigkeiten" verhindert werden, in die die Aufseher, vor allem wohl von mir, geraten könnten.

5. Auffallend ist die übermäßige Betonung von Disziplin. Jede Unbotmäßigkeit und auch die harmloseste Weigerung, sich selbst den für alles existierenden ablauforganisatorischen Programmen als teilwillig beizusteuern, wird mit drakonischen Sanktionen beantwortet. Zur Legitimation tauchen immer wieder Rekurse auf eine fiktive Gemeinschaftlichkeit auf. Zwar mag diese Begründung dem zurückgebliebenen ideologischen Entwicklungsstand der Verantwortlichen durchaus entsprechen. Es sieht hier wirklich so aus, daß hier das Funktionieren in streng definierten bürokratischen Regelkreisläufen eingeübt werden soll.

Es geht um Abrichtung. Anders sind die Disziplinarorgien nicht zu verstehen.

6. Dieses als Ziel der Resozialisierung: der Delinquent ist daran zu gewöhnen, sich ihm von der organisierten Umwelt vorgesetzten, formalisierten Abläufen anzupassen. Das "Nicht-funktionieren-wollen" ist ihm auszutreiben und dazu gehört auch, daß ihm zugemutet wird, sich bürokratischen Regeln zu unterwerfen, die absolut sinnlos sind, die zu Durchlaufen ihm zur Voraussetzung auferlegt wird, um irgendwelche Gratifikationen zu erlangen. Unter dem Aspekt der Gewöhnung an das reibungslose Funktionieren in organisatorisch rationalisierter Umwelt wird selbst dieses scheinbare Unsinnige rational nachvollziehbar.

soweit Enno Schwall
Ummeln wird als "speziell gesicherte Haftanstalt für Verurteilte aus der Terroristenzene" bezeichnet, dabei gibt es hier ganze 15 "Terroristenplätze". Ein Jahr nach Fertigstellung des Knastes wurde für 5,8 Mill. DM ein "speziell gesicherter Haftbereich", d.h. Hochsicherheitsstrakt gebaut, das hatte die Justizministerkonferenz nach dem deutschen Herbst 1977 beschlossen. Belegt ist er bisher noch nicht.

Bielefeld November 81

Drogenknast und Widerstand am Beispiel Schönstedtstraße (Berlin)

Die Meinung der Fachleute ist nicht gefragt. Erfolg oder Mißerfolg von Drogentherapie läßt sich — schon wegen der langen Zeitdauer der Rückfälligkeit — nur schwer empirisch erforschen und nachweisen. Eindeutig belegen läßt sich jedoch die Tatsache, daß jeder Knastaufenthalt die Wahrscheinlichkeit für eine anschließende erfolgversprechende Therapie geringer werden läßt. „Ein interessanter Zusammenhang besteht zwischen der Zahl der Therapieversuche und der Zahl der Haftstrafen. Hier zeigt sich, daß mit zunehmender Zahl der Haftaufenthalte die Zahl der Therapieversuche abnimmt. Während in der Gruppe der Drogenabhängigen insgesamt im Mittel 21 Therapieversuche je 100 Drogenabhängige unternommen werden, sind es bei den Drogenabhängigen mit einer Haftstrafe nur noch zehn Therapieversuche je 100 Drogenabhängige.“ (Horst Skarabis: Gerichtliche Praxis bei der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs, Berlin 1981)

Die Fachwelt — soweit sie unabhängig von der Justiz arbeitet — ist sich ebenso im klaren darüber, daß eine Therapie des Suchtverhaltens hinter Gittern und verschlossenen Türen die „Perversionierung des Therapiegedankens“ (so der Berliner Drogenbeauftragte Wolfgang Heckmann) schlechthin ist.

Im Gegensatz zu diesem Urteil der Fachleute geht die Justiz in jüngster Zeit vermehrt dazu über, innerhalb von Vollzugsanstalten sogenannte Therapiestationen mit speziellen abgeschirmten und kontrollierten Bedingungen aufzubauen oder gleich ganze Anstalten als Drogenknäste aufzubauen.

Die Konzeption des Drogenknastes Plötzensee Seit dem 15.9.1980 werden in Berlin die Jugendlichen Drogenabhängigen in die Nebenanstalt der JVA Plötzensee in der Schönstedtstraße verlegt. Nach der Mitte 1978 vorgelegten Drogenkonzeption sollen die Jugendlichen hier unter härteren kontrollierten Bedingungen zur Teilnahme an einer Drogentherapie ZWANGSMOTIViert werden. Das Konzept begriff, Therapie als „stufenhaftes Geschehen“.

„Die Stufen müssen als Reifestufen von den Klienten selbst begriffen werden. Ihre Erlangung ist keine Selbstverständlichkeit sondern ein Ergebnis intensiver Arbeit. Der Klient erfährt, daß seine Zugehörigkeit zur nächsthöheren Behandlungsstufe das Ergebnis eigener Leistung ist (...). Diese Reifestufen sind mit äußeren Begleiterscheinungen wie Nachlassen des repressiven Charakters, der Betreuung, weniger Einschluß, mehr Privilegien, mehr Verantwortung usw. verbunden.“

Therapieschwafelerisch verbrämt wird hier im Klartext gesagt:

Wir peinigen euch mit verschärften Haftbedingungen, die ihr schrittweise verbessern könnt, wenn ihr bei den Verhaltensänderungsprogrammen mitmacht, die wir anbieten.

Praktisch bedeutet die Verweigerung der Teilnahme an den Therapiegruppen in der Schönstedtstraße, daß der Gefangene länger unter diesen schlechten Haftbedingungen sitzt - die zudem durch Einschluß während der Zeit der Therapiegruppen und Verweigerung des sonst ausgezahlten „Arbeitsentgeltes“, d.h. Verweigerung des Einkaufsvorschärf werden.

In der Stufe 2 in Plötzensee, die wieder „normalere“ Haftbedingungen aufweist, soll der Anpassungs- und Mitmachdruck über die permanente Drohung erreicht werden, im Verweigerungstall jederzeit wieder in die Stufe 1 in die Schönstedtstraße zurückverlegt zu werden.



Haftbedingungen

Von der baulichen und konzeptionellen Seite her weist der Drogenknast viele Parallelen zum Hochsicherheitsstrakt auf: Die Jugendlichen liegen in jeweils voneinander abgeschotteten 15er Gruppen auf einer Station. Die Abschottung nach außen läuft folgendermaßen: Alle Kontakte zur Außenwelt, zu Personen oder Gruppen, die nicht im Sinne der „Gehirnwäsche“ wirksam sind, werden erschwert oder unterbunden (Drogenberatungsstellen, Anstandsbeirat etc.). Besuche von Freunden oder Verwandten finden hinter einer doppelten Plexiglas-Trennscheibe statt. Briefverkehr und Telefonate (auch Anwaltsgespräche) von Gefangenen, die als „politisch gefährlich“ eingestuft werden, werden inhaltlich überwacht. Berichte über die Schweinereien sollen nicht an die Öffentlichkeit gelangen.

Paketsendungen von draußen sind generell auch zu den ansonsten in jedem Normalknast üblichen Zeiten (Weihnachten, Geburtstag, Ostern) verboten. Das Mitbringen von Gebrauchsgegenständen beim Besuch (Radios, Uhren, Musikinstrumente, Bücher etc.) ist verboten. Müssen bei einem durchschnittlichen Monatslohn von 60 DM über externe Händler neu angeschafft werden.

Ausgänge und Urlaub werden generell nicht genehmigt.

Die lückenlose Abschottung von der Außenwelt und die Zerstörung aller alten Kontakte, die Eliminierung jeglicher emotionaler Unterstützung von draußen, sind Vorbedingung für die geplante Gehirnwäsche. Auch die Gefangenen untereinander sind isoliert: Kleingruppenisolation in drei völlig voneinander abgeschotteten Gruppen von je 15 Gefangenen. Das Prinzip der Schweine - drinnen wie draußen: Teile und herrsche!

Die Bullen wollen jede unserer Lebensäußerungen überwachen, manipulieren: Zusammenschlüsse von mehreren Gefangenen auf einer Zelle sind verboten, „Programm“ und „Freizeit“ werden passlos überwacht, gesteuert - jegliche Gruppenaktivität, die nicht im Einklang mit den Zielen der Gehirnwäsche steht, wird unterbunden. Dementsprechend auch die baulichen Maßnahmen: Fliegengitter vor allen Zellen, Panoramaspiegel zur Überwachung der Gänge, geplanter Einbau von Videokameras - Überwachungsanlagen - big brother is watching you...

Diesensorische Deprivation ergibt sich aus der Summe der Sonderhaftbedingungen: Isolationsfolter plus Bewegungsarmut plus Nahrungsmonotonie plus kühle Umgebung plus Verbot von Pflanzen plus 6qm-Zellen plus wenig Tageslicht plus Neonlampen.

Sie bewirkt, daß sich der Gefangene im permanenten Streßzustand befindet. Physische und psychische Erschöpfung treten ein und machen ihn leichter manipulierbar.

Alle Lebensäußerungen der Gefangenen werden streng reglementiert - entweder "therapeutisch benutzt" oder verboten.

Das Klima - passiver Widerstand

Die meisten Berliner Drogenberatungsstellen verweigerten aufgrund ihrer fachlichen Einschätzung der grundsätzlichen Unmöglichkeit von "intramuraler (häh?!) Therapie" und der langjährigen Auseinandersetzung mit dem Justizsenat um spezielle Drogenknäste und Drogenstationen die Zusammenarbeit mit dem Drogenknast in der Schönstedtstraße. Trotz immer wieder aufbrechender zwiespältiger Gefühle dem einzelnen Gefangenen gegenüber, dem man gerne helfen und - durch Vermittlung in eine Langzeittherapie außerhalb der Mauern - aus dem Knast rausholen will, wollen diese Drogenberater nicht als Legitimation für diese widersinnige "Therapieform" im Knast erhalten und keinerlei Beitrag zur Aufrechterhaltung leisten, sondern den Senat ständig mit ihrem Boykott und der Forderung nach Schließung der Sonderknäste und -stationen konfrontieren.

Auf die nach einem halben Jahr Drogenknastpraxis häufiger ausbrechende Gegenwehr- und Luftmach-Versuche der Jugendlichen reagiert die Knastleitung in diesem "sozialtherapeutischem Modell" mit den altbekannten Disziplinierungsmaßnahmen: Bunker, Isolation, Verschleppung in andere Knäste und Zerschlagen der Gefangenenkultur.

Die Sozialarbeiter resignieren - und werden ersetzt

Das Klima in der Schönstedtstraße und der Drogenstation in Plötzensee, das durch den Widerspruch zwischen rigoroser Durchsetzung des Konzeptes "Therapie im Knast" und der praktischen Unmöglichkeit seiner Realisierung gegen die sich verweigernden Gefangenen bestimmt wird, verunsichert einen Teil der Mitarbeiter - insbesondere aus dem Sozialarbeiterbereich. Ein Teil von ihnen hatte vorher offensichtlich daran geglaubt, die Jugendlichen durch persönlichen Einsatz für externe Therapien motivieren zu können.

Nach einem halben Jahr Mitarbeit im Drogenknast bestätigen dann auch die wenigen kooperierenden Drogenberater, sowie die Therapeuten und Sozialarbeiter im Knast die Unmöglichkeit einer Realisierung des Konzeptes "Therapie im Knast" fest.

„Die Inhaftierten wollten nicht. Selbst Versuche, sie mit Vollzugslockerungen ("Bonbons") zu "überzeugen", schlugen fehl. (...) Es wurde immer deutlicher, daß die inhaftierten Jugendlichen und Heranwachsenden auch die "therapeutischen" oder "motivationswirksamen" Aktivitäten in der Nebenanstalt zum überwiegenden Teil nur deshalb mitmachen, weil Verweigerung Kürzung der finanziellen Mittel und vermehrten Einschluß bedeutet hätten. Diese Einstellung wurde unseren Mitarbeitern gegenüber immer wieder formuliert. Wie uns bekannt wurde, fand sie ihren Ausdruck auch darin, daß Gesprächsgruppen dazu genutzt wurden, Karten zu spielen oder untereinander "abzuquatschen". Hinzu kommt, daß die ablehnende Einstellung den "therapeutischen" Maßnahmen gegenüber auch den Mitarbeitern der Nebenanstalt nicht verborgen blieb - was dazu führte, daß sich Mitarbeiter mehr oder weniger offen zu ihren Schwierigkeiten bekannten, mit der bestehenden Konzeption zurechtzukommen.“

Als die Teilanstaltsleitung ausgewechselt und dem heftigsten Verfechter und Mitbegründer des Zwangstherapiekonzeptes, Leschhorn übertragen wird, verdünnt sich die Personaldecke, was sich auf der Seite der Jugendlichen in längeren Verschußzeiten niederschlägt.

Ein Teil dieses Mitarbeiterstamms kündigt nach einiger Zeit - oder wird gekündigt.

Die freigewordenen Sozialarbeiterstellen werden zum größten Teil mit Beamten aus dem allgemeinen Vollzugsdienst besetzt - die dann auch "besser funktionieren, weil sie weniger Flausen und spinnerte Ideen im Kopf haben", wie es ein Personalvertreter der JVA Tegel in einer Rundfunkdiskussion ausgedrückt hatte.

Aktiver Widerstand der Gefangenen

Auf die Ankündigung von weniger Freizeit und mehr Einschluß reagieren die Gefangenen einer Wohngruppe zunächst mit einem Sitzstreik am 17.7.81 und nehmen sich so die bisherige Freizeitdauer.

Am 22.7.81 tritt ca. ein Drittel aller Gefangenen die Fliegengitter vor den Fenstern heraus. „Ohne dieses mehr am Fenster zu haben ist es, als ob ein Alptraum vorbei wäre.“

Die Anstaltsleitung reagiert mit 24 Stunden Einschluß und der Verweigerung von heißem Wasser und Hofgang. Die Gefangenen holen allerdings am nächsten Tag den verweigerten Hofgang nach, indem sie eine Stunde länger draußen bleiben.

Als am Abend des 25.7. einem Gefangenen wegen Pendelns das Bettzeug aus der Zelle geholt wird, ist die spontane Bambule da, die mit Polizeigewalt erstickt wird.

6 Gefangene werden von der herbeialarmierten Polizei in den Bunker nach Plötzensee verschleppt, wo 4 von ihnen einen Hungerstreik beginnen, um rückverlegt zu werden.

Der Hungerstreik

Am 7.10.81 treten 6 Gefangene - Thilo Schlepper, Jürgen Schulz, Andreas Körösy, Martin Sicheneder, Wolfgang Bartsch, Alfons Jagodzinski - in einen unbefristeten Hungerstreik.

PRESSE + HUNGERSTREIKERKLÄRUNG
=====

6 (sechs)

ab heute, dem 07.10.1981, befinden sich ~~XXX(TITEL)~~ gefangene des sondergefängnisses für drogenabhängige in berlin-neukölln im unbefristeten hungerstreik!

warum diese aktion ?

seit der praktischen durchführung des sog. "behandlungsvollzuges" (etwa ab 1977) strebte/strebt die justizmaschinerie in diesem lande die schaffung eines abgestuften gefängnisystems von offen, halboffen und geschlossenen vollzugsformen an. dieses abstufung ermöglicht eine differenzierte "behandlung" der einzelnen gefangenengruppen: ein paar armselige "privilegien" (ausgänge, urlaub, zweidrittel entlassung, freigänger) für die noch resozialisierbaren - systematische zerstörung der persönlichkeits von "problemgefangenen" in isolierten trakten und sondergefängnissen durch hermetische abschottung von der aussenwelt und lückenlose kontrolle aller lebensbereiche.

als anfang 1980 der moabiters hochsicherheitstrakt mit politischen gefangenen belegt wurde, hat sich zu diesem komplex eine breite öffentlichkeit gebildet. bereits damals war offensichtlich, welche funktion dergartige sondergefängnisse haben, welche strategie der justizapparat verfolgt: experimentelle erprobung der neuen überwachungs- / verhaltensänderungsprogramme an politischen gefangenen, um die gewonnenen erkenntnisse nach und nach auf andere gruppen von unbequemen gefangenen auszuweiten.

die ausweitung der sonderbehandlungsmethoden, die man nur als neue, subtilere varianten der folter werten kann, zeichnet sich hier in berlin an zwei wesentlichen entwicklungen ab: einmal der neubau des frauengefängnisses plötzensee, das von a bis z in hochsicherheitstrakt - bauweise konzeptioniert ist, - zum anderen der ende 1980 erfolgte umbau der ehemaligen jugendarrestanstalt "cafe" schönstedt" zum hochsicherheitstrakt für drogenabhängige jugendliche.

nachdem wir, die internierten des neuköllner sondergefängnisses, durch mehrere aktionen - fliegengitter zerstört, sitzstreik, hungerstreik, presseerklärungen - vergeblich versucht haben, die viehischen sonderhaftbedingungen / verhaltensänderungsprogramme öffentlich zu machen, bzw. draussen eine öffentlichkeit zu diesem komplex zu mobilisieren, machen wir ab heute von unserem letzten kampfmittel, den kollektiven unbefristeten hungerstreik, gebrauch; um das schweigen zu durchbrechen, um den zusammenhang zwischen den einzelnen varianten der neuen verhaltensdres-

surprogramme herzustellen - hochsicherheitstrakte, drogentraktknäste, therapieknäste, psychiatrischen anstalten, sicherheitsstationen die namen wechseln, inhalte und zielsetzungen bleiben stets dieselben - und um auch in diesem internierungslager den vollzugsstrategen die "therapeutische" larve vom gesicht zu reißen!

wir fordern: abschaffung aller sonderhaftbedingungen !
 abschaffung jeglicher form von isolation !
 gleiche behandlung, sowie freie selbstorganisation
 aller gefangenen !

solidarität mit den politischen gefangenen in hochsicherheitstrakten !
solidarität mit den drogenabhängigen frauen im knast lehrter str.,
die demnächst im neuen hochsicherheitsknast plötzensee verschwinden sollen !
solidarität mit allen gefangenen, die sonderhaftbedingungen unterworfen
sind !

die gefangenenbewegung in allen internierungslagern aufbauen !!!
für die schaffung eines überregionalen gefangenenrates !!!
drinnen und draussen - ein kampf !!!

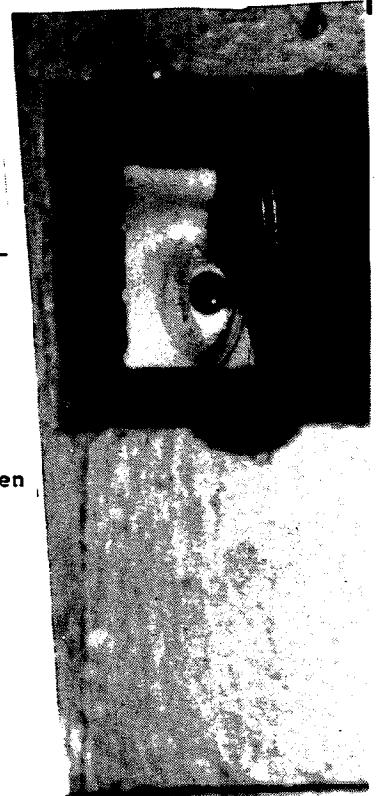
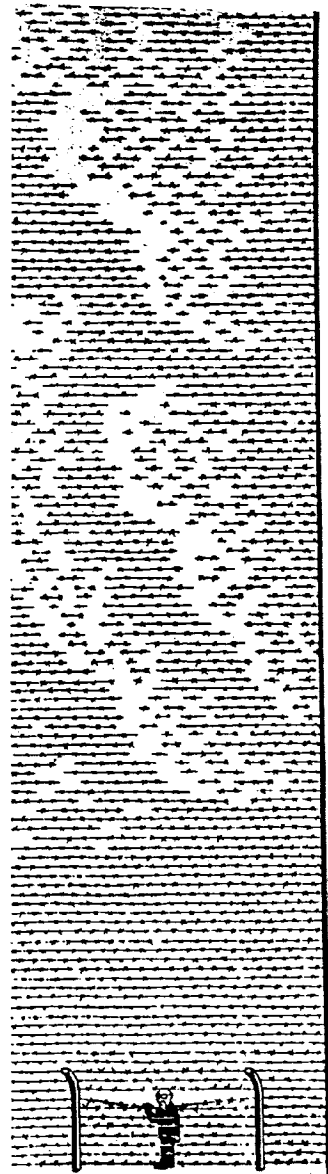
gefangene im drogentrakt-neukölln
berlin 44, den 07. oktober 1981



In späteren Erklärungen stellen die Jugendlichen einen konkreten Forderungskatalog von 8 Forderungen nach Veräusserung von einzelne Bedingungen auf.

1. **ABBAU DER TRENNSCHEIBEN !**
Heisst: Bei Privatbesuchen weder Trennscheiben, noch Trenngitter, Trenntische oder Berührverbot.
2. **ABBAU DER FLIEGENGITTER !**
Heisst: Abbau der Fliegengitter vor allen Fenstern der Zellen und den Arbeits- und Aufenthaltsräumen.
3. **ABBAU DER PANORAMASPIEGEL !**
Heisst: Abbau der Panoramaspiegel auf allen Gängen des Traktes.
4. **ABSCHAFUNG DER KLEINGRUPPENISOLATION !**
Wir fordern: während der "Freizeit" alle Stationstüren offen, Umschlüsse, gemeinsame Veranstaltungen!
5. **KEIN EINBAU VON VIDEOKAMERAS !**
Wir wollen: eine öffentliche Erklärung des Senats, dass der Einbau von Videokameras nicht mehr geplant ist.
6. **AUSGANGE, URLAUB, ZWEIDRITTEL !**
Konkret: "Vollzugslockerungen" auch für drogenabhängige Gefangene, unabhängig von ihrer Bereitschaft, sich behandeln zu lassen.
7. **KEINE THERAPIEAUFLAGEN !**
Wir fordern: vorzeitige Entlassungen, ohne angeordneten Zwang, eine Langzeit- bzw. ambulante Therapie zu absolvieren.
8. **KEIN TEILNAHMEZWANG AN VERHALTENSÄNDERUNGSPROGRAMMEN !**
Im Klartext: keinerlei Sanktionen bei Verweigerung der Dressurprogramme - dafür : Schaffung einer Selbsthilfegruppe mit eigener Konzeption auf der Station 4 im Neuköllner Trakt.

9. **ABSCHAFFUNG DER ZWANGSWEISEN URINKONTROLLEN !**
Forderung: keine Urinkontrollen oder sonstige körperlichen Eingriffe gegen den Willen der Betroffenen mehr. Keine Sanktionierung bei Verweigerung.
10. **PAKETSENDUNGEN (WEIHNACHTEN, OSTERN, GEBURTSTAG) !**
Heisst: Paketsendungen zu den angegebenen Zeiten von Aussenstehender unserer Wahl: Eltern, Freunde usw.
11. **ZULASSUNG EINGEBRACHTER GEGENSTÄNDE !**
Forderung: Einbringung von Gegenständen des täglichen Bedarfs über Aussenstehende unserer Wahl zu den im "Normalvollzug" üblichen Bedingungen (Antrag, Durchsuchung).
12. **ZUSAMMENSCHLÜSSE !**
Heisst: Umschlüsse von mehreren Gefangenen auf eine Zelle; besonders während der Mittagspause und an Samstagen und Sonntagen
13. **LÄNGERER ZUSAMMENSCHLUSS !**
Wir fordern: Aufschluss für alle Gefangenen bis 21 h bzw. 22 h wie im "Normalvollzug" Plötzensee.
14. **KEINE ZWANGSVERLEGUNGEN NACH PLÖTZENSEE !**
Konkret: Keine Zwangsverlegungen von Gefangenen mehr: etwa bei "Behandlungsunwilligkeit".
15. **AUFHEBUNG DER HAUSVERBOTE FÜR DROGENBERATUNGSSTELLEN !**
Forderung: Zulassung von Drogenberatungsstellen und Knastgruppen unabhängig von ihrer politischen Einstellung gegenüber dem praktizierten Gehirnwäsche Konzept.
16. **KEINE KONTAKTBESCHRÄNKUNGEN FÜR ANSTALTSBEIRÄTE !**
Wir wollen: Zulassung von allen Anstaltsbeiräten zu Grossgruppen, Vollversammlungen, "Interessenvertretung" etc. - unabhängig von ihrer politischen Einstellung gegenüber dem praktizierten Gehirnwäsche Konzept.
17. **BESSERE ERNÄHRUNG !**
Heisst: Überprüfung des Essens im gekochten Zustand auf Nährwertgehalt und Vitamine. Keine Dampfkost mehr! Mehr Obst und Verpflegungszulagen! Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Überwachung der Ernährung! Ausserdem: Wiedereröffnung der Anstaltsküche, deren Betrieb von der Selbsthilfegruppe auf Station 4 übernommen werden kann/soll.
18. **SCHAFFUNG VON AUS- UND FORTBILDUNGSMÖGLICHKEITEN !**
Heisst: Einrichtung von Schul- und Ausbildungsplätzen mit der Möglichkeit zur Erlangung qualifizierter Abschlüsse. Angleichung der Bezahlung an den Standard von Plötzensee.
19. **MEHR SPRACHLICHE KOMMUNIKATIONSMITTEL FÜR AUSLÄNDER !**
Konkret: Zeitungen, Bücher, Musikaufnahmen, Videokassetten, kulturelle Veranstaltungen für Ausländer.
20. **ABBAU DES PERSONALMANGELS !**
Zur Klarheit: Keine Personaleinsparungen auf dem Rücken der Gefangenen. Eingrenzung der Mindestvorschrift auf einen Wärter pro Station.
21. **MEHR SPORTMÖGLICHKEITEN !**
Konkret: Einstellung von Sportlehrern, Anschaffung von zusätzlichen Sportgeräten, Einrichtung von zusätzlichen Sportstunden und geeigneten Räumlichkeiten.
22. **ABBAU ALLER NEONLAMPEN !**
Dafür: Einbau von Lichtquellen die weder grell noch augenschädigend sind.
23. **BEDURFNISGERECHTERE ZELLEN !**
Forderung: Überprüfung und öffentliche Stellungnahme der Europäischen Menschenrechtskommission zu unseren Haftbedingungen (Zellengrösse/-einrichtung, Lichtverhältnisse, "Hof" usw.). Ausserdem: Genehmigung von Kühlschränken, Toastern und Kochplatten für die Gruppenräume.
24. **ABSCHAFFUNG ALLER HAUSSTRAFEN !**
Besonders: Abschaffung der Einschlüsse, Geldabzüge und mittelalterlichen Bunkerstrafen.
25. **ABSCHAFFUNG DER POSTZENSUR !**
Heisst: Abschaffung der Brief- und Zeitungszensur. Abschaffung der Überwachung von Telefonaten (besonders Anwalts-). Freies Informationsrecht für alle Gefangenen!



Nach 11 Tagen, am Sonntag, 18.10. werden die Gefangenen ins Haftkrankenhaus der U-Haft Moabit verlegt. Sie werden dort sofort voneinander getrennt und bekommen jeweils einen älteren - Zusatzkost essenden - Gefangenen mit auf die Krankenzelle. Treffen können sich die 6 nur noch beim Hofgang.

Nach 15 Tagen, am Mittwoch dem 21.10., reagiert die Justiz durch Entsendung eines Beamten der Justizaufsicht, der sich über die Forderungen "informieren" läßt und einen schriftlichen Bescheid verspricht. Ende dieser Woche werden zwei der hungerstreikenden Gefangenen vorzeitig auf Zweidrittel entlassen.

Am Montag dem 26.10. teilen die verbliebenen 4 Gefangenen in ihrer 4. Erklärung erste gesundheitliche Störungen mit und kündigen eine zweitägige Unterbrechung des Hungerstreiks für den Fall an, daß sie im Haftkrankenhaus zusammengelegt werden, daß ernstzunehmende Verhandlungen im Beisein eines von ihnen benannten Vermittlerkreises - bestehend aus einem Anwalt, einer Anstaltsbeirätin und einem Kirchenvertreter - in Gang kommen, und daß sie die zurückgehaltene Post ausgehändigt bekommen.

Am Dienstagabend, 27.10., unterbrechen die Jugendlichen ihren HS und werden zusammengelegt und bekommen ihre Post ausgehändigt. Der eine Woche vorher angekündigte Brief der Justizverwaltung trifft ebenfalls ein und bewegt die Gefangenen dazu, am Mittwoch, 28.10. den Hungerstreik sofort wieder aufzunehmen. Sie werden daraufhin sofort wieder voneinander isoliert.

Am Donnerstag werden Mitarbeiter aus der Drogenberatungsstelle, die die Gefangenen in Moabit besuchen wollen, zurückgewiesen. "Auf ärztliche

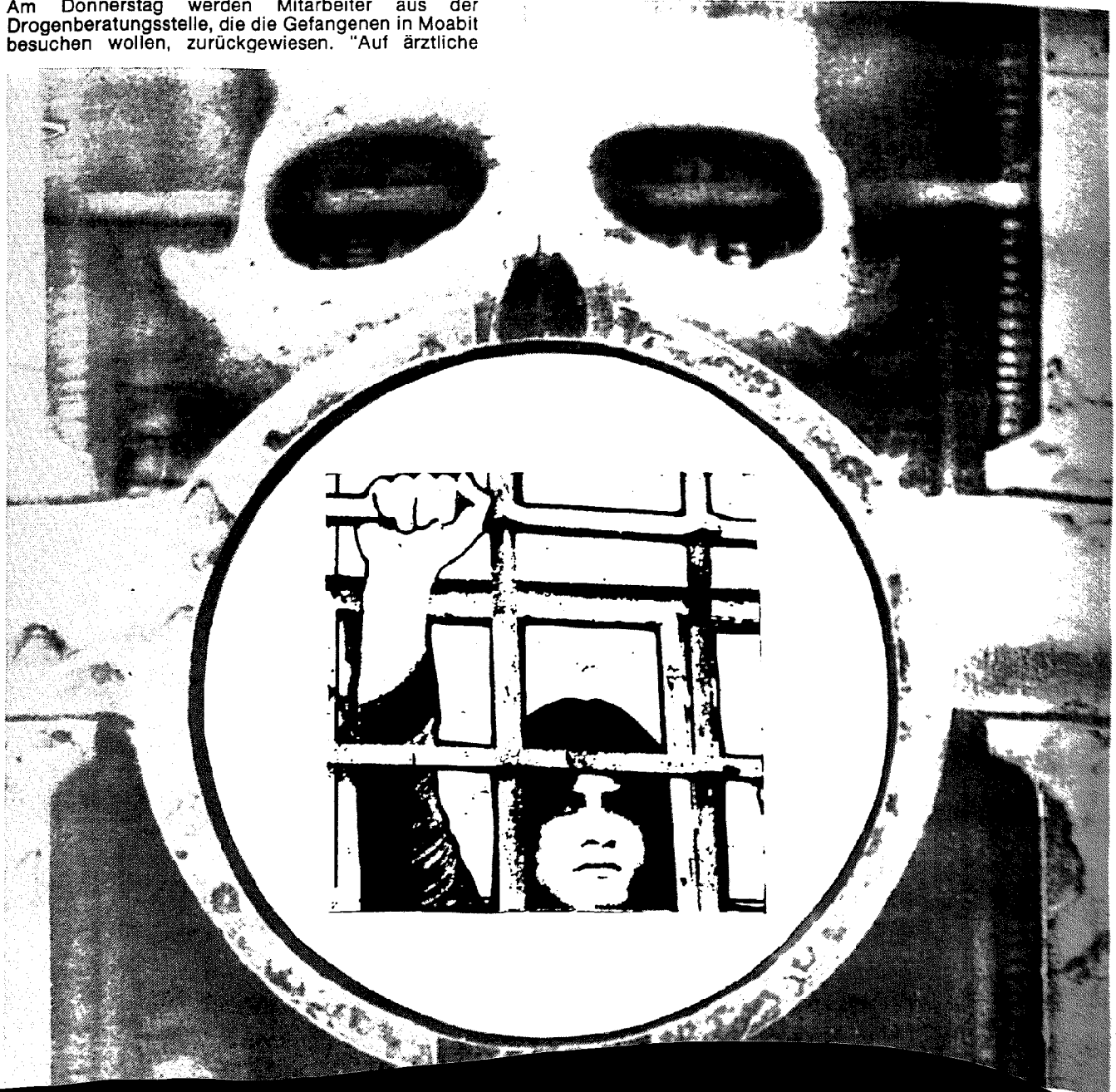
Anordnung" seien nach Angaben des Teilanstaltsleiters nur noch Besuche zulässig, die therapeutisch notwendig wären.

Eine für den 29.10. angesetzte Sitzung des Rechtsausschusses zum Thema Drogenknast mit Expertenbefragung wird auf Betreiben des FDP-Abgeordneten Walter Rasch um eine Woche verschoben.

Eine Woche später, am 11.11., wird im Rechtsausschuß viel über Therapie im Knast geschwafelt, dem auf der anderen Seite allerdings auch eindringliche Zustandsbeschreibungen aus Cafe Schönstedt entgegengesetzt werden, die die Unmöglichkeit einer solchen "Therapie" ganz konkret aufwies. Die Forderung nach ersatzloser Streichung der Drogenzwangstherapie im Knast war zur gleichen Zeit auch von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wie der Berliner Strafverteidigervereinigung oder der Humanistischen Union erhoben worden. Justizsenator Scholz zeigte sich unbeeindruckt. "Es gibt keine Verhandlungen."

Am Samstag dem 14.11. erscheinen dann nach 38 Tagen Hungerstreik doch zwei Vertreter des Justizsenats gemeinsam mit dem Teilanstaltsleiter aus Moabit, dem Berliner Drogenbeauftragten und einem Anwalt der Gefangenen bei den Jugendlichen.

Der Senat willigt ein, bessere und mehr Sportmöglichkeiten in der Schönstedtstraße zu schaffen, geeignete Kommunikationsmöglichkeiten für Ausländer, ein besseres Bildungs- und Ausbildungsangebot, sowie die grundsätzliche Möglichkeit der Beantragung von Besuch bei Gefangenen aus anderen Wohngruppen.



Im Bewußtsein, endlich Öffentlichkeit über die Situation der Drogengefangenen hergestellt, sowie einen Teilerfolg in einigen wenigen konkreten Punkten errungen zu haben, beenden die drei Gefangenen nach der Zusicherung, daß sie im Haftkrankenhaus zusammengelegt werden, anschließend Schonkost erhalten und ihr kurz zuvor entlassener Mitgefangener sie besuchen darf, den Hungerstreik.

Die Linke bleibt stumm

Bei den Hungerstreiks der Guerillagefangenen und den vielfältigen Aktionen gegen den Bau von Hochsicherheitstrakten für sie hatten viele Gruppen richtig analysiert, daß die Trakte in nächster Zukunft auch für andere Gefangenengruppen anstehen würden. Der Drogenknast Schönstedtstraße bestätigt diese Analyse. Und bestätigt hat sich auch, daß diese Bedingungen den Widerstand der Gefangenen nicht ohne weiteres brechen, sondern ihm erst noch zum Ausbruch verhelfen.

Die Berliner Linke hat zum Hungerstreik der jugendlichen Drogengefangenen — von wenigen Ausnahmen abgesehen — geschwiegen!

Zum einen geht das sicherlich zurück auf den desolaten Zustand der fossilen Altknastgruppen und Altlinken, die frühere Hungerstreikaktionen koordiniert haben, jetzt aber kaum noch handlungsfähig sind. Gleichzeitig scheint das Bewußtsein über Knast und Widerstand hinter Gefängnismauern in der jungen Bewegung nicht tief genug zu greifen, um zu erkennen, welche Bedeutung der Kampf der Jugendlichen sowohl für andere Knäste als auch für uns kontrollierte Wesen hier draußen hat. Ganz zu schweigen davon, eine solche Erkenntnis praktisch werden zu lassen.

Man entdeckt im sonst so bunten Stadtbild keine Parolen zum Hungerstreik; mit Mühe und Not wird nach 33 Tagen Hungerstreik ein Plakat dazu geklebt. Vollversammlungen der Hausbesetzer bzw. der Bewegung werden zwar einberufen. Raus kommt —

außer dem üblichen Schlagabtausch zwischen den verschiedenen Fraktionen — die Idee einer Großveranstaltung und die Entscheidung zur Teilnahme an einer von den Drogenberatungsstellen angemeldeten und organisierten Kundgebung vor dem Knast. Rund 300 Leute setzen diese Entscheidung auch in die Praxis um.

Berliner Impressionen

„Heute abend ist Bewegungs—VV, kommste mit?“
Nee, Böcke habe ich absolut nicht, nach zehn Stunden Arbeit und eigentlich müßte ich ja auch noch die Fenster abdichten, die Wohnungstür muß auch irgendwann abgeholt werden....Sachliche Gründe gibt es immer, um nicht zu Besetzerrat, VV oder zur 1255. Demo zu gehen. Ich habe die Schnauze voll von diesem hilflosen Aktionismus — aber o.k. vielleicht wird es heute mal besser laufen, vielleicht wollen die anderen auch mal ne Situation, in der diskutiert wird.

Im Drugstore sind schon 50—60 Leute, gut, warten wir noch. Die kommende Stunde wird mit Gemurmel, Hunde auseinandertreiben oder verträumten Zupfen an der verbliebenen, langen Haarsträhne (Marke: ick hatte och ma ne lange Matte, ej) verbracht.

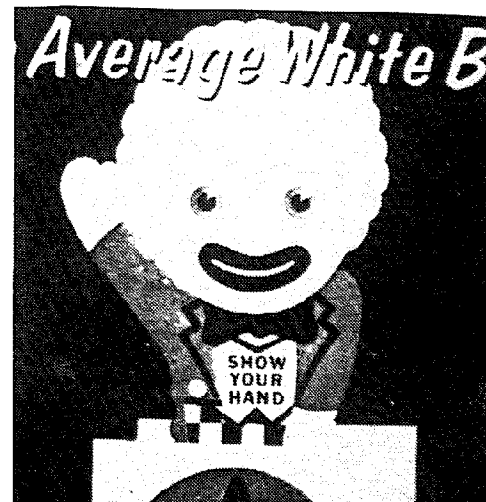
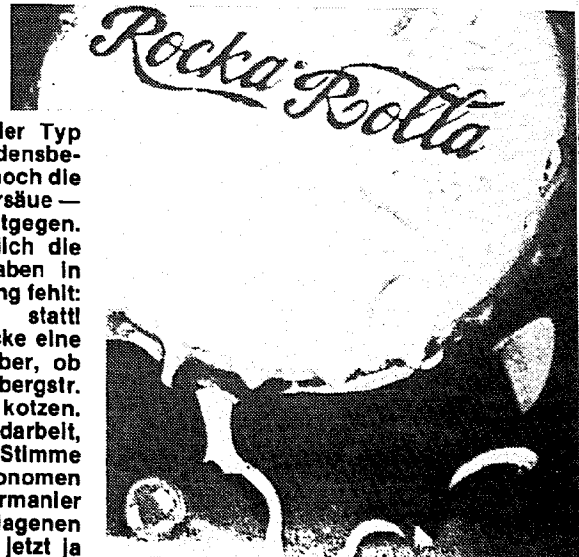
Nu fangt doch mal an, ej. Ruhe da hinten, wir wollen jetzt anfangen. O. verläßt die Hungerstreikerklärung aus dem Cafe Schönstedt — Schweigen — Es folgen die Statements der Leute, die zu jeder Gelegenheit das Gleiche zu sagen haben. Leute, laßt uns jetzt geschlossen zum Knast gehen. Nee, Mann, wir sind doch so wenige hier, morgen machen wa ne Demo, und ne Großveranstaltung, und noch ne Demo am Samstag bla bla. Ich merke schon wieder dieses Besetzerratsgefühl im Bauch, dieser verbale Blödsinn, die Hilflosigkeit, die in altbewährter Form in Begriffen wie „unsere Power“, „unsere Betroffenheit“, „unsere Wut“ verpackt wird.

Jemand schlägt vor, ein Go-in in der TU, anläßlich der Friedensveranstaltung zu machen. Der Äktschnteil des



Vorschlags wird aufgenommen, doch als der Typ anfängt, über die Bündnispartner in der Friedensbewegung zu reden, schleudert ihm die VV nur noch die "Friedenskacke — Schweinepresse — Countersäue — Schweinestaat — Vollzugsschweine Fetzen" entgegen. Die Vertreter der Bewegung (sind es wirklich die Vertreter — wo sind all die anderen?) haben in bewährter Manier erreicht, was in der Bewegung fehlt: Eine inhaltliche Diskussion fand nicht statt! Währenddessen entfacht in einer anderen Ecke eine geradezu leidenschaftliche Diskussion darüber, ob man vom Knastkrankenhaus aus auf die Perlebergstr. oder auf Alt—Moabit sehen kann. Ich könnte kotzen. Doch dann: G., Sozialarbeiter aus der Jugendarbeit, erhebt mit Schweißperlen auf der Stirn seine Stimme und schießt den Haufen, sorry, die autonomen Gruppen, in gekonnter Jugendgruppenleitermanier zusammen, wer denn nun die vorgeschlagenen Aktionen vorbereitet. Schweigen — es geht jetzt ja darum, zu planen, zu organisieren, sich inhaltliche Gedanken zu machen. Klar ist ja immer in diesen Momenten, daß Irgendjemand letztlich weich wird und ein gequältes "naja, ich(wir) machen das" lustlos über die Lippen quetscht. Von Betroffenheit und Wut und Widerstand leisten redet jetzt schon niemand mehr. Ist es das, was mir jedesmal zu Magenschmerzen verhilft — die andere Ebene — die Politik, die wir meinen??

Auf der Äktschenseite kann die Bewegung lediglich ein Go—in beim Altbürgermeister und Friedensschwaffler VOGEL, eine verpatzte Kirchenbesetzung, bei der es während des Gottesdienstes nicht so richtig gelingen wollte, die drei anwesenden Omis zu agitieren, sowie einen bemalten Interzonenzug vorweisen — mehr als peinlich, wenn man auf der anderen Seite das Spektrum von Aktionen (guten und schlechten, die insgesamt aber doch einen Teil des öffentlichen Drucks ausmachen) während des RAF—Hungerstreiks betrachtet und auf der anderen Seite die Klagen der Alt—Linken im Ohr hat, die selnerzeit nichts machten, weil sie sich nicht von der RAF oder den Antifas "funktionalisieren" lassen wollten. Und jetzt?





Der Hungerstreik der jugendlichen Drogenabhängigen gegen Sonderhaftbedingungen, Kleingruppenisolation und für freie Selbstorganisation der Gefangenen hat die Bewegung draußen nicht bewegt. Die Gefangenen sind weder prominent noch stammen sie aus UNSERER "Scene" (selbst, wenn einer der Gefangenen vorher im besetzten Haus gewohnt hat). Hinzu kommt die von vielen zugegebene Ersteinschätzung: "Das sind doch bloß Fixer, die bestimmt bald wieder aufhören" — und als sie dann nicht aufhörten, nahm man beruhigt zur Kenntnis, daß die Drogenberatungsstellen neben ihrer alltäglichen Arbeit auch die Öffentlichkeitsarbeit zum Hungerstreik übernommen hatten. Und ging über zu Psychodiskussionen oder Winterfestmachung des eigenen —besetzten— Dachs über dem Kopf...
Und, wenn sie nicht gestorben ist, dann wird sie auch nicht lange überleben ohne das entsprechende Verhältnis zu Knast und Justiz.

Die Drogenberater unterstützen

Der Hungerstreik der Gefangenen in der Schönstedtstr. ist nicht der erste, der die Beratungsstellen zu einer Stellungnahme herausfordert. In den letzten beiden Jahren häuften sich Widerstandsaktionen und Hungerstreiks sowohl im Männerknast Moabit als auch im Frauenknast Lehrter Straße. Die Unterstützung durch die Beratungsstellen erstreckte sich auf Stellungnahmen, Presseerklärungen oder Teilnahme an den von den Knastgruppen organisierten Pressekonferenzen, ohne daß die Drogenberater in direkten Kontakt zu den Hungerstreikenden treten konnten.

Der Hungerstreik der Gefangenen in der Schönstedtstraße trifft die Beratungsstellen in einer anderen Situation: Sie haben im letzten Jahr ausführlich ihr Verhältnis zu den einzelnen Drogenknästen und Sonderbehandlungsstationen für Drogenabhängige im allgemeinen und zur Schönstedtstraße im besonderen diskutiert. Ergebnis dieser Diskussionen war die mehrheitliche Entscheidung, die bereits Ausdruck einer gewissen politischen Praxis ist, den Drogenknast zu boykottieren. Als demonstrative Verweigerung der Kooperation mit den entsprechenden Justizstellen war der Boykott seitdem ständiger Anlaß von politischen Auseinandersetzungen um diesen Teil der Jugendstrafanstalt, der als Modellprojekt für weitere Drogenknäste aufgebaut ist.

Aus der unmittelbaren Erfahrung der Bedingung im Drogenknast — dies selbst dem Hochsicherheitstrakt für Guerillagefangene mit den entsprechenden Zerbrechungsversuchen gleichsetzen — gelangen die Jugendlichen zum letzten, dem existenziellen Kampfmittel, das ihnen im Knast bleibt, — dem Hungerstreik. Für die Drogenberater nimmt das Aufforderungscharakter an, ihre eher abstrakt und drogenpolitisch formulierte Kritik an Schönstedt praktisch umzusetzen und die Gefangenen direkt in ihrer Aktion zu unterstützen.

Einige Berater besuchen die Hungerstreikenden, die sie z.T. persönlich kennen, spontan um ihnen zu vermitteln, daß ihre Aktion in den Beratungsstellen auf größte Resonanz gestoßen ist. Versäumt wird zu diesem Zeitpunkt allerdings die gleichzeitig notwendige Diskussion um den Stellenwert des Hungerstreiks und das praktische Verhältnis der Beratungsstellen mit allen Konsequenzen zu diskutieren. Das spontane Vorgehen einzelner stößt zunächst auf massive Kritik, da z.B. dadurch Positionen wie der Boykott aufgegeben worden wären, ohne vorher inhaltlich abgeklärt zu sein. Welche persönliche, politische und moralische Verantwortung übernimmt jede(r) einzelne Berater(in) den Gefangenen gegenüber? Inwieweit werden politisch-emanzipatorische Prozesse einzelner Mitarbeiter der Drogenberatungsstellen überrollt und damit der aktiven Unterstützung der Hungerstreikenden und ihrer Forderungen entzogen?

Über die heftige Kritik entwickelt sich die Notwendigkeit, täglich Plena oder Koordinationstreffen einzurichten. Als Ergebnis dieser Diskussion stellen sich vier der sechs Berliner Drogenberatungsstellen und einzelne Mitglieder einer fünften hinter den Hungerstreik und unterstützen diesen ihren Kräften entsprechend, wenn auch in unterschiedlichen Ausmaß.

Die Drogenberater organisieren innerhalb der ersten fünf Wochen des Hungerstreiks drei Kundgebungen bzw. Demonstrationen vor den Knästen, in denen die Gefangenen liegen. Sie stellen damit innerhalb und außerhalb der Haftanstalten Öffentlichkeit über die Hungerstreiks und die Forderungen her. Parallel zu diesen Aktionen, die sie gemeinsam mit Besetzerrat und Knastgruppen — bei geringer Resonanz aus diesem Spektrum — durchführen, veranstalten sie gemeinsam mit der Alternativen Liste und Anwälten Pressekonferenzen, organisieren einen zentralen Verteilerdienst, der die aktuellen Nachrichten, Hungerstreikerklärungen, Stellungnahmen der ebenfalls von den Beratungsstellen direkt angesprochenen Gruppen und Organisationen sammelt und an die Presse weitergibt.

Die Beratungsstellen haben durch ihre Öffentlichkeitsarbeit und die direkte Unterstützung des Hungerstreiks nicht erreicht, daß die aktuellen Forderungen der Gefangenen nach sofortigen Verhandlungen über eine Veränderung in der Schönstedtstraße durchgesetzt werden. Sie haben aber mitgeholfen, daß die Diskussion über den Drogenknast, die vorher noch fachintern geführt wurde, publik geworden ist und breite Kreise der Öffentlichkeit über das Vorgehen des Justizsenats empört sind.

Mit ihrem Schritt zur direkten politischen Unterstützung des Hungerstreiks haben die Beratungsstellen Positionen bezogen, die nicht mehr mit dem traditionellen Bild des nur-helfenden Sozialarbeiters zu tun haben — politische Positionen, hinter die sie nicht mehr zurückfallen können. Sie haben sich entschlossen, das Thema und die Forderungen des Hungerstreiks auch nach dessen Beendigung auf dem eingeschlagenen Weg weiter zu thematisieren.

Justizreaktion

Die Justiz hat zunächst — ähnlich wie die Linke — offensichtlich damit gerechnet, daß Junkies kein Durchstehvermögen besitzen, dementsprechend auf den Zeitfaktor gesetzt und versucht den Hungerstreik totzuschweigen. Der nächste Versuch bestand dann folgerichtig in der Isolierung der Gruppe und der einzelnen Hungerstreikenden. Die Jugendlichen wurden bereits nach elf Tagen ins Haftkrankenhaus nach Moabit verlegt. Daneben fuhr der Senat seine übliche Hinhaltestrategie, die hier besonders infam und zynisch ausfällt:

Bei einem Gespräch mit den Gefangenen nach 15 Tagen will der Justizvertreter den Jugendlichen einreden, daß der Hungerstreik unsinnig sei, da sie das Gleiche auch mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde erreichen könnten. Die Hungerstreikerklärung der Gefangenen wird von diesem Zeitpunkt an als Dienstaufsichtsbeschwerde gehandelt und auf den Amtsstufen entsprechend bearbeitet. Zur gleichen Zeit läßt Justizsenator SCHOLZ in seiner Antwort auf eine Anfrage des AL- Abgeordneten Manfred Rabatsch seine starre und zynische Haltung durchblicken:

"Es ist richtig, daß diese Maßnahmen (die Sonderhaftbedingungen in der Schönstedtstraße d. Verf.) für die Gefangenen - im Vergleich zu anderen Bereichen der Jugendstrafanstalt - eine Verschlechterung der Vollzugsituation darstellen. Dies ist jedoch (...) unvermeidbar und den Gefangenen auch zuzumuten. Er hat es durch sein Verhalten im Vollzug selbst in der Hand, in einen anderen Bereich, nämlich in die in der Hauptanstalt gelegene Drogenstation (Stufe II des Drogenkonzepts der Anstalt) überzuwechseln. Dort erwarten ihn Haftbedingungen, die sich von denen für nichtabhängige Gefangene kaum unterscheiden." (vgl. BAUM im Spiegel Nr. 43/81: Ich bin der Meinung, daß man einen Beschuldigten, der klar zu erkennen gibt, daß er Aussteiger ist, auch in der Haft anders behandeln muß als den, der sich weiter zum Terrorismus bekennt.")

In der schriftlichen Antwort auf die "Dienstaufsichtsbeschwerde" der Hungerstreikenden werden dann von den 25 Forderungen 13 mit einem Federstrich vom Tisch gefegt.

"Ihre Wünsche nach Abbau von Fliegengittern und Spiegeln, nach vermehrten Zusammenschlüssen und längerem Aufschluß werde ich zunächst mit dem Leiter der Jugendstrafanstalt und den Bediensteten zu erörtern haben, die durch Änderungen unmittelbar betroffen werden. (...) Ob und welche Änderungen hier möglich sind, vermag ich noch nicht zuverlässig zu beurteilen, da dies vom Ergebnis noch zu führender Gespräche abhängt, über das ich Sie in geeigneter Form unterrichten werde."

Der Vermittlerkreis wird von der Justizseite nicht anerkannt. Es bestünde keine Notwendigkeit zu Verhandlungen. Schließlich habe man einmal mit den Gefangenen geredet und werde sie gegebenenfalls zu ihrer Eingabe bescheiden.

Recht flexibel zeigt sich der CDU-Senat in seinen Überlegungen das Hungerstreikkollektiv zu zerschlagen: Zwei Gefangene werden nach 2/3 der Haftzeit entlassen, was allerdings schon vor Hungerstreikbeginn feststand. Ein Gefangener, gegen den gleichzeitig noch ein Berufungsverfahren läuft, bekommt plötzlich einen vorgezogenen Anhörungstermin und wird ebenfalls am 12.11. auf 2/3 ohne Therapieauflagen entlassen. Ein weiterer Gefangener wird am 23.11. im Rahmen der Weihnachtsamnestie entlassen. Der Rest des Kollektivs wird nach Beendigung des Hungerstreiks zurück in die Anstalt verlegt.

Entsprechend ihrer borniert-eingeleisigen Denkweise und eigenen Autoritätsfixiertheit greift der Justizsenat auch bei diesem Hungerstreik zur Theorie der Außensteuerung. Der — mit Einsatz des Lebens geführte — Hungerstreik sei von den Drogenberatern angezettelt worden, die — wie der Zufall es so will — ohnehin seit Jahren heftige und kompetente Kritiker verschiedener justizieller Maßnahmen sind. Auf einer Pressekonferenz greift der Justizsenator den vom Rechtsaußenverband der Justizbediensteten zugespielten Ball (über dpa verbreitete Erklärung: **"Mehrzahl der Drogenberater ein Sicherheitsrisiko"** vom 5.11.81) auf und stellt fest:

"... daß verschiedene Drogenberater die Hungerstreikenden aufwiegen und den Hungerstreik als Vehikel zur politischen Bekämpfung des gesetzmäßigen Berliner Vollzugs mißbrauchen."

Gleichzeitig leitet er damit offensichtlich die Offensive zum Rausdrängen freier Trägerverbände aus der Drogenarbeit ein, sofern sie sich weigern, sich den Bedingungen des neuen Betäubungsmittelgesetzes (BtmG) entsprechend stärker als Vollstreckungshilfen der Justiz einzuspannen zu lassen und bei den verschiedenen, unsinnigen staatlichen Zwangskonzepten mitzuspielen.

Hungerstreikbewegung

Der Justizsenator kann nicht ernsthaft davon ausgehen, daß mit der Zerschlagung des Kollektivs, das den Hungerstreik in der Schönstedtstraße begann, Ruhe in den Knastbereich einkehrt



So treten am 19.10. in der Schönstedtstraße sechs weitere Gefangene, darunter vier Ausländer, in den Hungerstreik, den sie nach zwei Tagen auf Grund der Ausweisungsdrohung gegen die Ausländer allerdings abbrechen. Am 2.11. beginnen dann ebenfalls in der Schönstedtstraße neun Gefangene mit den gleichen Forderungen wie ihre vier Mitgefangenen einen unbefristeten Hungerstreik. Mit einer Mischung aus Drohung — schnellstens voneinander isoliert nach Moabit verlegt zu werden — und sozialpädagogischen Appell an die Verantwortung den vier anderen Gefangenen gegenüber, die man auf Grund des schlechten Gesundheitszustandes nicht noch weiter anheizen dürfe, gelingt es fürs erste, auch diesen Hungerstreik abzubrechen. Die Aktionen und die Stimmung im Drogenknast Schönstedtstraße deuten bei unveränderten Bedingungen unmißverständlich auf immer wieder aufbrechenden Widerstand hin.

Gleichzeitig hat der Hungerstreik der Jugendlichen auch in den Knästen selber ganz erhebliche Wellen geschlagen. In Tegel, in Moabit und im Frauenknast Lehrter Straße haben Gefangene anschließend Solidaritätshungerstreiks begonnen, die zum Teil mehr als 20 Tage dauerten.

Die verschiedenen Hungerstreikgruppen — die teils befristet, in der Lehrter Straße von einigen Frauen unbefristet streiken — betonen in allen drei Knästen an erster Stelle ihre Solidarität mit den Hungerstreikenden Jugendlichen, um dann auch knastspezifische, eigene Forderungen zu stellen.

Darüberhinaus treffen sich sowohl die Hungerstreikerklärungen aus der Lehrter Straße als auch die aus Tegel an dem Punkt, wo sie für sich selbst in allernächster Zukunft im neuen Frauenknast Plötzensee bzw. im neuen Haus V in Tegel genau dieselben Bedingungen auf sich zukommen sehen, gegen die die Jugendlichen aus der Schönstedtstraße heute ankämpfen: Unter lückenloser Kontrolle stehende Kleingruppen von 15 Gefangenen, die gezielt einer Behandlung, sprich VERHALTENSÄNDERUNG, unterzogen werden sollen.

Wir wissen selber, was zu tun ist.



Punk-Band Sex Pistols: Verrobbeter Johnny

Freibeweis bei Beerdigung

Die Fahrt zur Hölle

Sex Pistols

Goodbye!

erstmals Reiche Menschen leben länger



Tramp im Jenseits

Man braucht ihm nicht ins Gesicht zu schauen, um zu wissen.



SEIT 31 TAGEN GEFANGENER

Was ist das eigentlich?

Depression
Kein einheitliches Krankheitsbild, sondern Sammelbezeichnung für verschiedene Erscheinungsformen. Dazu gehören Niedergeschlagenheit, Traurigkeit, Verstimmung, Antriebschwäche, Schwermut, Lebensüberdruß, Selbstmordgedanken

Neurose
Seelische Fehlentwicklung, krankhafte Störung des psychischen Verhaltens

Psychologie
Wissenschaft von den Erscheinungen des normalen Seelenlebens

Psychosomatik
Lehre von der Bedeutung seelischer Vorgänge bei Entstehung und Verlauf körperlicher (= somatischer) Krankheiten

Psychotherapie
Behandlung von Krankheiten durch seelische Mittel, zum Beispiel Gespräche

Rock'n'Roll-Kinder

H OBT
no reproduction.

MUT ZUR FREIHEIT

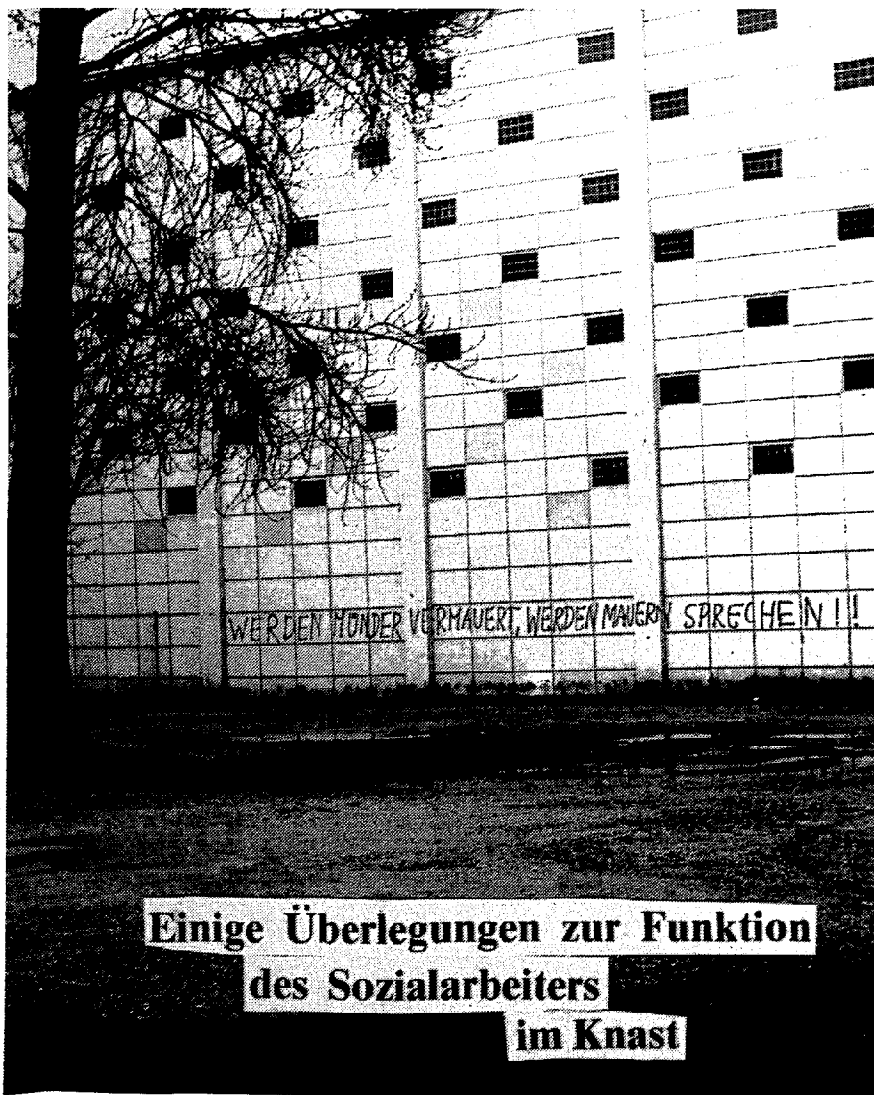
19 Unten aber rumort es

Der Sozialarbeiter, so ließe sich eingangs provokatorisch formulieren, hat im Knast nichts verloren und folglich auch nichts zu suchen. Denn, so müßte dann angesichts der erstaunten bis empörten Zuhörerschaft erklärend weiterformuliert werden, der Knast ist ein Repressionsinstrument. Der Sozialarbeiter dagegen soll emanzipatorisch wirken ("Sozialarbeit, meine Damen und Herren, ist immer Hilfe zur Selbsthilfe..."). Deshalb "Aber...", wenden jetzt viele ein, und sie tun es mit vollem Recht. Ist es doch Aufgabe des Sozialarbeiters, überall dort präsent zu sein, wo emanzipatorische Arbeit zu leisten ist, dort also, wo die bisher Nicht-Emanzipierten, die bisherigen Opfer gesamtgesellschaftlicher Zustände zu finden sind.

Vielleicht glaubte tatsächlich der eine oder andere Reformierend daran, ernsthaft reformierend tätig zu sein, als er den Sozialarbeiter in die Gefängnisse entließ. Die These, daß soziale Devianz (heißt eigentlich Abweichung) eine Folge bestimmter Faktoren sei, mithin die Veränderung dieser Faktoren auch eine (positive) Veränderung der Abweichung nach sich ziehen müsse; diese These, derzufolge alles "Abgewichene" zum sog. Normalen hinterherapiert werden könne, diese These war damals sehr allgemein verbreitet, und gerade die Reformierend bezogen sich natürlich auf diese Allmachtsfantasie, mit der (angeblich) sämtliche Probleme plötzlich lösbar waren. Nur: die Auswirkungen der möglicherweise gut- (ich-will-ja-nur-das-beste-für-die-Gefangenen) gemeinten Ab-

druck, daß sie in ihrer Funktion im Grunde den Knast weiter konsolidiert hat — und das ist das Bedenkenswerte oder — wenn man will — Bedenkliche an der Rolle, die der Sozialarbeiter im Knast übernommen hat. Das ist nun grundsätzlich keine neue Erkenntnis und nicht ausschließlich auf den Knast zu beschränken. In jeder Institution dient der Sozialarbeiter, Erzieher, Psychologe letztlich den Interessen des Staates. Nur — wie aufzuzeigen sein wird — in keiner Institution ist er mit seinem Bedürfnis "zu helfen" so bedingungslos ausgeliefert, in keiner Institution so ohnmächtig wie eben im Knast.

Der Knast ist — wie jede Organisation, in der Menschen funktionalisiert werden sollen — streng hierarchisch organisiert. Über allem schwebt — formal jedenfalls — der Anstaltsleiter (AL). Er soll der einzige sein, der den kompletten Überblick hat. Jeder andere (Bedienstete) hat eine bestimmte Funktion wahrzunehmen, die von ihm in bestimmter Form mit anderen Funktionen koordiniert wird. Neben dem Anstaltsleiter gibt es gegebenenfalls den Teilanstaltsleiter (TA), den Sicherheitsverantwortlichen, den Vollzugsdienstleiter (VDL), den Schichtdienstleiter und den einfachen Vollzugsbediensteten. Wer — nach oder gleichberechtigt mit oder gar vor — dem Anstaltsleiter das Sagen hat, ist letztlich von der jeweiligen politischen Situation der übergeordneten Behörde und dem besonderen Charakter des jeweiligen Verwahrauses abhängig. Im HS-Bereich ist es naheliegenderweise mehr der Sicherheitsverantwortliche, im Normalvollzug wechselseitig AL, TAL und VDL. Daneben dümpelt — weniger offensichtlich eingebunden in die Hierarchie — der ärztliche Dienst und der Sozialdienst.



Ich hege den Verdacht, daß jene, die seinerzeit die notwendigen Gesetze zur Strafrechtsreform verabschiedet und damit dem Sozialarbeiter den Weg in den knastinternen "Sozialen Dienst" bereitet haben, mit diesem "Aber..." auch bewußt umgegangen sind. Wie anders sonst hätten sie darauf hoffen können, daß sich genügend Sozialarbeiter für die Sisyphosarbeit im Knast finden würden?

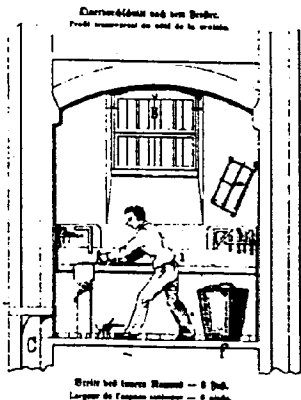
sichten sind zu bedenken, wie ich meine.

Ich hatte im Knast eine Kollegin, die von Anfang an dabei war, mit einem wahn sinnigen Enthusiasmus, mit der nahezu unerschütterlichen Überzeugung, daß sie einer der wenigen Menschen im Knast wichtig sei. Sie war — und ist — auch wichtig. Aber manchmal hatte selbst sie den Ein-



Der Sozialarbeiter im Sozialdienst ist in der Regel Gruppenleiter (GL). D.h. Ihm wird die Verantwortlichkeit für eine bestimmte Gruppe Gefangener samt dem dazugehörigen Vollzugspersonal übertragen. Und bereits hier beginnt deutlich zu werden, welche Rolle der Sozialarbeiter im Gefängnis zu spielen hat.

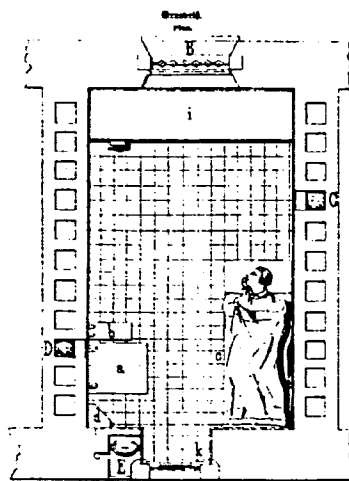
Denn er ist zwar verantwortlich für eine bestimmte Gruppe Gefangener, diese Gefangenen werden aber bereits durch so viele knastinterne Gesetzmäßigkeiten und Faktoren bestimmt, daß er, der Verantwortliche, im Grunde kaum etwas zu melden hat. Er ist lediglich verantwortlich. Er ist weiterhin verantwortlich und weisungsbefugt gegenüber "seinen" Vollzugsbediensteten. Nur steht er damit auf derselben Stufe der Hierarchie wie der VDL. Für die Praxis bedeutet das in der Regel folgendes: ein Gefangener haut seine Zelle zu Klump, weil er es nicht mehr aushält. Ich sehe eine Gefahr für die Person des Gefangenen, dessen ohnmächtige Aggressivität sich irgendwann möglicherweise gegen ihn selbst richten wird, und votiere für Haft erleichterung.



Der VDL sieht auftragsgemäß "Sicherheit und Ordnung" wenigstens dadurch gefährdet, daß die "Belohnung" des "aufsässigen" Gefangenen weitere Aufsässigkeiten nach sich ziehen könnte, ist also gegen Erleichterungen aber für Sanktionen. Vor dem Schiedsrichter (TAL, Sicherheitsbeamter, AL) ist nach meinem Erleben der VDL in der stärkeren Position als ich. Er vertritt die Prinzipien von Sicherheit und Ordnung und beruft sich damit auf einen der wesentlichsten Eckpfeiler des Knastsystems.

Ich hoffe, daß mit diesem Beispiel deutlich wird, daß hier ein Verwirrspiel abläuft: der Sozialarbeiter hat zwar eine Position, eine "Funktionsstelle", hat Verantwortlichkeit und wird verantwortlich gemacht, aber er hat im Ernstfall nichts zu sagen. Dafür hat er auf vieles und viele zu hören, ganz anders als der Fürsorger alter Prägung, der zwar genauso in seinen Aktivitäten eingeschränkt, aber nicht über knastinterne Spielregeln reglementiert und diszipliniert werden konnte. Es ergibt sich also, daß der Sozialarbeiter im Knast eine Funktionsstelle zugewiesen bekommen hat, damit aber eher funktionabel gemacht worden ist, als daß er an Einfluß gewonnen hätte.

So ist er zuständig für eine Reihe von Verwaltungsarbeiten: das geht vom Ausrechnen des anzusparenden Entlassungsgeldes bis hin zu diversen Stellungnahmen an Gerichte, Staatsanwaltschaft oder Anstaltsleiter. Einerseits hat er dadurch zwar die Möglichkeit in bestimmten Fragen gehört zu werden, andererseits hat er weniger Zeit für seine — wie ich meine, eigentliche — Aufgabe, nämlich persönliche, menschliche Hilfestellung zu leisten. Er hat weniger Zeit, und er hat über die von ihm abzugebenden Stellungnahmen zu Anträgen einzelner Gefangener eine scheinbare Machtposition, scheinbar deshalb, weil seine Stellungnahmen in der Regel nur empfehlende Natur sind, und die übergeordnete Dienststelle entscheidend ist. Immerhin, in den Augen des Gefangenen ist einiges vom Votum des Gruppenleiters abhängig, und damit ist aus dem Helfer unversehens ein Machthaber geworden. Der Vollzug zieht vielgestaltete Gräben, um den Sozialarbeiter von denen zu trennen, denen er sich verpflichtet fühlt.

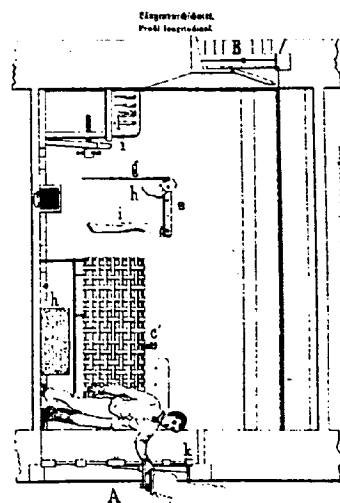
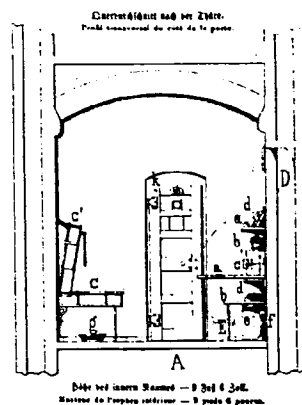


- A. Die Türe.
 - B. Das Fenster.
 - C. Puffkanal.
 - D. Bismutkanal.
 - K. Nachtopf-Behälter.
 - a. Tisch.
 - b. Stuhl.
 - c. Ungepolstertes Bett.
 - d. Zellenfenster, welches entfällt.
 - e. Zusätze; welche enthält:
 - a. Wasser, Dünnschiff und Schieferplatte.
 - b. Wassertrug.
 - c. Geschirre, Salzläden und das Brot.
 - d. Waschbecken, Stuhl und Kamm.
 - e. Die Decke oder Gaslampe.
- In der Stelle f. hängt der Kettbecken.

Schließlich hat der so funktionalisierte Sozialarbeiter kaum noch die Möglichkeit, sich mit der elenden Situation des ihm überantworteten Gefangenen zu solidarisieren, Partei zu ergreifen, sich gegen den Apparat auf seine Seite zu schlagen, denn er ist Teil dieses Apparats.

Eingebunden in die Knasthierarchie hat der Sozialarbeiter im Gefängnis nach meiner Auffassung kaum Möglichkeiten, seine Intentionen zu verwirklichen. Dessenungeachtet erfüllt er eine andere, höchst nützliche Aufgabe: er dient als Argument, Beweismittel oder Ausrede, je nach Bedarf.

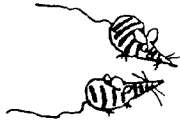
Er dient als Argument gegenüber den Gefangenen ("...ihr Gruppenleiter meint aber..."). Er dient als Beweismittel dafür, daß das Knastsystem nach besten Kräften bemüht ist, im Sinne des neuen Strafvollzugsgesetzes resozialisierend zu wirken. Als Ausrede dient er insofern, als ihm der Zerfall jeglicher Zucht und Ordnung angelastet werden kann, wenn sich die altbewährten Vollzugsbediensteten darüber beschweren. Nicht zuletzt hat er die Funktion, in seiner Zwitterstellung als Teil des Vollzugssystems einerseits und Helfer der Gefangenen andererseits die Gegensätze scheinbar auszugleichen. Der Sozialarbeiter ist — gerade im Gefängnis eindeutiger als in anderen Institutionen — ein nach vielen Seiten verwendbares Aushängeschild.



Ich kann und will hier nicht den alten Streit entscheiden, in welchem Maß sich der Sozialarbeiter politisch verwendbar machen darf, um damit recht zweifelhafte Einwirkungsmöglichkeiten einzukaufen. Mir ist damals die Entscheidung, aus dem Knast rauszugehen, ziemlich schwer gefallen. Ich habe mir aber angewöhnt, mein eigenes sehr sozialarbeiterisches Denken auch von meinen "Klienten" korrigieren zu lassen, die, wie ich glaube, eine ganz andere Art von Durchblick haben als ich. Und als ich "meinen" Gefangenen sagte, daß ich aussteigen wollte, war ein Kommentar: "Ich find's zwar Scheiße, weil du immerhin noch was verhindern konntest. Aber ich find's auch korrekt, weil: im Grunde hast du hier sowieso nichts zu melden."

EINWEISUNGSKOMMISSION-

VERSUCH ÜBERREGIONALER SYSTEMATISIERUNG IM STRAFVOLLZUG



In NRW und Baden - Württemberg werden Anfang der '70 Jahre spezielle Einweisungsanstalten eingerichtet, mit der Aufgabe der Selektion im Strafvollzug. Diese Anstalten sind eine Reaktion auf die anlaufende Strafrechtsreform (1/4/70 inkrafttreten des ersten Strafrechtsreformgesetz in NRW). In NRW werden 2 Anstalten (Duisburg - Hamborn zuständig für den Justizvollzugsbezirk Köln, tätig seit 1/7/71, 264 Haftplätze und Hagen zuständig für den Bezirk Hamm, tätig seit 1/3/72, 325 Haftplätze) eingerichtet. In Baden - Württemberg wird die Zentrale - Einweisungsanstalt Stuttgart durch Organisationserlaß des Justizministers am 1/4/70 eingerichtet.

Die in diesen speziellen Einweisungsanstalten gebildeten Einweisungskommissionen (EWK) haben die Aufgabe die Gefangenen zu klassifizieren und in für einzelne Tätergruppen vorgesehene Vollzugsanstalten (Bestimmungsanstalten) einzuweisen. Sie sprechen Empfehlungen für den Vollzugsplan in der jeweiligen Bestimmungsanstalt aus und sollen regelmäßig die Entwicklung von ihnen eingewiesenen Gefangenen in den Bestimmungsanstalten überprüfen, ggf. den Vollzugsplan der neueren Entwicklung anpassen.

In Baden - Württemberg erfaßt die EWK grundsätzlich alle männlichen erwachsenen Gefangene deren tatsächlicher Strafrest zum Zeitpunkt des Zugangs in die Einweisungsanstalt mehr als 12 Monate beträgt. Ausnahme: Gefangene bei denen gerichtlich Maßregeln der

Sicherungsverwahrung oder Unterbringung in Trinkerheilanstalten verfügt wurden. In NRW werden alle männlichen erwachsenen Gefangenen mit einer Vollzugsdauer von mind. 18 Monaten erfaßt. (Praxis: Nichtanwendung für pol. Gefangene) Bei den Gefangenen die nicht von der EWK erfaßt werden, wird die Zuordnung zur Vollzugsanstalt durch formale Kriterien (Höhe der Strafe, Ort der Verurteilung) bestimmt. Diese Grenze von 12 bzw. 18 Monaten wurde festgelegt damit ein größerer Zeitraum zur Verfügung steht, in der die " Persönlichkeit eines Straffälligen mit den vorhandenen Möglichkeiten günstig beeinflußt" werden kann. Außerdem wird dadurch die Anzahl der Gefangenen die die EWK durchlaufen geringer gehalten. Gefangene mit Kurzeitstrafen blockieren nicht das System, es kann mit geringerem finanziellen und organisatorischen Aufwand gearbeitet werden. Erfahrungen können gesammelt und wissenschaftlich ausgewertet werden bevor die Systematisierung im großen Umfang ALLE Gefangenen erfaßt.

Frauen und jugendliche Gefangene werden von den EWK ebenfalls nicht erfaßt. In Baden - Württemberg besteht wegen der relativ geringen Zahl der weiblichen Gefangenen nur eine Frauenvollzugsanstalt. Hier besteht eine "interne Klassifizierung" innerhalb der Anstalt. Für Jugendstrafgefangene besteht in Baden - Württemberg bereits ein eigenes Auswahlverfahren, an dem 2 Jugendvollzugsanstalten beteiligt sind. In NRW besteht eine "interne Klassifizierung" in den Vollzugsanstalten für Frauen und Jugendliche.



ORGANISATION UND ARBEITSWEISE DER EWK

Für die EWK in Hamborn und Hagen sind je 15, für Stuttgart 12 fest angestellte Mitarbeiter vorgesehen. Sie teilen sich auf in:

| NRW (je Anstalt) | Baden - Württemberg |
|--|--|
| 1 Jurist (Anstaltsleiter oder Stellvertreter) | 1 Jurist (Anstaltsleiter oder Stellvertreter) |
| 1 bzw 2 Soziologen | 2 Soziologen |
| 2 bzw 3 Sozialarbeiter | 2 Sozialarbeiter |
| 3 Psychologen | 3 Psychologen |
| 4 Beamte des allg. Vollzugs- und Aufsichtsdienstes | 3 Beamte des allg. Vollzugs- und Aufsichtsdienstes |
| 2 Pädagogen | 1 Arzt |
| 1 Psychiater | |

ein Arbeitsberater des AA wird bei Bedarf hinzugezogen



Leiter der EWK ist der Jurist, sein Stellvertreter ein Soziologe. Die Gesamtkommission bildet für jeden Gefangenen eine sog. "Spruchkammer" die aus ein (bei Strafen zwischen 12 und 18 Monaten) oder 3 Mitgliedern in Baden - Württemberg und aus drei, fünf, oder 7 Mitgliedern in NRW besteht. Die Zusammensetzung der "Spruchkammer" wird von der Gesamtkommission nach Aktenlage bestimmt, dabei haben

sich jedoch bestimmte "Regeln" herausgebildet. Ein Psychologe ist in der Spruchkammer bei Gefangenen die wegen Sexual- oder Gewaltdelikte verurteilt wurden und bei Gefangenen die nach Tests Auffälligkeiten in der Persönlichkeit zeigten. Ein Pädagoge arbeitet in der Spruchkammer wenn der Gefangene keinen Haupt- oder Volksschulabschluß hat oder darüber hinaus schulische Förderung in betracht kommt. Der Psychiater

wird hinzugezogen wenn angestellte Erhebungen Anhaltspunkte für einen krankhaften Befund ergeben. Der Sozialarbeiter arbeitet mit, wenn Heimerziehung vorliegt oder Störungen im familiären Bereich vorliegen, oder wenn schwierige Entlassungsvorbereitungen anstehen. Der Soziologe wird bei Gefangenen aus gesell. Randgruppen hinzugezogen. Ein Arbeitsberater wird hinzugezogen bei Gefangenen die unter 45 Jahre alt sind (es sei denn, daß seine beruflicheiedereingliederung nach der Entlassung problemlos ist) .

Arbeitsweise der EWK

Die zugewiesenen Mitglieder der Spruchkammer erheben nun Daten über den einzelnen Gefangenen. Dazu gehören:

4 Gruppentests (FPI,GT -persönlichkeit und LPS, MTVT -leistung)

1 Fragebogen (sozialer Hintergrund, Vorstrafen)
1 - 7 Einzelbefragungen (je Spruchkammer eine Befragung)

Außerdem werden Gerichtshilfeberichte, Gerichtsakten (und darin eventuell enthaltene Gutachten) und ggf. Vollzugsakten aus früheren Knastaufenthalten hinzugezogen. Jedes Spruchkammermitglied erstellt dann ein sogenanntes Fachgutachten, indem dann Einzel-

maßnahmen (z.B. Berufsausbildung, Einzeltherapie etc.) und ein bestimmter Anstaltstyp (offen - geschlossen) vorgeschlagen wird. Zusätzlich beinhalten diese Fachgutachten eine Beurteilung über den kriminellen Gefährdungsgrad (nicht - gering - stärker) des Gefangenen. Die Mitglieder der Spruchkammer erarbeiten dann auf einer Abschlusssitzung ein gemeinsames Gutachten (Mehrheitsbeschluß). In diesem Abschlußgutachten sind drei Zentrale Aussagen: Krimineller Gefährdungsgrad, Anstaltszuweisung, empfohlene Maßnahmen .

Dieses Schlußgutachten wird dem Gefangenen bekanntgegeben. Er wird daraufhin in die vorgeschlagene Bestimmungsanstalt verlegt. Der Gefangene hat zwar die Möglichkeit Rechtsmittel einzulegen , dies ändert jedoch nichts an seiner sofortigen Verlegung in die Bestimmungsanstalt. Das Gutachten und die darin enthaltenen Vollzugsmaßnahmen können nicht über den Weg der Dienstaufsicht, sondern nur gerichtlich nachgeprüft werden (einweisungskommission ist in ihrer Tätigkeit nicht an Weisungen der Aufsichtsbehörde gebunden). Kooperationsbereitschaft mit der EWK wird fast immer dadurch erreicht, daß Verweigerern eine negative Begutachtung nach Aktenlage in Aussicht gestellt wird. Die Verweildauer des einzelnen Gefangenen in der Einweisungsanstalt liegt zwischen 4 und 6 bis zu 8 Wochen.

KRITERIEN ZUR BEURTEILUNG DER GEFANGENEN



Feste Kriterien bzw Regeln für die Begutachtung der Gefangenen gibt es nicht (es ist mit Aufgabe der EWK, bzw begleitender Forschungsprogramme, Kriterien zu entwickeln, zu überprüfen und weiter zu konkretisieren). Die bisherige Praxis der EWK zweigt jedoch deutlich eine bevorzugte Anwendung von eher statischen Kriterien (geregelt Lebensführung - Wohnung, Arbeitsplatz, Einkommen - Persönlichkeit, Intelligenz, Vorstrafen) als Grundlage für ihre Einweisungsentscheidung. Sie stehen damit teilweise im Widerspruch zu den Bemühungen mehr dynamische Kriterien (Schulbildung, Berufsausbildung, soziale Kontakte) für den Behandlungsvollzug zur Grundlage zu machen. Die Verwendung statischer Kriterien wird z.B. sehr deutlich an dem Ausgangspunkt "kriminelle Gefährdung" , der Grundlage für die Klassifizierung ist. Statisch läßt er sich aus der Anzahl und Länge der Vorstrafen ableiten:

Bisherige Haftstrafen : 0 1 - 4 5 u. mehr

| | | | |
|--------------------|-----|-----|-----|
| nicht krim. gef. | 11 | 5 | - |
| gering krim. gef. | 89 | 70 | 26 |
| stärker krim. gef. | - | 25 | 74 |
| | 100 | 100 | 100 |

Das von der EWK erstellte Gutachten ist letztlich eine Diagnose des derzeitigen Erscheinungsbildes, keine Prognose über das zukünftige Verhalten bzw über die Entwicklungsfähigkeit des Gefangenen. Angestrebt wird ein Verfahren der Trennung : Die Einen sollen vor der Gesellschaft weggeschlossen (nach Möglichkeit lebenslang), die Anderen durch Behandlung Resozialisiert werden. Gehorsam und funktionieren oder Aussonderung und Isolation sind die Alternativen in diesem System, das sehr viele Stufen und Unterteilungen vorweisen kann (Vertraktung).

WOZU DIESER AUFWAND

Die Zusammenlegung von ähnlich beurteilten Gefangenen ermöglicht die rationell und ökonomische Durchorganisation des Knastes, von der Architektur bis zum Tagesablauf der Gefangenen, von Ausbildung bis zur Tätigkeit der Beamten - alles soll möglichst funktional eingeteilt werden. Jeder Knacki ist bestrebt bessere Haftbedingungen zu bekommen (und zu halten), muß also ruhig sein und seine Schnauze halten (Widerstand wird zwecklos, renitente werden eh gleich die Gemeinschaft der Gefangenen zerbricht, die Subkultur der Knackis verfällt. Die Möglichkeit der Selbstbestimmung soll genommen werden, Knast als Vorwegnahme der gesell. Bedingungen. Die Erfassung einer Unmenge von Daten über tausende von Gefangenen soll dazu beitragen konkretere Täter-

bilder zu liefern, dann kann dieses Wissen auch gezielt präventiv eingesetzt werden (Volkshygiene). Zum Schluß: "Daß wir den Gefangenen beurteilen können, liefert ihn uns mehr als der härteste Zwang". sagt Gallmeier.*



Literaturhinweise zu Einweisungskommission

Gallmeier
Persönlichkeitserforschung und Klassifizierung bei
Strafgefangenen in Württemberg
Kriminologie und Vollzug
der Freiheitsstrafe
Stuttgart 1961

Selektion und Zuschreibung im Strafvollzug
Werner Rütger Krim. Journal 2/78

Erich Thole
Die Klassifizierung der Gef. im Erwachsenenvollzug
des Landes NRW — Montasschrift Kriminologie S. 415-
75

Klaus Geiger
Klassifizierung und Differenzierung im Strafvollzug
in Baden-Württemberg — Zeitschrift für Strafvollzug 1/
77

Diez
Differenzierung und Klassifizierung im Strafvollzug
— Zeitschrift für Strafvollzug 1/77

Autonomie Neue Folge
Sonderheft Sicherungsverwahrung Januar 1980
Autonomie Neue Folge
Nr. 2 — Die neuen Gefängnisse — Oktober 1979



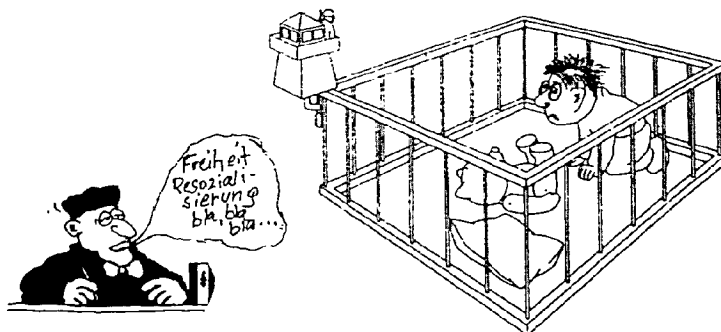
FÜHRUNGSAUFSICHT — die Kontrolle geht weiter

Mit der Haftentlassung gibt der Staat seinen Verfügungsanspruch über die Gefangenen nicht ab. Der Gefangene wird entweder mit bestimmten Bewährungsaufgaben — deren Einhaltung von Sozialarbeitern kontrolliert wird — vorzeitig entlassen, oder er wird nach vollständigem Absitzen seiner Strafe vom ersten Tag seiner 'Freiheit' an der Führungsaufsicht unterzogen.

Führungsaufsicht wird gegen Gefangene verhängt, die ihre Gesamtstrafe (von mindestens 2 Jahren) bis zum letzten Tag abgesessen haben. Sie trifft nicht nur die Gefangenen aus der Guerilla, sondern alle. Darin liegt — bedauerlicherweise — wohl auch ein Grund, daß dieses sozialarbeiterische Kontrollinstitut in der Öffentlichkeit (einschließlich der Linken) völlig unbekannt ist. Die beiden ersten Gefangenen aus der Guerilla, gegen die Führungsaufsicht verhängt worden ist, sind Waltraud Siepert und Eb Dreher — beide in Berlin wegen Unterstützung der Bewegung 2. Juni verurteilt.

Beide haben die Auflage, sich regelmäßig bei einem Bewährungs- bzw. Führungsaufsichtshelfer zu melden, jeden Wohnortwechsel selbst anzugeben und sich bei Arbeitslosigkeit innerhalb von drei Tagen beim zuständigen Arbeitsamt zu melden.

Eine neue (Test-)Qualität hat die Führungsaufsicht bei Gerd Albertus erreicht, bei dem das OLG Düsseldorf verfügt hat, daß er sich die nächsten fünf Jahre in Nordrhein-Westfalen aufzuhalten hat.

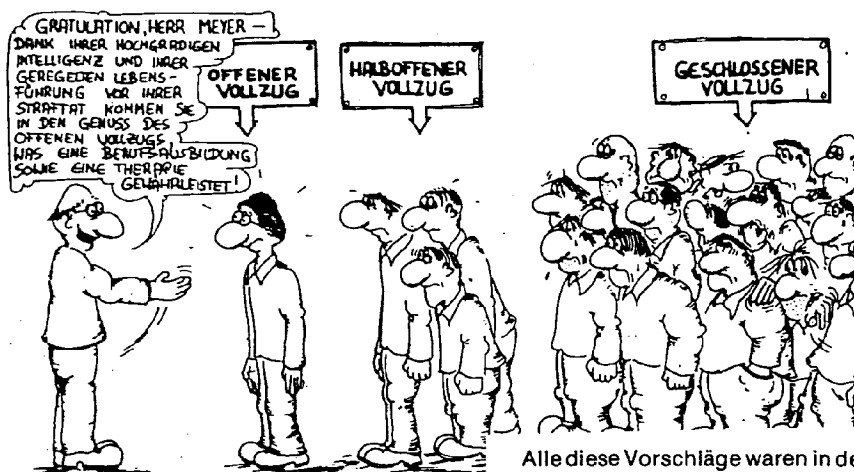


Verbannung in der BRD

Wenn man davon hört, daß jemand verbannt wurde, denkt man im Allgemeinen an die Verbannung von Widerstandskämpfern in Südafrika, in den von Israel besetzten Gebieten Palästinas oder an Sibirien. Neuerdings kann man dabei auch an die BRD denken. Erstmals wurde gegen Gerd Albertus die Verbannung ausgesprochen. Er hatte im Oktober fast fünf Jahre Knast wegen Mitgliedschaft in den Revolutinären Zellen und versuchter Brandstiftung bis zum letzten Tag eingesessen und wurde mit einer Reihe von Auflagen entlassen, die von Meldeauflagen bis hin zur Verbannung reichen:

1. Dem Verurteilten wird untersagt, das Gebiet des Landes Nordrhein—Westfalen ohne Erlaubnis der Aufsichtsstelle zu verlassen.
2. Er darf Schußwaffen, Munition und Sprengstoffe nicht besitzen, bei sich führen oder verwahren lassen.
3. Er hat sich einmal im Monat, und zwar erstmals binnen zwei Wochen nach seiner Entlassung, bei der für ihn zuständigen Aufsichtsstelle zu melden. Die Aufsichtsstelle 11e wird jeweils das Datum und die Terminstunde der nächsten Meldung festlegen.
4. Der Verurteilte hat jeden Wechsel des Wohnortes, des Arbeits-, Studien- oder Ausbildungsplatzes spätestens nach drei Tagen der Aufsichtsstelle zu melden.
5. Er hat sich im Falle der Erwerbslosigkeit bei dem zuständigen Arbeitsamt oder einer anderen zur Arbeitsvermittlung zugelassenen Stelle zu melden.

Diese Auflagen gelten für die Dauer von fünf Jahren. Verstöße dagegen können bis zu einem Jahr Knast bedeuten, die Mindeststrafe ist eine Geldstrafe. Nach fünf Jahren Knast bedeutet das, alle die Ideen, die man im Knast mit dem Leben draussen verbindet, nicht verwirklichen zu können: rumzufahren, um mit allen denen reden und zusammensein zu können, die man nur durch Briefe oder Knastbesuche kennt, keine spontanen Reisen mehr, um jemanden zu besuchen oder um Urlaub machen zu können. Keine Chance, sich politisch wieder zu orientieren, indem man die vielen unterschiedlichen Entwicklungen in den Städten und Regionen kennenlernt, sich anguckt, mitmacht. Der Knast geht weiter: Verbannung ist Austrocknung, Isolation, das Reduzieren der Lebensmöglichkeiten auf ein Ausmass, das dem im Gefängnis prinzipiell ähnelt. Gerd muss für jede Reise die Erlaubnis einholen - wie im Knast, wo man für jedes kleine bißchen erst einen Antrag schreiben muss, ohne den überhaupt nichts läuft - das totale Abhängigsein von anderen, nicht selbständig entscheiden können. Dazu kommt Unsicherheit, nicht zu wissen, wie entschieden wird: so



wurde schon bei der ersten Reise von Gerd zu seinen Eltern davon geredet, daß man ihm ja großes Vertrauen entgegenbringe, wenn man ihm die Erlaubnis gibt. Der lange Arm des Bundeskriminalamtes und des Düsseldorfer Oberlandesgerichtes sorgt denn auch dafür, daß diese Regelungen sehr restriktiv ausgelegt werden. So ist davon die Rede, daß Reisen nur noch dann genehmigt werden, wenn Gerd angibt, in welche Stadt er reist, bei wem er wohnen wird, wie er dort zu erreichen ist. Überhaupt sollen Reisen nur in dem Maße genehmigt werden, daß Gerd etwa eine Woche pro Monat NRW verlassen darf.

Die offizielle Begründung für diese Auflage ist, daß Gerd sozusagen als „nicht geheilt“ entlassen wurde, wie sich jemand ausdrückte. Er sei zwar während der Haftzeit nicht Mitglied der RZ gewesen, werde aber nach seiner Entlassung weiter dazugerechnet, habe immer Hausbesetzungen befürwortet, Platzbesetzungen bei Atomkraftwerken und sei offensichtlich auch bereit, sich für seine Ideen zu schlagen, da er seine politischen Ideen als Richtlinie seines Lebens begreife. Führungsaufsicht ist somit einerseits ein direktes Mittel zur Terrorismusbekämpfung, ähnliche Auflagen können aber auch jederzeit auf andere Ex-Gefangene angewandt werden. So ist denkbar, daß zum Beispiel Gefangene, die wegen der Auseinandersetzungen um Hausbesetzungen eingefahren sind, bei ihrer Entlassung die Auflage aufgehalet kriegen, besetzte Häuser nicht mehr zu betreten, geschweige denn, darin zu wohnen: Bekämpfung jeden Widerstandes durch Isolation - auch ausserhalb des Knastes. Wir sind es gewohnt, daß sich im Rahmen der sogenannten Terrorismusbekämpfung ständig Gesetze verändern

und neue Regelungen geschaffen werden, um auf diese Weise den vergeblichen Versuch zu starten, dieses Problems Herr zu werden. Wer heute die Festnahme überlebt, wird in den Hochsicherheitstrakt gesperrt, hat mörderische Haftbedingungen, ihm wird ein Prozeß gemacht, der sich nahtlos in den staatlichen Vernichtungswillen einreihet. Es werden Urteile gefällt, die nur den Sinn haben, den Gefangenen möglichst lange einzusperrn. In zugespitzten Zeiten wie 1977 wird offen darüber geredet, Standgerichte einzurichten, um das Problem mit den Gefangenen loszuwerden, die sich nicht korrumpieren lassen. Versuche werden unternommen, einzelne Gefangene zu psychiatrisieren: Widerstand als Krankheit, wie es bei Ulrike Meinhof und Siegfried Haag versucht wurde. Es taucht der Vorschlag auf, Gefangene aus Stadtguerillagruppen zusätzlich zu dem üblichen Urteil mit der Sicherungsverwahrung schon bei der ersten Verurteilung zu bestrafen: eine Möglichkeit, jemanden

Alle diese Vorschläge waren in den letzten Jahren nicht durchsetzbar, aber durch die Diskussion wurde der Rahmen und das Klima geschaffen, sie gegebenenfalls in Krisensituationen schnellstens einzuführen: diese Methoden wurden denkbar gemacht und ins Bewußtsein gerückt.

Trotzdem kam es immer wieder vor, daß Genossen aus dem Knast entlassen werden mussten, nachdem sie auf diesem Wege nahezu lebenslanglich einzusperrn, da man nach der Strafzeit bis zu zehn Jahren weiter im Knast bleibt.

ihre Strafe abgesehen hatten und sich nicht von irgendwem und irgendwas distanziert hatten. Um sie nach ihrer Knastzeit weiter kontrollieren zu können, gibt es das Instrument der Führungsaufsicht - bis 1975 treffender unter dem Namen Polizeiaufsicht bekannt. Aber die Gefängnisreform schlägt sich eben auch in der Sprache nieder: der Gefangene soll nach seiner Entlassung eine helfende Hand zur Seite haben, die ihn eben nicht kontrolliert, sondern führt. Wobei jeder weiß, daß es ausschließlich eine Kontrollmöglichkeit ist. Bisher wurde diese Führungsaufsicht nicht gerade selten verhängt. Sie trifft selbstredend nicht nur Ex-Gefangene aus Gerillagruppen, sondern auch andere Gefangene, die mindestens zwei Jahre Knast hinter sich haben und nicht zur Bewährung vorzeitig entlassen wurden: ihnen wird zum Beispiel per Führungsaufsichtsaufgabe verboten, ein Fußballstadion zu betreten, wenn sie mehrmals wegen Kloppereien mit Fans anderer Mannschaften aufgefallen sind. Zuhältern wird unter Umständen verboten, den Puff zu betreten. Üblicherweise beinhaltet diese Führungsaufsichtsverordnung bei Ex-Gefangenen aus Guerillagruppen bislang im wesentlichen die Auflage sich alle vier Wochen bei der Führungsaufsichtsstelle des zuständigen Gerichts zu melden, sowie alle Veränderungen der Arbeitsstelle bzw. des Wohnortes. Neuerdings zählt zu diesen Auflagen auch die Verbannung: man wird sich daran gewöhnen müssen, die BRD in die Reihe Palästina, Südafrika einreihen zu müssen.

FOLTER FORSCHUNG

Bereits aus dem 19. Jahrhundert sind Untersuchungen und Berichte bekannt, die das Phänomen extremer Isolation in seiner Auswirkung auf das soziale Wesen Mensch beschreiben. Bei diesen Untersuchungen handelt es sich um Situationen bei arktischen Expeditionen, Schiffbrüchen u.ä. Die Resultate sind: Schlafstörungen, Depressionen, Kopf und Muskelschmerzen, Reizbarkeit, Mangel an Denkfähigkeit, Gedächtnis- und Konzentrationsstörungen, Halluzinationen, Apathie, Realitätsverluste.

Eine qualitativ neue Stufe erreichte die Isolationsforschung Anfang der 60er Jahre in den USA. Neben der Knastadministration interessiert sich vor allem das Militär für diesen Wissenschaftszweig. Ausgangspunkt für dieses Interesse ist das Bedürfnis an systematischen Kenntnissen über die Beeinflussbarkeit widerspenstiger Bevölkerungsgruppen. Während des Korea-Krieges, besonders während der schweren Kämpfe 1952, wurden die Amerikaner geschockt durch die von Chinesen veröffentlichten Geständnisse, die gefangene US-Piloten über ihre Kriegsverbrechen abgegeben hatten. Am Ende des Krieges hatten eine große Anzahl von Gefangenen entweder ein Geständnis unterzeichnet oder Petitionen, die die USA aufforderten, den Krieg in Asien zu beenden. Das Wort "Gehirnwäsche" kam in die Diskussion. CIA und Streitkräfte sandten ein Heer von Wissenschaftlern nach Hongkong und Tokio, um so viel wie möglich über die Gehirnwäsche herauszufinden.

Im Dienst der US-Navy und in seiner Eigenschaft als Psychologe "befragte" der Gehirnwäscheforscher Edgar Schein amerikanische Soldaten, die in koreanischen Gefängnissen "umgefallen" waren. Er konnte also auf weitreichende Erfahrungen in diesem Gebiet zurückgreifen, als er ein Programm entwarf, das für den geplanten Einsatz in den Gefängnissen bestimmt ist und das er 1961 auf einer Bundestagung vorstellt. Schein ist sich der Tatsache durchaus bewußt, daß es sich hierbei um den Angriff auf das Gehirn von Inhaftierten handelt: "Ich hätte es gern, wenn Sie über Gehirnwäsche nicht in Begriffen von Politik, Ethik und Moral dächten, sondern in Begriffen des überlegten Änderns von Verhalten und Einstellungen durch eine Gruppe von Männern, die eine ziemlich vollständige Kontrolle über die Umgebung haben, in der die gefangene Bevölkerung lebt."

Die Gehirnwäsche selbst ist eine Kombination von verschiedenen "Therapien", die die Persönlichkeit des Gefangenen mit dem Ziel angreifen, ihn auf den Status der Hilflosigkeit zu reduzieren. Er soll durch Verunsicherung und Androhung von Strafe (physischem wie psychischem Schmerz) erzogen werden. Das Hochsicherheitsgefängnis "Marion" im Bundesstaat Illinois, USA, ist aus der Gehirnwäschekonferenz von 1961 hervorgegangen.

In der Bundesrepublik wird 1971 an der Hamburger Universität der Sonderforschungsbereich 115 ins Leben gerufen. Die Zielsetzung ist die gleiche wie in den USA und auch hier wird mit der Armee, die die Versuchspersonen stellt, zusammengearbeitet. Es wird ein Sonderforschungsprogramm gestartet, das mit 2,8 Millionen Mark gefördert wird und offiziell unter dem Namen Aggressionsforschung läuft. Das Untersuchungsinstrument ist die "Camera silens" - schweigende Kammer.

d. h. Beraubung jeder Möglichkeit zu sinnlicher Wahrnehmung. Dies wird erreicht durch 12 Hi-Fi-Lautsprecher, die in Rundumanordnung in die camera silens ein Dauergeräusch einschallen können, welches jedes von der Versuchsperson selbst erzeugte Geräusch erstickt. Der Kontakt wird hergestellt durch eine Sprechanlage einerseits und andererseits durch ein Mikrofon, welches alle Äußerungen der Versuchsperson aufnimmt und sie auf einem Tonband registriert. Während des Versuchs wird die Versuchsperson von dem Versuchsleiter laufend beobachtet. Eine Infrarot-Kamera macht Aufnahmen, ohne daß die Versuchsperson dies merkt. Ein Sender im Magen funkt dessen Motorik, auch die Atmung. Es handelt sich dabei um einen fensterlosen Raum, der als "Raum im Raum" schwingungsfrei aufgehängt ist, in den keine Geräusche von außen dringen können. Drinnen herrscht Dunkelheit, kein Hören, kein Sehen, kein Fühlen. Damit ist erreicht, was die Wissenschaftler "Sensorische Deprivation" nennen.

wird registriert, ebenso die Herzströme, die Gehirnströme und die Pulsfrequenz. All dies läuft über einen Computer. Als Versuchspersonen wurden zunächst noch freiwillig und ohne Honorar Psychologiestudenten herangezogen, wobei diese ca. 2 Std. den Bedingungen der camera silens unterworfen wurden. Später dienten Patienten und auch Kinder als Versuchspersonen. In Absprache mit der Bundeswehr wurden 500 Bundeswehrrekruten bereitgestellt. Freiwillige Meldungen wurden mit 3 Tagen Sonderurlaub belohnt, eine Weigerung wurde als Befehlsverweigerung gewertet und entsprechend bestraft, wie Soldaten der Böhn-Kaserne bestätigen. Versuchsordnung und -verlauf in der camera silens sind den Versuchspersonen unbekannt, erst

während des Aufenthalts in der camera silens werden sie merken, daß es sich um eine Methode der Folter handelt. Sensorische Deprivation führt zum Verlust jeder Orientierung, zur Unmöglichkeit, die Realität von den eigenen Vorstellungen zu unterscheiden, zu Halluzinationen und bei langer Dauer zum Wahnsinn, schließlich zum Tode. Dafür spricht beispielsweise die Äußerung einer Versuchsperson, die gerade einem achtstündigen Experiment entgangen war, die die Versuchsleiter anklagte, diese versuchten sie in den Wahnsinn zu treiben, um sie dann in der Klinik als Patienten behandeln zu können.

Jedes Herz
ist eine
Zeit-Bombe

Über die Anwendung derartiger Forschung äußert sich der Versuchsleiter wie folgt: "Dieses Moment - das der Isolation - kann sicher eine positive Rolle in der Bestrafungskunde spielen, und zwar dort, wo es um die Umerziehung des Einzelnen oder einer Gruppe geht, und wo die empfindliche Ausnutzung derartiger Abhängigkeiten und die Manipulation - also Beeinflussbarkeit - mit solchen Zuständen wirksam den Prozeß der Umerziehung beeinflussen können."

Daß derartige Überlegungen auch in bundesdeutschen Gefängnissen Einzug gehalten haben, beweist die Anwendung der totalen Isolation im sogenannten "toten Trakt" (Köln-Ossendorf). Ulrike Meinhof, Astrid Proll und Ronald Augustin haben dort Anfang der 70er Jahre mehrere Monate in totaler Isolation verbracht. Der "tote Trakt" ist ein Komplex innerhalb der Haftanstalt, der von anderen Gebäudeteilen getrennt und von allen weiteren Personen entleert ist; das Fenster weist auf einen Hof, in dem nie eine Person geht, und die Zelle liegt in einem totalen Geräuschvakuum. Wer sich in einem solchen Trakt

befindet, ist nicht nur von allen sozialen Bezügen abgeschnitten, er befindet sich in der Situation, die der eines Menschen in der Wüste gleicht, mit dem Unterschied, daß sich hier das Verhältnis Mensch zu Natur noch als Kampf abspielen kann, die Nacht noch die Kälte hat, wogegen man sich wenden kann, der Tag noch die Hitze, gegen die man sich zu schützen sucht.

Die perfektteste Umsetzung der Folterforschung sehen wir heute in den Hochsicherheitstrakten, die nach 1977 konzipiert worden sind. 8 Jahre Erfahrung mit politischen Gefangenen stecken da ebenso drin, wie die Ergebnisse der Folterforschung in Hamburg und den USA.

WILLKOMMEN IM GROSSEN

KNAST



HERRSCHAFTSTECHNIKEN IN DER STADTPLANUNG

Sachlichkeit der Herrschaftsarchitektur

Zu Kaiser Wilhelms Zeiten legten die staatlichen Institutionen der Herrschaft noch Wert darauf, sich den Massen gegenüber machtvoll und bedrohlich darzustellen. Gerichtsgebäude und Gefängnisse wurden architektonisch Palästen und Burgen nachempfunden (z.B. Moabit). Auch die Herrschaft des Kapitals über die Arbeit versinnbildlichte sich in burgartigen Fabrikgebäuden (z.B. Malakowtürme der Zechen).

Inzwischen leben wir in einer sogenannten Demokratie, die ihre Macht nicht mehr von Gott ableitet, sondern vom Wunsch des Volkes nach Beherrschung. Heute gilt es nicht mehr den KLASSENCHARAKTER der Herrschaft herauszustellen sondern seine Institutionen und Mechanismen möglichst zu entpolitisieren, zu versachlichen. An der Architektur der Gefängnisse läßt sich nur noch das Interesse an der ausbruchssicheren Verwahrung der Gefangenen ablesen, nicht mehr die Selbstdarstellung der herrschenden Klasse. In ihrer ästhetisch unspezifischen Architektur unterscheiden sich Gefängnisse heute kaum noch von Schulgebäuden, Krankenhäusern oder Verwaltungsbauten. So uniform wie die Fassade sich darstellt, so austauschbar scheinen die von ihr aufgenommenen Inhalte zu sein. Folgen Architekten und Bauherren den Sicherheitsempfehlungen von Dr. Manfred Schreiber, Polizeipräsident in München, auf dem Symposium des BKA "Städtebau und Kriminalität" (1978), so wird es künftig noch schwerer fallen, die Wohnverhältnisse einer Neubausiedlung vom Leben hinter Gefängnismauern zu unterscheiden. Seine vorgeschlagenen baulichen Maßnahmen zur Verhinderung von Kriminalität, sind Maßnahmen zur totalen Kontrolle und Reglementierung der Lebensabläufe in modernen Gefängnissen absolut ähnlich.

"Es kommt also darauf an, die Konzentration von Tatgelegenheiten aufzulösen, passive Sicherheit einzuplanen

und andererseits kriminalitätsfördernde Situationen durch eine verstärkte Kontrolle zu neutralisieren." In der Zuspitzung seiner Konsequenzen ("Ginge es nach extremen Sicherheitsanforderungen, könnten nur Betonbauten errichtet werden, sie sind vom Sicherheitsstandpunkt aus 'optimal'. Niemand will aber eine Bunkerstadt oder einen Polizeistaat." Schreiber) hat der Gruß an den entlassenen Strafgefangenen "Willkommen im großen Knast" seine Berechtigung.

Zwischen Bett und Arbeitsplatz – Unterwerfung unter das Kapital.

"Raum ist immer auch psychosozialer Raum, geregelter, normierter Raum... die Verfügung und Bestimmung über Raum ist Element gesellschaftlicher Herrschaft. So existiert immer auch ein Zusammenhang zwischen der gebauten, städtischen Welt und dem darin möglichen Verhalten und Wohlbefinden, aber auch mit abweichendem Verhalten und Delinquenz" (Herbert Grymer, Strukturelle Gewalt, im Magazin für den "fortschrittlichen" Kriminologen, Kriminologisches Journal 1/81)

Die Stadt ist steingewordene gesellschaftliche Ordnung in ihrer historischen Kontinuität und Ungleichzeitigkeit. Es gibt alte und neue Stadtteile, Gebiete in denen die Verwertung des Bodens und die Verwertung der darauf getätigten Investitionen vom Kapital maximal und Gebiete in denen die Verwertung sehr unterschiedlich oder nur marginal möglich ist. Entsprechend der unterschiedlichen Entwicklung der verschiedenen Kapitale verändert sich die Nutzung, bzw funktionsräumliche Gliederung der Stadt. Das Interesse nach ständiger Intensivierung der Kapitalverwertung begründet die Tendenz zur einseitigen Nutzung städtischer Räume, zur Monofunktionalisierung. Die Innenstadt, die City ist weitgehend die Domäne des Handels- und Finanzkapitals. Die Wohnfunktion wird von ihr verdrängt und damit die Bevölkerung, die sich entsprechend ihrer Zahlungsfähigkeit räumlich und sozial nach innerstädtischen Wohnquartieren, Einfamilienhaussiedlungen, Trabantensiedlungen am



Rand oder Abbruchvierteln ausdifferenziert. Es ist die Aufgabe der Stadtplanung, die Verwertungsbedingungen des Kapitals räumlich zu sichern und strukturell die Zuordnung der Funktionen zu optimieren. Optimieren in der Planung von Arbeiter-Wohngebieten heißt, ökonomisch und politisch die Unterwerfung der Menschen unter die Bedingungen von Produktion, Zuordnung von Arbeitsplätzen und Reproduktion, Zuordnung zu Einkaufszentren und McDonaldsfilialen so intensiv wie möglich zu gestalten.

Diese sehr grobe und schematische Charakterisierung ist natürlich in vielfältiger Weise um besondere Bedingungen und Einflußfaktoren zu ergänzen, die zu historisch unterschiedlichen Formen der städtebaulichen Entwicklung führten. Nahezu ungebrochen und konzeptionell am umfassendsten entwickelte das Kapital seine Unterwerfungsstrategie in der Wohnungsbauplanung auf grüner Wiese, in den Trabantsiedlungen der 60er und 70er Jahre (siehe Autonomie Nr 3/80, 30 Jahre Städtebaupolitik am Beispiel der Neuen Heimat, von Detlef Hartmann)

Die genaue räumliche Festlegung von Funktionen und -abläufen programmiert das Leben der Bewohner bis in Details von Wohnungen und Kinderspielflächen. Ergänzt durch eine umfassende Palette von Verhaltensvorschriften stellt die räumliche Organisation ein Gewaltssystem dar, das ein bestimmtes soziales Verhalten erzwingt und abweichendes verfolgt bzw. kriminalisiert.

"Der entscheidende Hebel liegt in Organisationskonzepten, die geeignet sind, gegebenenfalls bestehende Kriminalitätsprobleme zu lösen bzw. deren Entstehen zu verhindern."

(Wolfgang Vormbrock, Neue Heimat, auf dem BKA-Symposion)

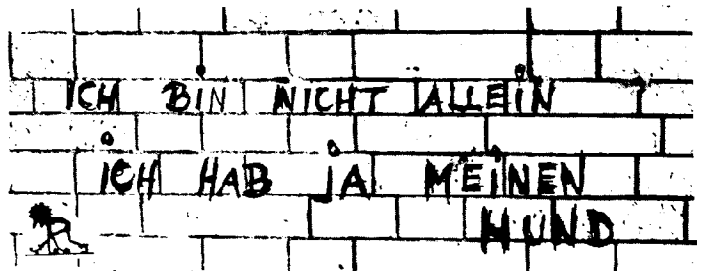


Vereinzelung und gesunde Mischung

Die sich im Städtebau materialisierende Gewalt ist nicht allein Folge ökonomischer Interessen. Stadtplanung ist immer auch Sozialtechnik, Sozialplanung mit dem Ziel politischer Herrschaftssicherung und damit eingebettet in den Wandel der umfassenden Strategien der Kontrolle und Zerschlagung politischen Widerstands. Die Stadt als räumliches Zentrum sozialer Auseinandersetzung soll hier nur insoweit Gegenstand der Beschreibung von Herrschaftstechniken sein, soweit sie sich räumlich konkretisieren.

Durchgängiges Ziel christdemokratischer und sozialdemokratischer Politik in der Nachkriegszeit ist die Auflösung von Klassenstrukturen und die Verbreitung des integrationistischen Modells der "sozialen Marktwirtschaft". Bestandteil der politischen Konzeptionen des Städtebaus waren durchgehend die Zerschlagung homogener sozialer Strukturen, durch die Auflösung der Arbeitersiedlungen, der Beseitigung der räumlichen Gliederung der Klassengesellschaft. "Sanierung" und "gesunde Mischung" sind Begriffe aus der Stadtplanung des Faschismus. Was damals zum "rassistisch hochwertigen Volksorganismus" u.a. durch Sanierung der roten Arbeiterviertel und durch Vernichtung jüdischer Gettos zusammengesetzt wurde, erlebte nach dem Krieg seine Vollendung in der mittelständischen Wohlstandsgesellschaft. Vergleichbar den Mechanismen des Strafvollzugs im Knast, soll durch kalku-

lierte Wohnungsvergabeprogramme innerhalb größerer Mietwohnungsobjekte oder durch Mischung unterschiedlicher Wohnungstypen und Eigentumsformen in neuen Siedlungen der Mechanismus der sozialen Konkurrenz unter den Bewohnern wachgehalten werden. Die Definition des sozialen Status über Wohnungseigentum und den Besitz an Statussymbolen des Konsums fördert Leistungs- und Anpassungsbereitschaft. In der Zusammenstellung der Personendaten für das "gesunde Mischungsverhältnis" arbeiten Polizei und Bauträger vertrauensvoll zusammen. Was den letztgenannten problemlose Wohnungsvermietung verspricht, ist für die Polizei vorbeugende Prävention in der Kriminalitätsbekämpfung und "gesellschaftssanitäre Aufgabe" im Kleinen. (siehe LKA-Studie über Osterholz-Tenever, zitiert in Autonomie Nr. 3; und Herold-Interview in Transatlantik, Nr. 1)



Integration und Aussonderung

Der moderne Massenwohnungsbau läßt keinen Raum, außerhalb der Kleinfamilienwohnung, für Bedürfnisbefriedigung, die nichts kostet und nicht kontrolliert/fremdbestimmt abläuft. Wo die Zahlungsfähigkeit das Hauptkriterium sozialer Anerkennung und Bedürfnisbefriedigung ausmacht, fallen die Gruppen aus dem System raus, die nicht zahlen können oder wollen oder deren Befriedigung nicht zu kaufen ist. Der Jugendvandalismus ist ein typisches Problem der hochverdichteten Neubausiedlungen. Er ist Symptom für eine Entwicklung, die angesichts wachsender Arbeitslosigkeit nicht ein Merkmal der Jugend bleibt. Der Kampf um Selbstbestimmung und -behauptung ist immer auch ein Kampf um Platz, um zu besetzende Räume.

Wo Anpassung nicht mehr erkaufte werden kann, wo abweichendes Verhalten und Widerstand zur Charakteristik bestimmter Stadtteile wird, sind die staatlichen Institutionen bemüht durch Vernetzung der sozialen Dienste, von der Stadtplanung über die Sozialarbeit bis hin zur Psychiatrie und Polizei pazifizierend einzugreifen.

Der Deutsche Städtetag entwickelte 1979 Empfehlungen zur Analyse und Abgrenzung von Interventionsgebieten, sogenannten "sozialen Brennpunkten".

Der so definierte Stadtteil wird zum Interventionsfeld der "gemeindenahen Psychiatrie", die sich anschickt, abweichendes Verhalten von Randgruppen und auffälligen Einzelpersonen in ihrem normalen Umfeld zu kontrollieren und zu normalisieren. "Hilfe zur Selbsthilfe" in einer ambivalenten Mischung aus Fürsorge und Anpassungszwang.

"Ein (...) Problem bilden die beratungsmittrauischen Unterschichten und Randgruppen. Hier hilft nur ein aktiv aufsuchendes und einführendes Vorgehen (mobile Dienste) sowie die Bildung problemorientierter Selbsthilfegruppen." (Frankfurter Rundschau vom 28;1.80, Krisenintervention vor Ort besonders wichtig; siehe auch Diskussion zum Thema auf dem letzten Gesundheitstag in Hamburg - Position der Autonomie)

Wie das Beispiel Hannover-Garbsen zeigt (TAZ 10.12.79) arbeiten Landeskriminalämter an Integrationsstrategien zur Kanalisierung von Widerstand im Stadtteil. Wesentlicher Hebel der Reintegration ist die Herstellung eines positiven, aufbauenden Gemeinschaftsgefühls, wozu auch Stadtteilgruppen umfunktionalisiert bzw. Bürgerinitiativen zur indirekten Wiederaufnahme des Dialogs mit den lokalen Politikern aufgebaut und gesteuert werden sollen. Auf diese Weise soll Vandalismus, Asozialität und Verantwortungslosigkeit im Umgang mit fremdem Eigentum, den negativen Auswirkungen der durch Städtebau und Konsumismus erzeugten Identitätslosigkeit der Bewohner entgegengewirkt werden. Über die Scheingemeinschaft in Straßen und Stadtteilstellen soll Widerstand sich möglichst zur Zusammenarbeit wandeln.

Die Fürsorge und Integrationsbemühungen der sozialen Dienste setzen gleichzeitig die Maßstäbe zur Aussonderung derer, die nicht in die leistungsfähige gesunde Mischung passen. Sie werden Ausgesondert, wandern von einem Abbruchstadtteil in den nächsten, werden in Obdachlosenasylen verwiesen oder in die stationäre Psychiatrie abgeschoben.



Überwachung und Kontrolle

Was früher Nachbarschaft hieß, ein Geflecht sozialer, beruflicher und kultureller Bindungen, ist heute in den meisten Stadtteilen ihres positiven Gehalts entkleidet und auf den Aspekt der gegenseitigen Kontrolle reduziert. Wo jeder auf jeden aufpaßt, fällt es schwer auszubringen oder einzubringen. Kriminologen kritisieren inzwischen vielgeschossige Wohnhochhäuser als Entgleisung, weil zuviel Anonymität durch Reihung und Stapelung der Mieter ihre gegenseitige Kontrolle erschwert. Viergeschossige Wohngebäude gelten den Planern heute wieder als ideale überschaubare Einheit sozialer Kontrolle. Wo sich dies nicht machen läßt, empfiehlt Dr. Schreiber ersatzweise technische Lösungen:

"Treppenhäuser und Flure sollten immer grade Linien haben. DoppeltmWinkel um die Versorgungsschächte bieten unübersehbare Verstecke." (BKA-Symposium) Halböffentliche Bereiche wie Tiefgaragen und Treppenhäuser sollten mit Videokameras überwacht werden. Dunkle Ecken in Gebäudekomplexen sollen möglichst schon in der Planung vermieden werden oder nachträglich entsprechend ausgeleuchtet werden.

"Einsehbar," sagt Stadtbaurat Küppers, solle der Stolzeplatz werden, einer 'sozialen Kontrolle' unterworfen. Da ist es dann kein Geheimnis, daß die pflegeleichte Sauberkeit (gesellschaftlich definierter Schmutz) und damit jene Nichtseßhaften vertreiben soll, die dort immer auf Bänken und in Büschen hausten." (FR, 26.8.81, Soziale Kontrolle ersetzt Kleingrün)



Videokameras schaffen nahezu in allen Großstädten der BRD an wichtigen Straßemkreuzungen kontrollierte Öffentlichkeit. Eine Video-Dokumentation des Hamburger Stadtjournals "Sicherheit für die 80er Jahre" zeigt, wie leicht eine Verkehrskamera zur Überwachung von Passanten und Demonstranten gebraucht werden kann. Da wird eine solche Verkehrskamera vom Hamburger Polizeipräsidium aus per Fernsteuerung und Zoomoptik vom fließenden Verkehr auf ein Restaurant mit Tischen im Freien gerichtet. Die Tische kommen immer näher - sie werden immer größer - das Paar am Tisch könnte bald in einer Fahndungskartei wieder auftauchen, da die Übertragung jederzeit auf Magnetband aufgezeichnet werden kann." (Stern Nr. 35, 20.8.81)

"Die Ermittler haben Anhaltspunkte, daß Helga Roos schon seit dem Spätsommer 1980 die RAF logistisch unterstützt hat. Sie soll in Frankfurt Straßenkreuzungen ausgespäht haben, die mit schwenkbaren Fernsehkameras von der Polizei überwacht werden, um RAF-Mitgliedern zu helfen, sich der Fahndung zu entziehen."

(WAZ 20. 10. 81)

...und der wachsende Rest

Ein wesentliches Prinzip von Herrschaft ist ihr Streben nach absoluter Kontrolle. Zweifellos wird das städtische Gewaltsystem baulich und regellungstechnisch perfekter. Aber ein wesentlicher Unterschied zum Knast bleibt:

Im Knast ist die Identifikation mit den Bewachern zwar erwünscht aber nicht Voraussetzung und eben nicht Normalfall. Außerhalb muß es aber den Herrschenden gelingen, Loyalität und Selbstkontrolle bei der Mehrheit zu erreichen. Die Entwicklung der technischen Kontrollmedien ist ein Anzeichen mehr dafür, daß ihr dies immer weniger gelingt.

in diesem sinn...



Multibionta[®] forte

Das speziell dosierte
Multivitamin-Präparat
20 Kapseln

Wir möchten mit diesem Beitrag ein kritisches Licht werfen auf verschiedene Institutionen dieser Gesellschaft. Dieses Licht soll sich nicht darauf richten, wie menschlich oder unmenschlich wir im Krankenhaus geheilt werden oder wie menschlich oder unmenschlich das Dasein im Knast ist.
Dieses System ist organisierte Unmenschlichkeit!



Wir wollen ein Licht werfen auf die Frage:

Wie sollen wir regiert werden in den 80er Jahren in einem Staat, der 1975 feststellt, Das Wichtigste in der Psychiatrie, ist die schrittweise Auflösung der Großkrankenhäuser und zur gleichen Zeit Hochsicherheitstrakte errichten läßt, in denen Menschen schleichend ermordet werden.

Wir wollen ein Bild entwerfen von den zukunftsorientierten Entwicklungen im Sozialbereich: KNAST, KLAPPMÜHLE, KRANKENHAUS, JUSTIZ.

Sozialpolitik, die sich darüber zeigt, begreifen wir nicht als Wohlfahrtspolitik am Menschen, sondern sehen wir als Spiegelbild der Politik insgesamt, d.h., wie setzt der Staat seinen Anspruch durch, den reibungslosen Ablauf in diesem Wirtschaftssystem zu gewährleisten.

Weigert sich der Mensch seine Rolle als nackte Arbeitskraft und rechtloser Konsumidiot zu ertragen und fängt an sich dagegen zu wehren, so verfügt der Staat über ihn, daß er umerzogen wird. Es geht dann um die DURCHSETZUNG eines knallharten VERFÜGUNGSANSPRUCHS, daß der Mensch arbeiten muß und mitmachen muß in einem System, daß ihn mehr und mehr seinen Lebensmöglichkeiten beraubt.

Dieser VERFÜGUNGSANSPRUCH hat viele Formen und setzt sich mit verdeckter Drohung im Erziehungsbereich bis zur offenen Gewalt im Knast durch. Dabei bedeutet VERFÜGUNGSANSPRUCH den Menschen in Programme einzwängen.

Programme, die erkennen lassen, daß sich der Mensch bedingungslos zu unterwerfen hat.

Hierzu ein Beispiel:

In den neu erbauten Anstalten oder HOCHSICHERHEITSTRAKTEN sind in allen Zellen Rundrufanlagen eingebaut. D.h. von der Zentrale der Stationswärter aus kann jede Zelle angewählt werden und Aufforderungen über Lautsprecher erteilt werden. Der Lautsprecher in der Zelle nimmt den letzten Rest Menschlichkeit — leblose Stimmen regeln den alltäglichen Tagesablauf, befehlen dir, was du zu tun oder lassen hast. Dabei üben sich die Schließer in einer perfekten Bürokratsprache und zeigen dir, daß jede Lebensäußerung von dir nur ein Programm ist, das du zu erfüllen hast. "Fertigmachen zur Ausgabe der Frühstücksverpflegung!"

"Zum Aufenthalt im Freien — fertigmachen — Lichtruf betätigen!"

"Abfalleimer leeren, Abfalleimer leeren — Ruflampe drücken!"

Besonders deutlich sind die Einzeldurchsagen, in denen Anwalt, Besuch, Duschen oder Einzelhofgang angekündigt wird, sämtliche anstehenden Einzelfragen erledigt werden, bis hin zur Frage, ob man Klopapier oder Seife braucht, aber auch der monatliche Tabakeinkauf oder Briefmarkenbestellungen.

"Lichtruf betätigen" heißt dabei, daß du eine Taste drücken mußt, damit ein Licht als Signal angeht: Licht drücken heißt JA, kein Licht gedrückt heißt NEIN.

Ein Gefangener schreibt: "Die Gefangenen werden dadurch zu Objekten, die an unsichtbaren Fäden ihre Teilnahme am Vollzugsspiel dokumentieren müssen. Das nicht durchgesagt wird, wer schlafen wolle, solle das Licht schmeißen, ist einigermassen erstaunlich. Was ich geschrieben habe, ist erstmal das, was in die Hütten direkt reingebesen wird — die totale Enteignung, man wird verfügbar gemacht."

Dieses Beispiel aus dem Hochsicherheitstraktvollzug zeigt am deutlichsten, mit welcher Bedingungslosigkeit und Brutalität der VERFÜGUNGSANSPRUCH durchgesetzt wird: Unterwirfst du dich nicht, so werden dir lebensnotwendige Grundlagen genommen. So z.B. der Hofgang, d.h. 24 Stunden Isolation statt 23 oder der Besuch, einzig lebendiger Kontakt nach draußen, wird dir genommen.

Doch der Hochsicherheitstrakt ist nur die eine Seite der Medaille. Der Staat setzt auf der anderen Seite nette Sozialarbeiter und Psychologen ein, um die Menschen frühzeitig zu manipulieren. Dieses subtile Mittel der Brechung von Widerstand wird mehr und mehr im Stadtteil oder in der Schule eingesetzt, um das gleiche Programm, den gleichen VERFÜGUNGSANSPRUCH durchzusetzen. Doch die Brutalität verwischt hinter der Nettigkeit, dem Einfühlungsvermögen und der Beredsamkeit dieser geschulten Sozialarbeiter. Hüten wir uns vor der Gefahr, die KONFRONTATIONSLINIE zu diesen sanften DURCHSETZERN DER GEWALT zu verlieren!

Von neuerbauten Hochsicherheitsgefängnissen weiß man, daß sie geplant und durchorganisiert sind wie große Fabriken. Diese totale Organisation der Abläufe ist auf jede zuerledigende Arbeit abgestellt. Wird in der Fabrik jeder Handgriff und jede Körperbewegung des Arbeiters in Sekunden gemessen und der Leistungsakkord errechnet, so wird im Hochsicherheitsgefängnis jeder Weg der Schließer, jede Bewachung, jede Dienstbesprechung, jedes Bedürfnis der Gefangenen wie Duschen, Hofgang, Zuteilung der Wäsche, der Seife, des Essens, des Einkaufs, des Besuchs und der Post als Arbeitstakt angesehen. Ein solches Gefängnis mit 300 Zellen ist eine Menschenfabrik. Es sind 300 zu versorgende Einheiten, die vollkommen rechtlos sind und in denen jede Lebensäußerung Zwang bedeutet. Diese anfallenden Arbeitstakte werden registriert, zeitlich bemessen und aneinandergereiht. Daraus ergeben sich dann Arbeitseinheiten für die die Schließer eingeteilt werden. Es wird über ihn verfügt wie über ein **Stück Metall**.

Christian Geißler, ein Hamburger Schriftsteller, der seit ca. 10 Jahren politische Gefangene in Isolationshaft besucht, hat seine Eindrücke so beschrieben:

"Ja, ihr fragt, wie ganz konkret die Vernichtung in den Knästen läuft, wie sie organisiert wird. Ich war ja nie gefangen und kriege es nur mittelbar mit. Nach meiner Meinung soll da nicht der Mensch getötet werden im Knast, sondern sein Denken."

Und den Herrschenden wäre es sehr lieb, einen gedankenlosen Menschen rauszuholen.

Wie wird das gemacht?

Ich kenne ja die Programme nicht, aber ich sehe, daß die Hochsicherheitstrakte so gemacht sind, daß den Menschen möglichst wenig sinnliche Eindrücke mehr möglich sind und es scheint also so zu sein, daß wir über unsere sinnlichen Eindrücke uns auch selbst erfahren. Ich durfte z.B. Blumen, die ich mal so gepflückt hatte, während ich zu Irmgard Möller nach Stammhelm gefahren bin, da war ich ausgestiegen und da blühten gerade Blumen an der Straße, so kleine Hundebüchsen, die durfte ich nicht mit reinnehmen. Hinter die Glasscheibe nicht mitnehmen. Wenn man will kann man sagen, man kann in den Blumen eine Nachricht verstecken, na gut, sie konnte die Blumen gar nicht erreichen, aber sie durfte die Blumen nicht mal sehen!"

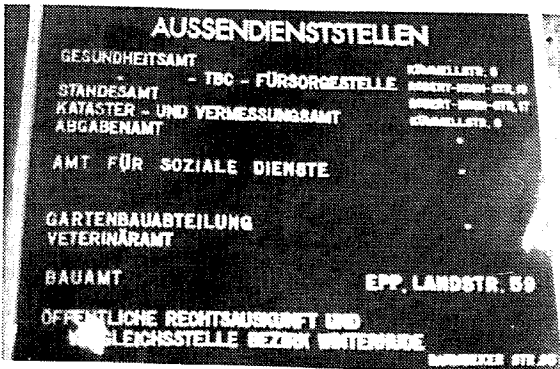
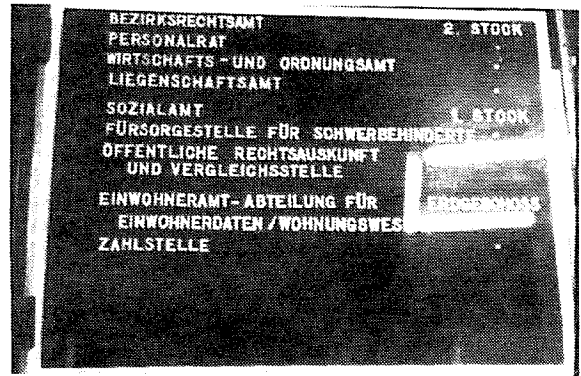
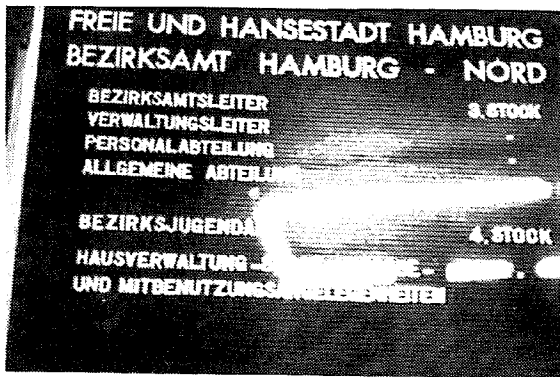
Keine Blumen mehr! Keine Sinnlichkeit mehr! Ein anderer Gefangener liebt seine Frau draußen. Er darf jeden Porno im Knast haben, aber wenn die Frau beim Besuch, an der Glasscheibe wohlgemerkt, sich so auf den Tisch setzt, so daß man etwas mehr von ihrem Bein sieht, dann wird der Besuch unterbrochen."

LIEBE IST GEFÄHRLICH, PORNO NICHT! LIEBE IST FÜR DIE HERRSCHENDEN WIRKLICH GEFÄHRLICH, WENN SIE STATTFINDET! LEBENDIGE LIEBE, ABER PORNO NICHT! DAS DIENT SOGAR DER SACHE, DER ZERRÜTTUNG!



"Diese institutionalisierte behavior modification, diese totale Fremdbestimmung und Verwaltung der Gefangenen (die z.B. auch so weit geht, daß in der Hausordnung exakt angegeben ist, wie man sein Bett machen soll, wie man den "Spint" einrichten soll, wodie Bücher, wo die Teller usw.; auch der dezente Hinweis, Analphabeten sich ihre Anträge und Einkaufszettel von den Wächtern ausfüllen lassen können, fehlt nicht —

hab ich alles in noch keinen der sechs anderen Gefängnisse gesehen, in denen ich bis jetzt war) die ja auch vorbildlichen Mustercharakter hat (hier kommen sie aus allen möglichen Gefängnissen, um zu lernen) bedeutet nicht nur die fast völlige Bevormundung und Entmündigung der Gefangenen, sondern zielt direkt auf die Zerstörung der Persönlichkeit, der Selbstachtung und des Rückgrats der Gefangenen: Nur der angepaßt, opportunistische Schleimer kann hier ein einigermaßen ungestörtes Leben führen.(Ch. Wackernagel)



Diese Bilder zeigen den Komplex Kümmelstr. 5—7 in Hamburg—Eppendorf. In diesen Mauern lagern Informationen über ganze Menschengenerationen aus dem Raum Hamburg—Nord. Unter einem Dach sind hier gleichzeitig Bezirksamt, Jugendamt mit Fürsorge, Ordnungsamt, Sozialamt, Wohnungsamt, Standesamt, Gesundheitsamt und Bauamt untergebracht. Behörde bedeutet Anträge ausfüllen und das heißt: Abgeben von Lebensdaten als Verleistung für lebensnotwendiges Geld. Deutlichstes Beispiel: DAS ARBEITSAMT. Hier ist die Offenlegung deiner Vergangenheit Voraussetzung zur Vermittlung oder für's Arbeitslosengeld. In einem solchen Behördenkomplex hängen also die Akten über alles, was sich im Bezirk tut. Im Bezirksamt sind alle gemeldet, das Sozialamt führt alle Sozialfälle, das Jugendamt registriert alle kritischen Familien, im Gesundheitsamt hängen die Akten über die Seuchenträger und im psychiatrischen Dienst laufen die Informationen zusammen über alle auffällig Gewordenen, über die, die einen Selbstmordversuch hinter sich haben und über die Zwangseinweisungen in die Psychiatrie. Die Akten hängen hier über Jahre und sind jederzeit von anderen Ämtern abrufbar. Z.B. im Rahmen der Amtshilfe auch von Polizei und Justiz. Hier ist es täglich Praxis, vorher auf dem nächsten Stockwerk anzufragen, ob über eine Person irgendetwas vorliegt. Hier schlummert also das Material zur Erstellung einer Stadtbereichsanalyse in Bezug auf soziale bzw. asozial Strukturen. Noch werden die Informationen lediglich im täglichen Gebrauch zwischen den Sach- und Sozialarbeiter(innen) ausgetauscht.

Aber sie könnten auch in Computerprogrammen miteinander verknüpft werden von den Leuten, die daran ein Interesse haben.

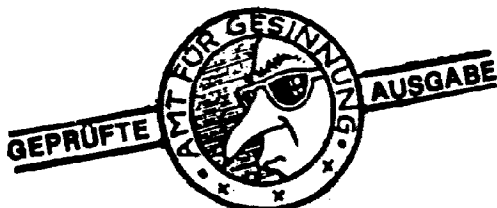
Ein erster Schritt hin zu dieser Zukunftsvision ist z.B. ein Werk, 1978 in der BKA-Forschungsreihe herausgegeben vom Prof. für Kriminologie und Strafvollzug an der Ruhruniversität Bochum und Justizminister von Niedersachsen H.D. Schwind. Es heißt "Empirische Kriminalgeographie, Kriminalitätsatlas Bochum." Kriminalgeographie befaßt sich mit den Beziehungen zwischen Kriminalität und allen nur denkbaren geographischen, historischen, wirtschaftlichen und demographischen Gegebenheiten.

Dieses Buch enthält 307 Übersichten. Anhand der Stadt Bochum wird untersucht, wie z.B. das Empfangen von Sozialhilfe mit Kriminalität in Zusammenhang steht. Dazu gibt es Tabellen über die Sozialhilfeempfänger und die Verteilung der Tatorte. Die Stadt wird dabei in kleinste statistische Wohnblöcke eingeteilt. Estachen Tafeln über die Wohnorte der hilfsschulkinder in Hamburg und die Wohnsitze der kommunistischen Wähler. Und die Autoren beziehen sich auf amerikanische wegbereitende Untersuchungen, wo die Tabellen von angeklagten Jugendlichen neben der Tabelle der Schulschwänzer steht.

Mit viel Statistik, mit vielen Fragebögen unter anderem zum Bedrohtheitsgefühl und zu psychosomatischen Erkrankungen, mit vielen Berechnungen und Schaubildern werden Daten dargestellt, die sich verknüpfen lassen. Man braucht nur die Tabellen übereinander zu legen oder wissenschaftlich ausgedrückt miteinander zu korrelieren und schon ist das Ziel der Kriminalgeographie erreicht, was ein Dr. Herold in dem Vorwort so freudig hervorhebt: "Für die Polizei wird sie (die Kriminalgeographie d.Verf.) so immer mehr zu einer Zweckwissenschaft, mit deren Hilfe sich Organisations- und Einsatzstrukturen verbessern und wirklichkeitsnahe Bekämpfungsmodelle entwickeln lassen." Detenerhebung und — verknüpfung verbessert also Organisations- und Einsatzstrukturen der Obrigkeit, d.h. die Kontrolle über den Einzelnen.

Und Behörde bedeutet immer Datenerfassung und — speicherung und damit Zugriffsmöglichkeit auf die Menschen — also die Kontrolle im sozialen Leben.

Bei den konventionellen Behörden wie Arbeitsamt, Sozialamt, Polizei und Gericht ist uns diese Kontrollfunktion eher bewußt. Dies sog. Konfrontationslinie zwischen Verwalter und Verwaltetem ist dort noch klar. Die neue Dimension von Erfassung und Kontrolle, die wir im folgenden beschreiben wollen, entsteht durch das Zusammenspiel von neuen "fortschrittlichen" Projekten und alten etablierten Institutionen. Die Behörden und Geldgeber halten die Projekte in Stadtteil und Gemeinde an der langen Leine, solange die Datenvermittlung klappt. Der Zugriff und damit die Durchsetzung des Verfügungsanspruchs wird nicht nur "menschlicher", sondern subtiler und undurchsichtiger — und damit effektiver.



* Schwind, Hans-Dieter / Empirische Kriminalgeographie
 Ahlborn, Wilfried / Kriminalitätsatlas Bochum
 Wz.B. Rüdiger
 BKA Forschungsreihe
 Wiesbaden 1978

Hier jetzt ein Beispiel, was passiert, wenn die Klientendaten nicht wie vorgesehen den Geldgebern in staatlichen Institutionen gemeldet werden.

Der Verein Jugend hilft Jugend ist eine anerkannte Jugendhilfe, die versucht durch ein Leben in therapeutischen Wohngemeinschaften den Drogenabhängigen wieder auf eigene Füße zu stellen.

Solche Projekte werden nur so lange geduldet und finanziert wie sie der gesetzlichen Meldepflicht nachkommen. Hierbei enthält das im Januar 1982 in Kraft getretene neue Betäubungsmittelgesetz eine schwerwiegende Bedeutung, in dem die Meldepflicht zum tragenden Pfeiler wird.

Der hamburger Drogenabhängige Peter H. sollte vorgeführt werden. Er befand sich zu der Zeit im Entzug im AK Hamburg—Ochsenzoll. Dem Richter wurde Bescheid gegeben, daß Peter in den nächsten Tagen in eine therapeutische Wohngemeinschaft bei Jugend hilft Jugend aufgenommen wird.

Daraufhin stellte der Richter Haftbefehl wegen Fluchtgefahr und schickte die Polizei in die Geschäftsstelle dieses Vereins, um Peter zu verhaften. Die dortigen Mitarbeiter weigerten sich Mitteilungen über den Ort seiner therapeutischen Wohngemeinschaft zu machen.

Deshalb wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Haftvereitelung gegen die drei Mitarbeiter der Geschäftsstelle eingeleitet. Peter ging am nächsten Tag mit einem Sozialpädagogen seiner WG zu dem Richter, um diese Sache abzuklären und wurde sofort in den Knast gesteckt. Er kam erst ca. zwei Wochen später raus.

Ein Teilnehmer der AG—Nord (übergeordnetes Gremium Hamburger u.a. Einrichtungen für Drogenarbeit) gingen am 15.5. zu diesem Richter, um ein Protestschreiben zu überreichen und sich im Gespräch mit ihm, für Peter einzusetzen. Der Richter ließ sich auf keine Diskussion ein, sondern rief sofort die Polizei—er würde von einer unüberschaubaren Menge (ca. 8—10 Leute) bedroht.

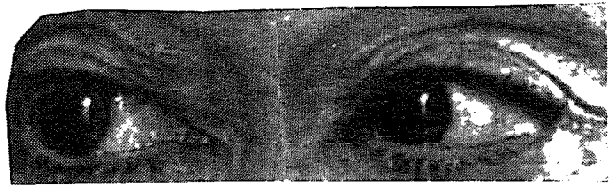
Resultat: Noch ein Strafantrag — Hausfriedensbruch! Zu einem späteren Zeitpunkt äußerte sich der Richter, die Einrichtung "Jugend hilft Jugend" wäre ein "kriminalitätsgefährdendes Milieu", die Therapeuten würden strafbare Handlungen der Klienten decken und selbst welche ausführen.

Der Drogenabhängige Andreas L. hatte einen Aufnahmetermin bei der Therapieeinrichtung "Jugend hilft Jugend" und stellte, da er noch in Berlin im Knast war, einen Antrag auf vorzeitige Entlassung zu Beginn der Therapie. Dieser Antrag wurde ihm mit der Begründung abgelehnt: "Jugend hilft Jugend" komme nicht der Meldepflicht nach und es wäre keine Kontrolle gewährleistet.

Andreas wurde kurze Zeit später zwar doch entlassen, aber mußte eine Therapie bei der "Drogenhilfe Tübingen „Haus Tannenhof“ antreten. Diese Einrichtung kommt der Meldepflicht nach.

BIG BROTHER

Sie wissen, daß dir deine Arbeit zu viel wird, daß du gestrebt bist, daß du heimlich schon nach einer Umschulungsmöglichkeit suchst. Sie wissen, daß du dir im Augenblick kein Kind leisten kannst und traurig darüber bist. Sie wissen, daß du vor vier Jahren zum ersten Mal eine Therapeutin aufgesucht hast. Nein, gib dir keine Mühe, auch die peinliche Geschichte mit der Syphilis vor zwei Jahren kannst du nicht verheimlichen, genauso wenig wie die Tatsache, daß du seit einigen Monaten mehr als üblich trinkst. Sie kriegen es heraus. Nicht etwa über die "Herren des Morgengrauens", sondern über ganz alltägliche Computer in Arztpraxen, Krankenhäusern, Gesundheitsämtern und Krankenkassen. Dank ihrer Hilfe wird man sich schon bald ein genaues Persönlichkeitsprofil über 90% der Bevölkerung machen können.



Für Datenschützer und Informatiker ist schon seit einiger Zeit klar, daß das, was zur Zeit im Gesundheits— und Sozialbereich an Datenbanken aufgebaut wird, brisanter ist, als die Datenbestände eines Herrn Herold. Über ganz normale, legale Kanäle wird ein Informationssystem aufgebaut, daß über jeden einzelnen von uns sehr sensible Informationen hat und zugleich die Möglichkeit bietet, soziale Tendenzen in der Bevölkerung frühzeitig zu erkennen und einzudämmen.

Das fängt schon beim ganz normalen Arztbesuch an. Immer mehr Ärzte gehen dazu über, die Krankenscheinabrechnung per Computer zu machen. Informationen, die unter Zusicherung der ärztlichen Schweigepflicht gegeben wurden, wandern so weiter an Dritte, an kommerzielle Rechenzentren, die Informationen speichern und abrufen machen. Einige Ärzte bereiten schon jetzt Krankengeschichten ihrer Patienten komputergerecht auf. Im Wartezimmer bekommt der Patient einen Fragebogen in die Hand und die Diagnose kann dann in nächster Zukunft der Computer erstellen. In einem Feldversuch namens INA soll jetzt ein Verbundsystem zwischen den Rechnern mehrerer Arztpraxen geschaffen werden. Ein Zentralrechner übernimmt die Speicherung und Steuerung sämtlicher Informationen aus 50—100 Arztpraxen. Die Praxen sind über Datensichtgeräte mit dem Zentralkomputer verbunden. Abrufbar mit einem Griff ist so der körperliche und teilweise auch psychische Zustand von rund 20000 Menschen.



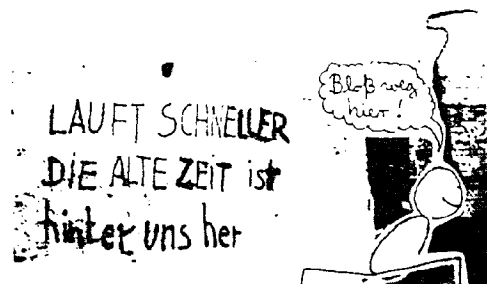
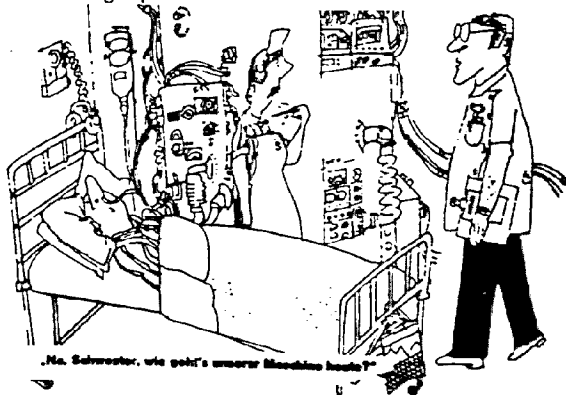
In den Krankenhäusern ist dieses System schon viel perfektionierter. Etliche Laboruntersuchungen und Analysen werden schon heute per Computer erstellt, der selbst den Arztbrief mit Diagnose und Therapievorschlägen auf einem Bogen Papier ausdrucken kann. Zum größten Teil ohne Wissen und Einwilligung von Patienten werden die Daten im Krankenhaus gespeichert, und das nicht nur zu Verwaltungszwecken, sondern auch um Informationen über einzelne Kranke schnell verfügbar zu haben. In Berlin zum Beispiel wird zur Zeit ein System aufgebaut, daß die Speicherung von Patientendaten vereinheitlichen soll, so daß per Knopfdruck Angaben über Krankenhauspatienten in ganz Berlin über Jahre hinweg verfügbar sind. Schon jetzt werden Warnkarteien in Krankenhäusern über Leute, die wegen "ungeordneter" persönlicher Verhältnisse oder Zahlungsunfähigkeit aufgefallen sind. Interessant ist die computergerechte Aufbereitung von Krankendaten vor allem auch für die Forschung.

"Wer sich einen weißen Kittel anzieht und hochnäsigt durch die Gegend schaut, kommt heutzutage in Kliniken an sämtliche Krankengeschichten der letzten Jahre heran", meinen Experten. Ein Schutz vor Mißbrauch ist angesichts der Datenmenge kaum zu gewährleisten.

Unerschöpfliches Pool für Forschungsvorhaben und soziale Kontrolle sind die Krankenkassen. Dafür, daß für die gesamte, arbeitende Bevölkerung eine Pflichtversicherung besteht, verfügen die Krankenkassen über einen aktuelleren Datenbestand als z.B. die polizeilichen Meldebehörden. Sie wissen nicht nur über den genauen Arbeitsplatz und Aufenthaltsort bescheid, sondern auch über Therapien, besondere körperliche Merkmale, Suchtkrankheiten, psychische Auffälligkeiten, Leistungsfähigkeit und Sexualverhalten. Auch hier geht die Tendenz zur Zentralisierung von Rechnern, so daß in sekundenschnelle aus dem gesamten Bundesgebiet Angaben über eine bestimmte Person oder über die gesamte Belegschaft eines Betriebes herausgezogen werden können. Möglichkeiten, die sich hervorragend für Fahndungsmethoden wie die Rasterfahndung eignen, für die Drogenbekämpfung, die Eindämmung von Krankenstunden in Großbetrieben oder die Arbeitsvermittlung der Arbeitsämter. Nicht nur Dritte können diese Informationen zu Kontrollzwecken benötigen, sondern auch die Kassen selber. Technisch möglich und immer wieder in der Diskussion sind höhere Beitragssätze z.B. für Raucher oder Dickleibige, die die ohnehin enorm steigenden Krankheitskosten zusätzlich in die Höhe treiben. Sie wären mit einem Griff auffindbar. In einer Studie der Krankenversicherungen ist schon jetzt die Rede davon, Leuten, die nicht bereit sind, an Umfragen über ihre persönlichen Verhältnisse teilzunehmen, den Krankenschein zu verweigern.

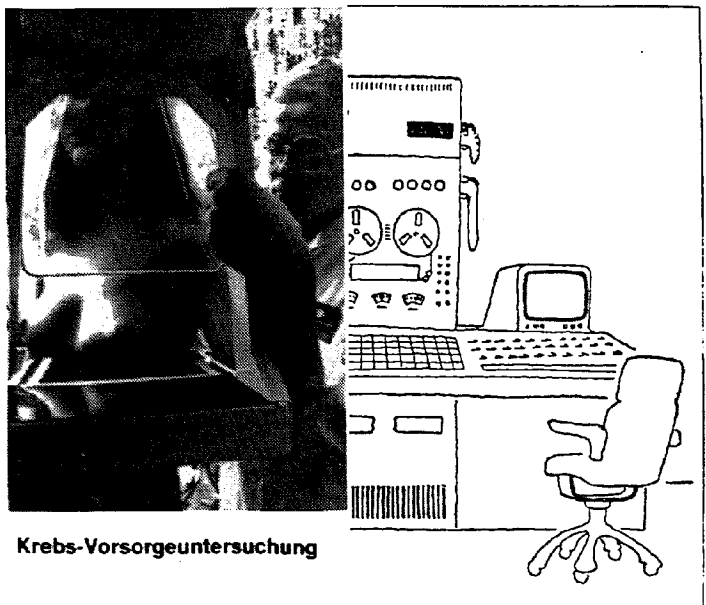
Über die größeren Institutionen hinaus gibt es noch zahlreiche Karteien, von denen kaum jemand etwas ahnt. Einige Beispiele: In einem "Fallregister" werden im Raum Mannheim sämtliche Besucher von psychischen Beratungsstellen und Drogenberatungen mit vierzig Angaben zu ihrer Person und Entwicklung gespeichert. Dabei machen auch die niedergelassenen Ärzte mit.

In einem "Mißbildungsregister" der europäischen Gemeinschaft in Brüssel werden die Eltern sämtlicher Mehrlingsgeburten und behindert geborener Kinder zentral gespeichert.



Ähnliche Register existieren in mehreren Bundesländern für die Krebserkrankungen — natürlich haben wir auch für Hamburg so ein spezielles Register für Tumorforschung (Womit hauptsächlich Krebserkrankungen gemeint sind). Dieses Register ist allerdings keine neue Erfindung, sondern existiert schon seit 1929. Hierin werden vorrangig Daten über das soziale Umfeld der Erkrankten gespeichert. Im HH-Projekt sind 70% der Sozialwissenschaftler und nur 30% Mediziner.

Angeblich sollen sie zu Forschungszwecken dienen, doch die Daten, die erhoben werden, sind für die Forschung sehr unergiebig. In den meisten Bundesländern werden auch die Daten von Frauen in Karteien gesammelt, die sich über eine Abtreibung haben beraten lassen.



Krebs-Vorsorgeuntersuchung

All diese Informationen sollen schließlich zusammenfließen in einer zentralen Sozialdatenbank, die zur Zeit geplant und teilweise schon aufgebaut wird. Hier werden zentral sämtliche Daten der Renten- und Krankenversicherung, der sozialen Einrichtungen und Gesundheitsdienste gespeichert und verwertet — ein unermeßliches Experimentierfeld und eine wahre Fundgrube für all die, die ein Interesse daran haben, die Gesellschaft im Griff zu haben und jeden einzelnen verwertbar zu machen. An Interessenten mangelt es nicht. Neuester "Trendsetter": Antsche Huber (Krankheitsministerin) rief jetzt zum Kampf gegen das Rheuma auf und betonte, daß hierbei hauptsächlich an die Erforschung der Krankheit gedacht wird.

Zum Abschluß der Berliner Polizeipräsident Hübner: "Als ich kürzlich gemeinsam mit dem Präsident des BKA Dr. Herold, an dem neuesten imposanten und neiderweckenden Neubau der Bundesversicherungsanstalt in Berlin vorbeifuhr, konnte es eigentlich gar nicht ausbleiben, daß lebhaftere Assoziationen über die Möglichkeiten eines Verbundes der elektronischen Datennetze dieser Anstalt mit den Möglichkeiten der Polizei auftraten. Auch dies dürfte künftiger Überlegungen wert sein."

Wenn man Daten verknüpfen will, muß man sie erst mal erheben. Diese Datenerhebung fängt schon in der Schule an:

Eine Hauptschullehrerin erzählt über ihren Alltag: "Ja, du kommst einfach nicht mehr dazu, mal mit den einzelnen Schülern zu reden, sich ein bißchen um sie zu kümmern. Du kommst nur noch zum Verwalten. Du sitzt da in den Pausen und trägst ein: Ins Klassenbuch Bemerkungen zum Unterrichtsverlauf, wie die einzelnen Schüler sich benehmen. Mal einen Brief an die Eltern mit einer Durchschrift in die Schulakte für eventuelle Rückfragen von oben. Seit zwei Jahren ungefähr haben wir für solche Anschreiben vorgedruckte Elternbriefe, damit das Ausfüllen schneller geht. Ihr Sohn/Ihre Tochter stört — stört häufig — stört erheblich — den Unterricht. Bitte ankreuzen usw."

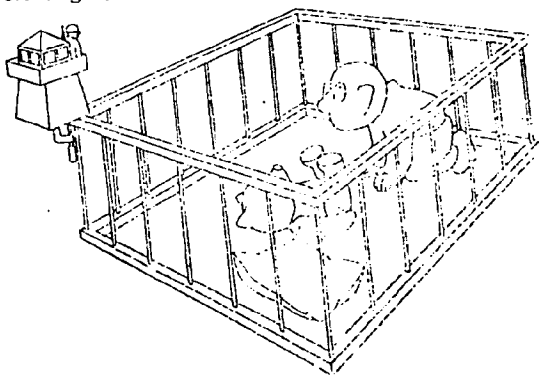
In den ersten beiden Klassen gibt es statt der Zensuren Beurteilungen über das Sozialverhalten und Leistungsbeurteilungen und —prognosen am Ende des Schuljahres. Dabei werden Standardformulierungen benutzt, die zwar positiv sein können für die Eltern, aber Lehrern weitere Informationen geben. Z.B. der Schüler ist in der Lage, vorher geübte Texte zu lesen. Das "geübte" zeigt dem Eingeweihten ein Unvermögen.

In der Schülerakte wird alles Auffällige festgehalten: Wenn jemand mal klaut oder betrunken auf der Straße aufgesammelt wird, ist es übliche Praxis, daß die Kripo oder das Jugendamt kommt und sich die Schülerakte durchsieht. Die Zusammenarbeit zwischen Rektor und Klassenlehrer einerseits und den Organen der Obrigkeit andererseits klappt. Sozial engagierte Lehrer fragen auch schon mal beim Jugendamt an, wenn ihnen irgendwas verdächtig vorkommt bei einem/einer aus der Klasse. Es kommt immer häufiger vor, daß die Schüler aus der Reihe tanzen, daß sie irgendwo auffallen.

Deswegen besteht seit ca. 1 Jahr die Möglichkeit, für Lehrer/Lehrerinnen eine Zusatzausbildung als psychologischer Beratungslehrer zu absolvieren. Die Ausbildung läuft in Abend- bzw. Wochenendkursen und dauert etwa 1 1/2 Jahre. Danach wird der Beratungslehrer für einige Stunden in der Woche freigestellt, um die Probleme der Schüler und Schülerinnen beratend aufzufangen. Dieser neue Trend ist Resultat der Psychologenknappeit im Schulbereich (sind ja auch viel zu teuer) und der Krisenverschärfung in den Schulen. Die Schüler halten es einfach nicht mehr aus!"

Die reibungslose Verwaltung in der Schule wird immer schwieriger.

Deshalb wird mit Akten und Vordruckformularen systematisiert und Heftpflaster in Form von Beratungslehrern verteilt.



Die gemeindenahe Psychiatrie entwickelt sich immer mehr zu einem ausgeklügelten Vorwarn- und Kontrollsystem gegen individuelle — und Massenrevolten.

So z.B. das Gemeindenahepsychiatrische Zentrum in HH—Eimsbüttel, kurz GPZE.

Es wird übrigens überwiegend von der Sozial- und Arbeitsbehörde finanziert.

Das GPZE dient der Rehabilitation von Personen, die auf Grund von psychischen Störungen aus dem Arbeitsleben herausgefallen sind oder bislang in diesem Bereich nicht Fuß fassen konnten.

"Hier wird Verhalten trainiert, daß erforderlich ist, um einen Arbeitsplatz draußen zu finden und zu behalten." (Eigeninformation)

Das Ziel dieser Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß draußen wird angestrebt, in kleinen Schritten auf konkrete Unterziele hin, die in einer beschützenden, jeden Ausweichversuch reintegrierenden Umgebung erreicht werden sollen. Das oberste Gebot des GPZE ist die Integration, das Funktionieren in der Arbeitswelt wiederherzustellen. Arbeitsgewöhnung an regelmäßiges, frühes Aufstehen, Durchhalten von Übungsaufgaben, Gesprächsbereitschaft bei Problemen mit der Anpassung, Verlaufsgespräch sind die vielgepriesenen therapeutischen Ziele.

Um die Integration in den Arbeitsprozeß abzusichern, bezieht sich die Aufgabe des GPZE jedoch nicht nur auf den Betroffenen selbst, sondern auch auf seinen gesamten alltäglichen Lebensbereich. So gibt es im GPZE auch eine Angehörigengruppe. Hier werden im "offenen Gespräch" Schwierigkeiten aller Betroffenen besprochen. "Sozial- und gemeindenahe psychiatrische Arbeit ernst nehmen, heißt: Nicht nur den Besucher selbst durch die Arbeit im GPZE, sondern auch seinen Angehörigen Hilfe anzubieten." (Eigeninformation des GPZE)

Das heißt, daß immer mehr Daten des Einzelnen offen auf den Tisch gelegt werden. Die Psychiatrie rückt immer mehr in den alltäglichen Lebensbereich hinein. Durch Erhebung von Daten zur Überprüfung des Rehabilitationserfolges, durch Kontaktaufnahme mit weiterbehandelnden Ärzten, Verwandten und Freunden, durch die Funktion als Anlaufstelle bei Krisensituationen erfaßt die gemeindenahe Psychiatriearbeit einen immer weiteren Rahmen der Bevölkerung.

So können durch engere Zusammenarbeit mit allen in therapeutischen, sozialen und psychologischen Bereichen Tätigen des Bezirks, immer eher Auffälligkeiten registriert und behandelt werden. Das Gemeindenahepsychiatrische Zentrum gleicht sich immer mehr dem normalen Alltag an. Der Ratsuchende sieht sich nicht mehr dem komplexen Apparat der Psychiatrie, nicht der Kontrolle des Staates, der hinter all dem steht, sondern den netten Sozialarbeitern von nebenan, die für alles ein offenes Ohr und Auge haben, gegenüber gestellt. Der Staat kann auf diese Weise unbemerkt seine Fühler überallhin ausstrecken. Die Gemeindenahe Psychiatrie wird zum Instrument subtiler und verschleierter Gewalt.

Eine ähnliche Situation zeigt sich in Italien. Die Verlegung der sozial-psychiatrischen Dienstleistungen aus der Anstalt heraus in die Quartiere der Stadt, befähigt den Staat die Bevölkerung unbeobachtet auszuspionieren.



In Niedersachsen werden Anlaufstellen für Straffällige errichtet. So wird versucht durch Sozialarbeiter den Einfluß auf die Klienten zu haben wie früher Schließer. Zur Zielgruppe dieses Projekts ist zu sagen:

"Zu ihr gehört der Straffällige, der nicht mehr weiter weiß und keinen Ansprechpartner für seine Probleme hat."

Es handelt sich also um Menschen, die keine bzw. schlechte soziale Bindungen haben, wenn sie aus dem Knast kommen. Warum sie keine Bindungen haben sollen, ist Programm im Knast, dazu später.

Das Projekt hat folgende Teile:

"Die Anlaufstellen verfügen über neu eingerichtete Kontaktzentren, in denen sie auch Formen der Gruppenarbeit erproben sollen. Hier bieten auch Bewährungshelfer ihren Probanden und deren Angehörigen Kontaktgruppen an."

Arbeitsfeld — Familienarbeit:



Was ist das Ziel der Behandlung?

"Ist die Therapie erfolgreich, gelangt der Insasse von selbst zur Einsicht, daß das von ihm gewählte Milieu ihm dauerhafte und tragfähige Lebensbefriedigung nicht bietet und daß er von daher einen Wechsel seiner Umwelt selbst anstrebt."

Therapie ist also der sanfte Zwang alle alten Freunde zu verleugnen. Wenn man dann aus dem Knast rauskommt, geht man zur Anlaufstelle für Straffällige und sucht zusammen mit dem Sozialarbeiter neue Freunde für sich aus.

Der zentrale Punkt im Reformvollzug ist:

Die Vergünstigungen müssen erkaufte werden durch aktives Beteiligen an Gesprächsgruppen und Wohilverhalten. Diese Gesprächsgruppen werden von Psychologen und Sozialarbeitern in der Anstalt geführt und diese geschulten Leute vertreten Knastleiter und Schließer. Nur wenn es Ärger gibt, tritt der brutale Schließer in Erscheinung. War es im alten Vollzugssystem wenigstens noch Indiz für Spitzelei und Schleimerei sich als Gefangener mit der Gegenseite, deinen Unterdrückern, an einen Tisch zu setzen, so ist es jetzt Alltäglichkeit. Deine Aggressionen gegen die Menschen, die dir Freiheit nehmen, sollen sich in den Gesprächsgruppen in Nichts auflösen. Aus der Beschreibung eines neuen Jugendknasts, der wie ein Altersheim im Grünen aussieht: "Die Gestaltung der Gartenanlagen trägt wesentlich zum Abbau der Aggressionen zwischen Bediensteten und Insassen bei." Das ist konkret: VERWISCHUNG DER KONFRONTATIONS-LINIE.

Man sieht also, daß alles getan wird, damit du die Beraubung deiner Freiheit als süße Rache erlebst. Verwischung der Konfrontationslinie soll helfen, daß sich Psychologen anstelle von Schließern als Partner und Freunde bei dir einschmeicheln können, die dich beraten und einen neuen Lebensweg bereiten helfen. Ein Gefangener aus dem Bremer Reformvollzug schreibt:

"Hier erwarten die Knastbürokraten von einem die Bereitschaft zur Mitarbeit — sind die Therapie- und Sozialgruppen mit ihrem Konzept der Unterwerfung durch Mitverwaltung mittels Sozialpartnerschaft doch das Fundament des sozialdemokratischen Reformvollzugs."

Die Psychotaktik in den Gruppen beschreibt er so:

"Das gruppenspezifische soziale Training festigt die Kohäsion, fördert den Egoismus, verstärkt den Konkurrenzkampf, steigert die Verinselung."

Was die Psychos hier anwenden ist ein gezieltes Programm der Vereinzelnung des Menschen durch gesteuerte Gruppenprozesse. Die Grundlagen dieser

"Durch Sprechstunden in Wohnortnähe und Hausbesuche soll hier versucht werden ein integriertes Beratungssystem aufzubauen, auch in Zusammenarbeit mit Ehe- und Familienberatungsstellen. Diese Anlaufstellen sollen eine Ergänzung zur Bewährungshilfe bilden."

"Angehörige einbeziehen", "Wohnortnähe", "Hausbesuche", "Zusammenarbeit" mit Ehe- und Familienberatungsstellen". Diese Kernpunkte aus dem Projekt besagen, daß diese Anlaufstellen den Zugriff des Staates auch außerhalb des Knastes sicherstellen sollen. Freiheit nach Absitzen der Strafzeit heißt: Aufbau neuer sozialer Bindungen unter Aufsicht netter Sozialarbeiter. Diese Sozialarbeiter müssen sich der Justiz gegenüber verantworten und können dich auch schnell wieder in Haft bringen, sofern deine Bewährung nicht erfolgreich ist (z.B. USA — Therapie bis zum Lebensende.)



Gruppensteuerung wurzeln in Erkenntnissen, deren Herkunft deutlich machen, woher der Wind weht.

In den 50iger Jahren erforschte der amerikanische Prof. Edgar Schein im Auftrag des CIA asiatische Gehirnwäsche-Techniken. Er fand heraus, daß Gehirnwäsche nichts mit Mystik und überirdischem Phänomen zu tun hat, sondern dies durch einfache gesteuerte Gruppenprozesse zu leisten ist.

Darin ist die Vereinzelnung, erreicht durch das Schüren von Mißtrauen, der zentrale Punkt.

Er schreibt über das Ziel der Gruppenarbeit:

"Die Bekräftigung von alten Einstellungen muß untergraben werden. Dies kann dadurch erreicht werden, daß man die engen sozialen und emotionalen Bindungen untergräbt und zerstört. Sodann muß die Bekräftigung neuer Einstellungen erfolgen."

Wie das praktisch aussieht:

"Das kann entweder dadurch bewerkstelligt werden, daß das Individuum physisch isoliert und jede Kommunikation mit solchen verhindert wird, die ihm wichtig sind, oder daß ihnen klargemacht wird, daß die, vor denen er Respekt hat, dieses Respekts nicht würdig sind, und daß er ihnen aktiv mißtrauen sollte."

Im Reformvollzug sind Psychologen Fachleute dafür, den Gefangenen klarzumachen, daß er seinen Freunden draußen oder im Knast mißtrauen sollte. DIE REFORM IM KNAST IST DIE GEHIRNWÄSCHE-TAKTIK!

REFORMVOLLZUG — besser ausgedrückt — REFORMGEHIRNWÄSCHEVOLLZUG!

„Mensch, haben wir den Burschen konditioniert! Jedesmal, wenn ich den Hebel drucke, wirft er uns was zu knabbern rein.“



Zwangstherapie bei Drogenabhängigen am Beispiel des Psychiatrischen Krankenhauses Hadamar (PKH)

In den Gaskammern des PKH in Hessen wurden in den Jahren 1940-45 über 14.000 Menschen, meistens psychisch Kranke und Behinderte, umgebracht. Heute wird in diesen Gebäuden, immer noch psychiatrische Klinik, auf der Station 4/4, Zwangstherapie für Drogenabhängige betrieben. Grundlage dafür ist Paragraph 64 STGB; wenn ein Drogenabhängiger wegen strafbarer Handlung, die er im Zusammenhang mit seiner Abhängigkeit begangen hat, vor Gericht steht, kann der Richter vor, nach oder anstelle der Haftstrafe eine "Unterbringung in einer Erziehungsanstalt" anordnen.

Wie bringt man es nun fertig, Leute, die zwangseingewiesen und zur Therapie verurteilt werden, bei der Stange zu halten?

Im PKH, unter Leitung von Medizinaldirektor Dr. Wulf Steglich, funktioniert das folgendermaßen:

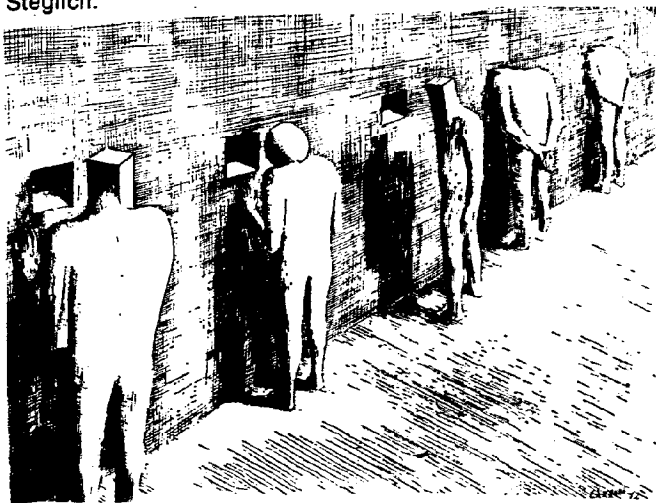
1. Belohnungssystem: Die Entzugsbehandlung wird nach einem sog. "Motivationsprogramm" durchgeführt.

Es gibt mehrere Stufen, wenn man auf einer Stufe eine bestimmte Anzahl von Punkten erreicht hat, steigt man in die nächste Stufe auf.

Zum Beispiel Stufe 2: es können 18.800 Punkte erreicht werden, 300 Pluspunkte gibt es, wenn das Formblatt I/6 auswendig gelernt ist, 100 Pluspunkte bekommt man für ein "vertrauliches Gespräch mit dem Pflegepersonal", 100 Minuspunkte hingegen handelt man sich "pro Vorfall Unpünktlichkeit" ein.

2. Bespitzelung untereinander: Einzelne Patienten sollen dem Personal zur Hand gehen. Wer sich im Sinne der Anstaltsleitung verhält, wird belohnt. So entstehen Spitzeltum und Kriecherei, ein gemeinsames Vorgehen der Gefangenen wird von vornherein ausgeschlossen.

3. Strafantrohung: In der Motivationsstufe werden Patienten "eingeoronet", für die aufgrund ihres Verhaltens keine Betreuung in den anderen Motivationsstufen mehr möglich ist. Sie werden zeitlich befristet in einen geschlossenen und gesicherten Bereich verlegt. Hier ist Einzelunterbringung mit starker Reduzierung des therapeutischen Angebots vorgesehen. Für Hadamar heißt das, daß Leute, die sich nicht anpassen, in Einzelzellen wochenlang isoliert werden. Zutritt hat dann nur noch der Klinikchef Steglich.

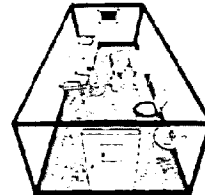


Man sieht, das Ganze hat System. Die Leute werden gekauft, indem man ihnen Vergünstigungen für jeden kleinsten Schritt verspricht. Wer darauf nicht hereinfällt, den muß man allerdings mit Gewalt brechen. Nur läßt man heute, im Gegensatz zu früher, den Körper noch am Leben. Es reicht, wenn der Mensch psychisch zerstört wird.

P.S.: Sämtliche Vollzugsmaßnahmen in Hadamar, wie Zaun, Einzelzellen, Kontaktsperre, entbehren bis jetzt noch der Rechtsgrundlage (in Hessen gibt noch kein Maßregel-Vollzugsgesetz). Anscheinend wird das Therapieprogramm ab und zu geändert. Wie es im Moment genau aussieht, konnten wir nicht herausfinden.

TRAKT

Isolation



WARTEN WARTEN WARTEN
dass es 7 Uhr wird
dass es 10 Uhr wird
dass es 12 Uhr wird
dass es 19 Uhr wird
dass es 22 Uhr wird

WARTEN WARTEN WARTEN
auf die Nacht
die dich angstigt
weil du alleine bist

WARTEN WARTEN WARTEN
auf den Morgen
der dich erschreckt
weil er graut.

Morgen ist Gestern.
Gestern ist Heute.
Heute heißt warten

Ob sie dort DRAUßEN
endlich wissen
dass wir hier warten

Wenn man etwas über Hochsicherheitstrakte sagt, dann muß man etwas über die Menschen sagen, die dort schleichend ermordet werden.

Christian Geißler besucht seit Jahren politische Gefangene im Knast. Er sagt etwas zum Wesen dieser Menschen:

"Ich kenne aus all meinen Besuchen nur Menschen, die identisch sind im Denken und Handeln. Das macht sie einerseits so bedrohlich für das System, denn das System funktioniert am besten mit denen, die nicht identisch sind, die entfremdet sind. Also Menschen, diese Menschen sind eine Bedrohung, weil sie sich der Entfremdung im Kopf und Händen in Praxis entgegensetzen."

Diese Sätze geben den zentralen Punkt wieder, worum es sich bei den Hochsicherheitstrakten (HST) handelt. Es geht nicht um Hochsicherheit, weil die Menschen im Trakt so gefährlich sind, so blutrünstig, so unmenschlich, so skrupellos. Es geht darum, daß die Zellen in den Trakten schallschluckende Decken, Wände und Fußböden haben, die eine akustische Orientierung verhindern. Es geht darum, daß Wände und Türen weiß gestrichen sind, damit sich die Augen im Nichts verlieren. Es geht darum, daß du nur über eine Gegensprechanlage mit den Schließern sprichst, und nur noch alleine auf dem Hof eine Stunde im Kreis gehen darfst, damit du es verlernst mit einem Menschen normal zu reden oder zu scherzen.

Isolation ist wissenschaftlich aufbereitete Praxis in der Zerstörung deines Willens, deiner politischen Identität. Zellen in einem HST erfüllen nahezu den Standard eines Versuchslabors, wie ihn Anfang der 70iger Jahre Psychologen an der Uniklinik Hamburg betrieben, um zu erforschen, wie der Mensch in einem schalltoten Raum reagiert. Dabei hielten es die Versuchspersonen nicht länger als einige Stunden aus, ohne daß sie anfangen auszuklinken. Einige Gefangene sitzen schon seit Jahren in völliger Isolation in den Trakten.

Isolation zielt auf deinen Willen, dein Lachen, dein Denken, deine Identität.

Es geht um die Gefährlichkeit der Einheit von Denken und Handeln, die den Menschen zu konsequentem Widerstand befähigt. Identität ist die Einheit von Denken und Handeln.

Wir wissen selber alle wie die Entfremdung des Lebens in diesem Land aussieht:

Arbeit heißt: Phantasielose Handgriffe an Maschinen
Erholung heißt: Urlaub mit Freizeitgestaltungsprogrammen oder stundenlanges Sitzen in den stickigen Autos auf dem Weg ins Grüne.

Glück heißt: Geld

Befriedigung heißt: Konsumrausch oder Drogen

Liebe heißt: Pornofilme

Identität heißt: Ein neues Auto oder das Eigenheim.

Wir kennen alle diese Vokabeln und wir finden diese Entfremdung in uns wieder. Wir versuchen täglich doch noch unser kleines Glück in diesem Dschungel der Unmenschlichkeit zu finden. Wir suchen nach der Insel, die uns unbeschadet überleben läßt.

Aber uns drängt sich mehr und mehr das Wissen auf, daß unser Leben eigentlich nicht mehr lebenswert ist. Eine Einheit von Denken und Handeln kann diesen Widerspruch nicht ertragen. So ergeben sich nur zwei Möglichkeiten:

Entweder wir verdrängen **oder** wir leisten konsequent Widerstand.

Für die Herren des Morgengrauen kann es aber nur ein Leben in Entfremdung geben, in dem wir durch Konsum verdrängen. Konsequenter Widerstand bedeutet das



Unsere Grundlage ist, daß wir den Menschen als autonomes Wesen begreifen, **der die Verantwortung für seine Lebensumstände selber tragen kann und will.** Wir haben die Fähigkeit zur Freiheit, wird diese Fähigkeit in uns unterdrückt, ohne daß wir uns dagegen wehren, werden wir zu seelischen Krüppeln.

Das Wesen des Staates läßt für Autonomie keinen Platz; dadurch, daß Erziehung, Recht und Wirtschaft von demselben Apparat geregelt werden, setzen sich die Interessen des Kapitals durch, in dem jeder, um seine Existenz zu sichern, an die Bedingungen des Staates geknüpft wird. Mitbestimmungsmodelle in Schulen, Betrieben, Knästen usw. verschleiern die Tatsache, das Selbstbestimmung unterdrückt wird. Wir sitzen mit den Unterdrückern an einem Tisch und können mit ihnen aufgrund der Bedingungen, die sie vorgeben, verhandeln.

Ein weiteres Prinzip zur Bewahrung der Herrschaftsverhältnisse ist die Vereinzelung. Schon früh darauf getrimmt, daß es hier nicht für jeden einen angemessenen Platz gibt, sondern bestimmte Plätze nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung belegt werden, aber jedem in Aussicht gestellt werden — werden Kämpfe in die Richtung gedrängt, daß sich Konkurrenz aufbaut: Jeder gegen Jeden. Der Verfügungsanspruch des Staates hat sich subtil fortgesetzt in einem Gefängnis um die Köpfe. Eines der obersten Gebote der Herrschenden ist es, bei denen, die sie unterdrücken, ein Ohnmachtsgefühl zu erzeugen.

TRAKT
F
o
r
t
s
e
t
z
u
n
g

Ende ihrer Herrschaft. Mit aller Macht versuchen sie ihren Verfügungsanspruch durchzusetzen, daß wir weiter ein Leben in Entfremdung akzeptieren. Dabei greifen sie zu vielen Zwangsmitteln — bis hin zu härtesten Mitteln — zur brutalsten Entfremdung: Sie entwöhnen den Menschen vom Leben. Sie halten den Menschen so lange in Totalisolation, bis er vergessen hat wie man miteinander spricht, wie es ist Liebe zu geben, wie ein Vogel singt, wie man lacht, wie man hofft und lebensfroh ist — bis er lebendig tot ist.

Das Wissen, daß sie Menschen in den Trakten krepieren lassen können, ohne daß sich ein Sturm des Widerstands erhebt, lähmt uns und soll uns Hoffnungslosigkeit einhauchen. Sie wollen unseren Willen zum Widerstand brechen, bevor wir erst richtig angefangen haben.

Wir dürfen es nicht länger zulassen, daß sie Menschen in den Trakten töten.

Wir dürfen nicht zulassen, daß sie damit die Einheit von Denken und Handeln abschaffen.

Wir dürfen nicht zulassen, daß damit auch unser Widerstand abgeschafft wird.

Wenn wir unsere eigene Entfremdung angreifen wollen, dann müssen wir die mörderischste Form der Entfremdung — die Entwöhnung vom Leben — den Hochsicherheitstrakt angreifen.

Sonst werden auch wir morgen abgeschafft sein.



Ganz deutlich zeigt sich der Verfügungsanspruch des Staates, wo sich Menschen nicht mehr einlullen lassen, sondern sich für ihr Recht auf menschenwürdiges Leben einsetzen und dazu stehen. Läßt sich dieses Recht nicht mehr in die wirtschaftlichen Interessen integrieren wie bei Wohnraum, Rüstung und AKW, wird der Gewaltapparat massiv gegen die Menschen zur Verteidigung des Kapitals eingesetzt. Der extremste Ausdruck staatlichen Zugriffs auf die Identität des Menschen, der seinen Widerstand gegen das System richtet und durch Vergünstigungsangebote zum Preis der Anpassung nicht mehr bereit ist, ist der Hochsicherheitstrakt, in dem jede Lebensäußerung kontrolliert, der eigene Handlungsraum total eingeschränkt wird.

'Demokratie' heißt nicht, daß die Freiheit durch das System gesichert wird, sondern das System wird durch Aufgeben der Freiheit gesichert. Dies bedeutet:

— ein Leben, in dem wir uns Profitinteressen und Wirtschaftsidiotie unterordnen sollen,

— ein Leben, das uns keine Möglichkeit läßt, uns als Menschen mit eigener Identität zu entfalten, was sich auch ausdrückt in der immer breiter werdenden Perspektivlosigkeit: 'no future', — ein Leben gegen die Würde des Menschen. Jeder, der daraus ausbricht, ist nach der Logik des Systems krank oder kriminell.

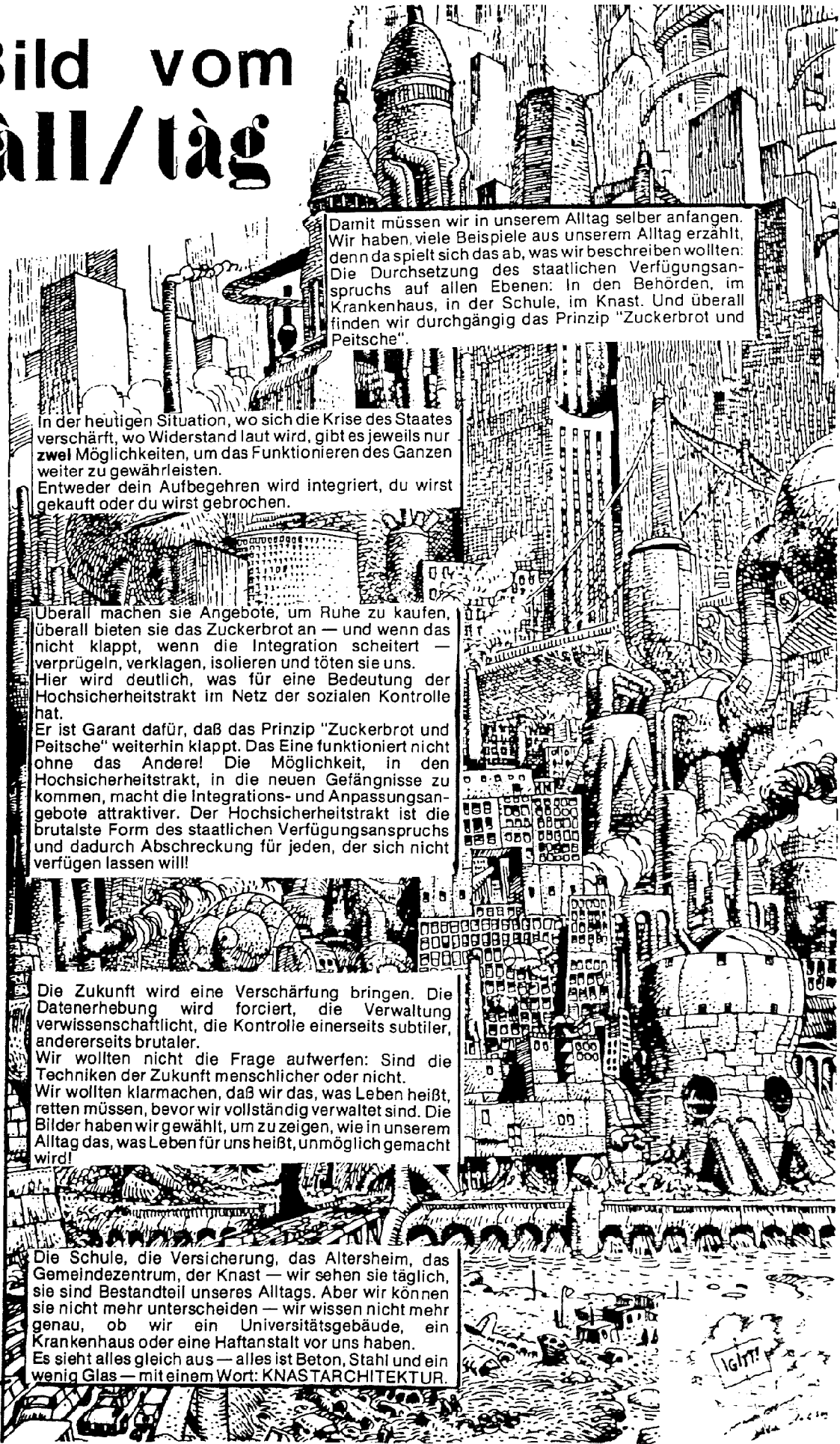
Einer der immer wichtiger werdenden Stützpfeiler des Systems ist die Psychologie. Sie, die den Anspruch der 'Lehre vom Menschen' hat, sieht den Menschen nicht als eigenständiges Wesen, sondern reduziert ihn auf ein Objekt, das nach bestimmten Verhaltensmustern handelt. In dieser Reduzierung liegt die Begründung der Verhaltenswissenschaft, sie bietet die Rechtfertigung über das Verfügen über den Menschen, da sie nicht ihn voraussetzt und danach die krankmachenden Ursachen zu beseitigen versucht, sondern sie setzt die gesellschaftlichen Zustände voraus und "hilft" den Menschen, sich in sie einzugliedern.

Anpassung macht das Rückgrat weich, und dies ist die Voraussetzung für Ruhe im Land. Jeder, der anfängt, ein Selbstwertgefühl zu entwickeln, wird im gewissen Sinne umstürzliens, gefährlich für das System, das — trotz des Scheins, der durch Reformen geweckt wird — immer auf Unterdrückung basiert, denn wer seinen Wert spürt, läßt sich nicht mehr widerstandslos in Strukturen einpressen, die ein anderes Ziel verfolgen als die Entfaltung seiner Freiheit zu fördern.

Doch müssen wir erkennen, wo wir mit unseren Bemühungen ein System der Unfreiheit stabilisieren und wo wir Freiräume schaffen können.

MEHR MUT ZUR FANTASIE!!

Bild vom àll/tàg



Damit müssen wir in unserem Alltag selber anfangen. Wir haben viele Beispiele aus unserem Alltag erzählt, denn da spielt sich das ab, was wir beschreiben wollten: Die Durchsetzung des staatlichen Verfügungsanspruchs auf allen Ebenen: In den Behörden, im Krankenhaus, in der Schule, im Knast. Und überall finden wir durchgängig das Prinzip "Zuckerbrot und Peitsche".

In der heutigen Situation, wo sich die Krise des Staates verschärft, wo Widerstand laut wird, gibt es jeweils nur zwei Möglichkeiten, um das Funktionieren des Ganzen weiter zu gewährleisten.

Entweder dein Aufbegehren wird integriert, du wirst gekauft oder du wirst gebrochen.

Überall machen sie Angebote, um Ruhe zu kaufen, überall bieten sie das Zuckerbrot an — und wenn das nicht klappt, wenn die Integration scheitert — verprügeln, verklagen, isolieren und töten sie uns. Hier wird deutlich, was für eine Bedeutung der Hochsicherheitstrakt im Netz der sozialen Kontrolle hat.

Er ist Garant dafür, daß das Prinzip "Zuckerbrot und Peitsche" weiterhin klappt. Das Eine funktioniert nicht ohne das Andere! Die Möglichkeit, in den Hochsicherheitstrakt, in die neuen Gefängnisse zu kommen, macht die Integrations- und Anpassungsangebote attraktiver. Der Hochsicherheitstrakt ist die brutalste Form des staatlichen Verfügungsanspruchs und dadurch Abschreckung für jeden, der sich nicht verfügen lassen will!

Die Zukunft wird eine Verschärfung bringen. Die Datenerhebung wird forciert, die Verwaltung verwissenschaftlicht, die Kontrolle einerseits subtiler, andererseits brutaler.

Wir wollten nicht die Frage aufwerfen: Sind die Techniken der Zukunft menschlicher oder nicht.

Wir wollten klarmachen, daß wir das, was Leben heißt, retten müssen, bevor wir vollständig verwaltet sind. Die Bilder haben wir gewählt, um zu zeigen, wie in unserem Alltag das, was Leben für uns heißt, unmöglich gemacht wird!

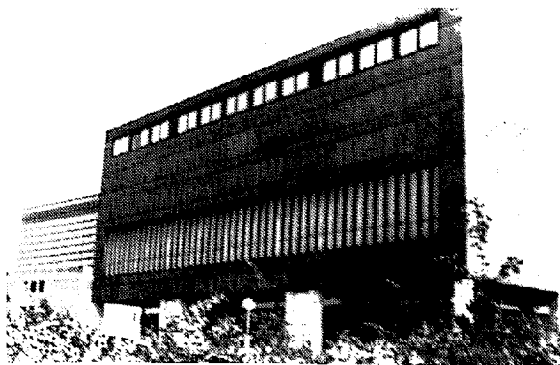
Die Schule, die Versicherung, das Altersheim, das Gemeindezentrum, der Knast — wir sehen sie täglich, sie sind Bestandteil unseres Alltags. Aber wir können sie nicht mehr unterscheiden — wir wissen nicht mehr genau, ob wir ein Universitätsgebäude, ein Krankenhaus oder eine Haftanstalt vor uns haben. Es sieht alles gleich aus — alles ist Beton, Stahl und ein wenig Glas — mit einem Wort: KNASTARCHITEKTUR.

Kultur der Elenden

Was ist dies z.B.?
 (Bild: Schwesternwohnheim am Altonaer Krankenhaus
 in Hamburg)



Was ist nun aber das? Wenn man ein Gebäude sieht,
 kann man nicht mehr sagen, was drinnen passiert, so
 wie man es früher konnte. Rathaus, Mühle,
 Arbeiterwohnung, Zuchthaus — man wußte, woran
 man war.
 (Bild vom Elbtunnel/Lüftungsgebäude in Hamburg-
 Othmarschen)
 Vielleicht die Staatsbibliothek Berlin?



Diese Knastarchitektur ist Abbild unserer Gesellschaft,
 die die Vereinzelung braucht und propagiert. Eine
 Million Menschen, die einen Willen haben, sind nicht
 mehr handhabbar. Also muß der einzelne Mensch
 isoliert werden — im Klassenzimmer, im Wohnblock, im
 Krankenhaus, im Verkehr, beim Altwerden.

Knast ist Symbol und logische Konsequenz eines
 Systems gegen den Menschen!

Die Monotonie der Städte, in denen wir wohnen,
 beweist die Fantasielosigkeit der Erbauer, und entlarvt
 ihre Absichten. Wenn sie den Mund aufmachen, reden
 sie von Sachzwängen... und bauen ihre Villen ins Grüne.
 Die Monotonie, die Gleichförmigkeit der Betonwüsten
 bewirkt etwas gefährliches in uns. Wir gewöhnen uns an
 Mauern, weil sie überall um uns herum sind.
ISOLATION IST ALLTAG.

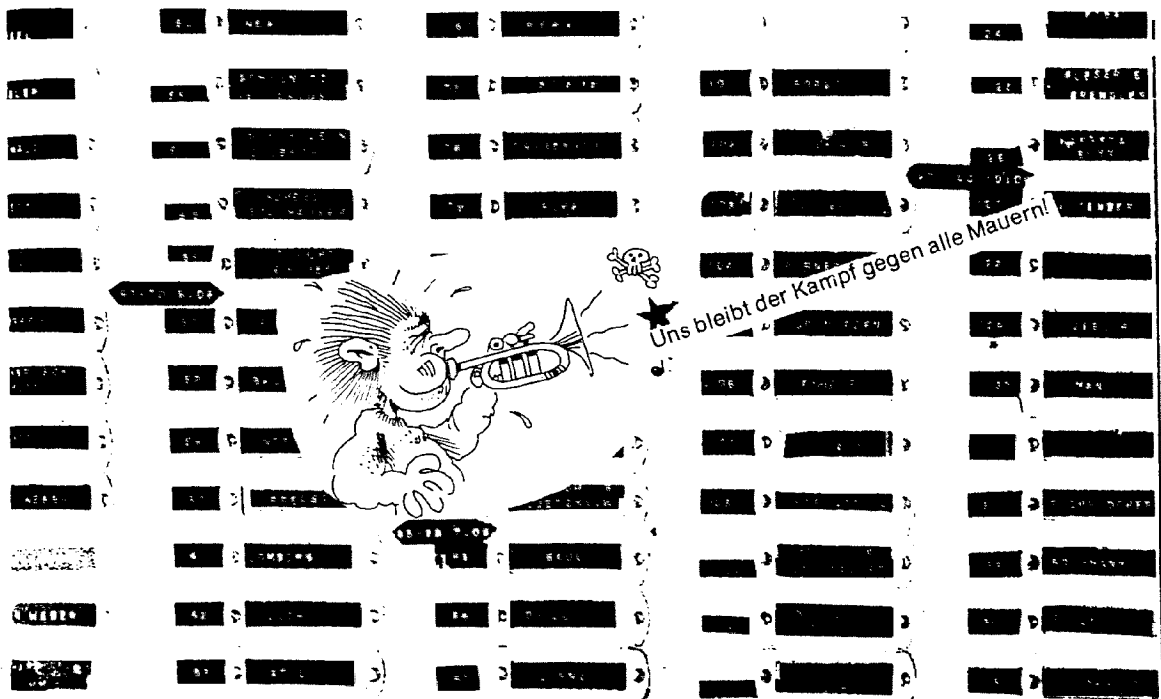
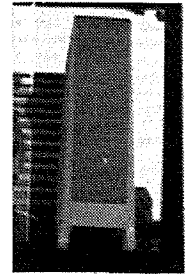
Unser Mut, unsere Empörung, unsere Verzweiflung
 laufen ins Leere. Alles sieht gleich aus. Wie sollen wir
 begreifen, daß wir gegen Gefängnisse kämpfen
 müssen, wenn wir doch in einem Betonsilo wohnen
 müssen, in einem Betonsilo arbeiten, in einem
 Betonsilo einkaufen usw.

Sie verwischen die Konfrontationslinie! Sie schützen
 sich, wenn sie alles gleich bauen.

Wogegen sollen wir uns richten? Gegen die Mauern der
 Hochsicherheitstrakte?

Die sehen doch genauso aus wie die Mauern des
 Philosophenturms der Universität Hamburg.

Sie nutzen unsere Verwirrung.
 Lassen wir sie nicht gewinnen.



Hey DU
komm rein
Hier sind alle willkommen

Knastgruppen ade

Kurzer Abriss der verschiedenen Widerstandslinien seit Ende der sechziger Jahre.

Seit es Gefängnisse gibt, gibt es Widerstand dagegen. Einzelhaft und Arbeitszwang sind schon im letzten Jahrhundert Methoden der Herrschenden gewesen, soziale Rebellion niederzuschlagen. Dieser simple Fakt ist z.B. in der Autonomie 2 Neue Folge "Einzelhaft und Arbeitszwang gegen Kriminelle und der Widerstand der Gefangenen" detaillierter nachzulesen. Trotzdem sind die Endsechziger ein entscheidender Wendepunkt für die nichtreformistische Linke der BRD und — zumindest, was die Widerstandsaktionen in den Knästen betrifft — ein Höhepunkt für die im Knast widerstandleistenden Gefangenen. Als Folge der APO—Revolte sind die verschiedenen Fraktionen dieser Bewegung mit dem Phänomen Knast und Justiz konfrontiert. Übrigens nicht nur in der Form, daß Studenten wegen Demonstrationsdelikten, Sachbeschädigung u.ä. verurteilt wurden, wie es uns einige APO—Opas heute erzählen. Während dieser Zeit waren subversive und systemsprengende Kampfformen und Verhaltensweisen Teil der Basisbewegung hatte viele Namen und war an vielen Orten tätig: Umherschweifende Haschrebellen in West—Berlin, Black Panther Komitees im Raum Frankfurt, Sozialistisches Patientenkollektiv in Heidelberg"..."Genauso vielfältig waren ihre Aktionen: Transporte und Papierbeschaffung für desertierte GIs und Bundeswehrosoldaten, Sprengstoffanschläge auf Einrichtungen und Depots der Besatzungsmächte, Aktionen gegen Erziehungshelme und Knäste, Angriffe auf psychiatrische Krankenhäuser, Zerstörung von Rüstungsproduktion für die portugiesische Kolonialmacht, Ausräumen von Generalkonsulaten terroristischer Regime, klauen und veröffentlichen von Geheimdokumenten, lahmlegen des Fahndungsapparates oder Geldbeschaffung für Alternativprojekte." (Ein Aktionskatalog, der auch heute noch aktuell ist. Diese Aktionen waren Teile einer Subversionsmentalität, die nicht nur Teile der studentischen Linken erfaßt hatte, sondern auch breitere Teile der proletarischen Jugendlichen, der jungen Generation in der BRD. Ihr Ausdruck oberflächlich gesehen: (Arbeits)verweigerung, lange Haare, direkte Aneignung, besetzte Jugendzentren.

Krieg
den
Polösten

Genuss
Zerlegung
Wir...

Zimmer
frei

URIS
stinkt

Besetzt

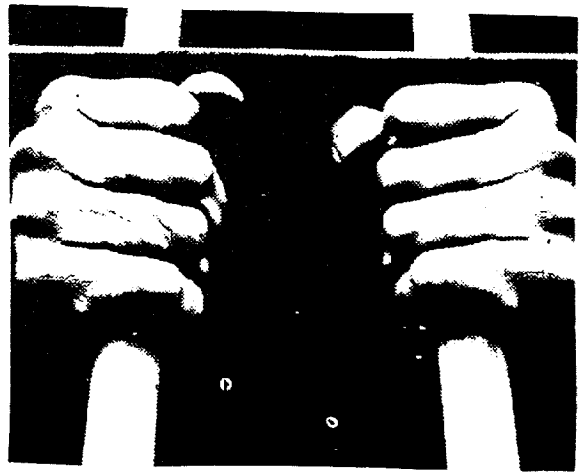
Ein weiterer Zweig der Linken, der ganz massiv mit der Bedingung Knast konfrontiert war, waren seit 1971 die Genoss(inn)en der RAF. Diese Genoss(inn)en waren fast von Beginn an Sonderhaftbedingungen unterworfen — vor allem ihre Isolierung von allen anderen Gefangenen rückte das Thema zusätzlich in den Mittelpunkt. Wir sparen uns hier die notwendige Aufzählung der damaligen Haftbedingungen. Wer will kann dies im Kursbuch 32 vom August 1973 nachlesen. Auf dem Höhepunkt der 68/69iger Studenten/Jugendrevolte bevölkern mehr und mehr (an)politisierte "Delinquenten" den Knast. Sie stoßen auf eine Knaststruktur, die den neuen Bedingungen und Anforderungen als Vernichtungsapparat noch nicht gerecht werden kann. Die "NEUEN" können in dieser Phase relativ ungestört agitieren. Das explosive Gemisch von Delinquentsubkultur, APO und Jugendrevolte explodiert. Am 21.1.69 revoltieren laut BZ—Berlin etwa 200 Gefangene in Berlin Tegel und bewerfen das Gefängnispersonal mit allem, was ihnen in die Hände kommt. Am 24.12.71 machen an die 1000 Häftlinge in

Stammheim einen Höllenlärm und donnern gegen die Türen und mit Blechnäpfen gegen die Gitterstäbe. In den Jahren 71—73 kommt es im Hamburger Knast Fuhlsbüttel mehrfach zu massiven Widerstandsaktionen, Revolten und Hungerstreiks. Dies sind nurein paar Beispiele, die die damalige Situation in den Knästen allerdings ganz gut umreißen.

Wie die damalige, staatliche Konzeption ausgerichtet war, beschreibt die Traktgruppe—HH der Autonomie richtig. **Der Knast in den 60iger Jahren baute auf die alte Verbindung von Einzelhaft und Arbeitszwang auf und mußte zugleich die Subkultur der Gefangenen in Kauf nehmen.** Der staatlich kontrollierten, offiziellen sozialen und politischen Bewegung draußen entsprach drinnen eine typische Zuchthausdelinquenz, wo eben der Kriminelle für sein gedrehtes "Ding" die Strafe absetzt und danach draußen weitermacht." Die veränderte Zusammensetzung der Delinquenz und die Politisierung des Knastes verlangten nach einer Veränderung der staatlichen Konzeption (selbst nach bürgerlichen Soziologen verdreifacht sich die Zahl der verurteilten delinquent gewordenen Jugendlichen).

Dies Phänomen wird auch von der SPD/FDP—Koalition erkannt, die nach der Krise 66/67, 1969 an die Macht kommt. Es dokumentiert sich u.a. in einem Auszug aus der Regierungserklärung vom 28.10.69: **"Um die Sicherheit in unserem Land zu gewährleisten, wird die Bundesregierung die Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung energisch vorantreiben. Sie wird UNVERZÜGLICH die Arbeit an einem Sofortprogramm aufnehmen und dies dem deutschen Bundestag im Jahre 1970 zuleiten."** Während das Kapital in Form der "Sozialliberalen Koalition" zum Angriff auf die Widerstandskerne draußen und drinnen bläbt, splittern sich die Anfänger der 70iger Jahre entstandenen Gefangenenunterstützergruppen entsprechend ihren politischen Strategien weiter auf.

Die KPD gründet die Rote Hilfe e.V., die damalige KPD/ML die Rote Hilfe/Deutschland, die Komitees gegen Folter entstehen.



Nazifaschismus gingen so verloren. Sie sind unseres Wissens bis heute nicht aufgearbeitet. Als Folge der reformistischen Einbindung der DKP, ging diese von vornherein auf Distanz zur Frage Knast, um nicht in Geruch der Verfassungsfeindlichkeit zu kommen. Das Problem wurde also einigen wenigen Betroffenen überlassen und blieb, durch scharfe Verfolgung der Staatsschutzbehörden verschärft, im Tabubereich hängen. Dies waren die Rahmenbedingungen unter denen Knastarbeit stattfand. Trotzdem war die Zeit Anfang der 70iger Jahre eine Zeit wesentlich größerer Mobilisierung im Vergleich zu heute. Vor allem an der Mobilisierung gegen die Isolationshaft nahmen tausende teil, es gab überregionale Treffen aus dem gesamten Bundesgebiet und große Veranstaltungen, die manchmal tausende von Menschen anzogen.

Doch nun zurück zu den Auseinandersetzungen innerhalb der Linken, die sich dem Problem der Knäste, Heime und Psychiatrien stellten. Es ist vor allem der Streit um den Begriff des "politischen Gefangenen" und die versuchte psychische und physische Vernichtung der Genoss(inn)en der RAF durch Isolationsfolter, die die Linke beschäftigt. Es geht also um die Frage, wer das revolutionäre Subjekt im Knast ist: Der marxistisch-geschulte Vorzeigeprolet mit zwei Semestern Soziologie, der Prolet der subproletarischen Unterklassen (Hilfsarbeiter, Arbeitslose ...) oder der/die Antimperialistische Kämpfer(in). Während gerade die K-Gruppen (also die ersteren) gerade in der damaligen Situation eine Rolle spielten kann man sich die Auseinandersetzung mit ihnen heute sparen. Die Geschichte hat sie eingeholt; Sie sind praktisch und theoretisch gescheitert.

Die Beschäftigung mit den beiden anderen Positionen, die in der damaligen Situation sich vor allen in den Positionen der RAF-Gefangenen und des Frankfurter Gefangenenrates, der sich im Jahre 1973 gegründet hatte, widerspiegelten dagegen erachten wir als lohnend.

Während die Komitees gegen die Folter die Isolierung der RAF-Gefangenen und ihre vom Staat bewußt einkalkulierte Vernichtung in den Vordergrund stellte, sah der GFR die Internierung in den Knästen, Heimen und Psychen als Instrument des Staates in der Klassenkonfrontation, im Kampf gegen die Teile der Klasse, die sich dem Zwang, sich durch entfremdete Arbeit reproduzieren zu müssen widersetzen. Der GFR ging davon aus, auf der Grundlage dieser gemeinsamen Verweigerung der herrschenden Eigentums- und Wertverhältnisse zu einer Klassenbewegung der "subproletarischen Unterklassen (s. P. Erlach Leserbrief an Drinnen und Draußen) zu kommen.

Während viele Gruppen (vor allem Komitees gegen Folter) den Eindruck erweckten, die Haftbedingungen der politischen Gefangenen seien ein einmaliger Sonderfall, der nur genau aufzeigen würde wie gefährlich die Politik der RAF-Genoss(inn)en für den Staat geworden war, versuchten die Mitglieder des GFR aufzuzeigen, daß es sich bei der an den RAF-Gefangenen praktizierten Haft nur um eine ganz gewöhnliche Art der Vernichtungshaft innerhalb des Strafvollzuges handelt, die sich grundsätzlich gegen alle Inhaftierten richtet, die Widerstand leisten.

14.6.78 / 03.00 Uhr

Dynamit

Wenn ich etwas von euch will,
erwartet ihr Demut und Unterwürfigkeit,
ihr wollt, daß man euch in den Arsch kriecht,
für Sonderbesuch,
für Urlaub
und überhaupt,
weil ich's nicht tue, haßt ihr mich.
— Gebt mir eine Stange Dynamit,
dann werde ich euch in den Arsch kriechen
und sie im Dunkeln zünden.

Klaus D. Mahn

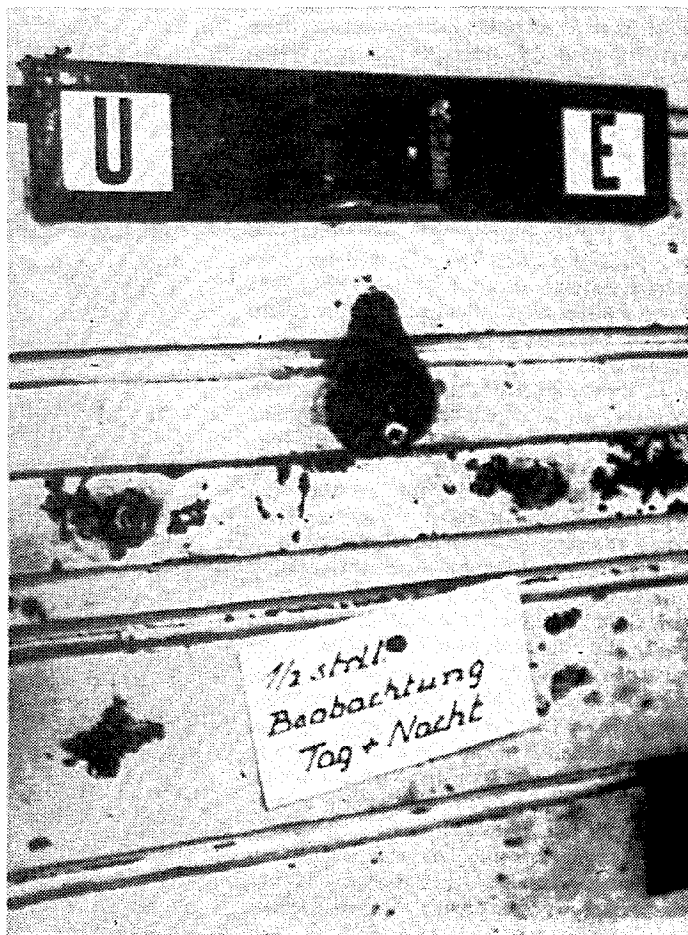
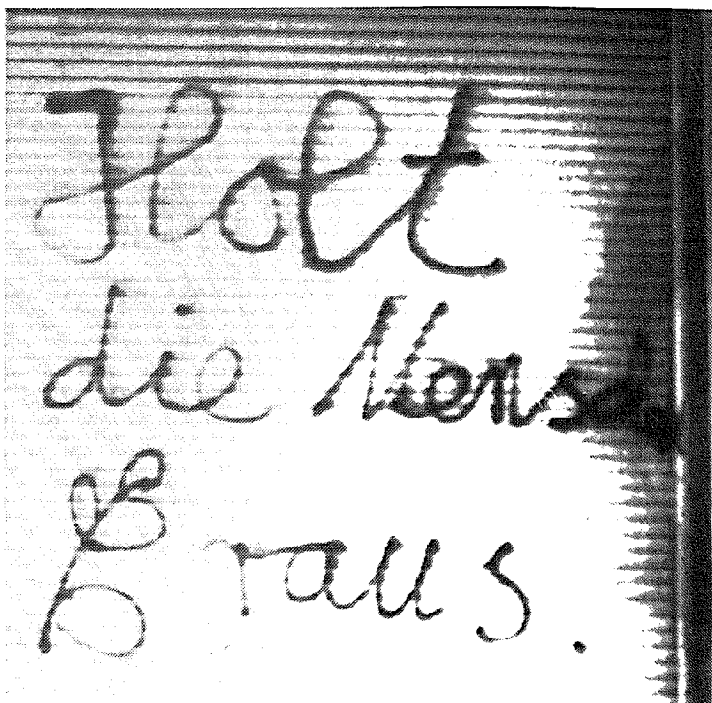
Außer dieser Aufspaltung, die wir später darstellen werden, scheint es uns wichtig drei weitere Rahmenbedingungen zu umschreiben, die die Arbeit der Knastgruppen in der Folgezeit erschwerten.

Erstens begann die von der neuen Bundesregierung erlassene Amnestie, die am 20.5.1970 als "Straffreiheitsgesetz" in Kraft trat, ihre Wirkung nicht zu verfehlen. Das typische Phänomen des "nicht mehr Betroffenseins" führte zu einer Abnahme des Interesses am Knast bei TEILEN der APO.

Zweitens wurde die grundsätzliche Bedeutung des Problems von vielen nicht erfaßt. Die Revolten in Tegel und anderswo wird nach erstmaligen Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse modisch links beklatscht, das "Problem" von einigen analysiert und danach ging man — kaum berührt — zur gewohnten Tagesordnung über. Drittens war es gelungen die größten Teile der alten KPD in das herrschende System unter Drohung des erneuten Verbots einzubinden. Alte Erfahrungen mit Gefangenenarbeit aus der Weimarer Republik und dem

Diese Konzeption versuchte der Gefangenerrat in die Praxis umzusetzen. Paradebeispiel ist der "Mannheimer Gefängnissskandal", der ein Meilenstein in der BRD-Knastarbeit darstellte. An diesem Beispiel (es wäre falsch den GFR nur damit zu identifizieren) zeigte der GFR, daß dieser Skandal keiner war, sondern ganz normaler terroristischer Gefangenentag.

Es bleibt darüberhinaus das Verdienst des GFR und einiger weniger anderer, die Entwicklung der Isolationsfolter zum Programm gegen alle nicht integrierbaren Gefangenen in ihren Analysen vorweggenommen zu haben. Dieses Programm realisiert sich heute an seinem stärksten Punkt in hunderten von Zellen in verschiedenen Spezialknästen, welche in der gesamten BRD entstanden sind. Die Darstellung der damaligen Isolationsfolter als einmaliger Sonderfall gegen die RAF-Gefangenen hat vielen von uns den Blick verkleistert für die eigentliche Entwicklung. Bei einigen hat die "Verkleisterung" immer noch ihre Wirkung, wenn sie behaupten die Hochsicherheitstrakte seien nur (hauptsächlich) gegen die Gefangenen aus der Guerilla entwickelt. Was der GFR dabei allerdings zurückstellte, war die Erkenntnis, daß die Entwicklung der Knastreform sowie die Rechtsentwicklung allgemein durch den Staat über die RAF planmäßig vorangetrieben wurde.



Knast Düsseldorf "Ulmer Höh": Eine Zellentür mit Schließeranweisung

Auch wurden von ihnen die "subproletarischen Unterklassen" zu sehr glorifiziert und so an einem Mythos des Lumpen gestrickt, der der Realität nicht entsprach.

Wie weit dieser Prozeß der Rechtsentwicklung von der SPD/FDP-Regierung vorangetrieben wurde, zeigt ein Bericht des SPD-Parteivorstandes im Juli 76 "Innere Sicherheit — Ein Schwerpunkt sozialdemokratischer

Politik." Unter VII. ist dort zu lesen.

"Wir haben seit 1969 das Sicherheitssystem energischer und zielstrebig ausgebaut als jede andere Bundesregierung zuvor.

Polizei und Justiz sind uneingeschränkt handlungsfähig. Zu diesem Zweck ist insbesondere die Polizei des Bundes planmäßig ausgebaut worden.

a) Das Bundeskriminalamt (BKA), von der Union 1969 in einem beklagenswerten Zustand hinterlassen, ist heute eine der angesehensten Einrichtungen dieser Art in der Welt: Statt 22,4 Mio. DM (1969) stehen dem BKA heute 149 Mio. DM zur Verfügung; statt 930 Dienstkräften arbeiten heute 2486 in diesem Amt.

b) Der Bundesgrenzschutz (BGS) wurde in eine einsatzfähige Polizeireserve des Bundes umgewandelt. Heute ist der BGS ein hochmobiles, schnell einsetzbares Sicherheitspotential. Es entlastet die Länderpolizeien von Sicherungsaufgaben und unterstützt sie bei der Bekämpfung der Gewaltkriminalität.

c) Der Verfassungsschutz, ein legitimer und unverzichtbarer Bestandteil der Inneren Sicherheit, erhielt von uns die gesetzliche Grundlage zur Überwachung extremistischer Ausländer. Seine Kapazität zur Beobachtung von Gewalttätern wurde erhöht.

d) Die Bundesanwaltschaft, die in besonders bedeutsamen Fällen die Strafverfolgung übernimmt, wurde personell verstärkt.

Dies alles zeigt: die Arbeit der Sicherungsorgane ist erleichtert worden. Für die Zusammenarbeit mit den Bundesländern haben wir das notwendige Instrumentarium verfeinert. Auch international wurde ein Höchstmaß an Kooperation erreicht.

Ein wahrhaft gruseliges Programm der präventiven Konterrevolution, das in den letzten Jahren noch weiter verfeinert worden ist. Auf der anderen Seite ergab sich folgender Prozeß. Die ökonomische und ökologische Krise des Monopolkapitalismus wird zur Dauererscheinung und verschärft sich weiter. Immer mehr Proleten werden durch den Angriff auf die Masseinkommen durch Lohnsenkung, Massenarbeitslosigkeit (Januar 82 1,949.800 nach TAZ 4.2.82), Sparprogramme der Regierung und Steigerung der Preise für Grundbedürfnisse an die Wand gedrängt. All dies geschieht, um die Klasse über den Hunger wieder zur Arbeit zu zwingen. Im Knast selber "wird der Isolierung immer mehr politisch begriffene Solidarität entgegengesetzt: Hungerstreiks in Preungesheim und Tegel, Bruchsal und Butzbach, Ossendorf und Mannheim erkämpfen manchmal winzige Zugeständnisse der Reform der Arbeitsorganisation in einigen Lagern. Einführung von Stempeluhr und Stundenlohn (zwischen 28 und 58 DM) entspricht ein neuer Gefangenentypus: wer den Knast

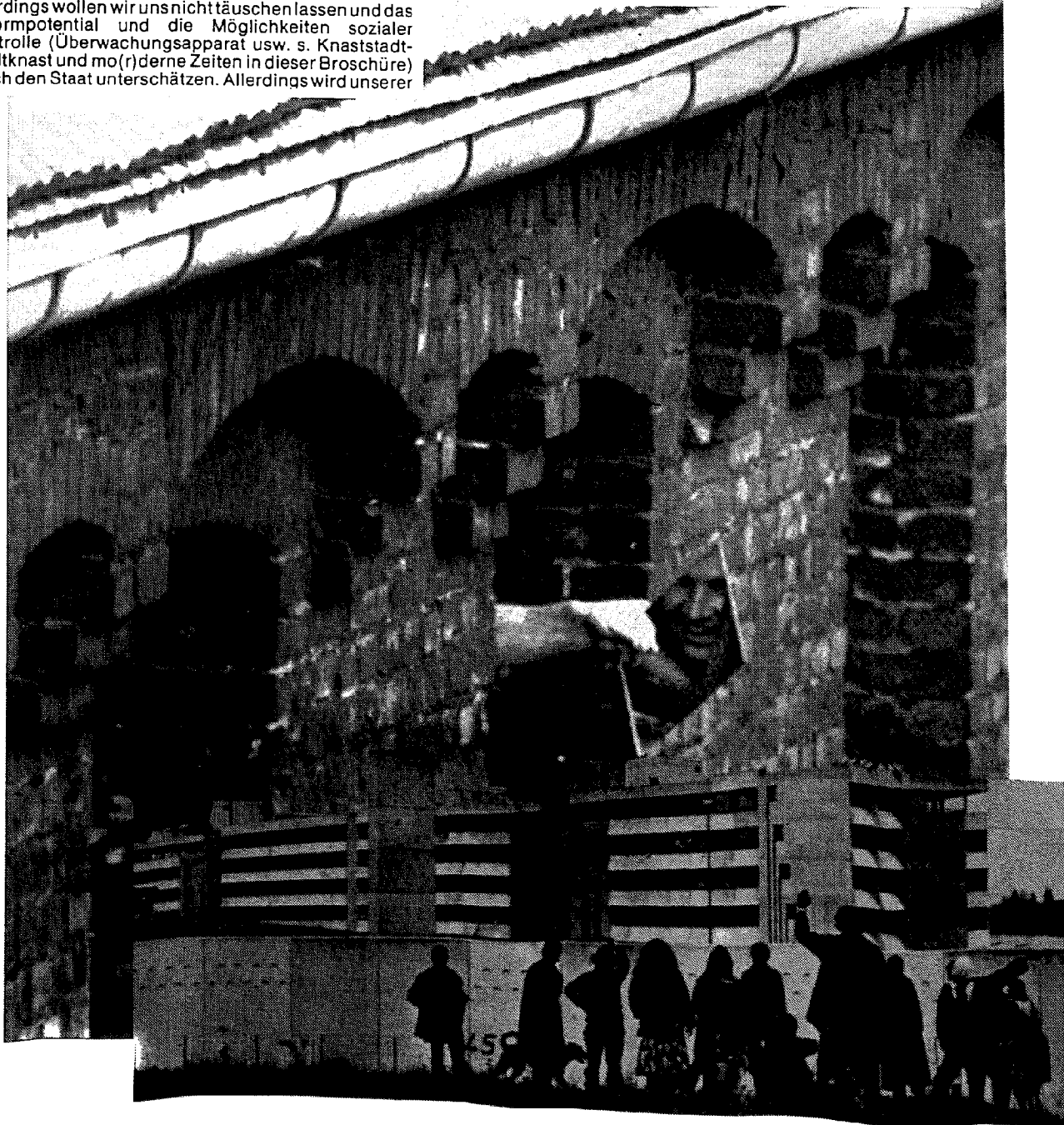
zur Fabrik macht, macht die Gefangenen zur Klasse, die sich organisiert, zu sich findet, die Kampfformen des Proletariats entdeckt: Streiks, Boykott, Sabotage. Mit dem Ethos des Facharbeiters der domestizierten und in Reformparteien organisierten Arbeiteraristokratie hat man nicht viel am Hut. Die Kämpfe des kasanlierten und nichtkasanlierten Lumpenproletariats (sie sind die einzige Klasse, die sich im Kapitalismus ausdehnt. d.Verf.) werden militanter sein als die der mobilen Massenarbeiter, nicht aus Vergnügen, sondern aus Wut; wem sozialer Aufstieg versperrt ist, kommt (praktisch) nicht dazu, ihn mit Emanzipation zu verwechseln. Wer die Grenzen des Dschungels in ihrer totalen Härte kennenlernt, wird die Härte des Dschungels in den Kampf tragen.“ (P.P.Zahl Die Zerstörung der Miltenschlichkeit — Lumpen im Schließfach)

Den draußen entstehenden (bei aller Bescheidenheit) Inhalten (direkte Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums) und Kampfformen (Hausbesetzungen, Schwarzfahren, Strom-Benzinladenklau) entspricht drinnen eine veränderte Zusammensetzung der Gefangenen. Die hergebrachte Subkultur weicht auf und macht einer anderen, neuen Platz. (Mischung aus Hausbesetzer, Junkie und Dieb ua.) Wir sehen in den bereits entstandenen Ansätzen eine Möglichkeit zu einer organisierten Klassenbewegung zu kommen, die die Knastarbeit als wichtigen Bestandteil ihrer Arbeit mit einbeziehen muß.

Allerdings wollen wir uns nicht täuschen lassen und das Reformpotential und die Möglichkeiten sozialer Kontrolle (Überwachungsapparat usw. s. Knaststadt-Stadtknast und mo(r)derne Zeiten in dieser Broschüre) durch den Staat unterschätzen. Allerdings wird unserer

Meinung nach die Ausnutzung dieses "Reformpotentials" durch den Staat von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in der Metropole BRD abhängen. Erziehung zur Arbeit als "Therapie" kann nur solange funktionieren wie nach Verbüßung der Haft auch Arbeit daist. Steigt die Arbeitslosigkeit weiter bzw. hält sie sich auch nur auf diesem Niveau, bleibt dem Entlassenen nur bewußt oder unbewußt Widerstand zu leisten oder zum Psychokrüppel (Suff, Drogen) zu werden. In so einer Situation wird es wohl allerdings auch zu verschärften Formen der Zwangsarbeit und Kontrolle außerhalb der Knäste kommen. Wir sollten uns jedenfalls darauf einrichten.

In Hamburg sind als neuester Clou von der SPD laut CDU-Anfrage in der Bürgerschaft 60 Stellen für die Polizei bewilligt worden zur Kontrolle der Schulen (vor allem Sonder- und Hauptschulen). Hier wurde schon im Modellversuch mit Sonderschuldirektoren einigen Lehrern, Medienleuten und der Behörde die direkte Zusammenarbeit praktiziert. Erörtert wird in solchen Sitzungen die Zerschlagung von Schülerstrukturen in der Klasse, wie man den "gesetzmäßigen Auftrag" der Polizei den Schülern und Jugendlichen nahebringen kann, das Ausmaß der Kriminalität u.v.m. Das ganze läuft als polizeiliches Vorbeugeprogramm. Demnächst werden also eine ganze Reihe von Schulen in Hamburg ihren eigenen Bullen haben, der sie berät, ausfragt, Notizen macht oder einzelne Schüler diszipliniert.



Auflösung des Spezialistentums

Mit fortschreitendem Zerfall gesellschaftlicher Identifikationswerte, mit der Arbeitsverweigerung von Jugendlichen, Punks etc., dem regelmäßigen Ladendiebstahl, Stromklau, Schwarzfahren und auf der anderen Seite der entspr. hektischen staatlichen Reaktion auf Demonstrationen, Hausbesetzungen steht Knast heute mehr denn je für breite Teile der nichtangepaßten Jugend und der Bewegung an. Knast als Massenperspektive.

Man mag es bejammern, Tatsache ist aber, daß die Bereitschaft, sich mit den verschiedenen staatlichen Bedrohungen und Vernichtungsstrategien auseinanderzusetzen, in der Regel erst dann auftaucht, wenn man persönlich (oder der engste Bezugskreis) betroffen ist.

Für den Repressionsbereich Knast heißt das, daß nie zuvor eine derartig breite Bereitschaft und ein entsprechendes Bedürfnis vorhanden war, sich mit Knast auseinanderzusetzen (wenngleich das regional unterschiedlich ist).

Ein Bedürfnis, das die Bewegung ernstnehmen und praktisch umsetzen muß, wenn sie als Bewegung überleben will. Erfahrungsgemäß zeigt nämlich der Knast doch Wirkung gerade bei vielen Leuten, die das erstmal erfahren. So gibt es aus Berlin die Erfahrung, daß selbst straighteste Street Fighter im Knast, angesichts der vergitterten Fenster, zusammenbrechen, Aussagen machen und im Vertrauen auf staatsanwaltliche Zusagen sogar Sachen zugeben, die sie in dieser Form oder an diesem Ort nachweislich nicht gemacht haben.

Es ist also notwendig, daß die Bewegung sich mit der Realität Knast auseinandersetzt, daß sich jede/r einzelne Fighter/in oder Nichtangepaßte anhand konkreten Informationen klar macht, wie der Knast aussieht und wie auch im Knast Widerstand & Leben weitergehen.

aus einem Redebeitrag auf einer Berliner Knastdemo:

„.....der unausgesprochene Horror davor, hinter Gittern weggeschlossen zu sein und die tatsächlich in vielen Fällen abreißende Verbindung zur Bewegung bringen viele dazu, die von der StaSi gewünschten Aussagen zu machen. Der Abschreckungseffekt wirkt.

Verhindern läßt sich das nur, wenn die Tatsache klar wird, daß niemand rausfällt aus der Bewegung, aus den Diskussionszusammenhängen, wenn er oder sie einfährt. Und wenn jeder Verhaftete — also im Prinzip jeder, der hier mitdemonstriert — vorher weiß, was konkret auf ihn zukommt. Wie der Knast von innen aussieht. Wie das Leben/der Kampf dadrin weitergeht. Holt euch Informationen! Kommt zu den Prozessen! Geht hin und besucht die Gefangenen! Schreibt ihnen, was wir hier draußen machen! Lest, was sie dadrinnen machen! Laßt euch anörnen von ihrer Power!

Kann sein, daß wir traumatisch zum Glück noch) - aber: warum übernimmt nicht jedes besetzte Haus, jede Wohngemeinschaft, die in Bewe-



gungszusammenhängen drinsteckt, jedes Jugendzentrum, jede Studenten- oder weiß-der Geier-welche Gruppe den verbindlichen Kontakt zu einem oder zwei Gefangenen?

Damit dann auch endlich mal dieses elende Knastgruppenspezialistentum und damit auch die Stellvertreterfunktion aufhört!?

Solange die Knastgruppen in der bisherigen Spezialistenform weiterbestehen, wird es auch weiterhin die Verdrängung des Bereichs Knast in der Bewegung geben.

‘Es sind Leute bei der Demo eingefahren? - Die Knastgruppen werden schon machen...’

Die Informationen, die die Knastgruppen aufgrund ihrer Knastkontakte an die Bewegung weitergeben, sind zwangsläufig immer vermittelte, indirekte Informationen, die nur zu oft an den Köpfen vorbeirauschen oder als Pflichtveranstaltung reingezogen werden.

Beide Seiten — die Betroffenheit über diesen Bereich staatlichen Terrors und zugleich die Erkenntnis, daß es sich drinnen weiterbewegt (wenn wir uns weiterbewegen) — müssen aber von der gesamten Bewegung BEGRIFFEN werden.

Knast muß lebendiger - selbstverständlicher - Bestandteil der Bewegung werden. Drinnen & draußen: ein Kampf (und nicht nur als Parole).

FÜR DIE KNASTGRUPPEN BEDEUTET DAS, SICH SCHNELL IN DER BEWEGUNG ZU ZULÖSEN.

Sicherlich wird es einige Zeit dauern, bis die Kontakt zum Knast (und umgekehrt) im erwünschten Ausmaß aufgebaut und fest verankert sind.

In der Übergangszeit haben die traditionellen Knastgruppen weiterhin die Aufgabe, ihre Knastinformationen nach draußen zu tragen - dann aber mit der Zielrichtung, selbstständige kontinuierliche Verbindungen zwischen Knast und Bewegung aufzubauen.

Gleichzeitig sollten sie versuchen, ein anderes Standbein in der Bewegung zu bekommen, sich also zu integrieren in Häuserkampf, Anti-Nato-Bewegung, etc. Ziel ist, das Informations- und Aktionsgefälle nach beiden Seiten hin aufzulösen: die ehemaligen Knastgruppen, die Knast ohnehin im Bewußtsein haben, nehmen verstärkt teil an den Kämpfen und Aktivitäten der Bewegung — die verschiedenen ursprünglich nicht knastspezifischen oder sogar knastverdrängenden Gruppen der Aktivbewegung integrieren in ihren alltäglichen Kampf den Repressionsbereich Knast (als notwendige Auseinandersetzung mit der eigenen Perspektive).

Bei verbreiteten, kontinuierlichen Kontakten zum Knast wird dann auch innerhalb der Bewegung draußen schnell klarwerden, daß der Staat nicht nur gegen die jeweilige Teilbewegung mit diesem Prinzip abtrennen-

angst-erzeugen-abschrecken reagiert sondern gegen alle, die sich den kapitalistischen Verhaltensnormen nicht fügen — egal, ob sie Hausbesetzer, Ladendiebe, Bankräuber oder ähnliches aufgegriffen werden, oder weil sie nicht auf die staatlich legitimierte Drogen wie Alkohol, Fernsehen, neues Auto, schweres Motorrad usw. abfahren, sondern sich lieber den Kopf mit anderen Drogen zukleistern.

Die Bedingungen für die Aufhebung der Trennung — der Trennung zwischen drinnen und draußen; der Trennung zwischen den verschiedenen Gefangenengruppen sind günstig.

Bewegung draußen — Bewegung drinnen

Eine Gefangenenbewegung ist kein Stück Seife und folglich auch nicht künstlich - von außen - erzwingbar. Sie entwickelt sich, bei entsprechendem Bewußtsein, am Aufbegehren gegen konkrete Mißstände im Knast. Das dazu erforderliche Bewußtsein entwickelt sich schneller, breiter und eher, wenn auch draußen einiges in Bewegung geraten ist.

So ist es nicht zufällig, daß Anfang der 70er Jahre in den verschiedensten Knästen die Gefangenen eine Reihe von Aktionen wie Dachbesteigungen und ähnliches durchgeführt haben und daß es jetzt, wo draußen durch die zweite Jugend- und Verweigerungsrevolte erneut einiges im Aufbruch begriffen ist, eine Welle von gemeinsamen Aktionen (wie die Hungerstreiks von einigen Hundert Gefangenen im Februar 81) die Knastmauern neu belebt.

Der (sozialdemokratische) Justizapparat hat seit Anfang der 70er Jahre versucht, einer Ausbreitung der Knastrevolten dadurch von vornherein entgegenzuwirken, daß zum einen der Überwachungs- und Abschreckungsbereich im Knast zügig ausgebaut wird und auf der anderen Seite die Gefangenen durch einen differenzierten Strafvollzug mit verschiedensten -zu verlierenden- Privilegien auf den unterschiedlichsten Stufen aufgespalten und paralytisch werden.

Die aus Frankreich, Italien oder den USA bekannten, massenhaften und gewalttätigen Revolten sollen aufgrund der reformierten Bedingungen gar nicht erst entstehen können. Die westdeutsche Sozialdemokratie stellte mit dieser Reform (zu der sie außer durch einige Analysen und Erfahrungen aus anderen Ländern auch durch das neuerwachte Interesse der Linken am Knast und den Forderungen nach Verbesserungen gebracht wurde) erneut unter Beweis, daß sie durchaus in der Lage ist, strategisch zu denken, Reformen nach außen hin als materielle Verbesserungen zu verkaufen, während sie im Innern den Keim der Unruhe ersticken will.

Eine Bewegung (oder der Keim dazu), wie sie sich in den massenhaften Hungerstreiks der sozial-(rebellischen) Gefangenen ausdrückt, ist beim genauen Hinsehen zunächst mal überwiegend in den nichtreformistischen Teilen des Knasts (z.B. U-Haft-Bereich) entstanden, wo in der Tat kaum was zu verlieren war (23 Std. Einzelschließfach in Berlin-Moabit).

Weiterhin ist festzuhalten, daß während dieser Hungerstreiks einzelne Gefangene, die draußen bereits in der linken Szene oder Jugendbewegung aktiv waren, eine wichtige Funktion in der Koordinierung und Diskussion dieser Aktionen hatten. Es sitzen auch heute mehr Leute im Knast, die draußen bereits innerhalb der Bewegung aktiv waren. Andererseits wird das Klima im Knast selbst, die Diskussion unter den Gefangenen durch eine draußen sichtbare Verweigerungs- und Aneignungsbewegung beeinflusst und positiv anregt.

Beispiel: Unterschriftenliste BI zur Häuserräumung und Klaus Rattay.

Der Knast politisiert und radikalisiert sich mit den Kämpfen draußen.

D.h. die erste Aufgabe der Gruppen, die sich eine Knastbewegung wünschen, besteht darin, die aufflackernde Bewegung weiter mit zu entflammen.

Bei konkreten Aktionen drinnen ist es dann an allen, die Kontakt zum Knast haben und untereinander ebenfalls in bestimmten Zusammenhängen stehen, die entsprechenden Informationen nach draußen und in die Bewegung zu tragen. Gleichzeitig muß die Bewegung draußen die Kämpfe drinnen

aufnehmen, als einen einheitlichen Kampf begreifen und mit entsprechenden Aktivitäten für den erforderlichen Druck sorgen, der konkrete Verbesserungen durchsetzt und durch die Erfahrung des positiven Kampfsergebnisses und -ergebnisses die Ausgangsposition für eine Knastbewegung weiter ausbauen hilft.

Diejenigen, die Kontakt zu den Gefangenen haben, haben also neben der Funktion, den Gefangenen reinzuvermitteln, was draußen an Bewegung läuft, die Aufgabe, die Gefangenen mit der Forderung nach Fortsetzung ihres gemeinsamen Widerstandes von draußen auch innerhalb der Knastmauern zu konfrontieren.



VI. Gegen Frust und staatlichen Verfügungsanspruch

In der Vergangenheit haben sich viele trad. Knastgruppen aufgrund ihres speziellen Wissens schwerpunktmäßig darauf konzentriert, Informationen, meist über knastspezifische Schweinereien, an die Öffentlichkeit zu bringen. Aktionen hatten eher symbolischen Charakter und endeten in der Regel vor den Knastmauern, die die staatliche Macht nur allzu deutlich werden ließen.

Das Ergebnis von solchen Aktionen, bei denen man sich selbst die eigene militärische - Unterlegenheit vor demonstriert, ist Frust - der dafür sorgt, daß die Knastkundgebungen und -demos nicht zu groß werden und bei den ewig gleichen unermüdlichen Knastgrüplern hängenbleiben. Meist wegen der moralischen Aufrichtigkeit bewundert - aber doch abgeschoben.

Um nicht mißverstanden zu werden: jeder, der mal selbst im Knast gesessen und eine Knastkundgebung draußen vor den Toren auch nur entfernt mitgekriegt hat, wird bestätigen, wieviel Power und Freude aus solchen Lauten durch die Gitter springt. Das allein reicht allemal zur Begründung der Notwendigkeit, Demos an Knästen

vorbeizuführen, dort anfangen oder enden zu lassen.

Der Frust kommt dann, wenn eine Demo zum Thema »Knack den Trakt« beispielsweise zu diesen vertrakten Knast hinführt und dort vor den gewaltigen Mauern endet.

Die vorweggenommene Ohnmacht schreckt dann jedesmal einen Teil der Leute aus der Bewegung ab, mitzumachen. Die Knastgruppen bleiben unter sich. Dabei ist nicht der Ort falsch gewählt, sondern der Inhalt in der Verbindung mit dem Ort.

Demos gegen den Hochsicherheitstrakt könnten sicherlich befriedigender verlaufen, wenn sie nicht zu fertigen Endprodukten staatlicher Machtperversionen geführt würden, sondern beispielsweise irgendwelchen verantwortlichen Personen oder etwa zu Firmen, die den Bau des Trakts realisiert haben. (Zeitungsausschnitt Bielefeld: Wachtürme)

Damit die Knackis auf der anderen Seite die Möglichkeit erhalten, selbst unmittelbar an unseren Kämpfen hier draußen auch visuell und kognitiv teilhaben zu können, sollte es bei einer Bewegung, die begriffen hat, daß der Knast alle Nichtangepaßten meint und der Kampf drinnen auch der Kampf

draußen ist, selbstverständlich sein, ihre Demos beispielsweise so anzulegen, daß sie am Knast vorbeiführen oder dort beginnen.

Gleichzeitig würde dadurch nach außen die Tendenz und Notwendigkeit verstärkt, sich in der Bewegung breiter mit Knast auseinanderzusetzen. Darüber hinaus ist es notwendig, neue Bündnispartner und Aktivposten im Kampf gegen den staatlichen Verfügungsanspruch zu gewinnen, der sich am deutlichsten im Knast ausdrückt und bis zur Gehirnwäsche und Folter geht.

Hier scheint jedoch ebenfalls der bisher gegangene Weg — die extremste Form staatlicher Verfügungsgewalt

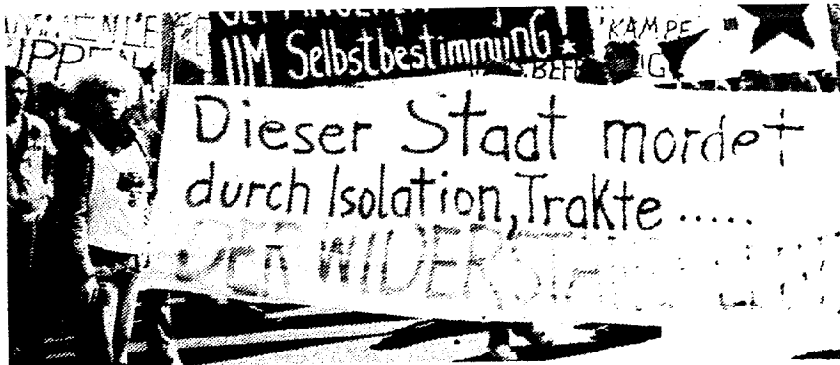
auzuzeigen — eher den gegenteiligen Effekt, nämlich Abschreckung und Berührungsangst hervorgerufen zu haben.

Wenn der staatliche Verfügungsanspruch aufgezeigt und angegriffen werden soll, warum dann nicht in dem Bereich, wo jede/r davon direkt betroffen ist, und wo sich andererseits realistischere, sichtbare Angriffsflächen bieten?

Gemeint ist der Ausbau des Kontrollnetzes, das sich über alle Bürger läßt — angefangen beim computerisierten Personalkontrollbogen, der einen vom Kindergarten bis in den Tod verfolgt, bis hin zu den immer häufiger ins Blickfeld geratenden Überwachungs-

sanlagen (Banken, Militäranlagen, Geschäftsstraßen, Fabriken, zentra Plätze).

Hier bieten sich praktisch anzugehende Angriffsziele, mit denen sich jede/r autonome Bürger identifizieren, und wo sich jede/r ohne den großen Frust ob der staatlichen Allmacht einklinken kann. Bei Umsetzung dieser Zielvorstellung werden wir nicht länger über die Isolation der Knastgruppen lamentieren müssen, die es dann nicht mehr geben wird - während jede/r aus der Bewegung weiß, was Knast bedeutet und den Kampf gegen den staatlichen Verfügungsanspruch auf die Tagesordnung gesetzt hat.



Anschlag auf Sozialamt

Kreuzberg: Unbekannte warfen Brandsatz
Ein Brandanschlag verübten unbekannte Täter in der Nacht zu gestern auf das Sozialamt in Kreuzberg.

Gruppe bekennt sich zu Anschlag auf Lastwagen

Die Gruppe 19 Januar, die die Vertriebsvereinigung der Berliner Zeitschriftenverleger in Berlin bekennt. Nach Angaben der Polizei hat...

GEW kritisiert Sicherheitstrakt

Pfarrer kritisieren Hochsicherheitstrakt
Der Hochsicherheitstrakt in der U-Ha-Kanztal-Moabit ist nach Oberrichter Hans-Joachim Lauth nicht gebaut werden dürfen und der gegen...

Steinwürfe nach Besetzung der Gedächtniskirche

Bekennerschreiben gegen Vertriebslastwagen
Die Gruppe 19 Januar, die die Vertriebsvereinigung der Berliner Zeitschriftenverleger in Berlin bekennt. Nach Angaben der Polizei hat...

Die Frage der Herabsetzung der Sicherheitsstrafe
Berliner Gruppe 19 Januar, die die Vertriebsvereinigung der Berliner Zeitschriftenverleger in Berlin bekennt. Nach Angaben der Polizei hat...

Häftlinge wehrten sich

Auseinandersetzungen wegen des Berliner Hochsicherheitstrakts
BERLIN: 20 Januar (dpa) - Häftlinge im Berliner Hochsicherheitstrakt wehrten sich gegen die Verlegung von...

Referendare gegen Sicherheitstrakt

Die Gruppe 19 Januar, die die Vertriebsvereinigung der Berliner Zeitschriftenverleger in Berlin bekennt. Nach Angaben der Polizei hat...

Gefangene wehrten sich gegen Umzug

Die Gruppe 19 Januar, die die Vertriebsvereinigung der Berliner Zeitschriftenverleger in Berlin bekennt. Nach Angaben der Polizei hat...

Scheiben eingeworfen

Protestaktion gegen Hochsicherheitstrakt
Die Gruppe 19 Januar, die die Vertriebsvereinigung der Berliner Zeitschriftenverleger in Berlin bekennt. Nach Angaben der Polizei hat...

12 März Berlin
14 März Berlin
14 März Berlin
21 März Berlin

Brandanschlag auf eine Filiale der Commerzbank
Brandanschlag auf abgestellte Baumaschinen einer Abnahmefirma
Brandanschlag auf Filiale eines Warenhauses
Bekennnis „Verein Berliner Pyromanen und Gegner des Hochsicherheitstrakts“
Sachbeschädigungen an 52 Lieferwagen einer Zeitschriftenauslieferungsfirma. Die Täter waren durch ein Transporter „Achtung, Bremsen kaputt“ auf die Schäden hin.
Bekennnis „Gruppe 19 Januar“ (Am 19. Januar 1980 wurde in Berlin der neue Hochsicherheitstrakt der JVA erstmalig belegt)

5. März Frankfurt
8. März Hamburg

Venuecher Brandanschlag auf eine Bank-Filiale
Sachbeschädigung eines SPD-Stadteilbüros
Hinterlassener Text: „HH Hochsicherheitstrakt ist Mord, Pyromanen 0 HST“
Bekennnis „Hamburger Pyromanen gegen Hochsicherheitstrakte“
Brandanschlag auf Gebäude einer Haupt- und Realschule. Mit schwarzer Farbe aufgespritztes Bekenntnis an der Hausfront: „HH Pyromanen HST“.

19 März Hamburg

Bekennnis „Hamburger Pyromanen gegen Hochsicherheitstrakte“
Brandanschlag auf Gebäude einer Haupt- und Realschule. Mit schwarzer Farbe aufgespritztes Bekenntnis an der Hausfront: „HH Pyromanen HST“.

GEGEN JEDE ART VON ISOLATION

2. Januar Berlin
Sachbeschädigung einer Filiale der Berliner Bank.
Hinterlassener Text: „Der Hochsicherheitstrakt muß unverzüglich geräumt werden, es geht um Leben oder Tod.“

25. Januar Berlin
Brandanschlag auf eine Filiale der Sparkasse Berlin.
Hinterlassener Text: „Unsere Wut richtet sich gegen die Belegung des Hochsicherheitstrakts; es gibt viele Alternativen zu töten; wird Zeit daß...“

Brandanschläge auf das ehemalige Haus des verantwortlichen Ingenieurs für den Bau des Hochsicherheitstrakts in der U-Ha-Kanztal-Moabit.
Bekennnis: „Widerstandsgruppe gegen die neuen Konzentrationslager“.

Gefängnispfarrer wenden sich gegen Sicherheitstrakt

Der Pfarrer von Berlin-Mitte, der sich gegen die Belegung des Hochsicherheitstrakts ausgesprochen hat, hat sich gegen die Belegung des Hochsicherheitstrakts ausgesprochen.

U-Bahnhof Kleistpark nach Bombendrohung geräumt

Der U-Bahnhof Kleistpark in Berlin wurde nach einer Bombendrohung geräumt.

Lagerereien beim Umzug

Die Häftlinge kamen in neuen Sicherheitstrakt
Die Häftlinge kamen in neuen Sicherheitstrakt.

Demonstration in Alt-Moabit

Die Demonstranten kamen in neuen Sicherheitstrakt.

II Isolation der Knastgruppen

Die antistaatlichen Knastgruppen sind in der Krise. Den Weg dorthin haben wir im ersten Teil versucht nachzuskizzieren. Die Krise ist eine Summe der gemachten Fehler und Rahmenbedingungen. Wir wollen hier thesenartig unsere Lage in der Bewegung definieren, einige der typischen "Kinderkrankheiten", die in vielen Gruppen immer wieder auftauchen, benennen, um dann im Kapitel **Widerstand** Vorschläge zur Verbesserung der Arbeits- und Organisationsstrukturen zu entwickeln.

Ein entscheidender Punkt für die Isolation der Knastgruppen in den letzten Jahren ist unserer Meinung nach die Abtrennung der Gruppen von den örtlichen Bewegungen (Ökologie u.a.). Dies drückt sich darin aus, daß eine Unzahl von Ermittlungsausschüssen, Bunten Hilfen u.ä. entstand, ohne daß eine Koordination bzw. Vereinheitlichung in den jeweiligen Städten entstand. Jede Gruppe versorgte "ihre" Gefangenen. Eine kontinuierliche Diskussion mit diesen Gruppen über die Funktion des Knastes, der Justiz, d.h. eine Vermittlung der Erfahrungen bzw. eine Weiterentwicklung der eigenen Praxis fand nicht statt. Wir (die Mitglieder alter Knastgruppen, Rhs) haben zwar oft über die bornierte Haltung vieler AKW-Gegner gelacht oder gestöhnt, wenn diese "Amnestie" oder "Freiheit für alle AKW-Gegner" forderten, aber in den seltensten Fällen sind wir in eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesen oder anderen Gruppen gegangen. Im Laufe der Zeit haben wir dann den Bezug zu den Klassenkämpfen in unserer Knastarbeit verloren. Wir sind praktisch durch die vielen EAs, die den Vorteil vor uns hatten, zumindest zu einer Teilbewegung den direkten Bezug zu haben, überflüssig gemacht worden. Das führte dazu, daß der Knast, der sowieso schon die Gefangenen vom Klassenkampf ausschließt, noch weiter ins Abseits - in den Tabubereich - fällt, indem die Knastgruppen selber zur kontrollierbaren Randgruppe werden. Ausdruck dieses Randgruppenseins sind: Ein "Insider"-Sprachstil, die Beschäftigung mit differenzierten Teilproblemen, die vom Gesamtzusammenhang abgeißelt - nicht von allgemeinem Interesse sind, ein Aktionsstil, der kaum Resonanz verspricht und eine Unklarheit darüber auf welche Bevölkerungsgruppen man sich in seiner Arbeit bezieht.

Wenn wir das so schreiben, meinen wir nicht, daß es nicht richtig ist, wenn einzelne Genossen sich Schwerpunkte setzen, auch theoretisch arbeiten. Uns ist klar, daß auch dies die Kontinuität der Arbeit gewährleistet. **Aber diese Diskussion muß innerhalb eines breiteren Rahmens stattfinden. Es muß eine Koordination der verschiedenen Gruppen in den Städten erreicht werden, die zu Knast arbeiten bzw. davon betroffen sind. Die Diskussion muß eingebettet sein in eine Diskussion um den Widerstand der verschiedenen existierenden sozialen Bewegungen. Organisatorisch vorstellbar wäre das in der Form, daß autonome Gruppen die Knastarbeit in ihre politische Arbeit integrieren. Inhaltlich stellen wir uns das so vor, daß die Arbeit mehr ausgerichtet wird auf den Widerstand gegen die Formen sozialer Kontrolle (Bedrohung für jede soziale Bewegung), der sozialen Verelendung und der Entwicklung des Justizapparates. Je nach örtlichen Möglichkeiten sollten die Gruppen ihre Schwerpunkte wählen. Das, was wir erzählen, ist nichts neues. Im November 1976 stand im GEGENKAST Nr 3 S. 31 zu den Zielen der Knastarbeit: Das bedeutet aber nicht, daß in kapitalistischen Gesellschaften auf politische Knastarbeit verzichtet werden muß. Die Arbeit gegen die in den Gefängnissen ausgedrückte Repression ist ein wesentlicher Teil der politischen Kampagne gegen die repressiven Strukturen in der Gesellschaft. Sie muß die Beziehung zwischen dem Knast und den gesellschaftlichen Lebensverhältnissen offenlegen. Sie muß darauf gerichtet sein, den Lohnabhängigen die indirekt repressive Funktion des Knastes zur Aufrechterhaltung ihrer Lebensform erklären. Sie muß darauf zielen, die Schranken zwischen Proletariat und Lumpenproletariat einzureißen. Sie muß Möglichkeiten zur Solidarisierung zwischen den Insassen der Gefängnisse und den Insassen der Fabriken aufweisen und schaffen. Dazu ist einerseits erforderlich, aufzuzeigen, daß sich die Kriminellen aus der Klasse der Lohnabhängigen rekrutieren. Die Gründe für Einweisungen in Fürsorgeheimen und Gefängnisse müssen aufgedeckt werden, um die spalterische und disziplinierende Funktion der Justiz durchschaubar zu machen.**



RANDGRUPPE





Im Weiteren wollen wir jetzt noch einmal eingehen auf den Anspruch vieler Gruppen (Rh-München z.B.) die **Gefangenenbewegung** aufzubauen. Aus unseren Erkenntnissen/Erfahrungen ergibt sich, daß eine Gefangenenbewegung nur von Gefangenen selbst getragen werden kann. Daraus ergibt sich für die Knastgruppen ganz eindeutig ihre Funktion als Zuträger. Die RAF-Gefangenen haben dazu 1973 richtigerweise erklärt, daß "...keine Rote Hilfe in all den Jahren sowas wie Koordination auch nur in EINEM Bau hingekriegt hat. Daraus braucht ihr nur mal Schlüsse zu ziehen, dann kommt ihr selbst drauf, wie schief, entfremdet euer Verhältnis zur Praxis ist, zu eurer wie zu der der Gefangenen. Und auch, warum das so ist: Weil es tatsächlich nicht FÜR sondern nur VON gemacht werden kann und gemacht wird - oder eben überhaupt nicht, also tatsächlich nur von INNEN zu ändern ist, aber nicht ohne AUSSEN." (zit. nach Direkte Aktion 30 Lob des Revolutionärs)

Die Genossen fordern die Auseinandersetzung mit uns, ihren Kampf drinnen müssen sie selber organisieren. Weder das Nachsabbeln jedes Kommentars eines zum Mythos aufgebauten Kämpfers, noch das Vordozieren der richtigen Linie der Gefangenenbewegung, sondern die ehrliche Auseinandersetzung ist erforderlich. Wer schreibt von uns an Gefangene aus der RAF, wer besucht Genossen im Knast? Viele nicht! Aber wir wundern uns immer wieder, daß Informationen über die Bewegung draußen so platt in den Knästen widergegeben werden. Wir sollten endlich die direkte Auseinandersetzung mit den RAF-Genossen (nicht nur mit diesen) suchen.

II Genossen, die aus dem Knast kommen, müssen in einen Arbeits-, Lebens-, und politischen Kampfsammenhang integriert werden. Übrigens muß das garnicht unbedingt Knastarbeit sein.

III Es sollten Sabotageaktionen gegen Einrichtungen der sozialen Kontrolle durchgeführt werden. In den Erklärungen sollte immer wieder der Zusammenhang zum schärfsten Angriff des staatlichen Verfügungsanspruchs - dem HST - hergestellt werden. An Aktionen ist hier viel möglich. Die TAZ vom 4.3.82 S. 11 zitiert z.B. eine Gewerkschaftstagung: **Daher "brauchen sie (die Kapitalisten d.Vert.) in besonderer Weise Ruhe und Ordnung, und da müssen wir ansetzen...Die konkreten Hinweise, die sich dann ergeben,...es gibt Möglichkel-**

ten der Sabotage, Dinge, die da schon heute in der betrieblichen Praxis (existieren)...nur das kommt bei uns natürlich nicht so nach oben, aber in anderen Ländern wird das sehr viel offener diskutiert und unter gewerkschaftlicher Beteiligung teilweise auch organisiert...Kleines Beispiel: Was glaubt ihr, was passiert, wenn z.B. 900 Beschäftigte im Betrieb hingehen und die vom Computer ausgedruckten Lohn- und Gehaltsabrechnungen als falsch reklamieren?

Es gibt dann sehr viel höhere Formen, wie wir sie im technischen Bereich so ein bißchen diskutieren...daß man beispielsweise, - Computer mögen keinen Tee, oder besser ist es noch -, man nimmt also ein Säckchen mit Eisenpulver mit und versprüht das so in die Gegend." Soweit also die Anregungen zu Aktionen gegen den betrieblichen Überwachungsapparat.

Auch Abrechnungsaktionen gegen schweinische Schließer, Knastbüttel oder Sozialarbeiter, die gegen ihre Klienten arbeiten, sind zu organisieren. Eine kleine Abreibung tut solchen Leuten mal ganz gut.

IV Theoretische Arbeit: Von der Aufarbeitung der Geschichte des Knastwiderstandes während der 20iger und 30iger Jahre haben wir schon gesprochen. Die Auswertung von Fachliteratur der Gegenseite kommt hinzu.

V Im weiteren Verlauf sollten die zum Knast arbeitenden Gruppen nationale Kontakte aufbauen und erweitern. Auch die internationale Knastentwicklung sollte beobachtet werden. Wo es möglich ist, sollte Materialaustausch vereinbart und Kontakte entwickelt werden. Wichtig ist allerdings erst einmal den Widerstand vor Ort voranzubringen.

Bei den anstehenden Aufgaben müssen wir uns klar sein, daß wir die Mauern nicht mit einem Schlag sprengen können, daß legale und illegale Aktionen unbedingt zusammengehören (unter Berücksichtigung der Fahndungstechniken der Gegenseite). Bei unseren Aktionen müssen wir zunächst mal von unseren eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten ausgehen. Die Aktionen sollten möglichst nachmachbar sein und sich nie gegen die Unterdrückten richten. Im Vergleich zum Ausland taucht immer wieder die Schwierigkeit auf, daß das eigene Land offensichtlich auf Grund der eigenen Schwierigkeiten und auf Grund mangelnder Informationen dazu neigt, den Widerstand des anderen Landes zu mystifizieren (so blicken unsere

Nachbarländer oft mit leuchtenden Augen auf unsere ach-so-weit-entwickelte Anti-AKW- oder Häuserkampf- bewegung, während wir den Guerillakampf in Italien mystifizieren).

Außerdem sind die jeweiligen Ausgangssituationen einfach zu unterschiedlich, was sich z.B. an der Einstellung zur Gewalt ablesen läßt. Während andere Länder eine jahrzehntelange Widerstandstradition haben und auf Grund dessen ganz anders agieren können (im Baskenland werden eher einzelne Aktionen kritisiert, ohne die Anwendung von Gewalt in Frage zu stellen), müssen wir darüber oft ziemlich lange grundsätzlich diskutieren.

Zum Schluß: Wir halten in dieser Phase nichts von einer nationalen Kampagne gegen die Hochsicherheits- trakte, wie dies von einigen Gruppen in der letzten Zeit diskutiert wurde. Eine Initiative über den stärksten Punkt des staatlichen Angriffs zu bestimmen, entspricht nicht dem augenblicklichen Kräfteverhältnis. Wir sind dafür, lokal auf Hochsicherheitsstationen öffentlichen Druck auszuüben und so eventuell beispielhaft Gefangene aus dem Trakt rauszuholen. So das wärs! Es gibt viel zu tun, packen wirs an!

III Widerstand

Beim Widerstand gegen den Knast und die Knast"reform" scheinen viele zu resignieren, weil sichtbare Erfolge ausbleiben und die Knast"reform" Stück für Stück von den staatlichen Organen umgesetzt wird.

Überall in der BRD werden neue Knäste fertiggestellt oder sind kurz vor der Fertigstellung, wobei dies nur der sichtbarste Ausdruck der "Reform" ist. Auch die Genossen aus der Stadtguerilla sitzen immer noch in Kleingruppen- oder Totalisolation — jetzt sogar in Hochsicherheitstrakten. Auch ein verbindliches Informationsnetz ist in den Städten bis jetzt nicht entstanden.

Die Reaktionen schwanken dann zwischen verbalradikalen Vorschlägen, die dann doch keiner durchführt oder dem vollständigem Aufgeben des Knastes als Arbeits- und Agitationsbereich. Von all dem halten wir nichts. Es ist Ausdruck des gleichen Fehlers - nämlich des Abkoppelns von den real stattfindenden Klassenkämpfen, wie wir das im Abschnitt II beschrieben haben. Diese Kämpfe, die bei anhaltender sozialer Verelendung über das bisherige Maß hinausgehen werden, werden den Knast für breitere Teile der Bevölkerung zur realen Perspektive werden lassen, mit der es sich auseinandersetzen gilt. Der Staat versucht sich mit Hilfe präventiver Maßnahmen (u.a. die Knast"reform") vorzubereiten, um die Kämpfe von vornherein zerschlagen und kontrollieren zu können.

Genau hier eingreifen und an der Organisierung eines revolutionären Gegenmilieus mitzuwirken und mit ihnen menschenwürdige Lebensbedingungen zu erzwingen - darin liegt unsere Chance.

Unsere Aufgaben sehen wir auf folgenden Ebenen:

I. Öffentlichkeits- und Informationsarbeit

a) Aufbau von Kontakten zu Gefangenen; Versuch ein Informationsnetz über verschiedene Knäste hinweg zu entwickeln; unterstützen von jeglichem Widerstand und Protest, der auf menschenwürdige Bedingungen im Knast abzielt; in der Öffentlichkeitsarbeit versuchen, die herrschenden Spaltungsmechanismen zu bekämpfen, indem wir gegen den "differenzierten Behandlungsvollzug" und für die Gleichstellung aller Gefangenen eintreten.

b) verstärktes Öffentlichmachen der sozialen Kontrolle (z.B. Ausbau der Bewährungshilfe, Führungsaufsicht, Projekte der Zusammenarbeit von Polizei und Sozialarbeitern bzw. den Schulen, Einfluß des BKA/LKA auf die Stadtplanung, Kontaktbereichsbeamte, BTMGesetz...)

c) Das Suchen von Zusammenhängen von gesellschaftlichen Kämpfen und dem Knast. Stärkung des Verantwortungsbewußtseins der Teilbewegungen für "ihre" Gefangenen und darüber hinaus für alle Sozialrebelln.

d) In unserer Propaganda sollten wir uns an ganz bestimmte Gruppen wenden.

1. An bestimmte Berufsgruppen, die mit Knast und sozialer Kontrolle zu tun haben und sie darin unterstützen bestimmte Dienste (Datenweitergabe bei Drogeneinrichtungen z.B.) zu verweigern bzw. sie dazu aufzurufen. In bestimmten Fällen ist es ganz einfach notwendig, darauf hinzuwirken, daß Sozialarbeiter aufhören zu funktionieren, also aufhören an bestimmten Arbeitsplätzen (z.B. im Knast) zu arbeiten.

2. Agitation vor Arbeitsämtern und Sozialbehörden; Aufbau von Selbsthilfegruppen; gerade hier die Auseinandersetzung mit dem Knast führen und Formen direkter Aneignung propagieren. Wichtig ist hier in der Agitation den scheinbaren Widerspruch zwischen Arbeitenden und Nichtarbeitenden aufzuheben, der durch die Gegenseite propagiert wird.

3. Zusammenarbeit mit den radikalen Teilen der sozialen Bewegungen, die vor Ort existieren.

Nicht zusammenarbeiten sollten wir mit Linksintellektuellen, wenn diese dauernd Vorschriften machen, was zu tun ist und uns die Formen des Kampfes vorschreiben und dadurch versuchen "nichtlegale" Aktionsformen auszuschließen. In unserer Propaganda sollten Formen der direkten Aneignung und Sabotage propagiert werden, soweit das möglich ist. Bündnisse mit verschiedenen Gruppen sind z.B. in Form von Veranstaltungen möglich.





Ein Grundproblem jeder Knastgruppenarbeit ist auch die direkte Konfrontation mit dem Verfügungsanspruch des Staates. Hierzu wollen wir noch einmal einen Gedankengang entwickeln, weil gerade an dieser Konfrontation viele Gruppen aufgerieben werden.

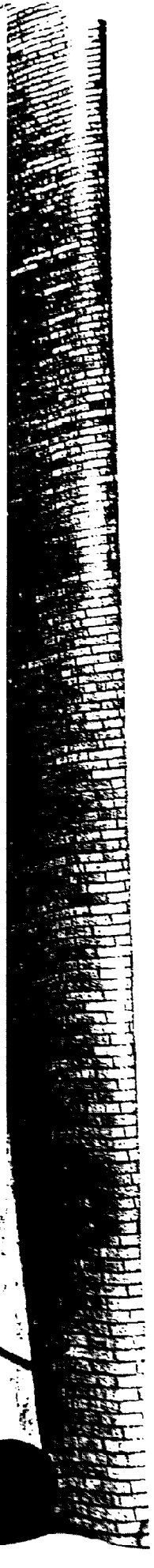
Isolation ist eine Grundstruktur dieser Gesellschaft. Dieses Elend drückt sich u.a. in steigenden Drogenkonsum und Selbstmordraten als Spitze des Eisberges aus (natürlich auch in Form von **Widerstand** dagegen). Der Staat verfügt aber zusätzlich noch über besondere Mittel der Isolation. Diese Isolation trifft alle diejenigen, die für die Gesellschaft nicht richtig funktionieren, d.h. nicht arbeitsfähig sind oder nicht wollen und Widerstand dagegen leisten. So werden Anstalten gebaut für "Behinderte", "psychisch Kranke", "Alte" und "Kriminelle". Wer in diesen Anstalten weiter Widerstand leistet wird EXTRAIsoliert. Der Wegschluß von Menschen hat dabei folgende Funktion:

1. Bestimmte Probleme (alt werden, behindert sein) existieren im Alltag der Menschen nicht mehr.
2. Das Los arbeiten zu müssen, scheint besser zu sein als sich zu verweigern und in den Knast zu wandern, isoliert und zerstört zu werden.
3. Widerstand wird kriminalisiert und es wird von den **legalen** Schädigungsformen (Krieg, Verschleiß der Gesundheit, Korruption...) abgelenkt bzw. diese werden verschleiert.
4. Die EXTRAIsolierung im Knast hat Disziplinierungscharakter gegenüber den anderen Gefangenen und droht zudem noch mit der vollständigen Vernichtung des Gefangenen.

Eine Gruppe, die also am stärksten Punkt des staatlichen Angriffs auf die menschliche Identität — dem Knast und hier im besonderen dem Hochsicherheitstrakt — ansetzt, ist mit dem staatlichen Machtpotential massiv konfrontiert. Erfolgserlebnisse sind auf diesem Gebiet selten. Frust und (ohnmächtige) Wut sind häufige Reaktionen bei den dauernden Sticheleien durch Knastverwaltung und Staatschutz, denn diese sind gerade an diesem Punkt äußerst sensibel, was zeigt, daß wir an einer neuralgischen Stelle des Staates ansetzen. Die oben genannten Reaktionen sind genau das, was die andere Seite beabsichtigt. Die staatlichen Organe schrecken dabei auch vor der Zerschlagung von Gruppen nicht zurück, wenn die Arbeit ihnen zu gefährlich erscheint (s. z.B. Frankfurter Gefangenenrat). Dies ist ein weiterer Grund, die Knastarbeit in ein breiteres Konzept von Widerstand einzubetten, um nicht in unreflektierte Resignation zu verfallen bzw. eine leicht zu isolierende Gruppe für den Staatschutz zu sein, die dann ohne viel Widerstand zerschlagen werden kann.

Ein letzter Punkt, an dem die Knastgruppen es den staatlichen Organen immer wieder leicht machen, das Problem zu isolieren bzw. zu integrieren, ist die Darstellung einzelner Schweinereien aus dem Knastalltag als skandalöse Vorgänge. Jeder Vorfall im Knast muß als strukturbedingte Erscheinung dargestellt werden, um Verniedlichungen als "Ausrutscher" zu unterlaufen.

Ähnliche Vorgänge in anderen Knästen müssen auf Antrieb dokumentierbar sein. Ziel unserer Arbeit ist die Schaffung von Öffentlichkeit für den **permanenten** Skandal in den Knästen und die Schärfung des Bewußtseins für die ununterbrochene Unterdrückung dort zu schärfen, um zu verhindern, daß der Staat in Form der Integration wieder in die Offensive kommt.



Ansatz zur gemeinsamen Bestimmung einer neuen Etappe

Wir schreiben dieses Papier, um eine vorprogrammierte Niederlage, die ein neuer Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF für die linke Fundamentalopposition bedeuten würde, wenn er zum jetzigen Zeitpunkt unter den alten Forderungen (Zusammenlegung in 15er Gruppen) ohne Klärung der Erklärung des letzten Hungerstreiks beginnen würde, zu verhindern.

Für uns besteht die Notwendigkeit, vor einem neuen Hungerstreik

1. das Verhältnis zwischen der revolutionären Linken und den Gefangenen

Genoss(innen) in den Hochsicherheitstrakten - viele in Totalisolation — zu klären;

2. eine reale Einschätzung der Bewegung hier draußen zu leisten, um daraus die gemeinsamen Ziele gegen die Vernichtungshaft ableiten zu können.

Um unsere Vorstellungen hierzu verständlich darlegen zu können, möchten wir mit einer Analyse des letzten Hungerstreiks und der Entwicklung der letzten Monate beginnen. Diese Analyse wird wohl einige schonungslose Selbstkritik miteinschließen müssen. Wir wissen, daß es keine Rechtfertigung dafür gibt, daß dieses Papier erst jetzt geschrieben wird.

Noch ein paar Worte zum "Offenen Brief" vom KB u.a., der vollständig im AK Nr. 210 abgedruckt ist. Dieser Brief ist unserer Meinung nach keine Grundlage für eine solidarische Diskussion. Es fehlt jeder Hauch von Selbstkritik in diesem Brief, denn wenn es allein die Forderungen der Gefangenen aus der RAF gewesen wären, die der Solidarität abträglich sind, hätte der Hungerstreik der Berliner Genossen und der Frauen in Frankfurt Preungesheim ein voller Erfolg werden müssen.

Aber Öffentlichkeitsarbeit dazu — Fehlanzeige. Der Vorwurf an die "Sympies" der RAF-Gefangenen, daß sie sich nicht um ein breiteres Bündnis bemüht hätten, lenkt nur von der eigenen Schwäche in der eigenständigen Politik ab. Nicht zu übersehen ist, daß sie wegen ihrer Schwäche zumindest in der ersten Phase des Hungerstreiks in einigen Städten zu Aktionseinheiten mit autonomen Gruppen bereit waren, auch wenn dies nur aus taktischen Gesichtspunkten geschah.

Schon seit Jahren haben wir zu Recht unsere Bauchschmerzen mit ihrer Art von Unterstützungsarbeit, ihren "Counter-Schwein"-Vorwürfen gegenüber anderen Positionen etc., und wir sollten unsere Kritik auch nicht zaghaft hinterm Berg halten. Aber gerade weil wir ein anderes Politik-Verständnis haben, müssen wir zuallererst uns selber fragen, was wir organisieren können, oder wo wir zu wenig zustandegebracht haben, und nicht ausschließlich die anderen als Sündenbock nehmen. Außerdem, seit wann sind die Gefangenen für irgendwelche Unterstützungsgruppen draußen verantwortlich? (Anderer Widersprüche siehe weitere Analyse.)

Zum letzten Hungerstreik

Für uns bestand der letzte Hungerstreik aus mehreren Phasen:

1. Zu Beginn ein breiter Hungerstreik unter Beteiligung vieler Gefangener bei äußerst geringer Mobilisierung in der Öffentlichkeit. Also von uns. Schwerpunkt der Bewegung in den Knästen waren Berlin und Frankfurt mit einigen umfangreichen Forderungskatalogen, und die Ge-

fangenen aus der RAF mit ihren speziellen Forderungen. Ungefähr 300 Gefangene beteiligten sich anfangs an dem Hungerstreik.

Daß in dieser Phase wenig Mobilisierung zustandekam, obwohl viele Hoffnungen gehegt wurden, da der Zeitpunkt günstig erschien, für den Aufbau einer zusätzlichen gemeinsamen Kampffront gegen den Staat in den Knästen, lag an mehreren Faktoren:

1. An der organisatorischen Zersplitterung der Gefangenen in den Knästen. Es fangen an unterschiedlichen Orten zu verschiedenen Zeiten Hungerstreiks an, die mit unterschiedlichen Forderungen geführt werden, wobei es allein ca. 1 Woche dauert, bis ein Großteil der Erklärungen den arbeitenden Gruppen vorliegt. Die unterschiedlichen Erklärungen sind Ausdruck der unterschiedlichen Situation und Kampfstrategie der verschiedenen Gefangenen. Erst später stellt sich heraus, daß der gemeinsame Hungerstreik-Beginn Zufall ist. Uns ist nicht bekannt, daß die Gefangenen aus der RAF öffentlich Bezug nehmen zu dem Kampf der anderen Gefangenen. Möglichkeiten eines gemeinsamen Kampfes werden nicht genutzt. Warum wurde in dieser Situation kein gemeinsames Vorgehen organisiert, das beispielsweise eine gemeinsame Unterbrechung des Hungerstreiks, mit einer bestimmten Frist für die Gegenseite zur konkreten Erfüllung der Forderungen und Hungerstreik-Fortsetzung von möglichst allen Gefangenen bei Nichterfüllung der Forderungen hätte sein können.

2. Die Schwäche der Solidaritätsbewegung draußen, sowohl was die inhaltliche Seite als auch die organisatorische betraf. Mühsam wurden die verschiedenen Hungerstreikerklärungen zusammengesucht. Stockend wurden die Forderungen diskutiert. Der Kompromiß, alle Forderungen zu dokumentieren, war noch das Beste, was in dieser Phase zusammengebracht wurde.

Erneut treten Bauchschmerzen auf, daß die Genoss(innen) aus der RAF, die im Knast sitzen, die 15er-Forderung stellen. Diese Forderung ist logisches Resultat ihres — nach draußen orientierten — Politikverständnisses, das ausschließlich an der eigenen (Avantgarde-)Gruppe orientiert ist.

Mit der allein auf die eigene Gruppe bezogenen Forderung setzen sie sich bewußt von den anderen Gefangenen ab und ermöglichen so die von der staatlichen Seite forcierten Spaltungsversuche. Das politische Konzept der RAF schließt die gemeinsame Entwicklung einer Gefangenenbewegung durch die andere Schwerpunktsetzung aus und damit auch den gemeinsamen Kampf gegen die Ausweitung des Hochsicherheitstraktmodells im allgemeinen Vollzug.

Die Bauchschmerzen der Solidaritätsbewegung haben hier ihren Ursprung: es versteht sich von selbst, daß den Kompromißlos gegen dieses System kämpfenden unsere Solidarität gehört. Gleichzeitig verhindert der gruppenspezifische Kampf dann aber das für eine revolutionäre Entwicklung notwendige Einbeziehen von anderen Gruppen — was die Bereitschaft zur offenen Auseinandersetzung mit solchen Gruppen voraussetzt.

3. Hinzu kommt, daß die Forderungen der Gefangenen in den Medien systematisch verschwiegen oder ver-

kürzt und verfälscht wiedergegeben werden. Auch die TAZ berichtet nur punktuell (TAZ vom 10.2.81 z.B.) und meist im Berliner Lokalteil über den Hungerstreik und zeigt damit, daß sie nicht in der Lage ist, dem 77er Versprechen, Gegeninformation zur Brechung der Nachrichtensperre der bürgerlichen Medien in diesem Bereich zu bringen, nachkommen kann. Die Zeitung war nicht einmal in der Lage, in den ersten Tagen einen Überblick zu geben, wer streikt. Geschweige denn die Forderungen der Hungerstreiker(innen) abzudrucken, um eine Diskussion möglich zu machen.

Genau rechtzeitig zu Beginn des Hungerstreiks erscheint im Spiegel ein Interview mit Boock. Dort wird die vom Staatsschutz, Bundesinnenminister Baum und dem Spiegel schon seit langem betriebene Diskussion zur Spaltung und Desorientierung der revolutionären Linken fortgesetzt. Als Vehikel für ihre Politik benutzten sie diesmal Boock und seine Unterstützer. Boock war kurz vorher in Hamburg verhaftet worden und wird von ihnen als 'Aussteiger' gehandelt.

In dem Interview heißt es:

Spiegel: "Seit Jahre forder die RAF-Häftlinge eine Zusammenlegung in größeren Gruppen in einer Haftanstalt. Was sind die wirklichen Gründe für diese Forderung – der humanitäre Aspekt einer Auflockerung der Isolation oder die Möglichkeit, den Druck der Gruppe auf den einzelnen fortzuführen und Abweichter bei der Stange zu halten; ist er Rekrutierungsinstrument für den terroristischen Nachwuchs, oder geht es schließlich auch um die Chance, günstigere Voraussetzungen zu schaffen für mögliche Befreiungsaktionen?"

Boock: Da möchte ich gerade im Moment nichts zu sagen.

Spiegel: Weil gerade wieder ein Hungerstreik im Gange ist?"

Boock; Irgendwie möchte ich dazu doch was sagen. Den Umkehrschluß kann jeder selber daraus ziehen. Ich denke, daß es ein paar Leute dabei gibt, die wirklich im Kopf haben, die Haftbedingungen zu verbessern. Wenn ich mich jetzt weiter dazu auslassen würde, würde ich denen in den Rücken fallen. Dann könnte ich meine politische Glaubwürdigkeit gleich begraben...".

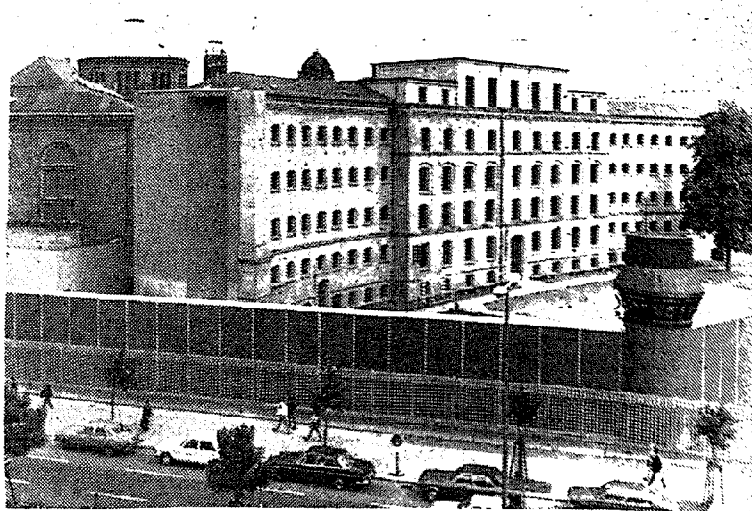
Boock wird in diesem Interview zum politischen Kronzeugen gegen die Gefangenen aus der RAF. Er sagt, daß es *nicht* um Verbesserungen der Haftbedingungen geht, obwohl er es besser weiß, denn gleichzeitig beschwert er sich über seine eigenen Haftbedingungen. Das ganze in knapp 1 Million Spiegel-Auflage. Die Argumentation läuft darauf hinaus: Wer den Kampf der Gefangenen für bessere Haftbedingungen unterstützt, unterstützt ihre Politik, läßt sich von den RAF-Gefangenen unter Druck setzen. Die Argumentation bezweckt:

- a) die Alternative für oder gegen die RAF – nicht aber die eigentliche Alternative, für oder gegen diesen Staat, der Vernichtungshaft praktiziert.
- b) wird den Gefangenen das Recht, sich im Knast gegen die mörderischen Haftbedingungen zu wehren, abgesprochen, solange sie nicht abschwören, ihre Politik aufgeben.
- c) sie legitimiert den Umkehrschluß, den nach Boock jeder selbst daraus ziehen kann, Isolationshaft, damit die Gefangenen nicht ausbrechen.
- d) diese Argumentation legitimierte im Umkehrschluß, den jeder . . . , die spätere Verfolgung von Genoss(inn)en nach § 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung), da ja über die Forderung nach Haftbedingungen gemäß Genfer Konvention die Wei-

terverfolgung der politischen Ziele bezweckt ist. Jedenfalls vom Großteil der Gefangenen. Daraus folgt: Werbung für diesen Zweck.

e) das immer wieder kehrende Argument Gruppendruck soll dem Menschen suggerieren, daß es sich bei der revolutionären Linken nur um Menschen handelt, die einen Elitewechsel wollen, daß es keine Hoffnung auf Befreiung gibt.

Die Aufnahme dieser Diskussion in den linken Medien (TAZ u.a.) zeigt, daß die beabsichtigte Wirkung, nämlich Spaltung und Desorientierung des Widerstandes über die Unglaubwürdigmachung der Gefangenen aus der RAF, gelungen war und über die Boock'sche Mitleidskampagne noch immer andauert (s. Große-Freiheit-Diskussion Nr. 49 z.B.). Es zeigt eine opportunistische Linke, die sich lieber mit den Leiden desjenigen (Boock) identifiziert, der sich freiwillig an die Herrschenden verkauft, als mit dem Leiden derjenigen, die aufrecht weiterkämpfen – wenn auch mit einer falschen Politik. Boock selber ist nach dieser Beschreibung zum Verräter an den politischen Zielen der revolutionären Bewegung geworden. Eine Zusammenarbeit mit ihm ist nicht möglich aufgrund seiner wesentlichen Mitwirkung an der Demobilisierung des Hungerstreiks. Inzwischen ist auch die Spiegel-Diskussion fortgeführt worden mit einem Interview mit Baum und dem italienischen Innenminister (angereichert mit "BKA-Internas" über die RAF in anderen Spiegel-Ausgaben).



II. Es folgt die 2. Phase des Hungerstreiks:

Sie wurde durch die Justiz eingelenkt, nachdem diese begann, die Hungerstreik-Erklärung der RAF zu kriminalisieren. Ermutigt durch die geringe Anfangsresonanz des Hungerstreiks war es wohl das Ziel, über die Verfolgung nach § 129a die Hungerstreikfront zu spalten, um die RAF-Gefangenen endgültig vernichten zu können. Kurzfristig indem die Gefangenen sich in aller Stille zu Tode hungern (zwangsernährt) werden sollen; langfristig indem die Gefangenen im Hochsicherheitstrakt gebrochen und vernichtet werden können – nämlich abseits von der sozialrevolutionären Linken draußen.

Nach einem ersten Schock führt diese Politik 1. zu einer gewissen Vereinheitlichung der Solidaritätsbewegung draußen, 2. ermöglicht es eine Verbreiterung der Solidaritätsbewegung ins Spektrum der Öko- und Hausbesetzerbewegung hinein, die sich seit den Berliner Hausräumungen (nach AK 208 werden ca. 300 Verfahren deswegen geführt) und den Nürnberger Massenverhaftungen ebenfalls durch den § 129 bedroht fühlen. Insgesamt werden ca. 200 Verfahren (AK 208) wegen § 129a gegen

Unterstützer der Forderung nach besseren Haftbedingungen für die RAF-Genoss(innen) eingeleitet. Viele bleiben gleich in U-Haft; 3. ist die Solidaritätsbewegung gezwungen, immer mehr die Öffentlichkeitsarbeit in der Illegalität zu organisieren. Neue Aktions- und Kommunikationsformen werden entwickelt. Die Aktionsformen werden innerhalb der Bewegung akzeptiert als notwendige Ergänzung zu anderen Widerstandsformen. Der legale Rahmen gilt als ausgeschöpft. Jeder der die Forderung der RAF öffentlich vertritt, muß mit Strafverfolgung rechnen (s. z.B. Zerschlagung der Demo in Frankfurt). Festzuhalten ist, daß eine Massenarbeit auch unter sich verschlechternden Bedingungen nicht aufgegeben werden darf. Wir müssen z.T. nur andere Formen wählen, z.B. Briefkastenentsendungen, mit Kollegen reden, Behördenbriefe mit falschem Briefkopf verschicken, Flugblätter zu Groß-Veranstaltungen/Demonstrationen machen, Agitationsstil auf die Adressaten ausrichten. Auf dieser Ebene haben wir unseren Rahmen im letzten Hungerstreik noch längst nicht ausgeschöpft.

4. gab diese massive Reaktion des Staates auf die Solidaritätsbewegung auch vielen "Liberalen" bzw. der etablierten Linken wieder die Möglichkeit, sich auf ihrer Ebene zu engagieren. Es entsteht eine Diskussion über die §§ 129 und 129a und über Zwangsernährung. Auch die ausländische Öffentlichkeit schaltet sich ein (dazu siehe z.B. TAZ v. 18.3.81, offener Brief westdeutscher Ärzte, Spiegel 16/81, AK 199: Internationale Vereinigung demokratischer Juristen schaltet sich ein, AI, Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., kirchlich oppositionelle Gruppen, Gruppen in den Niederlanden . . .). Beispielhaft für diese Entwicklung hier vielleicht eine Erklärung des Vorbereitungstreffens zur Brokdorf-Demonstration, das am 21.2.1981 in Heiligenstätten stattfand. Dort wurde von ca. 200 Anwesenden bei 10 Nein-Stimmen (fast sämtlich DKP) eine Resolution angenommen, in der es am Schluß heißt: "...Solidarität mit den Gefangenen in den Knästen heißt für uns: - Herstellung von Öffentlichkeit über die Haftbedingungen, - uns unsere Widerstandsformen nicht vorschreiben zu lassen und uns in unserem Kampf gegen Einschränkung von Wohnraum, AKWs oder Militarismus nicht einschüchtern zu lassen. Solidarität mit allen sich im Hungerstreik befindlichen Gefangenen!" (Hungerstreik-Info Hamburger Autonomer Gruppen)

Auf der Ebene militant praktischer Aktionen das gleiche Bild. Es vergeht kein Tag ohne praktische Aktionen (Anschläge jeder Art, siehe AK 199). Interessant an den Anschlägen ist, daß sie ihr Engagement aus ihrer eigenen Betroffenheit und ihren eigenen politischen Arbeitsbezügen heraus artikulieren. Die Aktionen sind auf den verschiedensten Ebenen angesiedelt. Von militanten Massenaktionen bis zu verdeckten Aktionen, oder Angriffe gegen Militäreinrichtungen (z.B. US-Militärzug, Molotow-Cocktails in das Arbeitsamt der US-Armee in Frankfurt am 30.3.81, Anschlag gegen das Gebäude des militärischen Nachrichtendienstes in Gießen). Auch SPD-Büros und Polizeistationen, Banken sind Steinhageln ausgesetzt oder auch mal nem Molli oder ner Schmiererei (besonders natürlich in den ersten Tagen nach Sigurds Tod), Hausbesetzer hängen Transparente aus den besetzte Häusern und protestieren so gegen die Haftbedingungen. Zu den Aktionen ist einschränkend zu sagen, daß wir nicht alle Aktionen sehr überlegt und korrekt fanden, einige auch schädlich. Auch möchten wir die Genoss(innen) aus der RAF davor warnen, alle Aktionen als Zustimmung für ihre Politik zu reklamieren, wie das einige der örtlichen Unterstützerguppen machen. Wie die 4. Mastensprengung von Esenshamm (s. Anti-AKW-Telegr.),



die allerdings erst nach Sigurds Tod erfolgte und sich gegen die Atomindustrie und Haftbedingungen wendet. (Weitere Informationen siehe Hungerstreik-Info Hamburger autonomer Gruppen).

In dieser Phase, das sollte nicht vergessen werden, leisteten die Angehörigen der politischen Gefangenen eine sehr gute Öffentlichkeitsarbeit (Spiegelbesetzung in Hamburg, Ankettung in Bonn, Goetheinstitut in Amsterdam, Aktion in Brüssel). Es folgt dann die 3. Phase des Hungerstreiks, in der von den bürgerlichen Medien die Öffentlichkeit auf ein, zwei . . . viele Tote vorbereitet wird. Zeitung, Radio und Fernsehen - von allen Seiten wird jetzt eine offensive Berichterstattung betrieben. Dies wird oft verbunden mit der Warnung vor Auseinandersetzungen. Der Staat sieht sich in dieser Situation genötigt, zu taktieren, um eine möglich scheidende Ausweitung der Kämpfe zu verhindern.

So berichtet der Tagesspiegel vom 2.4.: "Polizeipräsident Hübner habe mitgeteilt, daß die Polizei sich nur auf mögliche Auseinandersetzungen im Falle der Zuspitzung des Hungerstreiks oder auf Aktionen der Hausbesetzerzene nach einer eventuellen Durchsuchung bzw. Räumung vorbereiten könne, nicht aber auf die Beherrschung der Folgen beider Ereignisse zugleich." Justizsenator Meyer verhindert deshalb z.B. auch eine

Durchsuchungsräumung in Berlin. Bürgermeister Vogel u.a. Politiker rufen zur Besonnenheit auf. Sie wissen warum, Sigurd Debus ist zu Tode zwangsernährt (Massenblutung im Gehirn). Andere Gefange stehen an der Schwelle zum Tod. Die Ärzte geben nicht wieder zu behebende Gesundheitsschäden für weitere Streikende bekannt. Der Staat sieht sich gezwungen, eine weitere Vereinheitlichung der verschiedenen Teilbewegungen (AKW, Häuser) zuvorzukommen, Revolten, die sich abzeichnen sollen verhindert werden. So werden am 15./16.4. Geheimverhandlungen geführt – als Präventivmaßnahme – um die Hungerstreikenden zum Abbruch zu bewegen. Ziel des Staates ist die Desorientierung der sich formierenden Solidaritätsbewegung außerhalb der Knäste, Abtrennung der Gefangenen. Geheime Verhandlungen, Diskretion ist ihr wichtigstes Mittel. Die RAF-Gefangenen fallen darauf herein. Sie akzeptieren die Diskretion. Zum zweiten Mal, muß man sagen, denn schon beim 79er Hungerstreik war den Gefangenen zugesagt worden, daß ihre Haftbedingungen überprüft, eine internationale Kommission bestehend aus europäischen Persönlichkeiten, eingesetzt werden soll, passiert ist danach nichts. Die Gefangenen schreiben nach Sigurds Tod: "Wir haben uns entschlossen, den Hungerstreik abzubrechen, nachdem wir nach Intervention von Amnesty International davon ausgehen, daß kein Gefanener mehr isoliert wird und mehrere Gruppen von Gefangenen gebildet werden." Die Interventionen waren individuelle Vermittlertätigkeit, wie wir heute wissen. Die Art der Verhandlungen offenbart große Schwächen.

1. Die RAF-Gefangenen haben nicht begriffen, daß Zusagen der Ausdruck eines Kräfteverhältnisses sind. Es gibt keinen Verlaß auf Zusagen, die nicht aufgrund öffentlichen Drucks zustandekommen. Jede Verhandlung mit diesen Chargen muß öffentlich geführt werden oder Hungerstreik-Abbruch. Alles andere ist Illusion über diesen Staat. Nach der IRA (der Vergleich in der Erklärung mit der IRA ist sehr überzogen, was das Kräfteverhältnis zwischen Revolutionären und Staat angeht) mußten auch die RAF Genoss(innen) einmal mehr die Erfahrung machen.

2. Es offenbart den Mangel der RAF-Genoss(innen) mit einer Solidaritätsbewegung korrekt zusammenzuarbeiten. Während der Staat jederzeit über die Situation der Gefangenen informiert war, war die Bewegung es kaum. Von den Verhandlungen wußte – außer den Eingeweihten – niemand etwas. Die kurze Erklärung ließ nur Fragen offen. Der Tod von Sigurd schien sinnlos, nichts Verbindliches war erkennbar, bis nach Wochen endlich die Protokolle öffentlich gemacht wurden. Bis dahin gibt es gar keine weiteren Äußerungen der Gefangenen. Nach einer kurzen Phase der Haßentladung nach Sigurds Tod in einer Reihe von Städten, folgt Resignation – ein Prozeß der Aufarbeitung beginnt.

Wir verlangen von den RAF-Gefangenen eine Selbstkritik zu diesen beiden Punkten.

Daß ein anderes Vorgehen möglich ist, zeigt die Abbrucherklärung von Stefan Wisniewski.

Aber auch was die inhaltliche Seite (Forderung nach interaktionsfähigen Gruppen und Haftbedingungen gemäß den Mindestgarantien der Genfer Konvention) wollen wir endlich eine selbstkritische Auseinandersetzung einleiten. Ohne diese Auseinandersetzung wird auch der nächste Hungerstreik kein erfolgreicher im Sinne der Durchsetzung von Verbesserungen für die Gefangenen aus der RAF sein. Das muß allen Beteiligten klar sein. Wenn wir in eine sinnvolle Auseinandersetzung mit den Gefangenen aus der RAF eintreten wollen, müssen wir uns oft von uns gebrachte Unterstellungen abschminken (z.B. Rote Hilfe München). Es stimmt einfach nicht,

daß die Gefangenen grundsätzlich auf privilegierte Haftbedingungen aus sind. Die ersten 3 Hungerstreiks (73 - 75) wurden für die Gleichstellung aller Gefangenen geführt. Im Kampf für diese Forderung ist Holger Meins ermordet worden.

Eine zweite Tatsache sollte wir auch nicht außen vor lassen: In den Jahren 75 - 77 fanden die Prozesse in Hamburg, Stammheim, Berlin und Kaiserslautern statt. Fast alle RAF-Gefangenen waren U-Häftlinge und bereiteten ihre Prozesse vor.

Rein subjektiv schien es unmöglich, über kleine Verbesserungen (Zusammenlegung) hinaus etwas zu verbessern. Diese kleinen Verbesserungen waren notwendig, um die Prozesse überhaupt einigermaßen vorbereiten zu können. Daß diese Situation natürlich auch etwas mit Politik der RAF außerhalb der Knäste zu tun hatte, sei hinzugefügt, bedarf aber einer näheren Analyse. Als einzige Überlegung für den Niedergang der Solidaritätsbewegung ist es sicherlich falsch. Daß die Gefangenen aus der RAF Zusammenlegung forderten, hatte natürlich auch inhaltliche Gründe.



K. Jünschke stellt diese (in einigermaßen verständlichem Deutsch) im ID 326 S. 11 dar: "... blieb uns der Versuch, eine diplomatische Front aufzubauen. Solidaritätskomitees gegen die Isolation/das Modell Deutschland in allen westeuropäischen Ländern. Von den Rückwirkungen der Initiativen dieser Komitees war zweierlei zu erwarten: eine Ermutigung und damit eine Wiedererstarke der innerstaatlichen Opposition gegen die Isolation und die totalitäre Führung der Prozesse in den Staatsschutzfestungen und ein Nachgeben der Regierung aus Gründen der Image-Pflege, d.h. eine Bereitschaft von oben, die Haftbedingungen zu lockern. ... AI zeigte nur sehr wenig Bereitschaft, für uns zu intervenieren. Die 'Europäische Konvention gegen den Terrorismus' war in Vorbereitung, bzw. trat in Kraft (= Kriminalisierung des gewaltsamen Widerstandes). Deshalb war es in Zusammenhang mit den Vietnam-Beweisanträgen, dem völker-

rechtlichen Widerstandsrecht, das naheliegendste, zu versuchen, Haftbedingungen nach der Genfer Konvention mittels der Unterstützerkomitees in den westeuropäischen Nachbarländern durchzusetzen."

Zu einer solchen Mobilisierung, wie sie sich die Genossen damals vorgestellt haben, ist es allerdings nicht gekommen. Dies stellt auch Jünschke fest, der die Genfer Konvention heute nicht mehr für sinnvoll hält und stattdessen eine Minimalplattform vorschlägt, die folgendermaßen aussehen könnte:

- Entwidmung der Trakte,
- Abschaffung jeder Form der Isolation
- Entlassung der Haftunfähigen (ID 326)

Statt der von den RAF-Genoss(inn)en erhofften Mobilisierung hat sich eine ganz andere Entwicklung abgezeichnet. In den 70er Jahren sind in der BRD (und nicht nur dort) Basisbewegungen entstanden, die zunächst mal an verschiedenen Punkten den zügigen Ausbau von Atomrüstung, Atomkraftwerken, Knaststätten, Kriegsvorbereitungen etc. verzögern.

Ungeachtet der verschiedenen staatlichen Integrations- und Einschüchterungsversuchen verbreitert sich dieser Widerstand und damit das anti-staatliche Bewußtsein. Auch wenn in diesen Bewegungen — noch — nicht über tatsächliche Möglichkeiten einer revolutionären Veränderung gearbeitet wird, stellen sie doch bereits heute ein ernsthaftes Problem für den Staat dar.

Der westdeutsche Staat hat sich Möglichkeiten geschaffen, um die Kontrolle über diese Entwicklung nicht zu verlieren, bzw. wiederzuerlangen. Zum Teil kann er nach wie vor darauf bauen, daß sich ein Großteil mit diesem System identifiziert und loyal verhält, solange es ihm Wohlstand und soziale Sicherheit sowie ein Gefühl der nationalen Stärke und Zugehörigkeit verspricht.

Vorbeugend ist gleichzeitig aber ein umfangreiches Netz zur Kontrolle dieser Bewegungen und aller Nichtangepaßten aufgebaut worden. (siehe Regierungserklärung SPD/FDP 69)

Das ist auch der Sinn der neuen faschistischen Knast-"Reform". Sie soll die sich massenhaft ausweitende Kriminalität in den Griff kriegen. Dazu sind folgende Hauptstränge entwickelt worden:

1. Belagerung der Stadtteile, d.h. Ausbau der Bewährungshilfe, Führungsaufsicht, Projekt der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Sozialarbeitern, Einfluß des BKA/LKA auf die Stadtplanung, Einrichtung von Kontaktbereichsbeamten . . .

2. differenzierte Vollzugsformen als Filter für die unterschiedliche Bereitschaft zur Arbeit — Stufenvollzug zur Konditionierung auf Arbeitsmoral, d.h. der Aufstieg zu angenehmeren Haftbedingungen (offener/Halboffener Vollzug, Urlaub, 2/3 . . .) ist gekoppelt mit der Unterwerfung unter die Arbeitsmoral.

3. Das Traktprogramm zur Isolation und Vernichtung von Sozialrebelln.

Das Ausmaß der gebauten neuen Knäste und Trakte zeigt, welches Ausmaß an sozialer Rebellion erwartet wird. Auf was die Herrschenden sich zumindest einstellen. Das ganze Programm ist *international*. Der Widerstand wird es auch sein müssen, aber soweit sind wir noch

nicht. Für die Genoss(inn)en aus der RAF stellt sich angesichts dieser Situation die Frage: Will sie *mit* der entstehenden sozial(revolutionären) Bewegung den kurz skizzierten reformfaschistischen Strafvollzug bekämpfen oder langfristig die Trennung von jedem sozialrevolutionären Ansatz in der BRD in Kauf nehmen und eine Zusammenlegung, falls sie möglich ist, nur in den Hochsicherheitstrakten denkbar ist, akzeptieren, wie Stefan Wisniewski dies in 2 Fragmenten als "Ankündigung" zur gemeinsamen Bestimmung einer neuen Etappe richtig beschreibt.

2. "Die 15er Gefangenenzusammenlegung von uns, auf der zwischenzeitlich überholten und für den Guerillakampf innerhalb der Metropolen unbrauchbaren Schiene der Genfer Konvention, ist eine politisch falsche Stoßrichtung. Sie trennt uns langfristig von jedem sozialrevolutionären Ansatz in der BRD, wie er schon heute im Keim einer sozialen Bewegung sichtbar wird. Eine 15er Zusammenlegung — selbst wenn sie realisierbar wäre — ist ohne eine Form des Hochsicherheitstraktes undenkbar. Das aber heißt: halt doch die Stufeneinheiten des reformfaschistischen Strafvollzugs zu akzeptieren.

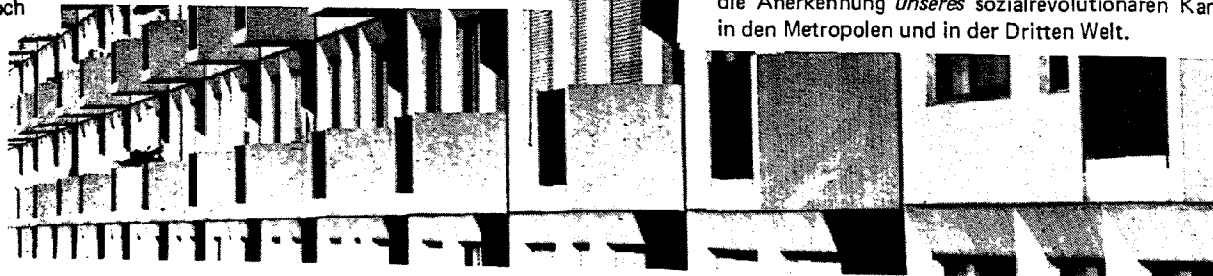
3. Zusammenlegung verstehe ich als Aufhebung aller Trennungen zwischen politischen und sozialen, sozialen und sozialen und natürlich politischen und politischen Gefangenen. Nur so materialisiert sich Selbstorganisation und Befreiungskampf. Es muß gehen um: die Zerschlagung der Hochsicherheitstrakte und auf Dauer der Gefängnisse überhaupt. Stichwort „Rekonstruktion der Klasse“ in der Stunde der ökonomischen Krise und Restrukturierung, Aufhebung der Spaltung Proletariat/Subproletariat bzw. hier Kriminelle/Normale (auf internationaler Ebene siehe italienische Erfahrungen)."

Ein Ansatzpunkt für eine neue Diskussion können unseres Erachtens die Forderungen der Gefangenen aus Moabit, die im Februarstreik aufgestellt wurden, und die Forderungen der Drogengefangenen, die im Augenblick in Berliner Knästen (Lehrter Straße und Neukölln) im Hungerstreik sind, sein. Jeglicher Widerstand, der zur Durchsetzung dieser Forderungen eingesetzt wird, ist von uns zu unterstützen.

Die Genfer Konvention ist erstmal ein formales, juristisches Zugeständnis der Herrschenden gegenüber den nationalen Befreiungskämpfern in der 3. Welt. Sie ist für uns aber nicht Gradmesser oder realer "Ausdruck des internationalen Kräfteverhältnisses zwischen Revolution und Imperialismus" (Margit Schiller), schon gar nicht zwangsläufig "zum Schutz von gefangenen Revolutionären" in den westlichen Industriemonopolen.

Uns liegt daran, das "traditionelle Rechtsverständnis" der westlichen Metropolen zu verändern, bzw. vom Staat als Kämpfer anerkannt zu sein. Wir scheißen auf ihre Anerkennung, denn für uns zählt als "politische Orientierung" nur die reale Veränderung des Kräfteverhältnisses, die Anerkennung *unseres* sozialrevolutionären Kampfes in den Metropolen und in der Dritten Welt.

AK 201 11.5.81



a ch Ja

irgendwann, irgendwo wurde mal von einem gemeinsamen Kampf gesprochen . . .

DISKUSSIONSBEITRAG aus dem
KNAST TEGEL
BERLIN

Seit Jahren kämpfen Frauen in der Lehrter Straße mit dem Mittel des Hungerstreiks für bessere Haftbedingungen, ihre Situation wird sich demnächst, nach Fertigstellung des Neubaus, noch verschlechtern. Seit Jahren kämpfen Gefangene aus der RAF/2. Juni mit dem Mittel des Hungerstreiks für bessere Haftbedingungen, ihre Situation verschlechtert sich kontinuierlich. Seit Jahren laufen in den Knästen, fast unbeachtet, individuelle Hungerstreiks. Alle sind kläglich gescheitert. Im Moment läuft im Drogenknast einer. Auch er wird mehr oder weniger scheitern. (Obwohl natürlich die Aktion an sich ein Erfolg ist.) Verschiedene Hungerstreiks, verschiedene Gruppen/Erklärungen/Forderungen usw. usf. — mit anderen Worten: Niederlagen auf der ganzen Linie.

Hier und da gibt es Verbesserungen/Erleichterungen, aber nur, um noch besser spalten zu können oder von vornherein ne einheitliche Linie erst gar nicht aufkommen zu lassen.

Der Hungerstreik im Februar hat zumindest in Ansätzen gezeigt, daß wir durch einen gemeinsamen, breit gefächerten Hungerstreik (Berlin: 2. Juni, RAF, Amerika-Haus-Leute, Eierdiebe) das Knastsystem ins Wanken bringen können. Er hat auch gezeigt, daß Unterstüt-





zungsaktionen draußen (SPD-Büro-Besetzung) bei halbwegs identischen Forderungen (2. Juni/Eierdiebe: Gleichstellung *aller* Gefangenen, gegen Trakts jeder Art usw.) nicht so ohne weiteres kriminalisiert werden können. (ermittelt wurde natürlich trotzdem.)

Beim letzten Hungerstreik haben allein in Berlin 5 Gruppen mit fünf (?) verschiedenen Erklärungen gehungert, von den Übereinstimmungen zwischen 2. Juni und Eierdieben mal abgesehen. Es war ein Leichtes fürs System, uns gegeneinander auszuspielen: wir bekamen Umschluß, die Amerika-Haus-Leute wurden zusammengelegt, der 2. Juni bekam ein paar Erleichterungen und Versprechungen, die Frauen aus der Lehrter Straße gar nix, weil sie – wenn ich mich richtig erinnere – lediglich die Amerika-Haus-Leute unterstützen wollten, und die RAF bekamen Toten und Sprechblasen. Bis auf der RAF wurden also jeder Gruppe ne Forderung erfüllt, so daß sie ihren Hungerstreik abbrechen *konnte*.

Abgesehen von solchen Kisten, tausend verschiedenen Forderungen, bemüht sich damals kaum jemand um ne einheitliche Linie, von einheitlichen Forderungen ganz zu schweigen.

Aus diesem ganzen Schlamassel gibt es nur eine richtige Erkenntnis (ah, der Oberlehrer kommt durch), die so lächerlich klingt, daß es schon gar nicht mehr wahr ist: **SO NICHT MEHR**. Oder: nicht mehr mit gegenteiligen Forderungen für ein und dieselbe Sache kämpfen/hungern, sondern mit identischen sich ergänzenden Forderungen dieselbe Sache bekämpfen. Gegenteilige Forderungen spalten uns und nehmen den Schweinen die Arbeit ab. (Dit wird noch öfter auftauchen.)

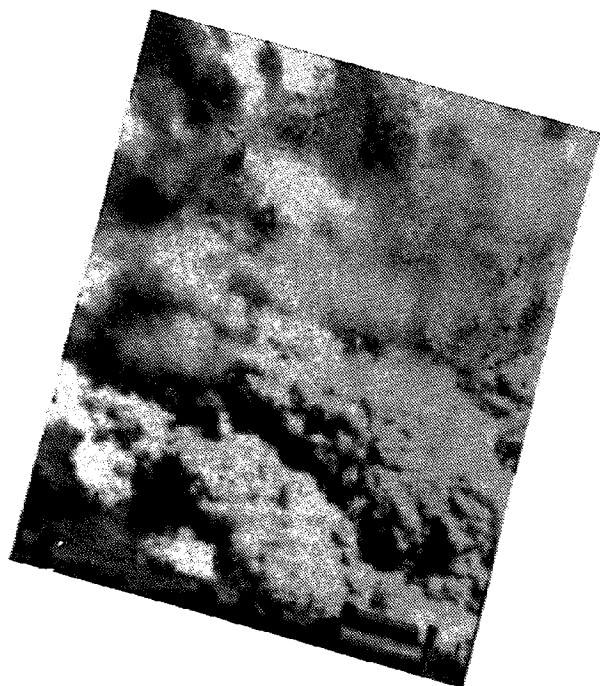
II. Was hier läuft (Tegel)

Fast absolute Funkstille. Fast . . . denn es knistert im Gebälk: die Situation in den einzelnen Häusern ist katastrophal. In Haus III läuft nix, genauso in Haus II, in Haus I sind wir gerade dabei, ne Gruppe aufzubauen. Von hier wollen wir versuchen, daß die anderen Häuser nachziehen. Ziel ist es, daß sich in jedem Haus (Haus IV, ausgenommen) 2,3 kleine Gruppen bilden. Dieses Ziel ist trotz des Behandlungsvollzuges realistisch. Der nächste Schritt wäre gemeinsame Aktionen.

Es geht nicht an, daß gesagt wird, in Tegel ist nichts mehr zu machen, die Tegeler wollen nicht oder sind vom Vollzug neuerer Prägung schon zu sehr korrumpiert. Das stimmt und stimmt nicht.

Klar, die fast physisch wahrnehmbare Spannung der 70er Jahre ist weg, die schlimmsten Knackpunkte sind weggeformiert: es gibt reichlich Aufschluß für alle, mehr Urlaub usw., an die Stelle des offenen Widerstands ist ne nach innen gerichtete (unterdrücktel) Wut getreten; jeder spürt, daß er sich durch angepaßtes Verhalten verkauft, daß er sich verkaufen muß, um nicht aussortiert zu werden. Die gegen den Knast, gegen die Haftbedingungen gerichtete Wut wird geschickt umgeleitet auf das eigene Ich. Lange-Lehngut hat den Laden hier wirklich gut im Griff. Aber was heißt das schon. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, daß wir uns umorientieren müssen, daß wir die nach innen gerichtete Wut wieder auf ihre eigentlichen Ursachen zurückführen müssen, einfach nur neue Ansatzpunkte suchen müssen. (Son erster kleiner Versuch ist unser Oktober-Papier.) Es muß einfach möglich sein, den Leuten hier zu erklären, daß unter den hellen Farben noch immer das grau vergangener Tage ist und daß ihre Körper zwar relativ frei geworden sind, sie dafür aber ne Schraubzwinge am Kopp haben. Unsere Wut muß reaktiviert und in gemeinsames Handeln umgesetzt werden. Naja, zumindest versuchen (!) müssen wir es.

Neben Friede, Freude, Eierkuchen gibt es noch genügend Gruppen, die nicht oder noch nicht in den Genuß gesetzlich verordneter Gehirnwäsche gekommen sind: Fixer, Vollzugsgestörte, Arbeitsverweigerer, Kopfchaoten. Die gilt es anzusprechen, mit denen können und wollen wir



was machen. Und die ewig Unzufriedenen, die störrisch durch den Volzug schlurften und nicht wissen, warum sie unzufrieden sind. Es ist wirklich nicht so, daß wir Knackis total angepaßt und korrumpiert sind, es ist nur so, daß viele nicht mehr durchblicken, daß sie die Gehirnwäsche einfach nicht schnallen. Die Leute hier wissen nicht (mehr), wogegen sie kämpfen sollen, das ist es wohl. Immer wieder: was sollen, was können wir wogegen machen?

Ob ein gemeinsam mit der RAF geführter Hungerstreik das geeignete Mittel ist, um diesen Zustand zu knacken, ist fraglich. Wir müssen davon ausgehen, daß die RAF hier drin einen ziemlich miesen Ruf hat — "denen haben wir die ganze Scheiße zu verdanken" und "denen gehts sowieso besser, was wollen die eigentlich" etc. . Selbst bei denen, die der RAF nahestehen, macht sich langsam aber sicher ne Ablehnung bemerkbar: was solls, wir haben für Gleichstellung aller Gefangenen gehungert und die (RAF) wollen nicht mal was mit uns zu tun haben. Bewußt provokativ gesagt, muß die RAF zu uns gemeinen Knackis herabsteigen, um das hier vorherrschende Bild einer elitären Gruppe im Knast zu knacken. D.h. die RAF muß ihre Berührungängste überwinden; sie muß ihre — bequemerweise? — verallgemeinerten schlechten Erfahrungen mit Knackis im Normalvollzug revidieren, neu überdenken; sie muß den ganz normalen Knastalltag als neuen Kampf- und Lebensbereich begreifen. Die Forderung nach Zusammenlegung heißt auch, daß die RAF nichts mit uns zu tun haben will, heißt weiter, daß uns Knackis jegliches Bewußtsein abgesprochen wird. Wenn wir Knackis für die Abschaffung der Trakte hungern und die RAF für besseres Essen im Knast, dann ist der Punkt erreicht, an dem sich ne gute Knastbewegung aufbauen läßt.



III.

Warum kann die RAF, können die "Bewegungsgefangenen" nichts mit uns Knackis anfangen? Warum hängen beide Gruppen hier im Knast in nem Vakuum? Immer wieder wird gesagt, mit denen (uns Knackis) können wir nix anfangen. Mit dazu beigetragen hat vielleicht draussen ne gewisse Heroisierung des bewußt oder unbewußt gegen den Knast kämpfenden Knackis. — Ein Monstrum, das es so gar nicht gibt. Dann fahren Leute ein, lernen Knackis kennen und sehen plötzlich, daß es den Knacki gar nicht gibt, daß der Knacki ooch bloß ein armes Würstchen ist, dem sein Paket Tabak wichtiger ist als der Aufruf, an nem Hungerstreik teilzunehmen. Mag sein, daß diese Erkenntnis für viele sowat wie'n Schock ist, sie rechtfertigt aber noch lange nicht, zu sagen, mit dem Knacki gemeinsam wollen wir deshalb nichts zu tun haben.

Der zweite Punkt ist wohl der, daß die sich politisch nennenden Gefangenen sich nicht an den im Knast herrschenden Bedingungen orientieren, sondern ausschließ-

lich an dem, was draußen läuft. Statt ihren draußn geführten Kampf weiterzuführen, statt auf uns und unsere Bedürfnisse einzugehen, sind sie mit Leib und Seele draußn, wird alles diffamiert und verlacht, was nicht bestimmte politische Kriterien erfüllt. Statt den ruf nach besserem Fressen als Anknüpfungspunkt für weiterreichende Aktionen zu begreifen, wird schlicht gesagt, mehr wollt ihr nicht, ihr habt nur eure Bäuche im Kopp. Klar hat der Ruf nach besserem Fressen nicht die politische Qualität wie z.B. ne Hausbesetzung, aber die Häuser wurden schließlich auch nicht von heute auf morgen gesetzt, und Schleyer/Lorenz wurden auch nicht aus'm Stehgreif von zufällig sich treffenden Leuten geklaut, sondern nach vielen Jahren kontinuierlicher Arbeit.

IV.

Die Forderung nach interaktionsfähigen Gruppen hat es den Schweinen nun mal erleichtert, ihre Trakte besser verkaufen zu können: "Nur hier, im Trakt, kann dieser Forderung nachgekommen werden". Diese Forderung ist abenteuerlich und selbstmörderisch zugleich, legitimiert letztendlich nur weitere Trakte. Wenn ich daran denke, daß Trakte in Zukunft (und einige gibt es schon) auch mit uns Knackis belegt werden, dann sträuben sich mir die Haare. Es darf im Knast nur ein Kampf geführt werden, und der ist nur möglich, wenn alle den Normalvollzug als Lebensbereich begreifen und sich in ihrem politischen Handeln an den gegebenen Umständen orientieren. Gemeinsames Handeln bedingt gemeinsame Forderungen, gegenteilige Forderungen spalten und nehmen den Schweinen die Arbeit ab. Das heißt: Grundbedingung ist ein von allen an einem Hungerstreik teilnehmenden Gefangenen getragener Rahmen.

- Gleichstellung aller Gefangenen
- Abschaffung jeglicher Isolationshaft: Trakte, Bunker etc.
- Integration aller Gefangenen in den Normalvollzug (ne einfache Gleichstellung ist noch längst keine Integration)

Erst dahinter sollten differenzierte Forderungen wie keine Zwangstherapie, Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen usw. autableben. Bei diesen Forderungen für hier nichts festlegen, da die Situationen von Knast zu Knast, ja von Haus zu Haus verschieden sind. Es ist schön, daß die RAF sich in ihren Hungerstreikerklärungen mit den Völkern der Dritten Welt solidarisch erklärt (is so schön weit weg, wa), es ist weniger schön, daß sie dabei vergißt, daß sie von über 50.000 gefangenen Menschen umgeben ist.

Über das

Knastsystem in Spanien

**Demokratie auf Spanisch —
oder wie sie lernten
die Folter zu lieben!**

Nach der Franco-Ära gaben sich die neuen Machthaber im Hinblick auf das Gedeihen einer "Demokratie" rein äußerlich sehr großzügig: Für tausende von "Kriminellen" öffneten sich nach einer Amnestie die Gefängnistore, nur die "Terroristen" (vor allem aus der ETA) blieben auch für diese Herrschaftsform gefährlich.

In den Gefängnissen herrschten unter Franco halbfeudale bis mittelalterliche Strukturen, wo Knüppelvollzug, mieseste hygienische Zustände mit Seuchengefahren und tausenden von Ratten sowie alltägliche Folter an der Tagesordnung waren. Diese offene Gewalt paßt nicht zu einer jungen Demokratie, wo bürgerliche Herrschaft und soziale Kontrolle funktionieren soll. Eine Herrschaft also, die nicht auf offener Unterdrückung basiert, sondern die sich vor allem durch Massenloyalität ausdrückt. Von daher müssen die Herrschenden ihre Gefängnisbauten dem europäischen Modell, sprich Hochsicherheitstrakt im Rahmen eines "humanen" Strafvollzugs, anpassen.

Die NATO, EG und Spanien

Der politische Wille und die ökonomische Notwendigkeit sich in die EG und die NATO einzureihen, hat Konsequenzen. Die Verhandlungen über den EG-Beitritt ziehen sich noch hin. Entscheidend für das Zustandekommen ist die Beständigkeit einer Regierung, die gegen Putschversuche von Rechts und gegen allzu massive Autonomiebestrebungen von Links ihr demokratisches Mäntelchen behält.

Schneller ging es mit dem NATO-Beitritt, wo die westlichen Industrieländer auch ein stärkeres Eigeninteresse vertreten, d.h. sie drücken auch mal ein Auge zu, wenn die innere Stabilität nicht so stimmt. Eines ihrer Hauptinteressen ist die Interventionsmöglichkeit im Nahen Osten, falls die dortigen Ölquellen für sie versickern. Dabei spielen die Militärstützpunkte in Spanien, v.a. am Golf von Cadix, eine wichtige Rolle. Für Spanien ist der NATO-Beitritt insofern interessant, als daß der Regierung europäisches und amerikanisches know-how erst als NATO-Vollmitglied zur Verfügung steht.

WAS HAT DAS NUN FÜR INNERE KONSEQUENZEN?

1979 wurde mit der Zustimmung der kommunistischen und sozialistischen Partei das Anti-Terror-Gesetz verabschiedet, wonach z.B. Festgenommene zehn Tage lang ohne Benachrichtigung von Verwandten oder Anwälten auf einem Polizeikommissariat ausgequetscht werden können. Weiterhin enthält es ein 15-Punkte-Program, das den deutschen Anti-Terror-Gesetzen entnommen wurde: Fahndungsplakate an alle öffentlichen Gebäuden, Zensur gegenüber der radikalen Linken, Aufbau einer Spezialtruppe (a la GSG 9), die Überwachung und Verfolgung von Rechtsanwälten, die ETA-Mitglieder verteidigen, und der Bau von Spezialgefängnissen ...

Diese Sonderknäste sind also keine spanische Eigenart. Sie existieren neben den alten Bastionen der Gewalt bzw. schießen fast wie Pilze aus dem Boden.

HERRERA DE LA MANCHA — EUROPÄISCHE UND DEMOKRATISCHE EFFEKTIVITÄT



Herrera de la Mancha, südlich von Madrid auf einer Hochebene, 50 km entfernt vom nächsten Ort, ist seit 1979 in einer Rekordzeit von zehn Monaten gebaut worden. Der Spezialknast wird von paramilitärischen Guardia Civil bewacht. Der äußerste Gürtel wurde nach den neuesten Erkenntnissen gebaut: Ein Kilometer freies Schußfeld, Außenmauern mit Alarmanlagen, elektronische Barrieren usw.. Herrera de la Mancha besteht aus vier absolut gleichen Teilen mit jeweils Einzelzellen, EBräumen, Krankenstation, Kapelle, Innenhof und Verwaltung. Die Isolierung zwischen den Einheiten ist genau so durchgeführt, daß jede Einheit wie ein Gefängnis im Gefängnis ist. Das heißt, dieser Bau ist aufstandsbewährt und ausbruchsicher gebaut.

Nach Herrera de la Mancha wurden "hochgefährliche" Gefangene interniert: "Diese Klassifikation der Gefährlichkeit geschieht nach dem bisherigen Leben des Gefangenen, nicht nach der Art des Verbrechens, sondern nach seinem normalen Verhalten innerhalb eines anderen Gefängnisses." (Direktor von Herrera de la Mancha).

Doch neben den modernen "weißen" Foltermethoden wie sensorische Deprivation (Reizentzug), Trennscheiben und Überwachung bei den spärlichen Besuchen usw., also Zuständen wie sie hier auch in den Trakten bestehen, findet weiterhin auch die offene Folter statt.

DAS ALTE RELIKT - DIE "BRAUNE" FOLTER
 Amnesty International hat allein 1980 14 Fälle von Folterungen nachweisen können. Die Organisation hat diese Mißhandlungen der spanischen Regierung vorgeworfen, was diese jedoch bestritt. Ihr Anliegen bestand darin, daß die "Folterungen das Vertrauen in die Demokratie zutiefst erschüttern würde." AI kam abschließend zu dem Ergebnis, daß die Franco-Diktatur ja nicht durch eine Revolution, sondern durch evolutionäre Entwicklungen ohne innere Säuberung abgelöst worden war, d.h. im Unterdrückungsapparat herrschen nach wie vor alte Strukturen bzw. die gleichen Personen vor. 1978 trat Valdes, ein 'liberaler' Strafrechtler, an die Stelle des ermordeten Haddat als Chef der spanischen Strafanstalten. Haddats Wegfall, verursacht durch die GRAPO, wurde durch den Tod eines Gefangenen ausgelöst. Diesem Tod folgten heftige Aufstände in den Gefängnissen. Die einzige Reaktion Haddats lag in der Suspendierung von 10 Wärtern. Das zeigt, wie halbherzig und zögernd die Relikte aus der Franco-Zeit beseitigt werden. Valdes erster Akt war die Verabschiedung einer Strafvollzugsreform. Sie brachte solche Errungenschaften wie die von Herrera de la Mancha mit sich.



KNASTENTWICKLUNG UND WIDERSTAND

Die Knastentwicklung in Spanien ist permanent von Widerstand begleitet. Aufstände und kollektive Hungerstreiks lassen die Herrschenden nicht zur Ruhe kommen. Das Bewußtsein der Bevölkerung über die Funktion des Knastsystems und ihre Bedeutung für den Einzelnen ist ungleich größer als hierzulande (auf die Ursachen und Hintergründe will ich hier nicht weiter eingehen), so daß auf extreme Vorfälle wie den Tod des gefolterten Arregui Anfang 1981 im Baskenland, oft mit Demonstrationen von mehreren tausend Beteiligten und Generalstreiks von der Bevölkerung beantwortet wird. Auch im Herbst 81 fand wieder einmal ein kollektiver Hungerstreik statt, der vom Modela-Gefängnis in Barcelona ausging, wo 1.700 Gefangene mit dem Hungerstreik begannen. Dieser weitete sich dann auf 22 Knäste (1/4 aller spanischen Knäste) mit 6.600 Hungerstreikenden aus. Sie forderten die Reform des Strafrechts, Änderung der Belegungspraxis in den Haftanstalten und Beschleunigung der Strafverfahren. Sie brachen nach einigen Tagen ihren Hungerstreik ab nachdem ihnen eine Überprüfung der Verhältnisse zugesichert wurde. Doch wie soll es anders sein — die Verarschungspraxis der Herrschenden ist international — eine Änderung der Haftbedingungen erfolgte nicht, so daß wieder 2.000 Gefangene kollektiv in den Hungerstreik traten.

Die Knäste in Spanien sind "hoffnungslos" überfüllt. In den 75 Haftanstalten befanden sich 1980 13.600 Gefangene, 1981 schon über 22.000. Die Selbstmordrate ist um 100 Prozent gestiegen.

Der Knast wird allmählich zum Pulverfaß, dem mit Neubauten außerhalb der Stadtmauern a la Trakt begegnet werden soll. Doch aufgrund der politischen Lage wird die "braune" und die "weiße" Folter noch lange in Koexistenz praktiziert werden.

Interner Aufruf der Gefangenen in "Modelo" (Barcelona)

Compañeros!

Der vergangene allgemeine Hungerstreik, an dem wir teilnahmen. — fast die Hälfte der Gefangenen der Halbinsel, 7500 von gegenwärtig 22.000 —, hatte große Bedeutung auf öffentlicher Ebene; die Gesellschaft mußte um die unmenschlichen Bedingungen wissen, unter denen sich die Gefangenen befinden. Die Punkte unserer Forderungen waren folgende:

- Anwendung der Reform des Strafrechtzbuches!
- Beschleunigung der Gerichtsverfahren!
- Anwendung des neuen Strafvollzugsgesetzes!
- Bekanntgabe eines allgemeinen Straferlasses!

Unsere Haltung war richtig, im gewaltfreien Hungerstreik der Gesellschaft beweisen, daß wir weder "Wilde" noch Mörder sind, wie die Autoritäten versucht haben, glauben zu machen.

Am 30. September 1981 beendeten wir unseren Streik, während wir der Regierung einen "Waffenstillstand" von 30 Tagen anboten, um einige Probleme zu lösen, die alle betreffen, und um einige Gesetze anzuwenden, die sie selbst befürwortete: das neue Strafrechtzbuch, mit dem sie seit 1978 spielen und von dem sie schon 1975 sprachen. Aber, Compañeros, sie spielen nicht nur mit den Gesetzen, sondern mit unserer Freiheit und unserer Würde. Die Antwort, die die Regierung auf unsere Petitionen gibt, sind nur Versprechungen; Versprechungen, die sie uns anbieten, seitdem sie eine Verfassung befürworten, die sie nicht durchführen. Vor allem denkt nicht, daß die Anwendung des neuen Strafrechtzbuches

einen Ausweg voraussetzt, denn in vielen Punkten schadet es uns (z.B. Nichtaufhebung der Strafe), es wird nur einen kleinen Gewinn bedeuten für Prozesse ohne Bedeutung. Wir müssen auch an die verurteilten Gefangenen denken, die 44% von uns allen betragen und die in den Gefängnissen verweilen; sie werden nicht für Forderungen kämpfen, die ihnen nicht im geringsten nützen. Es ist notwendig, daß sich der Streik in der Gesamtheit verbreitert. Der "Waffenstillstand" geht am 30. Oktober zu Ende und die Regierung sagt, daß sie in einer so kurzen Frist kein Gesetz anwenden können, das sie seit 4 Jahren dabei sind zu machen.

Bedenkt Compañeros, wir fordern einige Dinge, die sie selbst befürwortet haben... sie sagen, daß das Strafrecht vor Juli oder September 82 nicht fertig sein wird. Die Lösung, die sie für alle unsere Probleme vorgesehen haben, wißt ihr: mehr Sicherheitsgefängnisse, mehr Bewacher und mehr Richter, die uns Gefängnisjahre bringen als wären sie Kartoffeln...

Die Regierung sagt, daß ein Straferlaß verfassungswidrig ist; aber es ist auch verfassungswidrig, daß sie uns über 6 Monate und über 2 Jahre in den Gefängnissen verfaulen lassen, ohne Prozeß, ohne unsere Schuld zu beweisen. Es ist verfassungswidrig, daß sie uns 2 und 3 Jahre in Bunkerzellen einsperren. Es ist verfassungswidrig, daß sie uns auf Kommissariaten und in Gefängnissen verprügeln. Wir Gefangene sehen nirgends die Verfassung, niemand von uns kann sagen, daß sie die Verfassung auf die Gefangenen anwenden.

Compañeros, wir wollen sofort eine Lösung und wenn sie sie uns nicht geben, müssen wir sie suchen; es kostet sie nichts, eine Gesetzesverordnung zum allgemeinen Straferlaß zu machen, als dringender Ausweg, um jetzt unsere Probleme zu lösen...

Wir müssen zum gewaltfreien Hungerstreik zurückkehren, weil wir nur kämpfend unsere Forderungen erreichen werden. In keinem Augenblick sollten wir Gewalt anwenden, weil wir damit nur erreichen werden, daß sie uns spalten, daß die Gesellschaft uns gewalttätig sieht. Wir sind Personen, die es leid sind, zu warten. Meutereien interessieren die Direktion, um unseren Kampf zu verunglimpfen und um das Geld auf unsere Kosten einzustecken, mit dem Märchen, Mängel zu besetzen.

Jeder Gefangene hat die Verpflichtung für seine Freiheit zu kämpfen, wir können nicht so tief sinken, zu fordern, daß sie uns Stahlkäfige bauen und uns daran hindern, das Licht zu sehen.

Die 40 Mrd. Pesetas, die sie beanspruchen für die Errichtung von neuen Gefängnissen, müssen wir verlangen, so daß sie sie für Krankenhäuser und die Errichtung von öffentlichen Kulturzentren verwenden.

Wir fordern:

- Eine Straffamnestie, mit der den vielen Gefangenen alle Gefängnisstrafen gestrichen würden, die sie haben erleiden müssen, was eine Anwendung mit rückwirkendem Charakter erlauben würde und die alle Bestraften der Freiheit näherbringen würde.
- Die Bekanntgabe eines allgemeinen, außerordentlichen Straferlasses, als Ausgleich zur mißbräuchlichen Verzögerung der Strafrechtzbuchreform und als moralische Wiedergutmachung, für die nicht verfassungsgemäße Anwendung des Inhaftierungs-, Prozeß-, und Verurteilungsrechts.
- Man entscheidet über eine geeignete juristische Formel, damit sich jeder der 22.000 Gefangenen, Verurteilte wie die in Vorbeugehaft, an das Recht des persönlichen Straferlasses halten kann. Eine Formel, die es mittels einer normalen Instanz erlaubt, den Straferlaß zu gewähren, ohne komplikationen, Aufschiebung und die Notwendigkeit von juristischen Instanzen

**ES LEBE DIE FREIHEIT!
ES LEBE DER KAMPF DER GEFANGENEN!**



LES

- Les chaînes des prisonniers sont les mêmes que celles de tous les hommes sans pouvoir sur leur vie : elles sont simplement plus visibles. Les détenus, face aux tentatives de pouvoir pour les isoler dans leurs luttes, ont besoin de soutien de tous les révoltés. Leur colère est la nôtre. -

Trakt und Revolte

Das Beispiel Frankreich

REVOLTES

1. Entstehung des Knastsystems

Bis zum 18. Jahrhundert war ein Menschenleben, seine Arbeitskraft, nicht nur in Frankreich nicht viel wert. Hinrichtungen wurden en masse und als Würdigung der Könige vollzogen. Das Gefängnis taucht 1830 auf, baulich vom Panopticon inspiriert, das eine effektive Überwachung sämtlicher Gefängnisinsassen vom zentral gelegenen Wachturm aus ermöglicht.

Seit dieser Zeit ist Frankreich mit seinem Strafsystem vorneweg und beispielgebend für andere Länder.

Das zentrale Leitmotiv war von Anfang an das der Umerziehung. Das eingekerkerte Individuum soll aus seiner Isolation und Haft eine Lehre ziehen, um sich wieder in das bestehende Gesellschaftssystem mit seinen speziellen Anforderungen an Verhalten und Arbeitskraft einzuordnen.

In den Jahren 1835 bis 1840 wird das Reglement im Innern reformiert, das dann eine Vielzahl von Bestrafungen für die Gefangenen mit sich bringt, die sich dem vorgeschriebenen Reglement nicht fügen (z.B. Verweigerung der Nahrungsaufnahme). Es gibt zu dieser Zeit bereits eine Hierarchisierung bzw. Differenzierung im Strafsystem: der blaue Gallon, der rote, der der Geflohenen. Erst 1945 - nachdem viele Politiker zum ersten Mal in deutschen Gefängnissen Haft am eigenen Leib erlebt haben - kommt es dann zu einer erwähnenswerten Reform: sie besteht im wesentlichen darin, neue Methoden der Umerziehung einzuführen, wobei dem pädagogischen Personal bestimmte Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden; den Gefangenen wird erlaubt, einen Beruf zu erlernen, Verbindung nach draußen aufzunehmen oder zu erhalten, eine beschränkte Anzahl von kulturellen Mitteln (Kino, Bücher, Theater) zu nutzen. Ebenfalls 1945 werden die Rechte der Gefangenen und die Zuständigkeit für die Strafdurchführung der Aufsicht eines Richters übertragen. Eine weitere Gesetzesreform erlaubt es den Gefangenen, sich draußen Arbeit zu suchen, vorzeitig auf Bewährung freizukommen - genauer gesagt für diejenigen, die sich ruhig verhalten.

1958 wird die Reform dann ohne große Umstände wieder rückgängig gemacht. Die Gesetzeskommission ist der Ansicht, daß man auf eine Reihe von Prinzipien achten muß, die aus der Sorge um die Sicherheit des Personals resultieren, und daß schließlich ein bestimmter strenger Ton aufrechterhalten werden muß, weil man gerade in dieser Zeit Banden von jugendlichen Delinquenten entstehen sieht.

1959-64 wird alles außer kraft gesetzt, was die Reform von 45 positiv gebracht hatte: Fenster- und Türgitter werden wieder überall installiert; die in den 50er Jahren angewandte Freilassung auf Bewährung wird abgeschafft; das Recht die Zelle anzumalen und Kleidung auf der Zelle aufzubewahren, wird gestrichen, die vom Staatspräsidenten alljährlich annullierten Strafen werden weniger.

In den Jahren 1966-67 nehmen die Spannungen in den Gefängnissen weiter zu: im Knistern zeichnen sich Revolten ab.

1971-74 brechen die Revolten dann aus: 250 Gefängnisse werden verwüstet, unzählige Gefangene werden verletzt und schwerverletzt, 8 kommen im Verlauf der Kämpfe zu Tode.

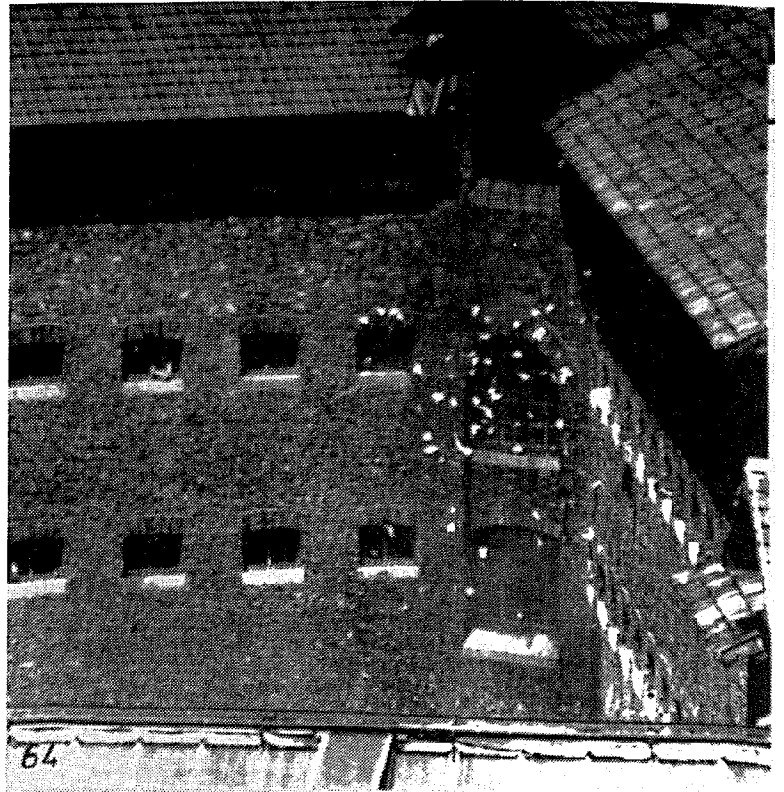
2. Die Revolte von Toul

(übersetzt aus "NEGATION", 0-Nummer, ohne Jahresangabe)

Alle Gefangenen von Toul sitzen Langstrafen ab, d.h. mindestens ein Jahr. Die meisten sind vorbestraft. Das gilt vor allem für die Jugendlichen, die normalerweise eine Reihe von kleineren Delikten anhäufen - hauptsächlich Diebstähle -, die sich dann eines Tages von einer kleinen Verurteilung zur nächsten für ein Jahr hinter Gittern wiederfinden. Viele dieser Jugendlichen haben sehr früh mit dem kennenlernen von Erziehungsanstalten angefangen; dann der Knast, und viele haben den größten Teil ihres Heranwachsens in einer Zelle verbracht.

Das Gefängnis von Toul ist bekannt für seine harte Disziplin, die durch die Berufung eines neuen Leiters noch verschärft wird. In Toul ziehen ein liegengelassenes Stück Brot, das nicht sofortige Aufstehen beim ersten Ton der Wecksirene oder ein Flüstern beim Hofgang ein Wochenende Bunker nach sich - oftmals begleitet von Schlägen oder raffinierten Mißhandlungen wie die "Streit-Liege", auf der die Gefangenen mehrere Stunden lang gefesselt werden.

„Dieses Zentrum für jugendliche Verurteilte, zu dem drei Vollzeitlehrer gehören, brachte jährlich - wenn man es zu sagen wagt - rund 30 Gefangene zum CAP (Aktionskomitee der Gefangenen), ein halbes Dutzend BEPC und, 1970, 15 zum Abschluß der Gesellenprüfung.“ (Le Monde, 11.12.1970)



Das Verbot des Justizministers für alle Angehörigen in ganz Frankreich, Weihnachtspakete zu verschicken (was im übrigen auch von der kommunistischen CGT, in der ein großer Teil der Schließer organisiert ist, mit gefordert worden war, um die überlasteten Schließer nicht noch zusätzlich mit der Kontrolle von Weihnachtspaketen zu behelligen...!) brachte das Faß zum Überlaufen. Das Verbot löste in mehreren Gefängnissen - vor allem Lyon und Perpignan - Proteste aus: Arbeitsverweigerung; Weigerung, in die Zellen zurückzugehen etc.

In Toul geht's am Sonntag dem 5. Dezember abends los, als ein Teil der erwachsenen Gefangenen - etwa 200 bis 300 - sich weigert, in seine Zellen zurückzugehen. Der Direktor läßt alle Türen schließen, ruft die Bullen und wartet auf Anweisungen von Oben. Zahlreiche Mannschaftswagen der Gendarmerie fahren im Gefängnishof auf.

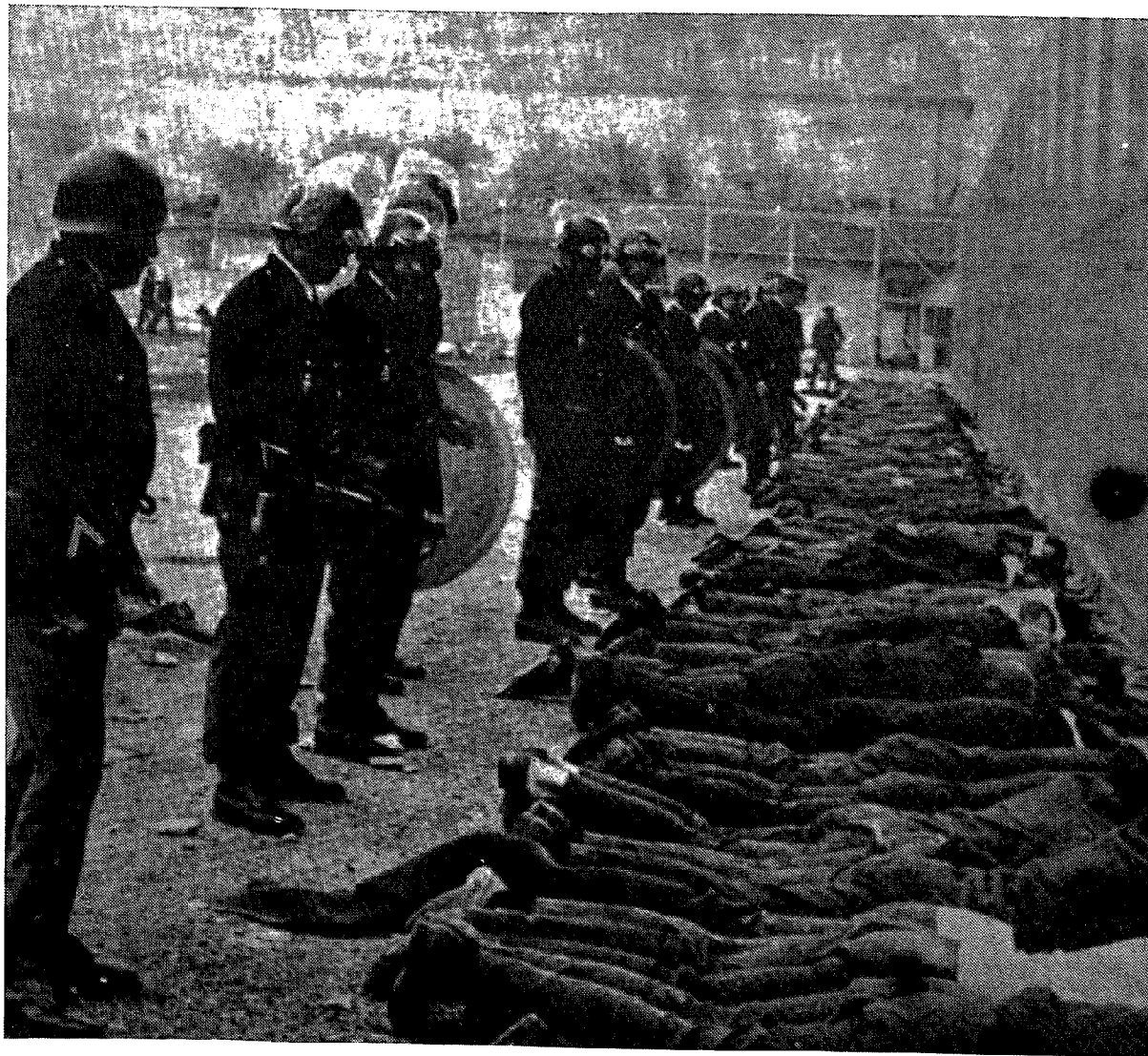
Die Administration versucht, mit den Rebellen ins Gespräch zu kommen und stellt dafür den Gefängnispfarrer Velten ab, bekannt als "Verteidiger der Interessen der Gefangenen".

Die Verhandlungen dauern bis Mitternacht und, wie es scheint, gegen einige vage Versprechungen, "in denen man ihrer Unzufriedenheit Rechenschaft zollt" erreicht der Pfarrer, daß die Gefangenen in ihre Zellen zurückkehren. Am Dienstag unterbrechen dieselben Gefangenen die Arbeit in ihre Werkstätten.

Am Mittwoch erreicht die Bewegung die Station der Jugendlichen, wo sich 30 Jungen ihrerseits weigern, auf die Zellen zurückzugehen.

Donnerstag bricht gegen 10 Uhr die allgemeine Revolte los: quasi alle Gefangenen nehmen daran teil. Während die Alarmsirene schrillt, organisieren sich die Gefangenen. Die Älteren verbarrikadieren sich in der Schneiderei und machen sich daran, sie zu verwüsten. Die Jüngeren zünden unter den Rufen „Nieder mit der Diktatur“ die Bibliothek an, brechen die Gitter vor ihren Fenstern raus, werfen Mobiliar, Bettzeug und Geschirr in den Innenhof, entkommen auf den Dachboden und klettern schließlich auf's Dach.

Die Bullen und die kopflos gewordene Leitung fliehen, ohne daß die Gefangenen den Versuch unternehmen, sie als Geiseln zurückzuhalten. Die Gefangenen zünden unterdessen den Ort ihrer verschärften Ausbeutung an: die Schneiderei.



CLAIRVAUX 20 JUILLET : LES MUTINS SURVEILLÉS PAR LA POLICE. APRÈS LEUR REDDITION.

3. Mohrrübe und Rohrstock

Mit der brutal eingesetzten militärischen Überlegenheit des Staatsapparats, der 8 Tote auf der Strecke läßt, und Scheinzusagen, die dann nicht eingehalten werden, wird die Administration allmählich wieder Herr der Lage. Neue Reformen werden in Angriff genommen - auf der einen Seite.

"Die blutige Repression wird gleichzeitig geführt mit Liberalisierungsversprechen für das Strafsystem, diesem verborgenen Teil Frankreichs, den jedes Jahr etwa 120 000 Menschen durchlaufen, und von denen man also erwartet, daß sie in der Anonymität der Mauern

und Gitter versinken. Die bei der Administration beliebte Politik von Zuckerbrot und Peitsche (franz.: Mohrrübe und Rohrstock) verursacht seither noch grössere Kluften. Auf der Zuckerbrot-Seite: Transistorgeräte, Kassettenlehrgänge, Uhren Ausgangserlaubnis, administrative Vergünstigungen, gemeinsamer Aufenthaltsraum, unüberwachte Besuche, Freilassung auf Bewährung.

Auf der Seite der Peitsche: Ablehnung von Gnaden gesuchen, Einkerkierung unter härteren Bedingungen, Ablehnung von Gesuchen, Bewährung, freien Besuchen, und, um das aufzurunden, das Ende vom Ende: die Errichtung von Hochsicherheitstrakten, die das CAP und später Jaques Mesrine, jeder auf seine Art, zur Sprache gebracht und angegriffen hat." (Serge Livrozet: Die Revolten vor 1974 - und danach? in: rouge et noir, no. 109, Januar 1980)

Zwischen 1973 und 1975 werden als unmittelbare Antwort auf der Peitschen-Seite Sicherheitstrakte (QSR) und Hochsicherheitstrakte (QHS) aus dem (Beton-) Boden gestampft. Damit hat die Justiz ein schärferes Mittel in der Hand, um die Anwendung der Strafe - willkürlich nach dem Urteil des Gefängnis-

personals - zu modifizieren. Gleichzeitig macht die physische Isolierung das Zusammenrotten und Verabreden zu Revolten gänzlich unmöglich.

Offizielle Kriterien für die Verlegung in den Trakt sind:

- psychiatrische Beurteilung
- aggressiver, gefährlicher Charakter ('Zu allem bereit')
- Verhalten im Knast

Dem Papier nach sind für die Verlegung in den Trakt die Appellationsgerichte zuständig. Tatsächlich schätzt die jeweilige Knastverwaltung den Gefangenen auf Grund seines Verhaltens, seiner Äußerungen oder Vorgeschichte als aggressiv, unruhestiftend etc. ein und läßt sich die Verlegung in den Trakt vom Richter telefonisch bestätigen. Nach der unter Peyrefitte (Loi Perfide) eingeleiteten neuen Justizgesetzgebung sollte die Zuständigkeit für die Verlegung auch offiziell ganz auf die Knastverwaltung übergehen.

4. Der Trakt als Massenperspektive

In den Trakten sind die Gefangenen vollständig voneinander isoliert. Der Einzelhofgang findet in ca. 2,50 mal 7 Meter 'großen' übernetzten Mauerkäfigen statt. Bett, Stuhl, Tisch sind unverrückbar einbetoniert. Die Zellen sind durch eine Stahltür und ein zusätzliches Gitter verrammelt. Die Fenster sind die Perversion schlechthin:

öffnet der Gefangene die normalaussehenden, allerdings undurchsichtigen Fensterflügel, prallt der Blick auf eine von außen vorgeschweißte Metallplatte. Besuche finden - wenn überhaupt - hinter Trennscheiben statt. Vor und nach jedem Verlassen der Zelle wird der Gefangene vollständig gefilzt. Die Zellen werden täglich umgekrempelt. Die totale Auslieferung des Gefangenen wird an jeder Kleinigkeit demonstriert.

Bei alledem gehört die physische Mißhandlung der Gefangenen in Frankreich nach wie vor genauso zum Alltag der Trakte wie des Knastes. Im QHS trifft sich die Verpflichtung zum 'sauberen' technokratischen Zerstörungsprogramm mit der Tradition des Mittelalters.

Und von dieser extremsten Ausprägung ist nicht etwa nur eine verschwindend kleine Minderheit betroffen: in Frankreich sitzen im Jahre 1980 nach den offiziellen Zahlenangaben einer französischen Richterergewerkschaft von 7 000 Langstrafern 2 000 im Trakt.

Daß Frankreich mit diesen Relationen nicht alleine stehen bleiben wird, deutet eine bereits im Jahre 1974 im Auftrag des Westberliner Senates angefertigte Studie an:

danach 'eignen' sich 50% der Strafgefangenen für den Behandlungsvollzug, 40% für den Betreuungsvollzug während für die restlichen 10% der Sicherungsvollzug ansteht.

5. Abschaffung der Trakte als Wahlversprechen

Mitterand hatte vor den Präsidentschaftswahlen unter anderem die Abschaffung der Trakte auf seine Fahnen geschrieben. Weil so eine Abschaffung aber nun mal nicht so schnell geht wie die Errichtung wurde zunächst einmal eine Untersuchungskommission aus Vertretern des Justizministeriums, der Anstaltsleiter, des Gefängnispersonals, der Strafvollstreckungskammern, einem Staatsanwalt und zwei Rechtsanwälten eingesetzt.

Am 5.11.81 hat die Kommission der Öffentlichkeit ihr Ergebnis vorgelegt: Die Trakte sollen,

"so wie sie zur Zeit existieren — sowohl in ihrer architektonischen Konzeption als auch in ihrer Wirkungsweise, insbesondere der Bestimmung der Hauptkriterien für die Begründung der Gefährlichkeit — abgeschafft werden. (...) 'Die Zuteilung in den Sicherheitsbereich war häufig willkürlich', formulierte Rechtsanwältin Philippe Lemaire, ein Mitglied der Untersuchungskommission, unmißverständlich bei der Vorlage ihres Berichtes. Man brachte es soweit, daß dort die Störer, alle möglichen Protestler untergebracht wurden. Die Dauer der Haft dort war unterschiedlich, aber häufig sehr lange. Wir haben Gefangene gesehen, die seit drei Jahren, sogar vier Jahren in diesen Bereichen waren." (Le Monde 7.11.81)

Mitterand hätte als Regierungspräsident diese Kommission nicht eingesetzt, wenn das alles wäre, was dabei herausgekommen ist. Die Kommission will aber auf der anderen Seite sowohl die Sicherheit des Personals als auch der anderen Gefangenen gewährleisten, die durch 'gewisse Gefangene' gefährdet werden könnten. Hier soll — und das ist genau im Geiste Peyrefittes — den Anstaltsleitern das Recht zugestanden werden, "besondere Vorkehrungen zur Person dieser Gefangenen zu treffen", die dann individuell auf den einzelnen Gefangenen abgestimmt sein und nach jeweils drei Monaten von der Strafvollstreckungskammer 'überprüft' werden sollen.

Quintessenz der sozialistischen Strategie: optische Kosmetik, um der öffentlichen Kritik die Schärfe zu nehmen und in Zukunft mit 'wohlbegründeten' Fällen ungestört nach dem alten Prinzip Angst und Anpassung zu erzeugen

Italien Einleitung

Auszugsweise bringen wir ein Dokument vom Kampf der Gefangenen in Trani. Ohne in den Fehler zu verfallen, die italienischen Verhältnisse mit denen in der BRD gleichzusetzen, halten wir die italienischen Knastkämpfe von großer Bedeutung.

Der Kampf in Trani zeigt die Verbindung zwischen dem militanten Widerstand von Gefangenen im Knast, der Unterstützung draußen auf Stadtebene durch Gegeninformationen u.a. und dem Angriff der organisierten Guerilla gegen Verantwortliche der Unterdrückung. Die genaue Abstimmung der Aktionen draußen auf den Kampf innerhalb der Knastmauern und die Überlassung der Entscheidung über das weitere Schicksal D'Ursos an die Gefangenen — unabhängig davon, wie man über die eine oder andere Aktion denkt — bedeutet zumindest ein Stück realen Machtzuwachs für die Gefangenen, die damit bewiesen hatten, daß Subjektivität und Widerstand von Menschen auch hinter Mauern nicht aufhört und daß die Verbindung zwischen drinnen und draußen durch organisierten Kampf in manchen Situationen aufeinander abzustimmen ist.

Fragen bleiben aber offen. Es ist kein Zufall, daß der Kampf in Trani in enger Verbindung mit den Roten Brigaden stand, die durch Organisationsstrukturen in der Lage waren, den Kampf der Gefangenen auf ein neues Niveau zu heben. Unseres Wissens existieren aber in Italien schon seit einiger Zeit kaum mehr Gruppierungen in der Bewegung, die die gefangenen Genossen unterstützen bzw. die Lage und den Kampf der gefangenen Proletarier in ihre Kämpfe draußen mit einzubeziehen. Besteht da nicht eine Kluft, die die Guerilla als schlagkräftigen Stellvertreter für eine fehlende massenhafte Politik von vielen zur Folge hat? Nicht klar ist weiter, ob die italienischen Hochsicherheitsknäste von derselben Qualität wie die BRD-Knäste sind. Eine mit Trani vergleichbare, offensive, kollektive Revolte der Gefangenen in den Trakten der BRD ist kaum vorstellbar. Bei uns gibt es keine Amnestien von Knachis in dem Ausmaß wie das in Italien auf Grund der Überfüllung der Knäste der Fall ist. Die Isolation der Guerillagefangenen von den anderen Gefangenen ist in den BRD-Trakten soweit getrieben, daß statt Revolten nur noch Hungerstreiks möglich sind.

Von anderer Qualität scheinen die Knastkämpfe in Spanien zu sein, wovon wir immer wieder aus der Presse entnehmen können, daß sich tausende von Gefangenen bei den großen Streiks beteiligen und durch ihre Massen eine Menge Knäste in ihrem normalen Funktionieren lahmlegen.

Auszüge aus der Tranibroschüre:
Teil I: S. 6—12

Communique Nr. 1 des Kampfkomitees der gefangenen Proletarier von Trani

- Organisation der Befreiung der gef. Proletarier
- Zerstörung des Feldes der Differenzierung
- Aufbau und Stärkung der Kampfkomitees
- Sofortige Schließung der Asinara

Heute, 28.12.80, haben die Proletari Prigionieri des Lagers von Trani den Knast militärisch besetzt. 18 Aufseher wurden gefangen genommen.

Mit dieser Aktion unterstreichen wir die direkte Verbindung zu den Brigade Rosse (BR) und transformieren D'Urso als unseren Gefangenen. Diese von den P.P. und den Roten Brigaden durchgeführte Aktion fügt sich ein in die Kampagne gegen die Gefängnisse, die am 2.10.79 auf der Asinara eröffnet wurde und von Aktionen in den Knästen Nuoro, Fossombrone, Cuneo und Florenz weitergetragen wurde.

Diese Praxis des Knastkampfes realisierte die Beziehung der Organisations Combattenti Comunisti (OCC, Kommunistische Kampforganisation) und der Massenbewegung, das gesamte politische Programm und das kurzfristige eines Teils des Proletariato Metropolitano (PM, Proletarier der Metropole) und den P.P..

Diese Kampagne gegen die Gefängnisse zeigt deutlich einen fundamentalen Knotenpunkt im Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution. Sie zeigt den tiefen Widerspruch im feindlichen Lager. Es zeigt sich auch die Unfähigkeit des imperialistischen Staates, der versucht, das Gefängniswesen, zu "normalisieren" und zu "befrieden".

Es gelingt dem Staat nicht, die Zahl der P.M. zu verringern und die einige tausend kommunistischen Kämpfer in seinen Konzentrationslagern zu neutralisieren. Dies stimmt vor allem, wenn man folgendes vor Augen hat: Die Breite und Allgemeinheit des Klassenkampfes, die Tiefe und die Unlösbarkeit der politisch-ökonomischen Krise, der offensichtlichen sozialen Verwurzelung der proletarischen Guerilla (trotz der konterrevolutionären Bemühungen).

Genossen! Die Aktion D'Urso zu verstehen und zu diskutieren, bedeutet zu erkennen, wie diese Aktion in einen immer klarer werdenden Gesamtangriff der Proletarier und organisierten Avantgarde gegen den imperialistischen Staat integriert ist. Verstehen, um zu agieren, bedeutet: Sich unterstützen, sie zu verstärken. Es bedeutet, den Kampf, wo diese Aktion nur Teil davon ist, auszuweiten und zu entwickeln. Einen Kampf für die Aufhebung und Zerstörung aller Knäste. Ein Kampf, der in dieser Aktion die Gemeinsamkeiten aller P.P. und Schichten des ganzen PM, umgesetzt und gesteigert werden soll. Die P.P. als Proletarier sind somit aufgerufen, ihren theoretischen Teil beizutragen, bis daß unsere verschiedenen Einzelaktionen zu einem einzigen Kampf verschmelzen, der eine der Grundmauern des Staates erschüttert und schwächt: Den imperialistischen Knast.

Das Plakat, das das Schwein D'Urso halten mußte, verkündete Inhalte eines Programms, die auch die unseren sind. Das Programm ist direkt in und aus den Kämpfen heraus entstanden, die die P.P. in den letzten Jahren führten. Es enthält sowohl die Bedürfnisse und Inhalte dieser Kämpfe, wie es auch eine Praxis aufzeigt. Dieses Programm ist Synthese vergangener Kämpfe mit Projekten zukünftiger Realisierung und Verbreitung der Inhalte.

Inhalt eines Programms ist immer Inhalt derjenigen Klasse, die es bestimmt und darin ihre Ziele festlegt: Es lebt durch die revolutionäre Praxis dieser Klasse.

Uns interessiert nicht nur wer, wie und wann, innerhalb der verschiedenen Komitees, die internen Spannungen und Bewußtseinsebenen in ein Programm integriert, sondern auch, daß Guerillaaktionen von außen unsere Klasseninteressen korrekt reflektieren.

Ziel des Programms der P.P.-Bewegung ist es, die Macht, die einen Teil einer Klasse hinter Knastmauern in Ketten legt und abwürgt, zu modifizieren und umzustürzen. Weiter die Zusammenführung der Kräfte zum Nutzen der P.P.-Bewegung, die es den Gefangenen ermöglicht sich zu befreien. Die Realisierung des Programms kann nur durch einen langen Kampf verwirklicht werden.

Wir haben uns deshalb kurz- und langfristige Aufgaben gestellt. Dabei bedeutet die Unterscheidung in kurz- und langfristig nichts anderes als sofortiger Kampfbeginn für die strategische Realisierung der Gefangenenbefreiung und Zerstörung aller Knäste. Es bedeutet auch, auf die Mobilisierung der Massen hinsichtlich jener Inhalte, die die P.P. vereinen, hinzuwirken, und das Kräfteverhältnis zu Gunsten des Proletariates zu verändern. Das kurzfristige Programm ist integraler Bestandteil und Ausdruck des

strategischen Programmes, weil es alle kurzfristigen punkte beinhaltet. Denn das strategische Programm lebt nur, wenn einzelne Punkte in spezifischen Situationen durch die Organe der P.P.-Bewegung umgesetzt werden.

Es heißt also Kämpfe zu führen, die die speziellen Bedürfnisse der Proletarier formulieren und partiellen Kämpfe mit einem allgemeinen Programm der Machtergreifung verbinden.

Es gilt auch Kampfphasen zu organisieren, welche Schlag auf Schlag folgen. Das bedeutet Auseinandersetzung mit der subversiven sozialen Praxis aller extralegalen Proletarier, die P.P. anzuerkennen als Teil der PM und zu sehen, daß die Funktion des Knastes ein Teil der gesamten Ausbeutung ist: Ausbeutung, zu Ende gedacht, bedeutet Knast für jene, die sich nicht ausbeuten lassen. Knast als Mittel zur Beugung, sich der Lohnarbeit zu unterwerfen. Knast und Fabrik sind Teil derselben Medaille; um Knast definitiv zu zerstören, muß man jede Form von Ausbeutung eliminieren.

Die Befreiung der proletarischen Gefangenen organisieren

Dies bedeutet als erstes, die Befreiung als Ausdruck der Kämpfe und gesammelten Kräfte der gesamten P.P.-Bewegung in den verschiedensten speziellen Situationen innerhalb der permanenten Verlegung zu verstehen.

Dies bedeutet, daß zwischen der Befreiung und dem Aufstand (Disarticolazione, Sabotage) kein Widerspruch besteht. Vielmehr ist die Befreiung Ziel des Aufstandes, Aufstand eine Bedingung der Befreiung. **Zerstörung des ganzen Feldes der Differenzierung** (Circuito della Differenzazione, Spaltung) bedeutet die Vernichtung der differenzierten Behandlung, Vernichtung der Superknäste und allem, was dazu gehört: Isolationsstrakte, Isolationszellen, "spezielle" Behandlungen etc.

Dies gilt natürlich auch für die Spezialknäste der Frauen von Messina bis zu den Grandi Giustiziari Metropolitan (GGM, Spezialabteilungen der großstädtischen Knäste), wo der grösste Teil der P.P.-Frauen gefangen gehalten wird.

Eine Waffe im Umfeld der differenzierten Behandlung, speziell im sogenannten Normalvollzug und in den GGM ist u.a. Amnestie, Reform, die bedingte Entlassung oder die Halfreiheit. Diese Waffen sind Grundzüge der Individualisierung der Strafe und der differenzierten Behandlung. Das Ziel der Knäste ist es, die P.P. zu spalten, zu schwächen und sie isoliert mit dem Staat zu konfrontieren. Proletarische Macht heißt nicht, Knast und Haft zu verwalten. Bewaffnete proletarische Macht (Potere Proletario Armato) heißt sich befreien, um den Knast zu zerstören, bzw. den Knast zerstören, um sich zu befreien. Wir dürfen diese Unterdrückungsinstrumente nicht verwalten, aber wir müssen sie dem Feind entreißen, damit er sie nicht wie bisher gegen uns verwendet.

Durch die Zusammenfassung aller Kampferfahrungen des CdL von Turin und der P.P. von Padua und ganz allgemein mit der Erfahrung von allen Kämpfen, die die Knastbewegung führte, unter diesen Voraussetzungen müssen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, die wir schon besitzen und die wir mit unserem Kampf und unserer Organisation noch entwickeln wollen, indem wir mittels Kräfte- und Machtverhältnissen eine generelle Strategie diesen Spaltungsanstalten entgensetzen. So ist es bei gegebener Einheit aller P.P. im gesamten Knastsystem möglich, diese Spaltungs- und Erpressungsanstalten umzuwandeln.

Wir bitten um nichts, wir nehmen es uns und setzen es durch! Es bedeutet im übrigen, sich unverzüglich aufzuraffen, wenn der Gesetzeszusatz über Spezialknäste am 31.12.80 in Kraft tritt, um eine Verzögerung der Anwendung dieses Gesetzes zu verhindern.

Sofortige und definitive Schließung der Asinara bedeutet, die Asinara sofort und endgültig zu schließen! Die Asinara ist das Epizentrum der imperialistischen Konterrevolution des Knastes, der Höhepunkt und das strategische Herz des Projektes der Zerstörung. In diesem Lager ist das höchste terroristische und psychisch-physisch zerstörerische Vermögen konzentriert, welches die Staatsmacht in der heutigen Phase auszudrücken vermag. Hier werden heute Methoden entwickelt, die das gefangene Proletariat zerstören sollen.

Es geht darum, diese Funktion anzugreifen, zu besiegen. In diesem Sinne wird es immer ein Asinara zu schließen geben! Es gibt immer eine Spitze, die angegriffen werden kann. Aber man darf die Asinara nicht als Ausnahme innerhalb der Gesamtheit der Sonderknäste betrachten. Jeder Spezialknast hat seine spezielle Funktion und jede Funktion hat zum Ziel, das gefangene Proletariat zu zerstören.

Das Lager Palmi ist erstes Beispiel der Trennung und Isolation der kommunistischen Gefangenen und ihrer klassenzugehörigen Mitgefangenen. Palmi ist ein Anti-Guerilla-Labor, wo die wissenschaftliche Zerstörung der OCC entwickelt wird. Diese Tendenz wird in Ascoli fortgesetzt: Dort wird die Pacificazione (Befriedung) bestimmter Teile einer Klasse durch eine reformistische Behandlung zwecks Zerstörung erprobt.

Trani ist in gewisser Hinsicht das Gegenteil der Asinara. Hier soll eingeschläfert sowie gleichzeitig, wie in Cuneo, ein Netz von Spitzeln aufgebaut werden, was ebenso zur Zerstörung der proletarischen Gefangenen führen soll.

Aufbau und Stärkung der Kampfkomitees

zur Entwicklung und Realisation des Programms. Wichtig ist, die Einheit aller P.P. zu erreichen, sowie diejenige zwischen den P.P. in den verschiedenen Lagern und der GGM, im speziellen, wie im normalen Haftregime, zwischen Frauen und Männern.

Aufbau und Stärkung der OMR der P.P. bedeutet Aufbau der bewaffneten proletarischen Macht im Knast durch Entwicklung der Kämpfe und der Veränderung der Machtverhältnisse zu Gunsten der P.P. .Kampf, Programm, proletarische Macht können ohne Organisation der P.P. nicht entwickelt bzw. umgesetzt werden.

Wir beginnen heute nicht am Nullpunkt, denn die P.P.-Bewegung hat Geschichte: Die Roten Panther, die proletarischen Kollektive, die NAP (Nuclei Armati Proletari), die Kampfkomitees sind die verschiedenen, Jahre zurückreichenden Etappen im Kampf gegen das Knastsystem. Die Kampfkomitees sind Strukturen im Kampf, die sich selbst im Kampf entwickelt haben.

Kurz gesagt: Wir brauchen Entwicklung und wir müssen uns immer weiter entwickeln, denn da, wo wir von Kontinuität sprechen, denken wir auch an die Notwendigkeit des qualitativen Sprungs nach vorn.

In der ersten Phase der Organisation hatte das CdL die Funktion des Meteors, der auftauchte und wieder verschwand je nach Kampfgrund und -situation. Doch dieser Meteor erzeugte einen "roten Faden" (Linie), er hat Militante hervorgebracht, er birgt ein immenses Kapital an gemeinsamer Kampf- und Organisationserfahrung, die die reale und vollumfängliche Umsetzung des Programms und all seiner Inhalte garantiert. Der Meteor ist zu einem "reisenden Stern" geworden, der alle Massenorgane der P.P. begleitet. Aktionen und Programme des CdL können nur in engster Zusammenarbeit mit allen revolutionären Kräften realisiert werden. Die Kampfkomitees sind weder kleine Splittergruppen, noch rein kommunistische Organisationen: **Es ist die Organisation aller P.P. der Lager, die für die Zerstörung der Knäste und die Befreiung aller P.P. kämpfen.**

Die Punkte, warum wir in den Kampf gestiegen sind:

-**Sofortige Schließung der Asinara. Sofortige Verlegung der dort gefangenen P.P. aus der speziellen Sektion Fornelli.**

-**Gegen die Erneuerung des Dekretes über die Hochsicherheitsgefängnisse, das am 31.12.80 abläuft.**
-**Ausstattung des Justizdepartementes mit Möglichkeiten substantieller Verbesserung des Haftreglementes.**

-**Verbesserung der sozialen Haftbedingungen: mehr Stunden Spaziergang, mehr Freiräume für kollektives Leben.**

-**Verbesserung der sozialen Kontakte mit der Außenwelt: mehr Besuchzeit, Urlaub, Abschaffung der Trennscheibe, der Paketsperre, der Zensur, der Isolationszellen und der Sonderbehandlung.**

-**Schließung der weiblichen Mikro-Asinara.**

-**Reduktion der Präventivhaft, Abschaffung der willkürlichen Polizeihaft, Schluß mit der Folter auf Polizeiwachen und in Gefängnissen.**

-**Vollständige Publikation dieses Communiques in den folgenden Tageszeitungen: Messagero, La Stampa, Repubblica, Il Corriere della Sera, Il Mattino, La Nuova**

Sardegna, Lotta Continua.

-Sofortige Freilassung des Genossen Gianfranco Falna, schwerwiegend an Knochenkrebs erkrankt während der Haftzeit.

KAMPFKOMITEE DER GEFANGENEN PROLETARIER VON TRANI

Teil II: S. 38-46

Resultate und Effekte der Kampagne

Einerseits haben wir mit dieser Kampagne das Projekt der Bourgeoisie in Bezug auf das Gefängniswesen durchkreuzt, andererseits erreichten wir ein höheres Niveau der revolutionären Bewegung.

In zwei Punkten hat sich diese Kampagne besonders gelohnt:

1. Wir erreichten eine ganze Anzahl von Zielen, die wir angestrebt hatten:

-Sofortige Schließung des Hochsicherheitstrakts der Asinara.

-Freilassung des Genossen G. Falna

-Publikation und Ausstrahlung der Communiqués des CdL von Trani und des CuC von Palmi, Veröffentlichung des Programms der P.P.-Bewegung.

2. Ende der Funktion von Trani als "Juwel" des Staates in der Gesamtheit der Hochsicherheitsgefängnisse. Ende der Funktion Tranis bedeutet: Schluß mit der Politik auf der Basis der persönlichen Differenzierung und Belohnung jener, die das In-den-Arsch-Kriechen beherrschen.

Die Kampagne der Knastfront hat zutiefst an den wichtigsten Punkten der bürgerlichen Maschinerie gerüttelt und wesentliche Widersprüche ans Licht gebracht.

Der Widerspruch in der Regierung zwischen PSI und den übrigen Regierungsparteien ist zwar offensichtlich aber auch der unwichtigste. Wesentlich, wenn auch weniger ersichtlich sind die Widersprüche zwischen den mächtigen Vereinigungen, die den Staat durchsetzen, und dem Staat selber, z.B. dem Justizamt mit der Spezialtruppe und den politischen Parteien. Der größte Widerspruch, der noch einige Zeit bestehen bleiben wird, liegt in den Massenmedien, deren Inhalt von der konterrevolutionären Exekutive präventiv diktiert wird. Dieser Widerspruch ist um so bedeutender, als die Massenmedien als soziales Vermittlungsorgan unersetzbar wichtig sind. Die Theorie des "No comment" (black out) der Massenmedien beruht darauf, daß die Guerilla-Aktivität ein kranker Fremdkörper der Gesellschaft sein soll. In Anbetracht dessen schließen die Massenmedien die soziale Kommunikation über bewaffneten Kampf für den Kommunismus aus.

Wichtig ist, daß die revolutionäre Bewegung ihre Kommunikationskanäle hat, damit jede Schicht des PM über Spannungen, Forderungen, Kämpfe usw. informiert werden kann und somit mit dem bewaffneten Kampf für den Kommunismus verbunden wird.

Ausweitung und Verbreitung des Kampfes

Die Kampagne der Knastfront hat gezeigt, daß die Rote Macht nicht die Summe kleiner Freiräume und kleiner Eroberungen ist: Sie hat gezeigt, daß die Rote Macht nicht Stein für Stein aufgebaut werden kann in der Hoffnung auf diese Weise die Spitze zu erreichen, sondern daß sie nur von einem allumfassenden Programm ausgehen kann. Sie kann nur aufgebaut werden, indem auf höchster Ebene das Herz des bürgerlichen Imperialismus angegriffen wird; dies kann nur alle Artikulationen und spezifisches Unterscheiden von Situation zu Situation geschehen. Die höchste Ebene angreifen heißt aber nicht, vorwärts zu gehen und sich vom Rest der Klasse oder der Klassenschichten zu trennen, auf die man sich bezieht: Es bedeutet vielmehr eine fortgeschrittenere Position zu erreichen und diese zu behalten, um sich politisch und organisatorisch zu stärken.

Sich verstärken und ausbreiten bedeutet, Bedingungen zu schaffen für einen neuen Angriff und für einen neuen qualitativen Sprung nach vorn. Rote Macht ist nicht die Verwaltung der Misere, sondern revolutionäre Diktatur des Proletariats: Dem Feind die organisatorische Kraft, die Phase für Phase, Situation für Situation vom Proletariat ausgedrückt wird, auferlegen. Die Schlacht von Trani ist plötzlich wie ein Pilz aus der Erde geschossen, doch war und ist sie ein Teil der Kampagne der gesamten Bewegung der P.P. in die sich die BR rechtzeitig und in richtiger und korrekter Weise eingeschaltet haben. Wer die Komplexität und Langfristigkeit der Kampagne, in die sich unsere Schlacht eingefügt hat, nicht versteht, der verschliesst sich hinter Kurzsichtigkeit und Begrenztheit, er stellt sich damit an den Rand oder gar ausserhalb der Kämpfe des P.P.. Der tut so, als ob die Ereignisse innerhalb wie ausserhalb der Knäste uns nichts angingen!

Wer glaubt, dass Asinara und Dürso uns nicht direkt betreffen, sondern daß wir brav darauf warten, bis sich einige Hoffnungen oder Illusionen realisieren werden, ist nicht nur dumm und blöd, sondern steht in einem Niemandland, das niemanden interessiert. Diese erzschlauhen Opportunisten haben gezeigt, daß sie nicht die Entwicklung der revolutionären Bewegung interessiert, sondern ganz einfach ihr mickriges individuelles Los. Die Kampagne im Knasthof hat eine umfassende politische Bedeutung für das gesamte PM und die revolutionäre Bewegung, weshalb die aktive Unterstützung Aufgabe eines jeden Proletariers und Kommunisten war. Wer versucht hat, auf irgendeine Weise diese Kampagne zu stören, abgesehen davon, daß er erfolglos war, hat eine Optik der Niederlage und des Verrats. Diese Optik zeigt die Unfähigkeit, die P.P. als Klassenschicht zu verstehen, somit die Befreiung nicht als Kampfprogramm und Folge reiferer Kräfteverhältnisse und kollektiver Bewegung zu verstehen. Die Schlacht von Trani, letzte in der Chronologie, beweist die von der proletarischen Organisation erreichte Qualität: Qualität, die die alte Praxis von Einzelnen oder kleinen Gruppen überholt hat, indem sie aufzeigt wie und dass nur die Klassenbewegung unmittelbare und strategische Befreiung mit sich bringt.

Mit dem Staat wird nicht verhandelt!

Von Anfang an war es nicht unsere Absicht, zu verhandeln; dies aus einer einfachen Überlegung heraus: Eine Verhandlung über das Programm der P.P. ist nicht möglich; so wie die Asinara durch unseren Kampf geschlossen wurde, nehmen wir uns auch den Rest. Es war nicht unsere Aufgabe zu verhandeln (Die Aufseher und Dürso waren für uns nur eine Garantie), sondern die Inhalte des Programmes und die Forderungen und Bedürfnisse einer Klassenschicht zu bestätigen und mitzuteilen:

Unsere Aufgabe war es, die Notwendigkeit und den Willen zur Umstürzung der Kräfte- und Machtverhältnisse aufzuzeigen und mitzuteilen, um Macht- und Kräfteverhältnisse aufzubauen, die den gesamten P.P. die Befreiung ermöglichen. In diesem Sinn haben wir gesiegt, und die brutale Intervention des Staates und seiner Schergen hat nichts anderes gezeigt, als seine Unfähigkeit auf die Länge ein politisches Kräfte-messen, wie wir es eröffnet haben, auszuhalten. Für all jene, die vom Militarismus nicht ganz vernebelt sind, möchten wir festhalten, daß die von uns erreichten politischen Erfolge langfristige Wirkung haben und sich mit der Zeit ausweiten werden:

Der Effekt der abgeschmackten wie wilden Reaktion des Staates und seiner Janitscharen ist, daß mit der Zeit die Wut und Bestimmtheit bei den P.P. und dem ganzen PM immer mehr wächst.

Die heutige Regierung ist schon durch die Kämpfe des PM und die Angriffe der OCC und durch die zersetzenden Skandale und überflutende Korruption in tiefer Krise; vor der schon funktionierenden Verschweißung im und für den Kampf aller P.P. und zwischen den P.P. und den OCC verliert sie vollständig den Kopf

Der Bourgeoisie blieb nur die Alternative, ein undifferenziertes Massaker zu veranstalten, ohne Rücksicht auf die Geiseln zuzunehmen. Diese destruktive Schaukel zwischen politischer Sackgasse und militärischen Abenteuer zeigt deutlich die Unfähigkeit und Unmöglichkeit des imperialistischen Bürgertums

und seines führenden Politikerstandes lange auszuhalten:

Es hat nicht nur keine Perspektive, sondern auch kein politisches Projekt, das mehr als einige Stunden Gültigkeit hat.

Die Euphorie über die „wunderbare Operation“, kunstvoll aufgebauscht und verbreitet durch die Massenmedien, dauerte kaum einen Tag. Dann folgte die Depression nach den Ereignissen von Rom, sowie die üblichen Grübeleien, verursacht durch die P.P.-Bewegung und ihrem festen Entschluss, sich weder in die Normalität noch in die Befriedung drängen zu lassen. Die „brillante Operation“ wieder auf den Boden zurückzubringen, heisst aber nicht, die Fehler und Schwächen unserer Aktion nicht an den Tag zu legen; im Gegenteil:

Unsere ganze Kritikfähigkeit muß sich auf die Analyse und das genaue Studieren der Fehler und Schwächen konzentrieren.

Kritik und Selbstkritik sind für die Kommunisten Teil einer Bewegung, die vorwärts führt und erlaubt, sich zu verbessern und den anderen Genossen ermöglicht, Fehler nicht zu wiederholen.

Die folgenden Fehler führen wir ohne Anspruch auf Vollständigkeit auf:

A) Die Schlacht fand auf einem uns neuen Terrain statt. Teilweise waren wir unvorbereitet. Dies betrifft die harte militärische Intervention und die Art und Weise wie man ihr begegnet oder ausweicht.

B) Wir haben die internen Widersprüche des Feindes überschätzt, die ihn zu irrsinnigen Schwankungen zwingen und zur militärischen Intervention führten.

C) Wir haben das politische Gewicht der D'Ursos und der gefangenen Aufseher überschätzt.

D) Wir haben die Entwicklung der Situation, welche wir geschaffen haben und in der wir uns befinden, nicht vollumfänglich in Betracht gezogen angesichts des extrem hohen politischen Niveaus unserer Aktion: Wir befinden uns also in einer schwer zu verteidigenden Situation mit unzulänglicher Bewaffnung gegen den GIS-Angriff.

Unsere Taktik hätte geschmeidiger und flexibler sein müssen, um sich den Verschiedenheiten der Momente entgegenstellen zu können, wie zum Beispiel der Zerstörung des Lagers und die stufenweise und autonome Befreiung der Geiseln.

Es muß jedoch gesagt werden, daß die Schlacht von Trani einen derart hohen und wichtigen politischen Inhalt ausdrückte, daß jedes nur kleinste Nachgeben bezüglich der uns gesetzten Ziele diesen entstellte hätte. Weiter muß gesagt werden, daß der Staat mit seinen GIS den Höhepunkt seiner Möglichkeiten erreicht hatte, wir aber können mehr. Die Schlacht von Trani hat einmal mehr hervorgehoben, daß das Hauptziel aller P.P. die Befreiung ist.

Die praktisch vollständige Besetzung dreier Stockwerke hat uns zusätzlich gezeigt, wie kurz der Weg zwischen Parterre und Mauer ist. Die Schlussfolgerung daraus ist aber nicht, daß es unmöglich ist das Lager zu besetzen und zu zerstören, sondern es zeigt sich nur die Notwendigkeit, die Situation sorgfältiger einzuschätzen und sich eine angemessene Taktik anzueignen.

Die Schlacht von Trani hat bestätigt, daß ohne organisierte P.P. es unmöglich ist, irgendeine Aktion zu Ende zu führen. Sie hat gezeigt, daß das Kampfkomitee nur im Moment des Kampfes aufgebaut werden kann, das nur im Kampf eine reale Einheit aller P.P. und aller Revolutionäre sich wirklich festigen kann.

Die Schlacht von Trani hat zum Schluss einige Charakteristika des revolutionären Krieges in den imperialistischen Metropolen ans Licht gebracht, über die es wichtig ist zu reflektieren und sich mit ihnen auseinanderzusetzen:

A) Der politisch-militärische Charakter, der den revolutionären Krieg in jeder Phase begleitet.

B) Die inhaltliche Ausweitung der Kämpfe vorantreiben.

C) Die Lösung der verschiedenen politisch-militärischen Operationen kann nicht im Verlauf einer Schlacht, sondern im Lauf der Kampagne, der die Schlacht angehört, gefunden werden. Anders ausgedrückt: Im revolutionären Metropolenkrieg gibt es keine begrenzten Schlachtfelder mehr. Orte, die begrenzt und fixiert sind; es ist der ganze Raum der ökonomisch-sozialen Formation, der zum Kampfgebiet wird und ein Zusammen von Kampagnen, die sich folgen und in der Funktion auflösen, sei es in der

Intensität des politisch-militärischen Zusammenpralls der Klassen, sei es in den erreichten organisatorischen Niveaus der OCC und der OMR der PM.

Allgemeine und spezielle Perspektiven

Die Schlacht von Trani darf nicht gesehen werden, als betreffe sie nur das Lager von Trani. Sie ist Teil einer breiten Kampagne und hat generelle Kampfperspektiven im Knast eröffnet. Es wird unsere Aufgabe sein, diese Perspektiven zu vertiefen und noch mehr zu präzisieren mit dem Ziel, die Auseinandersetzung, das organisatorische Wachstum und die Kampfinitiativen im ganzen PM zu stimulieren, bis die Inhalte unseres Kampfes in die „normalen“ Knäste überfließen.

Vom Standpunkt unserer Situation aus müssen wir im Moment die Initiative zur permanenten Unangepaßtheit und Funktionsstörung von dem, was vom Knast übrigbleibt, erhalten. Diejenigen, welche mit der Rückkehr der früheren Situation liebäugeln, liebäugeln bewußt oder unbewußt mit der Rückkehr der Politik und speziellen Funktion dieses Knastes, die wir schon ausreichend ausgeführt haben. Die Rückkehr zu dieser Situation ist unmöglich und wir wollen nicht dahin zurück. Es wird die Aufgabe des CdL sein, durch Verstärkung der Auseinandersetzung und der Lagerorganisation alle Konsequenzen, die sich wegen der Verschiebung der Kräfteverhältnisse in unserem Lager ergeben haben, zu ziehen.

Aus der Schlacht von Trani muß die P.P.-Bewegung eine fundamentale Lehre ziehen: Heute kann keine Schlacht geführt und gewonnen werden, ohne sich mit der revolutionären Bewegung und den OCC zu vereinigen; heute kann keine Schlacht geführt und gewonnen werden ohne die aktive Teilnahme der gesamten P.P.-Bewegung innerhalb der Knäste.

Mit der Aktion der D'Ursos und der Schlacht von Trani schließt sich ein Zyklus des Knastkampfes, begonnen mit der Schlacht vom 2. Oktober auf der Asinara, gleichzeitig wird ein neuer eröffnet. Mit der Schließung der Asinara und dem Ende der Funktion von Trani mißlingt auch das Projekt der Superknäste, das diese beiden Knäste mit ihren speziellen Funktionen zusammenfaßte und verdichtete. Dieses Mißlingen zwingt das Justizministerium die Restrukturierung zu beschleunigen, begonnen mit der Eröffnung der Lager Palmi und Ascoli, sein Projekt neu zu definieren, das fähig sein sollte, der differenzierten Strategie auf politischer und militärischer Ebene, die die P.P.-Bewegung und die gesamte revolutionäre Bewegung erreicht hat, zu begegnen.

Dies bedeutet, daß der Feind, vorangetrieben durch seine Schwierigkeiten, sich bemüht, die Differenzierung auf ein fortgeschrittenes Niveau zu bringen: Nicht nur um neue Palmis und Ascolis zu bauen, sondern auch um die Kommunisten untereinander zu differenzieren, indem er sie in immer präzisere Komponenten aufteilt, um die P.P. noch mehr von den Kommunisten und untereinander nach Gefährlichkeit und Widersprüchlichkeit zu differenzieren. Dieser neue Schritt der Differenzierung wird Zeit, Struktur und Fähigkeit vom Feind verlangen, um Einigkeit und Festigkeit für dieses Projekt zu erwecken.

Es muß gesagt werden, daß Zeit und die Arten und Formen der Umsetzung dieses Projekts abhängig sind von den Kämpfen, die die P.P. zu entwickeln in der Lage sind in dieser Zeit des Übergangs des alten zum neuen Projekt. Es gibt keine Abstufung zwischen der Zeit vor und nach der D'Ursos, doch es gibt einen dialektischen Sprung, d.h. Kontinuität mit dem vorausgegangenen Kampfszyklus und dem revolutionären Druck nach vorn. Die Schlacht von Trani war keine „schöne Schlacht“: Es war eine Initiative, die die Massen der P.P. verbunden hat, die ihrerseits durch eine interne Avantgarde revolutionär vorangetrieben wurde.

Vor Abschluß dieses Tagebuches können wir nicht über das Massaker und die Folter hinwegsehen, der wir unterworfen waren. Damit eng verknüpft sind der Marschall Campanale und Knastdirektor Brunetti, die sich auf die gleiche Ebene wie die Corpo di Carabinieri und GIS-Leute stellten.

Diese Schweine sollen der ganzen P.P.-Bewegung, der ganzen revolutionären Bewegung und den OCC bekannt sein, damit nichts ungestraft bleibt. Außer diesen Schweinen vergessen wir nicht die widerliche

Rolle, die der apulische Abgeordnete Scamarcio hatte, als er den Boden für den GIS-Angriff vorbereitete. Nicht vergessen werden wir die Rolle der "Experten", die beratend auf der Seite des Justizministeriums während der letzten Phase der Schlacht standen, darunter der frühere Gefangene Di Gennaro, der jetzt in provisorischer Freiheit ist und wichtige Spitzendienste gegen die P.P.-Bewegung leistete. Wir laden die gesamte revolutionäre Bewegung ein, die Urteilsvollstreckung zu übernehmen, die sich die Leute verdient haben.

Wir weisen auf weitere Zielscheiben hin: Abgesehen von den Spitzen des Justizministeriums, die zivilen Hierarchien des Knastes (vom Direktor zum Überwachungsrichter bis hin zum Sanitätschef und Psychologen), die militärischen Hierarchien (abgesehen vom externen Überwachungsdienst der CC, das System der Marschalls, Brigadiere und aller Teile der militärischen Struktur).

- Ausbreitung und Erweiterung der Initiative auf genereller Ebene in der Knastfront.
- Herstellung der Einheit und nötigen Organisation, um das Projekt der Spaltung und Vernichtung der P.P. aus den Angeln zu heben.
- Für die Befreiung aller proletarischen Gefangenen.

Februar 1981

Kampfkomitee der gefangenen Proletarier des Lagers von Trani

Häufige Abkürzungen im Text

P.P. Proletari Prigionieri, Gefangene Proletarier
PM Proletariato Metropolitano, großstädtisches Proletariat

OCC Organisation Kämpfender Kommunisten
CUC Comitato Unitario di Campo, Einheitskomitee des Lagers

CdL Comitato di Lotta, Kampfkomitee
CC Corpo Carabinieri
AdC Agenti di Custodia, Aufseher



Bildet Banden!

Im Februar letzten Jahres ging ein von der linken Öffentlichkeit wenig beachteter Prozess im Moabiter Bunker zu Ende.

*Angeklagt waren **Klaus Viehmann** (Entführung des Bonzen Palmers, Till Meyer Befreiung, Anlegen eines Waffenverstecks im Tegler Forst, Banküberfälle, Mitgliedschaft in der Bewegung 2. Juni), **Gabriele Rollnick** (Lorenz-Entführung, Drenkmann-Erschießung, Flucht aus dem Frauengefängnis Lehrter-Straße, Palmers-Entführung, Till Meyer Befreiung, Banküberfälle, Mitgliedschaft 2. Juni), **Angelika Goder** (Palmers-Entführung, Till Meyer Befreiung, Banküberfälle, Mitgliedschaft 2. Juni), **Gudrun Stürmer** (Mitgliedschaft 2. Juni).*

Gudrun wurden viereinhalb Jahre verpaßt. Allein für die Mitgliedschaft. Alle anderen bekamen „die für „Top-Terroristen“ mittlerweile obligatorischen, 15 Jahre. Hochsicherheitstrakt, versteht sich. Bei der Urteilsverkündung war nur noch Klaus Viehmann anwesend, die anderen waren auf eigenen Wunsch ausgeschlossen worden, bzw. waren durch den Hungerstreik verhandlungsunfähig.

Ebenso unbemerkt wie der gesammte Prozessverlauf, blieb bisher auch das Schlußwort von Klaus. Dieses bezieht sich nicht auf den Prozess und ist auch nicht an die Schweine im schwarzen Umhang gerichtet, sondern versucht auf Grundlage seiner Erfahrungen, mit Widerstandsbewegungen und Illegalität, sowie einer aktuellen Analyse der ökonomischen und politischen Krise des Kapitals die Notwendigkeit für die Entwicklung einer autonomen Gegenmacht aufzuzeigen.

ich will mich hier weder als juristischer Kaffesatzleser betätigen, noch will ich in die mottenkiste vergangener glorreicher oder auch finsterner tage greifen. schließlich ist es unser bestreben immer nach vorne zu gehen und nicht der vergangenheit hinterherzuheulen.

es steht ein jahrzehnt vor der tür, was sich gegen die relativ lahmen siebziger jahre wie ein schnellzug ausmachen wird. und wenn wir, die linke, in diesen jahren etwas erreichen wollen, dann müssen die alten sachen soweit sie heute noch von bedeutung sind, endlich aufgearbeitet und produktiv für die zukunft verwendet werden. voraussetzung für jede aufarbeitung ist diskussion zwischen den linken, ist ein bewußtsein über die notwendigkeit von zusammenarbeit, wie sie in der brd immer wichtiger wird.

die grundsätzlichen fragen sind dabei immer die gleichen: wo stehen wir jetzt? was wollen wir erreichen? wer ist unser feind? wie — und mit wem zusammen — kämpfen wir, um an's ziel zu kommen?

diese fragen lassen sich nicht endgültig vom schreibetisch aus beantworten und schon gar nicht von einem aus, der, ziemlich isoliert vom alltag draussen, im knast steht. letztlich kann die beantwortung ohnehin nur auf der strasse stattfinden.

wer aber diese fragen ernsthaft stellt und sie beantworten will, muss sich über eines klar sein: wer anfängt zu kämpfen für die soziale revolution, der tut das um eines tages zu siegen und nicht mit der absicht irgendwann die trümmer seiner niederlagen zu beweinen. sicherlich werden wir auf unserem weg noch viele verluste einstecken müssen, aber daraus kann man, muß man sogar, lernen, damit nicht alle alten fehler ständig wiederholt werden. die zeiten sind ja auch nicht mehr so, daß einem der feind

viel gelegenheit geben würde, fehler neu zu machen. während das wissen um die bekämpfung von rebellion seit jahrhunderten von den herrschenden gespeichert und ausgewertet wird, müssen die linken die methoden immer wieder neu erlernen, gerade in der brd, wo in den letzten hundert jahren die arbeiterbewegung brutal zerschlagen und eingebunden wurde. selbst die apo der endsechziger, die jugendrevolte, sind in gefahr viel zu wenig für die heutigen bewegungen rüberzubringen an erfahrungen und wissen, wenn sie diese vermittlung den professionellen geschichtsfalschern und betüchelten gewordenen alt-linken überlassen.

wenn die neuen feuer unter den sesseln der herrschenden nicht nur ein strohfeuer sein sollen, müssen wir sowohl aus dem vergangenen lernen, als auch einen blick in das bevorstehende bekommen. deshalb müssen alle versuchen über ihre unmittelbare umgebung hinauszusehen, ob das nun die diversen »spezialitätentätigkeiten« wie knastarbeit, betriebsarbeit oder ökologie oder gar der rand der müllschüssel sei. die bewaffneten linken sind bei dieser aufforderung nicht ausgenommen. alle müssen dahin kommen, sich selbst wieder als teil des ganzen zu sehen, der gesamten linken und ihrer bundnispartner und nicht das ganze nur als teile. der alte fehler nur in ausschließlichkeiten und nicht in verbindungen denken zu können, nur schwarz oder weiß, nie aber beides als ergänzungen sehen zu können, hat schon zu lange zu politischen verhältnissen geführt, die eher durch spaltungen als durch tragbare kompromisse geprägt sind.

es wird für alle teile der linken in den nächsten jahren härter werden angesichts der sich verschärfenden probleme, die von der instabilität globaler herrschaft bis hin zur rebellion in den metropolen selbst reichen. es werden auch nur graduelle abstufungen in der repression sein, denen die linke ausgesetzt sein wird, denn sie soll klein ge-

halten werden, che sie sich der neuen situation und der beginnenden schwäche der bonzen bewußt wird und sich mit alle denen, die nicht mehr viel zu leben haben werden, verbündet; ob das der arbeitslose jugendliche, der auf die strasse sanierte rentner, der strahlenverseuchte niedersachse oder der türke von nebenan sein wird. ohne die verbindung von radikaler linken und den aufkommenden sozialen gruppen wird es keine massenbewegung geben, die eine reale erfolgchance hat. die radikale linke für sich alleine deshalb nicht, weil sie wie die guerrilla vor dem dilemma steht, entweder anzuwachsen oder bedeutungslos zu werden- die neuen deklassierten für sich alleine aus dem grunde nicht, weil sie die erfahrungen der letzten jahre, des direkten kampfes gegen unterdrückung brauchen, wollen sie nicht durch falsche strategien und taktiken entsetzliche verluste hinnehmen.

eine frage, die bei den kommenden kämpfen sicher eine rolle spielen wird, ist die nach der anwendung von gewalt von unserer seite aus — die andere seite diskutiert ja nichtmal über gewalt — diskussion hat mich des öfteren an einen schwerhörigendialog erinnert, zumindest in der art, wie sie meistens geführt wurde. die einen machen nämlich aus ihrer gewaltfreiheit eine ideologie und unterstellen ihren kontrahenden, sie würden aus gewaltanwendung auch eine machen. das ist natürlich blödsinn.

für jeden revolutionär ist klar, daß er gewalt nur dann anwendet, wenn sie notwendig ist, klar gegen den feind gerichtet und einem selbst bessere positionen im kampf verschafft. wir sehen in der gewalt eine methode unter vielen im kampf von unterdrückten gegen herrschende und als solche ist sie auch legitim. der gegensatz zur gewalt um ihrer selbst willen sollte spätestens noch mal beim faschistischen attentat vom münchener oktoberfest klargestellt sein: diese art von gewalt richtet sich immer gegen das volk. münchen war sicher nicht der letzte anschlag dieser art, schliesslich ist die brd ein land, in dem die neofaschisten ungestört aufrüsten können, während jeder linke schon mit 'nem katapult den »untergang des christlichen abendlandes« einläutet, glaubt man der presse oder justiz. einige leute — ich weiß nicht, ob es echte pazifisten sind, oder nur die art von gewaltfreien, die uns unserer waffen berauben wollen, um uns zu schwächen und zu spalten — sperren sich sogar mit dem argument gegen geldsammlungen für waffen, für die befreiungsbewegung in el salvador, daß mit diesem geld gewalt unterstützt würde und dies neue gewalt hervorrufen würde. da steckt ein gewisser zynismus drinn, denn jeder, der hier steuern zahlt, oder auch nur eine tasse kaffee trinkt — der ja aus el salvador importiert wird — unterstützt damit den krieg der junta gegen das el salvadorianische volk. es ist beklemmend, das widerstand gegen gewalt gerade dann laut wird, wenn es darum geht ein volk zu bewaffnen gegen seine mörder und nicht schon dann, wenn diese mörder das unbe-

waffnete volk abschlachten, wenn es noch nicht gewalt gegeben hätte, nicht alle historischen verhältnisse auch gewaltverhältnisse gewesen wären, ja dann wären die linken sicher nicht die, die mit der gewalt beginnen würden.

ein etwas banaleres beispiel als der befreiungskrieg in el salvador: wer hält schon zweimal seinen kopf hin bei einer strassenschlacht, wenn einem schon der erste knüppelschlag eine gehirnerschütterung verpaßt? müsste man doch bescheuert sein. und wem nützt es denn, wenn wir prinzipiell auf militante gegenwehr — die immer als »brutale gewalt« bezeichnet werden wird von denen, die sie selber staatlich ausüben — verzichten? uns bestimmt nicht, wenn man mal einen oder mehrere staatsdiener auf der flucht sieht, zum beispiel bei einer demo. dann gibt das eben auch mut und ein gefühl von dem, was man erreichen kann.

wer aus der gewaltfreiheit eine lebens-einstellung macht, der wird sich bei den härter werdenden auseinandersetzungen der kommenden jahre desöfteren verprügeln lassen müssen und eines tages wird er gar nicht mehr auf die strasse gehen. immer nur einzustecken ohne auch mal auszuteilen-das verschafft furcht und resignation, das verstärkt nur den mythos der staatlichen allmacht.

wir benutzen die gewalt, um die gewalt eines tages abzuschaffen, nicht mehr und nicht weniger.

schließlich wäre es auch grotesk, unsere kampfformen von demselben staat diktieren zu lassen, den wir bekämpfen und besiegen wollen. der erlaubt uns freiwillig nur genau soviel, wie für ihn nicht gefährlich ist. die methoden unseres kampfes müssen wir moralisch wie politisch selber festlegen, niemand anders.

die frage nach der gewalt war auch immer eine, die die diskussion in der linken über - leider zu selten mit - der stadguerilla bestimmt hat. ein weiteres manko bei dieser diskussion war die mangelnde differenzierung von gewaltformen, die ja von sabotage am fließband bis hin zu bombenanschlägen und entführungen reichen können. selbst wenn man sich im prinzip einig war, gewalt als mitunter notwendig zu akzeptieren, kam doch des öfteren der vorwurf gegen die stadguerilla, „killer“ oder „abenteurer“ zu sein. am vehementesten wurden diese vorwürfe gemacht von denen, die sich durch die existenz des bewaffneten kampfes in ihrer lebensart bedroht sahen. sei es direkt, daß sie ihren etwas etablierten und auf anpassung ausgegerichteten status gefährdet sahen, oder weil sie es für opportun hielten, sich lieber in die lange schlange der distanzierer und besserwisser einzureihen, die ihr heil längst nicht mehr in der konfrontation mit diesem staat, sondern in einem überleben in den nischen des systems suchen. das geht soweit, daß viele ihren frieden mit der herrschaft damit rechtfertigen wollen, daß es ja eigentlich nicht der staat und seine träger gewesen wären, die die gewalt und innere aufrüstung gewollt

hätten, sondern daß die „kinderfres-senden terroristen“ sie dazu gezwungen hätten. zuviel dieser fragwürdigen argumentation: mobile einsatzkommandos, notstandsgesetze, bundeswehrrübungen gegen streikende arbeiter und fahndungscomputer gab es schon, als in der brd und westberlin von stadguerilla noch nix zu sehen war.

auch der vorwurf an die adresse des bewaffneten kampfes, daß er dem staat die legitimation für scene repressiven maßnahmen geliefert hätte, trifft daneben. erstens wäre es reichlich naiv anzunehmen, daß ein staat sich nicht wehren würde, wenn er angegriffen wird und seine bonzen ihren profit und ihre macht bedroht sehen; zweitens haben die noch immer was gefunden, um ihre jeweiligen sauerleien zu verkaufen. früher waren es die juden, heute sind es die asylanten, die radikalen ausländer und „chaoten“. die kommunisten waren es eh schon immer, grad in diesem land, wo die führende elite ihre politische sozialisation in der nazistischen ära des „antibolschewismus“ erfahren hat.

wer sich nur noch per distanzierung politisch äußern kann, der versperrt auch die möglichkeit einer kritik und selbstkritik der stadguerilla. dabei wäre gerade die jetzt enorm wichtig, um die intensiven erfahrungen, die gerade sie in den letzten zwölf jahren mit der staatsmacht gemacht hat, für die kommenden sozialen bewegungen hier nutzbar zu machen. es bringt nicht weiter, wenn aus angst heraus immer nur die sicherlich gemachten fehler thematisiert werden und darüber die absichten und die mögliche effektivität der methode stadguerilla verdrängt werden. verdrängt werden — das ist ein wichtiger punkt, den vielfach wird nicht kühl und sachlich abgewogen, sondern es wird über etwas geschwätzt, was es nicht gibt, höchstens in der vorstellungswelt einzelner existiert. revolutionäre zellen haben das mal treffend den „mythos vom bewaffneten kampf“ genannt.

weder das abziehbild vom irren, wild um sich schießenden abenteurer, noch das vom glorreichen 'fighter' als dem 'neuen menschen', entsprechend der wirklichkeit. klar, wenn jemand meint, daß dieses land das freieste der erde ist, dann muß ihm jeder, der dagegen kämpft, als irrer erscheinen; und dem, dem das system als vollkommen unbesiegbar und unangreifbar erscheint, müssen alle die, die dennoch dagegen kämpfen als pure helden erscheinen. in wirklichkeit sind es immer menschen, mit all ihren stärken und schwächen, die da kämpfen. es ist schlimm, wenn sie durch den einen oder anderen mythos ihrer menschlichkeit beraubt werden, zumal dadurch widerstand wiederum als etwas kaum machbares, fremdes erscheinen soll. auf jeden fall als nichts, was es nach — oder mitzumachen gelte.

über die machbarkeit von widerstand hat ein eta - kommando in seinem bericht über die halbe himmelfahrt von francos stellvertreter carrero blanco folgendes geschrieben: 'es ist nicht nö-

tig bergbauingenieur zu sein, um einen tunnel unter der strasse zu graben. man muß kein sprengstoffspezialist sein, um das pflaster in die luft zu jagen, ebensowenig ist es notwendig spezialist für optik zu sein, um ein auto so hinzustellen, daß man eine stelle markiert und jemanden hinzustellen, der ein zeichen gibt. anders gesagt, man muß die mythen vernichten. niemand ist ein gott und keiner braucht das zu sein: das ist das werk ganz normaler leute....' und was die eta über eine relativ komplizierte aktion sagt, das gilt übertragen für alle bereiche des widerstandes: jede und jeder kann alles lernen.

'legal - illegal - scheißegal!' ist eine parole, wie sie in letzter zeit an häuserwänden auftaucht, soweit ich da den bildern der außenwelt trauen kann. wenn es sich auf die art von aktionen bezieht, ist das richtig, drückt sie doch nur aus, daß wir unser handeln nicht durch die herrschenden bestimmen lassen. nicht ganz so egal ist es allerdings mit dem illegal-sein, also verdeckt oder per konterfei an der lifaßsäule von den bullen gesucht zu werden.

dersetzung geführt wird. daß das leicht ist, behauptet niemand und seit dem agit-urteil arbeitet die schere im kopf der linken medien macher sehr gründlich. es gibt auch keine patentlösung für die art der durchführung von diskussionen und es wäre erst recht keine, wenn sie öffentlich ausposaunt würde.

diesen knackpunkt, die kommunikation zwischen stadtguerilla und legalen linken, haben auch die bullen erkannt und es ist ihr wesentliches interesse, diese diskussion zu unterbinden. die bullen wissen vielleicht besser als viele linke, was diesem staat bevorzugen würde, wenn sich das wissen und die operationelle möglichkeiten der stadtguerilla als bestandteil der linken mit den sozialen massenkämpfen der achtziger jahre verbinden würden.

deshalb und nicht aus lauter spaß hat sich schließlich ein polizeiminister mit einem ehemaligen staatsfeind wie mahler an einen tisch gesetzt. die beiden wissen vermutlich sehr genau, daß hier eine riesige zeitbombe tickt, die sie bald entschärfen müßen, ehe sie ihnen unter'm arsch hoch geht.

ihre sogenannten 'dialoge', das gewäsch von einer 'weichen welle', sollen nur dazu dienen leute aus der linken abzuspalten und ähnlich wie

die äusserungen von albrecht, der bei der grohnde demo kurz davor stand, den schiessbefehl zu geben.

kriminalisierung schafft zwei alternativen: entweder weniger zu machen und sich aus politischen kämpfen zurückziehen, oder sich auf die möglichkeit der illegalität vorzubereiten. wem diese alternative heute zu überspitzt erscheint, der läuft in die gefahr leichtsinnig bis auf den tag zu warten, wo es den regierenden mal beliebt, ihre schubladenpläne zur ausschaltung der linken opposition hervorzuholen. und zu glauben das es solche pläne nicht gäbe, wäre ein zeichen für mangelnden geschichtsbewusstsein und vorstellungskraft. ohne jede illegale, subversive struktur zu arbeiten bedeutet zudem, dass man schon heute kontrollierbar ist durch den überwachungsinstrumente und bezahlten schnüffler des staates.

aktuelles beispiel für die kriminalisierung von militanten sind die eingeknasteten kreuzberger häuserkämpfer. so lange es nur um relativ wenig knast geht, kann man sich überlegen den abzusetzen, auch wenn wir es prinzipiell nicht den bullen überlassen sollten, wer im knast sitzt und wer nicht. denn sonst wären nur immer unsere leute drin und die, die es vielmehr verdienen, niemals. das beispiel der kreuzberger zeigt auch, dass es wichtig ist, sich mit der möglichkeit der illegalität auch mit der des knastes zu beschäftigen.

und das am besten in form einer breiten auseinandersetzung mit dem knastsystem. das geht auch die an, die nicht direkt betroffen sein könnten, die aber gegen die einknastung der gesellschaft und gegen totale kontrolle kämpfen wollen.

der widerstand der gefangenen und der linken draussen gegen diese augenfälligste, beton-gewordene art der staatsgewalt hat in der brd keine so lange geschichte wie zum beispiel in frankreich oder in spanien. aber in den letzten jahren ist das bewusstsein über den knast erheblich grösser geworden.

eine ziemliche rolle in der aktuellen diskussion spielen die sondergefängnisse. den moabiter hochsicherheitsstrakt kenne ich aus eigener anschauung.

Bildet Banden !

illegalität bringt natürlich ein paar änderungen des lebensstils mit sich, was aber nicht bedeutet, daß das permanente flucht und gehezt sein heißt; so was erzählen die bullen bloß, um sich nicht zu blamieren mit ihrem gigantischen fahndungsapparat. solche probleme sind lösbar in der praxis.

wirklich problematisch wird es für eine organisation und deren mitglieder in der illegalität erst dann, wenn aus der aus rein technischen gründen notwendigen abschottung der logistik gegenüber der umwelt eine revolutionäre tugend gemacht wird. wenn die illegalisierung der genossinnen und genossen zum organisationsprinzip erhoben wird und alles andere als relativ unwichtig und 'nicht richtig revolutionär' angesehen wird. dabei ist illegalität als organisatorisches prinzip ziemlich zeitraubend — ein legaler genosse braucht zumeist weniger probleme lösen, ehe er aktionen, auch illegale, machen kann, als ein illegaler, der vorher erstmal seine unmittelbaren lebensbedürfnisse und seine sicherheit regeln muß.

die politische gefahr der illegalität liegt darin, daß ein entfremdungsprozeß zur restlichen linken, zum alltag überhaupt, eintreten kann. in solchen entfremdungsprozessen liegen auch die wurzeln von aktionen, die sich nur noch um probleme der guerilla, weniger aber um mobilisierung und agitation gekümmert haben: zu vermeiden ist so etwas nur, wenn zwischen den illegalen, der stadtguerilla und der legalen linken eine permanente auseinan-

schon weite teile der alten apo zu integrieren. und all die anderen, die sich nicht mit brosameln vom tisch der herrschenden abspesen lassen wollen, denen die sprüche von oben zu hohl sind, werden immer mehr kriminalisiert werden.

zuckerbröt und peitsche — teile und herrsche; die uralte strategie der unterdrückung heute neu und werbewirksam verpackt.

zu denen, die jetzt verstärkt kriminalisiert und eingemacht werden sollen durch gesetze und bullenmanöver, gehören auch die massenmilitanten autonomen gruppen der akw - gegner. kalker 1977, wo binnen weniger stunden zehntausende demonstrenten kontrolliert und gefilzt wurden, noch ehe sie den bauzaun des schnellen brüters auch nur von weitem gesehen hätten, hat bitter klargemacht, dass massenmilitanz gegen einen vorberiteten, besser ausgerüsteten gegner keine grosse chance hat. so gut man sich gegen wasserwerfer und tranengas noch mit eigenen mitteln zur wehr setzen kann - vorausgesetzt die bullen nehmen nicht schon vorher alles ab - es wäre wahnsinn, in einer eskalierten eskalation gegen maschinengewehre und handgranaten offen anzurennen. es war zwar in frankreich, wo bereits handgranaten gegen akw - gegner eingesetzt wurden - vital michalon starb am 13. 7. 1977 in malville - aber dass auch in der brd nicht von der anwendung von todesschutzgesetzen zurückgeschreckt werden würde, zeigen

hochsicherheitstrakt

— das heisst fast alle lebensäusserungen stossen an betonmauern, videokameras, mikrophone, neonröhren und panzerglasfenster;

— das heisst jahrelange isolation von kleinen und kleinsten gruppen bei minimalen abwechslungsmöglichkeiten; — das heisst physische und psychische schädigungen bei den gefangengen; — das heisst modell für neugebaute und geplante knäste, wie zum beispiel der neue frauenknast in plötzensee nach dem vorbild des moabiter traktes errichtet wird;

— das heisst spitze einer ausgetüftelten pyramide von belohnen und strafen, spitze der technokratischen gefängnisreform;

— das heisst widerstandsbekämpfung, versuch der ausschaltung von opposition und nicht - systemkonformen verhalten;

— das heisst zwar leicht variierte konzepte, je nach dem mehr oder weniger hochsicher, aber immer unmenschlich.

hochsicherheitstrakt heisst aber auch widerstand dagegen. das beweisen die hungerstreiks, die schlägereien mit den wärtern und das belegen auch nicht zuletzt die relativ breiten kampagnen und die aktionen gegen die trakte im letzten jahr und zuvor.

mit der errichtung der hochsicherheitstrakte ist diesem staat die liberale maske ein wenig weiter runtergerutscht und gibt ein neues stück faschismus frei. genau das, das drohend faschistische, soll die wesentliche funktion erfüllen abzuschrecken und angst zu erzeugen. jedem soll vor augen geführt werden, was ihm blühen kann, wenn er sich mit diesem staat anlegt. (nebenbei ist es bemerkenswert, dass die herkömmlichen knäste diese abschreckungsfunktion anscheinend nicht mehr hinlänglich erfüllen gegen die heutige opposition.)

hochsicherheitstrakt für alle die, die konsequent gegen alle arten von ausbeutung und unterdrückung widerstand leisten und damit auch im knast nicht aufhören, mit dem etikett »gefährlich« oder »vollzugsstörer« beklebt werden

therapievollzug für die, die von ihrem abweichenden verhalten wieder an die soziale art des fliessbandarbeiters »resozialisiert« werden sollen — offener vollzug für diejenigen, die zwar bestraft werden sollen, aber tagsüber wenigstens nicht dem kapitalistischen allgemeinwohl als billige arbeitskraft verloren gehen sollen.

heute gibt es noch viele mischformen oder auch den schlichten verwahrvollzug, in dem die gefangengen weitgehend sich überlassen werden. je nach finanzieller situation der länder und je nach stand der sozialen auseinandersetzung wird das aber aussterben und völlig durch gefängnisse neuer konzeption ersetzt werden. parallel zur automatisierung in der produktion die elektronische ausstattung der neuen knäste; vom arbeits- und zuchthaus von gestern zur totalen überwachung ä

la orwell's »1984«, so soll die entwicklung nach dem willen der knastbaukommandanten laufen, wenn wir diese schreibtsichtäter nicht daran hindern.

es ist wahnsinnig schwer, unter allen gefangengen im knast eine einheit herzustellen. schliesslich sitzen fixer, ausländler, safeknacker, säumige alimenterzahler, zuhälter, dealer und andere menschen mit den von staats wegen aufgeklebten etikettierungen. innerhalb der linken gefangengen gibt es verschiedene vorstellungen, wie der knastkampf zu führen sei und was für bedingungen erreicht werden sollten. genau so wenig wie draussen herrscht zwischen den gefangengen eitel friede, freude, sonnenschein, auch insofern wird der grosse knast im kleinen gespielt. allen gemeinsam bleibt aber das ziel, raus aus'm knast und weg mit allen internierungsanstalten. wenn man das im auge behält, ist dieses ziel eine klammer für die diskussion über davorliegende aufgaben. wie draussen entwickelt sich auch im knast der widerstand in eruptionen, die nie genau vorauszurechnen sind. aber mit jeder neuen welle wächst das bewusstsein darüber, dass der feind nie neben eine steht, sondern immer gegenüber.

für den knastkampf, die solidarität mit den gefangengen, hat die unterscheidung zwischen der forderung nach zusammenlegung von gefangengen aus der guerilla und der forderung nach integration in den normalvollzug für alle. seit jahren eine ziemliche bedeutung und wird sie vermutlich auch noch einige zeit behalten. jedenfalls agieren die vertreter der einen oder der anderen linie ziemlich getrennt voneinander.

Bildet Banden !

der letzte grosse hs hatte dann auch nur die gemeinsamkeit, dass gefangene gegen die haftbedingungen gekämpft haben. anfangs waren es bundesweit über 200 gefangene, die mit unterschiedlichen forderungen angetreten sind. die reichten von einzelnen konkreten forderungen nach verbesserungen in regionalen knästen über die abschaffung der traktes und sondergefängnisse bis hin zur forderung der gefangengen aus der raf nach zusammenlegung. im bewusstsein der öffentlichkeit ist nach dem abbruch des hungerstreiks und nach dem sigurd debus zu tode zwangsernährt worden ist, fast nur dieser forderung klebengeblieben. es war sogar in linken zeitung zu lesen, dass die anderen hungerstreikenden nur reine solidaritätsaktionen für den kampffür zusammenlegung gewesen wären.

die öffentlichkeit, einschliesslich der linken leider, funktiert immer noch nach dem zynischen prinzip der sensationen - che nicht lebensgefahr besteht. che es nicht nicht tote gibt, pas-

siert viel zu wenig. erst dann öffnen sich die zeitungsspalten für ein diskussion und dann noch für eine leider sehr mieste.

die einen behaupten jetzt, nachdem er zu ende ist, dass sie ihre solidarität mit dem kampffür gefangengen nur deshalb hätten nicht ausüben können, weil sie die forderung nach zusammenlegung oder die raf nicht hätten unterstützen wollten. eine ziemlich verlogene position, denn diese leute sind die gleichen, die sich auch mit anderen forderungen von gefangengen noch nie solidarisiert haben, es sei denn mit dem mundwerk. ihre argumentation dient nur ihrem schlechtem gewissen als sanftes ruhekissen. für eine andere gruppe wiederum ist die diskussion über die richtige linie im knastkampf völlig tabuisiert. weil die nur moralisch an die frage herangehen und sagen, dass wenn ein genosse für diese forderungen stirbt, dann können das nur richtige forderungen sein.

dabei muß gerade jetzt die diskussion über den knastkampf endlich mal auf nen punkt kommen, sie muß geführt werden und zwar politisch und nicht moralisch. in der hoffnung auf ein ausführliche diskussion werde ich eine position auch hier nur kurz anreissen. gegen die forderung nach zusammenlegung sprechen im wesentlichen folgende sachen:

zusammenlegung der gefangengen aus der guerilla beinhaltet in irgendeiner form die einlassung auf hochsicherheitstrakte und es ist ein irrtum zu glauben, die trakte seien von innen zu knacken

eine forderung nach zusammenlegung in gruppen, selbst wenn es sogar 15ner gruppen wären und nicht die erheblich wahrscheinlicheren kleingruppen wie sie in der nächsten zeit bestehen werden, kommt grundsätzlich dem abteilungsgefängnis entgegen, wie es von den knastkommandanten in der brd eingeführt wird. kleine gruppen unter hohem sicherheitsaufwand, bzw. unter permanenter beobachtung sind das credo dieser gefängnisreform, selbst jugendknäste werden schon so gebaut als reaktion der bonzen auf die unkontrollierte subkultur in knästen alten stils, wo praktisch alle gefangengen noch irgendwie zusammenkommen konnten.

der wichtigste einwand gegen die zusammenlegung von gefangengen aus der guerilla in sonderknästen oder sicherheitsbereichen ist langfristig ein politischer. durch die abschotung der gruppe verliert man jeden kontakt zu den bereits entstehenden und immer weiter anwachsenden sozialrevolutionären und oppositionellen bewegungen im und um den knast.

die brigade rosse haben mit der entführung des richters d'urso aus der schon weiter eskalierten situation in italien die konsequenz gezogen. ihre strategie zielt auf eine einheit aller gefangengen, die kämpfen wollen, ab.

gleichzeitig auf die zerstörung der hochsicherheitsgefängnisse und letztlich des knastes überhaupt. das beruht auf der richtigen einschätzung, das der knast immer wichtiger werden wird in der kommenden zeit der auseinandersetzen. knast war und ist die letzte weisheit der herrschenden gegen rebellion und offenen widerstand und deshalb ist es auch strategisch - nicht nur moralisch, wie manche caritas-fans glauben - sache, gemeinsam die trakte und letztlich den knast zu zerschlagen.

in der brd und westberlin ist die situation zwar noch nicht so wie in italien entwickelt, aber vergleichbar immerhin. die strategie der brigade rosse können beim knastkampf ein modell für das vorgehen hier sein.

aber auch wer die forderung nach zusammenlegung draussen nicht teilt, kann seine solidarität nicht von vorleistungen abhängig machen. schließlich sind es immer bullen, die die menschen einknasten und die gefangenen sind nicht die, die die bedingungen im knast diktieren.

zu der forderung nach 'integration in den normalvollzug' ist einiges klarzustellen, weil sie so ungenau bezeichnet ist. die strategie im knastkampf, die so umschrieben wird, geht von der notwendigkeit einer politischen einheit hinter den mauern aus, einer durchzusetzenden gleichstellung aller gefangenen gegen das geplante abteilungs- und abschottungsgefängnis. diese strategie entspricht der von draussen: mobilisierung und kampfang an der basis, mit den betroffenen und für sie, soweit möglich. eine strategie, die von vorneherein potenzielle genossen ausschließt, taugt nicht viel über lange sicht. 'integration in den normalvollzug' ist eine mißverständliche forderung, denn wie gesagt gibt es weniger denn je einen 'normalen' vollzug, falls es den je gegeben hat. knast ist nicht gleich knast. das gefängnis ist in zig bereiche aufgeteilt und soll noch weiter abgetrennt werden. je nach delikt. je nach anpassungs- oder widerstandsbereitschaft der gefangenen und nicht zuletzt nach frauen und männern. es wäre falsch zu glauben, daß, wenn man in einen 'normaleren' vollzug integriert wäre, daß dann das ziel erreicht wäre. das würde höchstens eine ausgangsposition im kampfang um die einheit aller internierten verbessern, mehr nicht.

einheit ist gerade gegen die permanenten spaltungsabsichten der knastkommandanten dringend nötig. ohne kollektive organisation möglichst vieler gefangener wird es nie dazu kommen, daß wir die verhältnisse im knast zum tanzen bringen. die gefangenen lassen sich heute schon nicht mehr so einfach stillhalten, wir haben gelernt, daß rebellion nur einen gewissen anstoß braucht, um immer wieder und immer stärker zu entflammen. kollektivität, die einheit der gefangenen ist absolut vorrangige sache und darauf müssen auch die kampfformen und die forderungen ausgerichtet werden.

der kampfang im knast ist mit denen draussen verflochten. es ist ja kein zufall, daß es immer auch dann im knast rumort, wenn anderswo gezeigt wird, daß widerstand machbar ist. die knastarbeit draussen muß auf eine neue ebene gehoben werden, indem linke gruppen generell knastarbeit als integralen bestandteil ihrer politischen praxis begrreifen. die forderung nach amnestie oder 'eins, zwei, drei - lasst die leute frei!' reicht nicht aus, hat auch keine praktischen auswirkung in dem maße wie sie notwendig wäre. linke gruppen müssen auch dafür sorgen, daß ehemalige gefangene draussen

in hamburg inzwischen auch ausbrecher oder wie im celler trakt oder stammheim sogar neonazis. zweitens sind sich alle gefangenen, egal wo sie jetzt sitzen, darüber im klaren, daß die trakte auch sie bedrohen, wenn sie anfangen zu kämpfang. deshalb sie kampfangen gegen die trakte kampfangen gegen den knast von morgen, gegen neue modelle bürgerlichen herrschaft überhaupt und auf dieser ebene sollten sie auch geführt und verstanden werden.

zum knastkampf gehört noch ein wesentlicher punkt: das verhältnis der stadtguerilla zum knast, zu den gefangenen. es hat in den letzten elf jahren viele versuche gegeben, leute aus dem knast zu holen. lorenz und die flitze aus der lehrterstr. waren die paradebeispiele für solche gelungenen aktionen, schleyer und mogadishu beispiele für ein totales scheitern solcher befreiungsaktionen.

befreiung von gefangenen war immer ein sinnbild für befreiung überhaupt, ein entkommener gefangener ist immer eine bresche in der allmacht der herrschenden, immer ein schlag gegen die verfügungsgewalt des staates über menschen. jeder ausbruch aus dem knast ist gerechtfertigt, daran gibt es nichts zu deuteln.

ein anderes problem ist es aber, wenn sich der kampfang um befreiung auf die befreiung der gefangenen reduziert, wenn das zur strategie der stadtguerilla verklärt wird. der knast ist ein kampfanggebiet, aber eben nicht das einzige und das muß auch in der praxis klar bleiben.

spätestens nach 1977 war klar, daß gefangenenbefreiung als politische strategie nicht mehr anstand, daß die ausrichtung der logistik und der aktion auf das rausholen von genossen nicht mehr der notwendigkeit einer revolutionären politik in der damaligen phase entsprach. in einer phase, in der stadtguerilla nach dem 'deutschen herbst' neu hätte definiert werden müssen, in der neue strategien entwickelt hätten werden müssen, um verlorenes terrain und vertrauen in der linken zurückzugewinnen, hatte die befreiung vom till aus moabit schon damals keine strategische bedeutung. es wäre damals politisch sinnvoller und materiell erheblich weniger verlustreich gewesen, wenn man sich in hinsicht auf den knastkampf mehr auf eine kampfang und aktionen gegen die kommenden spezialgefängnisse eingerichtet hätte, als noch einmal eine befreiungsaktion zu versuchen.

was schon damals für die stadtguerilla angestanden hätte und was für die knastkämpfang gilt, gilt auch für die linke allgemein: unser ziel muß es immer sein, aus der relativen isoliertheit rauszukommen, hin zu einer massenbasis. der mangel an breiter basis war es auch, der bei der stadtguerilla aus jeder kleinen niederlage und jedem fehler gleich wieder einen verlust der politischen handlungsfähigkeit machte.

Bildet Banden !

strukturen vorfanden, die weiter zum kampfang gegen das befähigen, von dem man im knast nur eine spielart erfahren hat. auf diese art sind die kämpfang vor und hinter den mauern auch zu verbinden, um zu verhindern, daß jemals zu einer stille in den zellen auch noch die stille auf den straßen kommen kann. denn damit würde auch ein stück hoffnung sterben und hoffnung ist nicht umsonst nach einer alten knackweisheit die schwester eines jeden gefangenen.

die kritik an den trakten, am knast, muß mit der kritik an der einknastung der städte verbunden werden. nicht zufällig schließlich spiegelt sich der unterschied zwischen den alten mietskasernen von kreuzberg und dem beton des märkischen viertels auch zwischen den hundert jahre alten löchern von moabit und den vielzitierten 'städtebaulichen aspekten' des traktes hier wieder. wie im trakt hängen inzwischen auch an straßenkreuzungen und öffentlichen gebäuden die videokameras der bullen; kommunikation, wie sie im moabiter altbauknast trotz der einzelhaft noch relativ unkontrolliert und zufällig stattfinden kann, entspricht praktisch dem schwatz im treppenhaus oder der eckkneipe im kiez, wo noch jeder jeden kennt. im trakt sind gruppen so abgeschottet wie mietsparteien in den hochhäusern, keiner kriegt mehr mit, wer neben ihm haust.

manche genossen glauben, daß kampfangen gegen die hochsicherheitstrakte nur einer speziellen gruppe von gefangenen nützen würde. das stimmt nicht, denn erstens ist die belegung der trakte inzwischen sehr uneinheitlich, in der mehrheit zwar nach wie vor gefangene aus der stadtguerilla, aber wie

alle gruppen und bewegungen der letzten jahre, die es nicht gewollt oder nicht geschafft haben, sich zu verbreitern, sind letztlich gescheitert oder bedeutungslos geblieben. manche haben gigantische pläne für die halbe weltrevolution entwickelt ohne überhaupt einen fuß auf dem boden zu haben. umgekehrt gab es gruppen, die ihre ziele und ideale aus den augen verloren und nur noch in tagesaufgaben herumstocherten ohne jeden strategischen plan. vielen sich kommunistisch nennenden sekten war schließlich gemeinsam, daß sie ihre zahlenmäßige schwäche durch besonders viel avantgardedünkel, ihren mangel an praktischer taktik durch zu viel abgehobene strategie und ihre zu geringe verbundtheit mit den kämpfen an der basis durch triumphalistische programme auszugleichen versuchten.

die andere seite der medaille, der einseitige reformismus und parlamentarismus, vergißt dann wieder über die erhoffte friedliche und legale umgestaltung des staates den militärischen und illegalen aspekt einer jeden revolutionären änderung, vergißt zudem noch die erfahrungen, die viele alte apo-genossen machen mußten, als sie auf dem langen marsch durch die institutionen gefressen und total frustriert oder auch als überzeugte sozialdemokraten wieder ausgeschissen wurden. institutionen sind immer überlegen, so lange man ihnen einzeln gegenübertritt, das sollte man nie vergessen.

vor beiden übeln, dem sektenunwesen und dem puren reformismus hilft nur, daß man die augen offenhält für die wirklichkeit des kapitalistischen alltags, daß man nie den kontakt zur basis verliert und sich vor allen dingen nicht von den staatsdienern einlullen läßt. die wirklichkeit ist so radikal, daß man nur genauso radikal sein kann.

nur ist diese wirklichkeit in den köpfen der menschen total verschüttet, was nach jahrelangem propagandageriesel und nicht zuletzt nach zwölf jahren faschismus und drei jahrzehnten anti-kommunismus auch kein wunder ist. zugeklebt von presse, valium, zahnpastareklame und tagesschau sollen den menschen informationen über das land, in dem sie leben, vorenthalten werden. staatliche desinformation ist voraussetzung für das funktionieren von massenloyalität, voraussetzung für den un-sozialen frieden und die a-soziale marktwirtschaft des kapitalis.

linke politik machen, heißt gegen die massenloyalität zu kämpfen, und das falsche bewußtsein in den köpfen der menschen zerstören, wonach 'alle in einem boot' sitzen würden. oder, wie die aktuelle variante lautet, 'alle in einem öltanker' sitzen würden. das bild einer galeere, auf der viele rudern müssen und einige wenige steuern, würde erheblich besser auf die wirklichkeit zutreffen. und wie immer zu zeiten, in denen dieses schiff den herrschenden nicht mehr genug profit einfährt, wenn es in's schlingern kommt, dann sollen die im bauch des schiffes arbeitenden das ausbaden.

was da derzeit wieder einmal in's schlingern kommt, sind im wesentlichen zwei komplexe: der der ökonomischen stabilität, also vollbeschäftigung, wirtschaftswachstum und stabile wechselkurse; sowie der komplex aller außenbeziehungen, also internationaler handel, strategische, politische und militärische relationen. das funktionieren dieser komplexe ist absolute voraussetzung für eine zentrale stütze kapitalistischer herrschaft: das vorhandensein der oben erwähnten massenloyalität. bei einzelnen beginnt die bereits zu schwinden, 'staatsverdrossenheit' nennt sich das, so lange es noch nicht in offene, organisierte ablehnung des systems umschlägt. dann wird es im sprachgebrauch der herrschenden 'aufruhr und terrorismus' genannt. zur zeit haben sie allerdings mehr die alten sprüche vom 'gürtel enger schnallen', vom 'mehr arbeiten und mehr leisten' drauf und daß die angeblichen 'fetten jahre' nur vorbei seien und 'alle opfer bringen' müßten, nun, von den 'fetten jahren' hat das volk ohnehin nie viel gesehen und angesichts der wirtschaftsentwicklung wird es auch weiter 'opfer bringen' sollen, wenn es nach dem willen der bonzen geht.

schließlich steht die welt mit einem bein schon in einer wirtschaftskrise, wie es sie seit 1929 nicht mehr gegeben hat. bereits jetzt gibt es in den industriestaaten über zwanzig millionen arbeitslose und die inflation liegt durchschnittlich weit über 10%. die leistungsbilanzen der meisten staaten sind negativ und auf den finanzmärkten schwirren milliarden dollar spekulationsgelder herum, die alle festen wechselkurse in schönster regelmäßigkeit purzeln lassen. in form von anlagen bei metropolen-banken sorgen weitere milliarden petrodollars dafür, daß die kriselnde kapitalistische wirtschaft nicht wie ein kartenhaus zusammenbricht. aber auch die mächtigen usa können ihre geldpressen nicht ewig heißlaufen lassen, ohne dafür mal haften zu müssen. spätestens dann, wenn immer mehr staaten davon abgehen, den dollar als welthandelswährung zu akzeptieren, kämen für die weltmacht nummer eins schlechte zeiten. dann könnte sie nämlich ihre öltrechnungen nicht mehr mit billigen selbstgedruckten grünen zettelchen begleichen. zudem auch die konkurrenz zwischen den konzernen

vermittels 'ihrer' nationalstaaten auf dem weltmarkt immer härter wird. japan, die usa und die eg beginnen sich um die letzten stücke kuchen auf dem teller zu streiten. daß das in den einzelnen ländern ohne erhebliche verluste für die jeweils unterlegenen branchen abgeht, braucht niemand zu glauben.

sei es, daß die konzerne die preise und damit die inflationsrate erhöhen; sei es, daß sie beim staat um steuergelder zur 'rettung von arbeitsplätzen' — sprich: ihrem profit — nachsuchen, oder daß sie riesige rationalisierungsinvestitionen tätigen. so müssen die malocher dreifach zahlen, durch reallohnsenkungen, ihre steuern und dann noch mehr arbeiten. trotz steigender unfallzahlen und berufskrankheiten wird heute pro kopf erheblich mehr produziert als früher und längst nicht im gleichen maß sind die löhne angestiegen. die ausbeutung des einzelnen wird immer größer und die arbeit durch alleine auf gewinn ausgerichtete rationalisierungen immer stumpfsinniger. die menschen werden zu handlangern für maschinen, das ist die perspektive, die dieses system anzubieten hat. no future!

die facharbeiter werden aussterben und dafür entsteht eine neue schicht von gelegenheitsarbeitern und jobbern, die je nach belieben des unternehmens geheuert und gefeuert wer-

Bildet Banden!

den können. und diejenigen, die angesichts dieser berufsaussichten lieber gleich ihre kohle vom arbeits- oder sozialamt holen, werden auch durch immer neue schikanen und geldkürzungen irgenwann gezwungen sein, sich auf 'nen totalen scheißjob einzulassen, um überhaupt noch genug kohle zum leben zu haben.

in früheren krisen konnte der staat aus seinen ressourcen und mit hilfe einer immer stärkeren staatsverschuldung die konjunktur wieder neu ankurbeln, neuinvestitionen durch zuschüsse und steuervergünstigungen wieder profitabel erscheinen lassen. auch nahm er immer mehr menschen in seine dienste und konnte dadurch die arbeitslosensrate senken. aber selbst beamte müssen bezahlt werden, einstellungsstopp im öffentlichen dienst und sogenannte 'maßnahmen zur kostendämpfung im gesundheitswesen' sprechen eine deutliche sprache. übrigens steigen seit diesen 'kostendämpfungen' die todesraten in staatlichen krankenhäusern. mit anderen worten: es müssen mehr menschen als früher an unzureichender versorgung sterben, weil sie die bilanzen des staates belasten.

in einer zeit, wo die brd stärker in internationale pflichten imperialistischer herrschaftssicherung genommen wird, muß sie immer mehr aus der rolle des wirtschaftswunderknabens in die des zahlmeisters faschistischer diktaturen treten, die die usa nicht mehr alleine

finanzieren können. die millionen und millarden, die die brd an türkische militärs zur unterstützung ihrer folterherrschaft und an ägypten zur sicherung des camp-david-abkommens zahlt, kommen fast ausschließlich aus dem tof, der früher für innerstaatliche reformen benutzt wurde. irrsinnige rüstungsanstrengungen der brd und anderer nato-staaten tragen noch dazu bei, daß der soziale friede im lande, wie er früher von einem zahlungskraftigen staat noch erkaufte werden konnte, allmählich unbezahlbar wird. damit ist es letztlich wieder die bevölkerung aller länder, die die lasten imperialer ausbeinnderetzungen zu tragen hat, ob sie nun 'den gürtel enger schnallen' soll für ein vorgebliches 'allgemeinwohl', oder sei es, daß sie wieder einmal als soldaten des kapitals auf diesen beutetigen verbluten soll, die energiekrise, die hauptsächlich eine krise des profits der kapitalisten ist, soll mit gewalt gelöst werden, wie zum beispiel die iranische revolution vom imperialistischen hampelmann saddam hussein und seiner irakischen armee zerschlagen werden soll (oder wie ein beliebiges stück wüste von 'wirtschaftlichem oder strategischem interesse' von nonstop eingeflogenen marines 'verteidigt' wird, fiktive angreifer sind beim ägyptischen us-manöver nicht mehr nötig, da die umgebung des objekts vorher von kampfflugzeugen flankiert wurde - s. ätzer). us-soldaten kämpfen weltweit für die interessen von Exxon, standard oil, steel und für die ausbreitung des american way of life vor ocea gales und der französische imperialismus hat nach seiner Niederlage in algerien nicht aufgehört, einen putz nach dem anderen in afrika aufzuführen zu lassen und gemeinsam mit anderen nato-staaten interveniert er offen in den ländern, die seinem einfluß zu engländern drohen. alle westlichen industrielländer gemeinsam bereiten ihre intervention im nahen osten vor für den fall, daß die ölquellen ihrem einfluß entzogen werden. hinter dem afghanistans-geschrei verbirgt sich nur schlecht der ruf nach mehr profit und nach billiger, verfügbarer energie.

aus historischen gründen hat die brd zwar bisher keine soldaten in offenen konflikten eingesetzt, aber das deutsche kapital kämpft wieder seit jahrzehnten an der internationalen front um seinen anteil an der ausplünderung der dritten welt. durch waffenlieferungen beteiligt es sich zudem daran, faschistische diktaturen oder sogenannte 'befreundete regierungen' an der macht zu halten. deutsche transnationale konzerne arbeiten heute in nahezu allen ländern der erde. aeg, basf, bayer, siemens, daimler benz und vw agieren in lateinamerika, als ob es ihr betriebshof wäre. in enger zusammenarbeit mit den militärregimen sichern sie sich ihre extraprofite. so sorgt zum beispiel alleine ein vw-werk von sao paulo ein siebenhundert mann starker paramilitärischer werkschutz für das funktionieren der ausbeutung. der

berliner schering konzern macht die medizinischen versuche, die früher von der deutschen pharmaindustrie in den konzentrationslagern gemacht wurden, heute mit indio-frauen in ekuador und kolumbien. was ihn übrigens nicht darin hindert, auch hier menschen für seine versuche zu benutzen, so lange die nichts davon erfahren und sich nicht dagegen zur wehr setzen.

investitionen der deutschen bank, von bosch, henkel, hochst und bmw tragen dazu bei, das südafrikanische rassistensysteme an der macht zu halten. in ihren tochtergesellschaften profitieren brd-konzerne entgegen allen unresolutions von der rassenerdrückung in südafrika. daimler benz baut fabriken für panzermotoren und lieferte an die bürenpolizei uminogs, die in leicht veränderter version gegen die revollen von soweto eingesetzt wurden. heckler & koch gewehre sorgen in den händen der militärs von guatemala dafür, daß (toten)ruhe und (kapitalistische) ordnung herrschen. fregatten und lizenzerträge für panzerproduktionen tragen dazu bei, die argentinische junta am ruder zu halten; atomfabriken der kwu sichern der brasilianischen diktatur die option für ihre atomaren träume. zum teil über drittländer liefern brd-rüstungskonzerne kriegsmaterial an israel zur unterdrückung der arabischen linken und des palästinensischen befreiungskampfes, sogenannte 'anti-aufrührerkämpfe' wie wasserwerfer, cn-tränengas und selbst handschellen und gummi knüppel gelangen aus deutschen fabriken, wie zum beispiel der staatlichen diag, an folterherrscher wie paraguays stroesser oder seinerzeit an den schah.

eg-nahrungsmittelkonzerne zwingen dritte welt länder, anstelle dringend benötigter grundnahrungsmittel tixustressalien anzubauen. hungerländer aus der sahel-zone exportieren täglich per luftfracht tomaten und auberginen direkt in die metropolenstädte; angesichts dessen ist es purer zynismus, wenn hier bei almosenansammlungen gegen den welthunger immer von naturkatastrophen geredet wird. die eigentliche 'naturkatastrophe' ist die aufgewundene imperialistische weltmarktordnung und die von ihr eingesetzten korrupten regierungen.

auch davon, daß für die schrankwände und schreibische der reichen die teakholzwälder der elfenbeinküste abgeholzt werden und dadurch ein ganzer landstrich versteppe und seine bevölkerung verelendet, redet hier niemand, wenn wir es nicht tun.

obwohl die reichtümer der dritten welt seit jahrhunderten in die metropolen geschafft werden, ist es doch nicht einfach so, daß das proletariat der industriestaaten der parasit der dritten welt wäre. schließlich besteht der widerspruch zwischen ausbeutern und aus-

gebeuteten auch in den metropolen selbst. in einer anderen form, das elend hier ist ein anderes als in den slums der dritten welt, aber der gesellschaftliche reichtum fließt auch hier nicht dem volk zu, sondern in die taschen der konzerne oder wird für rüstung und militärische absicherung imperialer herrschaft verbraucht. eine linke 'argumentation', wonach hier nur metropolenchavunisten und ausbeuter der dritten welt leben würden, läuft gefahr, darüber den klassencharakter des systems hier zu vernachlässigen. es gibt keine einheit der metropolenbevölkerung gegen die unterdrückten völker und wo es dennoch so erscheint, liegt dem eine rassistische staatliche desinformationspolitik zugrunde. das ist ein problem, was zu lösen ist, aber eben kein beleg dafür, daß hier alle von den geplünderten reichtümern anderer länder profitieren würden.

bewußtsein über internationale zusammenhänge der ausbeutung und herrschaft ist in den letzten ein, zwei jahren wieder gewachsen, nachdem es jahrelang still war in dieser hinsicht auf den straßen. internationalismus bedeutet die kämpfe der befreiungsbewegungen durch aktionen zu unterstützen, wobei aber immer klar sein muß, daß solche aktionen unter den hier bestehenden bedingungen der sozialen kämpfe durchgeführt werden müssen.

aktuelles beispiel für eine legale unterstützungsaktion des befreiungskampfes ist die spendensammlung 'waffen für el salvador', natürlich ist es richtig, soviel kohle wir möglich für diesen zweck zusammenzukriegen, aus den metropolen in die dritte welt zu schaffen. allerdings ist es ja nicht einzusehen, daß nur die linken, die sich nicht soviel kohle haben, spenden sollen und die, die das system des imperial-

Bildet

Banden !

mus tragen, somit direkt oder indirekt verantwortlich sind, ungerupft bleiben. daß die, die zu den ausbeutern hier zählen und unbehelligt in ihren villen sitzen und zusehen, wie ihr geld immer mehr wird und nicht mal damit konfrontiert werden, daß anderen menschen in flüchtlingslagern sitzen und nichtmal genug zum für's fressen, geschweige denn für waffen haben, um endlich ihre unterdrücker angreifen zu können. in den händen von befreiungsbewegungen ist geld erheblich sinnvoller als auf den konten der kapitalisten hier. 'friede den hütten und krieg den palästen' heißt in der praxis eben auch: kohle für den kampf um nationale befreiung und selbstbestimmung und krieg den geldsäcken in europa.

die staatsanwaltschaft hat sich hier mal ausgelassen, daß die entführung des mehrfachen millionärs palmers ein ganz gewöhnlicher krimineller akt gewesen wäre. die villen im tessin, die sich die angeblich kriminellen entführer von den viereinhalb millionen gekauft haben, sucht sie allerdings bis heute. es geht ja auch nicht in den kopf eines bürgers, daß geld nicht nur zum eigenen nutzen verdient und beschafft werden kann, daß es auch umverteilt werden kann schon zu zeiten eines erst beginnenden kampfes um gerechtere verteilung des reichums zwischen nord und süd. aber auch mit nochsoviel kohle aus denn kasser der metropolenbanken können die befreiungsbewegungen immer nur einzelne glieder des imperialismus angreifen und zerstören. das eigentliche herz der bestie können wir nur hier im zentrum selbst vernichten.

solange die imperialistische herrschaft ihre macht noch aus dem ungeheuren reichtum, den technologischen und militärischen mitteln, die hier von den arbeitenden menschen geschaffen werden, ziehen kann, wird der imperialismus nicht aufhören zu existieren.

die überwindung der klassengesellschaft in den metropolen ist der schlüssel zur zerstörung imperialer ausbeutung. es ist eine frage der strategie, wie wir diesen schlüssel in die hand bekommen können. manche glauben, daß die einzig erfolgversprechende möglichkeit in einem engen aktionsbündnis mit den befreiungsbewegungen der dritten welt liege. bei aller notwendigen solidarität — der versuch, darüber hinaus eine operationelle einheit zu schaffen, müßte scheitern. so, wie alle, die bisher versucht haben, ihre praxis ausschließlich nach internationalen prozessen auszurichten, in ihrem eigenen land niederlagen einstecken mußten und ihre politische autonomie verloren.

revolutionäre praxis ist immer konkret. das heißt, sie bestimmt sich immer an den jeweiligen gegebenheiten und bedingungen des kampfes. internationalismus ist ein schnittpunkt vieler widerstandslinien. aber es ist nicht möglich, aus dieser abstrakten kategorie die jeweils notwendige strategie und taktik abzuleiten. die wege zur revolution verlaufen je nach geschichte, kultur, politischer und ökonomischer entwicklung eines jeden landes unterschiedlich. praxis entsteht vom konkreten ausgehend hin zum allgemeinen, vom nationalen hin zum internationalen. revolutionen lassen sich zwar von außen unterstützen, aber niemals fernsteuern oder schlicht vereinheitlichen. ein versuch in dieser richtung würde den historischen prozess von den füßen auf den kopf stellen.

ein kampfgefährte von che guevara hat mal gesagt, daß es zwar sehr wichtig ist, die internationalen zusammenhänge im kopf zu haben, daß man aber die hände immer mit den konkreten, nationalen problemen beschäftigen muß. anderenfalls würde man sich auf die schnauze legen. mit anderen worten heißt das für uns, autonom an der basis hier zu kämpfen, um eines tages die befreiung der menschen weltweit erreichen zu können.

in diesem kampf um befreiung spielt der faktor zeit eine immer größer werdende rolle. was die alten revolutionsstrategen von marx bis bakunin noch nicht wissen konnten, liegt heute im bereich des möglichen: daß die erde nach dem abgang der ausbeuter von der weltgeschichtlichen bühne nicht mehr bewohnbar sein wird, verwandelt in eine strahlende wüste.

die brd ist aufmarschgebiet der bundeswehr und der hier stationierten ausländischen nato-truppen gegen die rgw-staaten; im falle eines krieges würde sie völlig zerstört, was selbst die militärs und die regierungen in ihrem zynismus nicht leugnen. bei einer derartig düsteren perspektive ist es nur logisch und wichtig, daß sich wieder eine breite anti-kriegs-bewegung entwickelt, die sowohl gegen die möglichkeit eines atomaren holocaust, wie gegen die nato-hochrüstung, als auch nicht zuletzt gegen ein wiedererstarken des deutschen militarismus kämpft. was am 6. mai in bremen und später in bonn, hannover und anderswo passiert ist, war ein ausdruck dieses kampfes. neben alten antifaschisten, pazifisten und anderen kriegsgegnern steht hier die linke nicht zuletzt deshalb, weil sie einen widerwillen gegen die roboterisierung von menschen zu kampfmaschinen und gegen jeden kadavergehorsam ist. krieg gegen den krieg ist immer ein kampf gegen die, die im eigenen land die kriegspläne ausarbeiten und vorbereiten: die nato-strategen, die rüstungskonzerne, die revanchisten und all ihre handlanger. kurz gesagt: klassenkampf. denn diese interessengruppen und ihre militaristische geisteshaltung sind auch dafür verantwortlich, daß aufrüstung nach außen immer mit der nach,innen zusammenläuft, die repression im lande verschärft wird.

hinter der möglichkeit absoluter zerstörung durch einen krieg steht aber auch die der allmählichen vernichtung des lebens auf der erde. großtechnologien, die nicht zu kontrollieren sind, strahlungsruinen und vergiftete landstriche à la seveso, zubetonierte städ-

Bildet Banden !

mit den heute verfügbaren waffensystemen wäre die erde mehrfach total zu zerstören. alleine in der brd lagern etwa siebentausend atomgranaten und sprengköpfe, die angeblich den frieden sichern sollen. bald werden es etwa zehntausend sein, die den frieden dann noch 'sicherer' machen sollen. mit derartig perversen zahlenspielerien, wie auch dem wieder anschwellenden propagandageschrei von der 'gefahr aus dem osten', soll die möglichkeit eines neuen krieges in den köpfen der menschen als nicht mehr völlig unwahrscheinlich erscheinen; gleichzeitig soll von den inneren widersprüchen auf einen angeblichen äußeren feind abgelenkt werden.

te, die menschen verrecken an unbekanntem seuchen, weil einem irren gen-biologen einige seiner neuen bakterien aus dem labor entwischt sind, eine totale, computerisierte kontrollmaschine à la orwells '1984', die reaktionen bereits im vorfeld aufspürt und durch hochgerüstete polizei- und militeinheiten vernichtet ...

das alles sind keine erfreulichen, aber leider auch keine unmöglichen aussichten gegen eine lebenswerte zukunft. ob so etwas wirklichkeit wird, hängt von jedem einzelnen ab; davon, ob er dagegen ankämpft, oder ob er nichts macht und seine letzten tage noch in ruhe zu genießen gedenkt. aber wer seine hoffnung und seinen widerstandswillen verliert, der wird auch seine freiheit und seine zukunft verlieren.

der zeitdruck, etwas erreichen zu müssen gegen die allmähliche zerstörung der erde, ist im bereich ökologie spätestens seit harrisburg und seveso allgemein bekannt und die anti-akw-bewegung verläuft mit ihren unzähligen gruppen und vertretern quer über den alten klassenwiderspruch hinweg in einer breiten front gegen die atomstaatsperspektive.

der zeitdruck aber, die möglichkeit einer totalen kontrolle durch die computerisierung der repressionsfunktionen noch rechtzeitig zu verhindern, ehe der staatliche informationsvorsprung derart ist, daß jede rebellion bereits im vorfeld ausgerechnet und zerschlagen werden kann, ist noch viel zu wenig im bewußtsein. obwohl gerade die radikale linke von diesen rechenmaschinen-gesteuerten strategien am meisten betroffen und bedroht ist, hat sie die diskussion bisher weitgehend

bundespost schafft derzeit zwecks rationalisierung geräte an, die handschriftliche adressierungen entziffern können, die aber auch in verbindung mit bka-computern bestimmte handschriften aussortieren könnten.

datensammlung ist die eine seite dieser dreckigen medaille, datenverfügbarkeit die andere. kleine, transportable terminals sollen bald jeden streifenwagen und jeden kob direkt mit großcomputern verbinden. auf knopfdruck erfahren die dann von der schuhgröße bis hin zu vorstrafen oder ermittlungsverfahren praktisch alles von jemandem. über die sogenannte 'hauskartei' der kobs sogar noch, was in der jeweiligen mülltonnen so zu finden ist. ein vs-spitzel bekäme von geheimen nachrichtensammlungen vermutlich auch noch eine liste aller bekannten seit der grundschule mitgeliefert.

wenn praktisch alle informationen über jemanden zentral verfügbar sind, dann ist der- oder diejenige ausrechenbar, ob und wann er beginnen könnte widerstand zu leisten. bereits im vorgriff könnten dann schnüffler, sozialarbeiter oder sonstwer auf ihn angesetzt werden. all das ist ohne einen breiten datenverbund zwischen sämtlichen behörden — von der aok bis zum

satzweise schon so läuft. zu der kampfbereitschaft der linken kommt die notwendigkeit sozialer veränderungen, wie sie der staat aber nicht mehr zulassen kann, will er sich nicht selbst in frage stellen. das ist auch die ausgangssposition, wie sie sich noch in anderen bereichen einstellen wird in den nächsten jahren. der wachsende widerspruch zwischen sozialen unausweichlichkeiten und staatsinteressen ist unsere chance, etwas zu erreichen.

seitdem die klassischen disziplinierungsinstanzen wie fabrik, schule oder familie immer weniger diese rolle übernehmen und sich auch der widerstand mehr in den unmittelbaren lebenszusammenhang des stadtteils verlagert hat, versucht der staat diesen bereich einzukreisen und unter kontrolle zu bekommen. die bullenpräsenz wird erhöht, immer mehr zivile lungern auf den straßen herum, die kleinen reviere werden durch festungsartige einsatzzentralen ersetzt und staatliche sozialarbeiter überschwemmen jugendheime und freizeitzentren, auch die mobilen einsatzkommandos haben inzwischen von hippie-tarnung auf 'ne kostümierung als punks umgeschaltet und hängen auf veranstaltungen rum, wo sie regelmäßig schlägereien anzetteln und leute verhaften lassen. die staatliche präsenz im stadtteil soll außer den erwähnten datensammlungen im prinzip eines bewirken: unruhe und mißtrauen zu säen, um solidarität zwischen den rebellierenden im stadtteil zu verhindern.

es gibt auch genug fälle hier, wo große heroindealer gedeckt werden, während die kleinen fixer rigoros abgegriffen werden. vor bald zehn jahren haben die black panthers am beispiel harlem nachgewiesen, wie heroin als besonders schweinisches mittel eingesetzt wird, um die revoltierende jugend still zu machen, in individuelle

Bildet Banden!

den reformisten überlassen, denen außer datenschutzgesetzen entsprechend wenig eingefallen ist.

akw's stehen ja sehr augenfällig in der landschaft und ihre auswirkungen sind exakt meßbar, während computer großteils unsichtbar in klimatisierten bunkern untergebracht sind und deren gefährlichkeit in winzigen elektrischen schaltkreisen ruht, gerade diese schwer zu erfassende, subtile bedrohung macht die gefährlichkeit aus. massenhafte sammlung von daten und ihre maschinelle auswertung sind technische grundlage für das funktionieren bürgerlicher herrschaft und sozialer kontrolle; ohne computer funktioniert das 'modell deutschland' nicht.

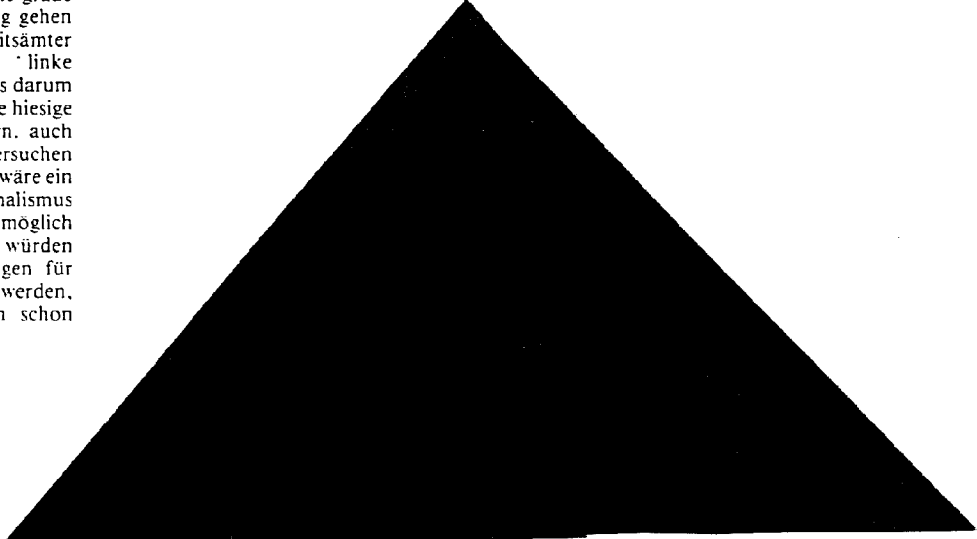
wissen ist macht. eine binsenweisheit, die aber in gestalt von präventiv gespeicherten fingerabdrücken, schrift-, blut- und haarproben, stimm-aufzeichnungen und digital auswertbarer fotos sehr real wird, bei rasterfahndungen werden handschriftliche meldezettel ganzer regionen überprüft, computer überwachen internationale telefonleitungen nach bestimmten stimmen oder reizwörtern. wer heute zum beispiel in einem gespräch mit london das wort 'ira' benutzt, kann sicher sein, daß dann irgendein geheimdienst in der leitung hängt. die

bnd — nicht möglich, ohne die zuträger — vom kob bis zum sozial- oder arbeitsamt — auch nicht. der, der daten verfügbar hat, wird immer mehr macht haben als der, der nur gespeichert ist, egal, in welcher gesellschaftsordnung. klar, es geht nicht um maschinenstürmerei oder um den kleinen bürocomputer, aber man sollte sich ernsthaft überlegen, gegen großrechneranlagen und alle arten von datenverbundsystemen anzugehen. in frankreich hat die 'action directe' bereits mehrere anlagen angegriffen und dabei sogar militärische programme zur steuerung von atomraketen zerstört. auch in der brd wäre es höchste zeit, die weitere computerisierung massiv zu stören. sowohl die zuträger der datensammlungen zu behindern als auch die ibm-, honeywell- oder siemens-computer direkt zu knacken.

zu beginn des schlußwortes steht, daß es darum geht, die radikale linke mit den sozialen massenbewegungen der achtziger jahre zusammenzubringen. der kampf im stadtteil, der häuserkampf ist ein beispiel dafür, wo es an-

probleme zu drücken, damit kein organisierter und solidarischer widerstand entsteht. und was das amerikanische fbi aus diesem grund lange geduldet hat, wird auch den deutschen bullen nicht ganz fremd sein. schließlich weiß inzwischen jeder, daß vergleichbar zur mafia in harlem in der brd türkische faschisten am heroinhandel ihre kohle machen und dabei selbst nur selten drangekriegt werden. selbst aus zürich ist zu hören, daß dort seit dem beginn der bewegung immer mehr heroin auf den markt geworfen wird, von wem auch immer. jedenfalls kann die linke nicht tatenlos zusehen oder sich mit reformistischen therapieprogrammen begnügen, wenn großdealer dazu beitragen, daß widerstand im stadtteil behindert wird.

sowenig wie gegen faschistische graue wölfe gemacht wird, so häufig gehen ausländerpolizei und arbeitsämter gemeinsam gegen linke arbeitsemigranten vor, wenn es darum geht, sie abzuschieben und ihre hiesige politische arbeit zu verhindern. auch die ausländischen genossen versuchen im stadtteil zu arbeiten und es wäre ein stück praktischer internationalismus mit ihnen dort wo immer möglich zusammen zu handeln, zudem würden dadurch auch viele erfahrungen für die deutsche linke verfügbar werden, die die ausländischen linken schon früher gemacht haben.



zu den staatlichen methoden der widerstandbekämpfung gehört auch, daß alte stadtviertel abgerissen werden und die bevölkerung in neue, unter beteiligung des bka geplante, vorstädte abzuschieben. alle neuen hochhausgebilde sind so angelegt, daß sie relativ leicht zu überwachen sind und ihre struktur erwarten läßt, daß sich keine großen gruppen von bewohnern zusammenschließen, sondern vielmehr alle mehr oder weniger vereinzelt ihren frust vor der glotze ersäufen. zusammen mit dem profithunger der baugesellschaften, der sich nur bei großflächiger kahlchlagsanierung befriedigen läßt, ist dieses kontroll- und entsolidarisierungsinteresse verantwortlich dafür, daß manche städte wieder so aussehen wie nach dem zweiten weltkrieg und beton alles beherrscht.

aber auch die immer höher werdenden mieten, die einföhrung des weißen kreises und die zerstörung großer wohnungen werden auch immer mehr leute gezwungen, sich gegen diese angriffe auf ihre lebensbedürfnisse zu wehren. staatliches wohngeld wird immer dünner tröpfeln und die kommunalen verwaltungen sind in ihrer korruptheit nur dazu in der lage, die wohnungsbaugesellschaften entweder weiter durch abschreibungsgelder vor pleiten zu schützen, oder sich immer neue bauskandale einzuhandeln. in westberlin funktioniert selbst diese alternative nicht mehr: die skandale fallen mit den pleiten auf einen tag.

und zu dieser situation kommen dann noch die, denen es eh nicht paßt, daß wohnen nur eine ware zum nutzen einiger besitzer ist und die deshalb anfangen sich zu nehmen, was sie brauchen. das ist sowohl ein modell für andere, die kurz davor stehen, auf die straße zu fliegen, als auch ein ausdruck von selbstverwalteter gegenmacht, die die staatlichen verwaltungs- und kontrollansprüche durchbricht, die gegen das staatliche gewaltmonopol verstößt, ist auch das, was die bonzen vielmehr stört als das woh-

nen in ein paar ohnehin leerstehenden häusern. das könnten sie zur not noch verkraften, so lange nicht die profite der sanierungsgesellschaften gefährdet sind und so lange sie wissen, wer in welchem haus wohnt und was darin vorgeht. wenn die häuser aber zu befreiten gebieten werden, dann überschreitet das den rahmen, in dem der staat noch mit sich handeln läßt.

bis vor ein paar wochen hat ja noch die breite und militante unterstützung der linken für die besetzten häuser den senat dazu abgehalten, zu räumen und auch nur zu durchsuchen. inzwischen ist das leider anders. seitdem die bewegung nicht mehr so einig scheint, wie noch zu beginn des jahres, und auch massenfestnahmen und sebst räumungen mitten in kreuzberg nicht mehr tagelange krawalle und sachschiäden in millionenhöhe hervorrufen, wird die taktische sogenannte 'berliner linie' aus zuckerbrot und peitsche immer mehr zur harten linie. der letzte krumen zuckerbrot, der noch hingehalten wird — das anbot des senats, sich eventuell auf duldungsverträge einzulassen — soll denn auch dazu dienen, den anspruch staatlicher kontrolle irgendwie doch noch durchzusetzen und durch eine integration einzelner strömungen ruhe zu schaffen.

für den gleichen zweck sind hier auch in den letzten monaten ein paar hundert leute festgenommen und ed-behandelt worden, sofern sie nicht eh zu abschreckungszwecken eingeknastet wurden. ich habe vorhin ziemlich lange über computerisierung und erfassung der linken geredet, deshalb, weil ich mir nicht sicher bin, daß allen draußen die zielbewußtheit und langfristigkeit, die dahinter steht, klar ist.

nach 68 waren die meisten leute, die später illegal wurden, für die staatschutzstellen kaum erkennbar und überwachbar, das staatlich verfügbare material über die ersten akteure des bewaffneten kampfes war jedenfalls

reichlich mager. damit sich eben das nicht wiederholt, werden heute noch schnell möglichst viele linke präventiv gespeichert, um sie dann leichter überwachen und ggf. später ausschalten zu können. und genau wie nach 68 versucht auch heute der vs wieder spitzen in die bewegung einzuschleusen. es ist jedenfalls höchste zeit, notwendige militante aktionen so zu machen, daß man selber dabei nicht mehr erkennbar auf der platte steht.

die letzten nächtlichen 'putzaktionen' sind ja auch schon mit ziemlich hohen 'verlusten' und festnahmen ausgegangen. in dieser situation muß man sich andere kampfmethode überlegen, um sich gegen die kommenden räumungen und schläge gegen die bewegung, wie auch konkret gegen die neuen bullenwaffen bei demos zu wehren. man muß die taktik im kamp ändern und nicht den kopf in den sand, bzw. in die mülschüssel, stecken und sich alleine auf verhandlungen verlassen. das ist nur für die eine (scheinbare) lösung, die nicht über 'ihr' haus hinaussehen können und politisch auch nicht mehr wollen. für all die, die den häuserkampf als nur ein terrain unter vielen im kamp um autonomie gegen den staat begreifen, stellt sich mal wieder die uralte frage nach dem 'was tun?'.

auch insofern ist die situation heute mit der ende der sechziger jahre vergleichbar, als die apo an inneren widersprüchen und unter der staatlichen repression zerfiel und dann u.a. auch die ersten stadtguerillagruppen entstanden sind.

kalle marx hat mal geschrieben, daß die geschichte sich wiederholt, das erste mal als tragödie und dann als farce. ich meine zwar nicht, daß es nach 68 nur eine tragödie war, aber es muß auch sicher sein, daß eine neue militante bewegung nicht zu einer farce wird. um das zu verhindern, muß eben auch aus der bisherigen geschichte der stadtguerilla gelernt werden.

zu der spontaneität und kampfbereitschaft der bewegung muß noch der lange atem des organisierens und der verbindlichkeit kommen, sonst bleiben alle unsere kämpfe eintagsfliegen. in dem maße, wie der konsens des volkes mit dem staat verfällt und damit auch das staatliche gewaltmonopol ins wanken gerät, kann und muß sich gegenmacht entwickeln. denn sonst würde die relative schwäche der herrschenden niemals zu einer stärke der linken werden.

langfristig können die auseinandersetzungen der kommenden jahre, in die immer größere teile des volkes einbezogen werden, nur mit der notwendigen beharrlichkeit und intensität geführt werden, wenn man die kämpfe zu seinen eigenen macht. autonome gruppen müssen sich zukünftig in allen bereichen der sozialen bewegungen verankern, ob das nun die frauenbewegung, die häuserkämpfe oder die anti-akw-bewegung ist. über die autonome selbstorganisation in den einzelnen bereichen hinaus wird auch die zusammenarbeit der einzelnen gruppen durch notwendigkeiten bündnisse einzugehen bestimmt sein und nicht durch eine aufgezwungene unterordnung.

so eine organisationsform, das miteinander verschiedener linker ansätze und gruppen, macht die stärke einer bewegung aus. ihre inneren widersprüche widerspiegeln, die im volk allgemein vorhandenen und das verhindert einseitigkeit und verknöcherung. nicht eine steril reine politische linie bringt stärke, sondern das bewußtsein über eine einheit in der vielfalt. nur jemand, der wenig von dialektik versteht, kann auf einförmigkeit bauen. denn ohne auseinandersetzung, kritik und selbstkritik gibt es keine entwicklung und keinen fortschritt.

was für die autonomie der einzelnen gruppen gilt, ihre selbstbestimmung innerhalb der bewegung, gilt auch für die auswahl der methoden im kampf. die sind selbstverantwortlich alleine danach festzulegen, ob sie vertretbar sind und die bewegung voranbringen, beziehungsweise den gegner schwächen. autonom zu sein, bedeutet auch seine kampfform selbst zu wählen und sich nicht vorschreiben zu lassen, was man zu tun habe oder was man zu unterlassen habe. dabei darf man sich weder durch gesetze einengen lassen, noch umgekehrt einem denken gemäß kapitalistischer leistungsschemata verfallen, wonach es wertvollere und weniger wichtige formen im kampf gäbe. die form einer aktion sagt nichts über die politische qualität einer aktion aus, der inhalt und das angriffsziel sind entscheidend und durch sie bedingt sich die form. es kann nicht oft genug wiederholt werden: die politik und die aktuelle situation bestimmen die art und weise einer aktion. die politik befiehlt dem gewehr und nicht umgekehrt!

so kann eine druckmaschine in bestimmten situationen wichtiger sein als ne knarre; die gestapo zum beispiel hat seinerzeit mehr nach illegalen druckereien gesucht als nach waffenverstecken. und es gibt auch genug anlässe, wo mit legalen oder gewaltfreien methoden nichts mehr auszurichten ist. ob da nun ein legal nicht zu verhindern gewesen akw seiner hochspannungsmasten beraubt werden soll, oder der abriß eines für die bewegung wichtigen hauses nur noch militant verhindert werden kann, oder ob es sich nicht zuletzt um die banale notwendigkeit handelt, sich genügend kohle für den weiteren politischen kampf zu besorgen. linke kommen ja leider nicht so leicht in den genuß großzügiger kredite wie stadtbekannt pleitekapitalisten; heutzutage müssen selbst bankräuber für die paar tausend märker härter arbeiten als zum beispiel der garski für seine 125 millionen. wer von beiden da 'krimineller' handelt, ist wohl keine frage. verbrechen in riesigen gesellschaftlichen dimensionen war im kapitalismus schon immer straffrei.

welche methoden auch immer im kampf angewendet werden, es gibt keine, die für sich alleine genommen letztlich erfolgreich sein könnte. erst die vielfältigkeit der methoden und die beweglichkeit in der strategie verschaffen einer politischen bewegung stärke und widerstandskraft. es kann uns nur nützen, wenn möglichst viele die verschiedenen methoden im kampf erlernen und damit die legalen handlungsmöglichkeiten der linken um subversive erweitern (oder umgekehrt - s. ätzer). in der organisatorischen konsequenz bedeutet das, innerhalb der bewegungen bewaffnete autonome gruppen zu bilden, die dann in der lage sind, in aktuelle konflikte militant einzugreifen, um den zersetzungsprozeß gegen die herrschende macht voranzutreiben.

durch organisierte militanz zerfällt die angst und ohnmacht des einzelnen gegenüber dem staat und damit auch ein grundelement seiner herrschaft.

die kämpfe der letzten zeit sind schon jetzt durch ein vermischung von massenmilitanz und subversiven aktionen geprägt, wie es sie in der geschichte westberlins und der brd noch nie gegeben hat. es liegt an uns, diese kämpfe weiter zu entwickeln und voranzutreiben, um die möglichkeiten der kommenden jahre für die linke zu nutzen.

am anfang von schlußwort standen ein paar fragen. danach, wo wir stehen, was wir erreichen wollen, gegen wen — und mit wem zusammen, wir kämpfen müssen. wir sind keine ober-schlauen, die vorgeben, auf alle diese fragen antworten zu wissen. aber wir wollen, daß es eine praxis gibt, die diese fragen zu beantworten versucht. wir wissen nicht einmal sicher, ob wir siegen werden eines tages, aber wir wissen, daß wir mit sicherheit verlieren werden, wenn wir gar nicht erst anfangen zu kämpfen.

wir wollen uns nicht den vorwurf gefallen lassen müssen, wir hätten etwas unversucht gelassen, um eine lebensweitere zukunft zu erreichen. eine zukunft, in der wir wieder alle gemeinsam auf der straße sind, um die reste dieses systems zusammenzufügen und etwas neues aufzubauen.

**B
i
e
r
e
n
B
e
r
l
i
n
!**

entstehen immer stärkere randgruppen, für die es weniger alu¹ oder sozi², aber reichlich mehr bullen gibt. eine gewisse soziale unruhe in diesem bereich wird offen einkalkuliert und soll auf dem niveau des alltäglichen widerstands gehalten werden, mit dem die herrschenden schon immer fertig geworden sind, solange er sich nicht organisierte und zur gegenmacht wurde. in der autonomiediskussion der letzten zeit (auch in der radikal) ist autonomie als begriff teilweise zu einer schlaffen blase verkommen, alles mögliche nennt sich heutzutage schon so. wenn das der bewegung nicht eine grundlage ihrer existenz entziehen soll (siehe zürich aktuell), muss ein minimum an theoriarbeit ausgehend von der ja inzwischen reichlich vorhandenen praxis gemacht werden. autonomie wird zu oft nur als ein lebensgefühl und nicht auch darüberhinaus als eine offensive strategie im kampf gesehen. wir kämpfen autonom (selbstbestimmt, mit unseren methoden von der basis ausgehend) um immer mehr gruppen/bereiche mit einzubeziehen und eines tages die autonomie der einzelnen aufzuheben in einer organisierten gegenmacht. ('aufzuheben' bedeutet dabei sowohl die selbstorganisationsstrukturen aufzubewahren als auch aufzuheben im sinne von auf eine höhere stufe von bewußtsein und organisation zu stellen). eine gegenmacht, die nicht die kraft und den willen hat später dann ihre rolle als gegenmacht wiederum 'aufzuheben' wird ewig ohnmächtig bleiben. wer unter dem etikett 'autonom' zu sein gegen jede form von macht wettet, verurteilt sich letztlich zur wirkungslosigkeit, aber die herrschenden werden es ihm trotzdem nicht danken....es wird jahre dauern hier eine breitgefächerte gegenmacht zusammenzubekommen und deshalb ist autonomie auch eine strategie von heute, morgen und übermorgen und nicht nur für den späten nachmittag. schnelle entscheidungen im kampf suchen die bullen gegen uns — ein grund mehr sich nicht darauf einzulassen und vielmehr übereinen langen zeitraum versuchen vorzuschauen und schog heute nicht nachzulassen im kampf. dazu gehört auch, daß die überlegung nach den letzten angriffen des senats noch dringender ansteht, über die pure spontanität hinauszukommen. denn die wird auf grund ihrer logistischen und theoretischen schwäche auf die offensichtlichsten/oberflächlichen angriffsziele beschränkt bleiben und kaum bis zu den wurzeln und schaltstellen der bürgerlichen macht vordringen. natürlich muß es z.b. immer (putz) demos geben, schon allein deshalb, weil es für viele leute der erste einstieg in eine politische praxis ist, aber es wäre auch an der zeit sich anderen methoden zuzuwenden und anderen zielen, die sich auf den ersten blick noch nicht ergeben und auch nach dem motto 'schmeissen — klirren — rennen' nicht zu knacken sind.

¹ Arbeitslosenunterstützung
² Sozialhilfe

(nebenbei: es ist offensichtlich, daß die bullen den kampf auf den strassen im kiez auszutragen gedenken (da stören sie schutt und scherben weniger und die bevölkerung dort kann gleich noch mit eingeschüchtert werden), aber wieso sollten wir uns darauf unbedingt immer einlassen und uns auf ein von den bullen aufgezwungenes terrain beschränken?).

die häuser waren und sind ein wichtiger ausgangspunkt für autonome organisation und kampf, wenn es aber bei dieser 'monokultur' der häuser bleibt, kann das zu einer achillesferse werden. eine weitere verbreiterung in andere bereiche hinein, vielfältigere methoden sich zu verteidigen gegen den nächsten schlag; das muß bald laufen, sonst gibt es mehr verluste und rückschläge als nötig. selbst für den fall, daß es keine besetzten häuser mehr wie bisher gibt, sollte nachgedacht werden. das wäre kein defätismus, sondern pure vorsicht, außerdem würden ein paar eh anstehende praktische consequenzen noch deutlicher werden.

das muß sich aber jeder selbst erarbeiten, deshalb hab ich mich auch bemüht im schlußwort schematische rezepte zu vermeiden, denn die würden eh nur wieder neben all den anderen 'heißen broschüren' im linken bücherschrank verschwinden. und das wäre so ziemlich das letzte, was ich wollte.

klaus viehmann

der abgedruckte text, den ich als schlußwort zum prozess schon im januar geschrieben hatte, enthält ein paar unzulänglichkeiten, da er die letzten ereignisse nicht mehr einbezieht, und daraus logo auch keine schlußfolgerungen mehr ziehen konnte. gerade die "friedensbewegung" mit ihrer zahlenmäßigen stärke und ihren radikalen, reformistischen und neo-nationalistischen strömungen kommt viel zu kurz weg. wichtig wäre es an ihrem beispiel die verbindung von massenaktion, militanz und stadtguerillaaktionen aufzuzeigen und darauf aufbauend weiterzuentwickeln. denn hier wird klar, wie einzelne — für sich alleine genommen nur spektakuläre — aktionen in zusammenhang mit einer massenbewegung exemplarischen und mobilisierenden charakter bekommen können. (von den aktionen ist hier die rede, zu einzelnen erklärungen wäre allerdings noch mehr zu sagen).

die hintergründe der neuen us-außenpolitik und militärstrategie sind im letzten jahr deutlicher geworden; die us-hegemonie gegenüber den nato-partnern und ökonomischen konkurrenten mit mittelmachtambitionen wie europa oder japan soll wieder verstärkt werden. den offenen und ökonomischen krieg, den reagan der dritten welt und dem eigenen volk erklärt hat, soll durch neue waffensysteme an den flanken des imperialismus gesichert werden.

im inneren bröckelt das modell deutschland an seinen sozialen rändern immer mehr ab; abgesehen von einem festen stamm ideologisch eingebundener und wirtschaftlich halbwegs befriedigter angestellter und arbeiter

Literaturverzeichnis

Autorenkollektiv: *Knastalltag am Beispiel Mannheim*,
Verlag 2000

Autorenkollektiv: *Alles unter Verschuß*
Verlag Libertäre Assoziation

Baumann, Bommi: *Wie alles anfing*
Trikont—Verlag

Berkmann, Alexander: *Die Tat, Roman*

Carr, James: *Feuer der Freiheit, Roman*
Nautilus-Verlag

Charriere, Henri: *Papillon, Roman*

Cobler, Sebastian: *Die Gefahr geht von den Menschen aus*,
Rotbuch Verlag

Driest, Burkhard: *Die Verrohung des Franz Blum, Roman*

Eschen/Sami: *Wie man gegen Polizei und Justiz die Nerven behält*,
Rotbuch Verlag 1978

Fallaci, Oriana: *Ein Mann*
Fischer Taschenbuch

Fallada, Hans: *Wer einmal aus dem Blechnapf frißt, Roman*

Figner, Wera: *Nacht über Rußland, Roman*

Herzog, Marianne: *Nicht den Hunger verlieren*,
Rotbuch Verlag

Internationale Untersuchungskommission: *Der Tod Ulrike Meinhofs*
iva-Verlag

McGuffin, John: *The Guineapigs*,
Penguin Special 1974

Mesrine, Jaques: *Der Todestrieb, Autobiographie*
Nautilus-Verlag

Ortner, Helmut (hrsg.): *Normalvollzug*,
iva-Verlag Tübingen 1978

Ortner, Helmut (hrsg.): *Staatsfeind, der ich bin - Texte und Beiträge zur politischen Justiz*
Trikont—Verlag

Ortner, Helmut (hrsg.): *Strafzeit*,
ms-edition, 1980

Ortner, Helmut (hrsg.): *Sozialarbeit ohne Mauern*,
Klett-Cotta-Verlag 1980

Ortner, Helmut (hrsg.): *Freiheit statt Strafe*,
Fischer, Informationen zur Zeit, 1981

Roth, Karl-Heinz/Teufel, Fritz: *Klaut sie!*
iva-Verlag Tübingen 1979

Wetter/Böckelmann: *Knastreport*,
Makol-Verlag, 1972

Zahl, P.P.: *Die Glücklichen, Roman*
Rotbuch Verlag



sonstige Publikationen:

Autonomie Neue Folge Nr.2: Die neuen Gefängnisse, Materialien gegen die Fabrikgesellschaft

CILIP (Informationsdienst für Bürgerrechte und Polizeientwicklung) erscheint 3x jährlich

*Gesammelte Texte der Bewegung 2.Juni,
c/o Radikal, Berlin*

Hrsg.: Berliner Drogenberatungen: Hungerstreik im Drogenknast, Okt./Nov. 1981

Informationsdienst Sozialarbeit, Heft 10

Kursbuch 32: Folter in der BRD

*Litsignale Nr.1-4, Literaturzeitschrift inhaftierter und 'freier' AutorenHrsg.: Peter Feraru, erscheint
3xjährlich*

Ratgeber für Gefangene, c/o Verlag Libertäre Assoziation



Die obersten Letzts von der regierung
 und von dem ober-landes-gericht sind
 verlarole menschenhinder, und hier an
 allem übel schuld; diese bestien müs-
 sen von kleinen haufen braver leute die
 in einer nacht um dieselbe stunde zugleich
 in die wohnungen derselben einbrechen;
 abgemurkst und ausgeplündert werden.
 dann können wir unsere gefangenen
 kameraden befreien, haben weiter
 nichts zu fürchten und zugleich auf
 eine weise etwas zu leben.

